

PROTOKOLL

über die 49. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 12.Dez. 1996, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 9.00 Uhr

A n w e s e n d :

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER:

Friederike Mach, Dr. Leopold Pfeil

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Franz Rohrauer, Roman Eichhübl, Hermann Ruprechter, Wilhelm Spöck, Dr. Tilman Schwager, Ing. Othmar Schloßgangl, Franz Straßer, Ing. Dietmar Spanring, Walter Strobl, Leopold Tatzreiter, Arno Thummerer, Marco Vanek

GEMEINDERÄTE:

Ingrid Weixlberger

Kurt Apfelthaler

Hermann Bachner

VOM AMT:

Felicitas Bauer, MD Dr. Kurt Schmidl, Josef Brandstötter, PD Dir. Gerhard Alphasamer, Martin Randolph Eisner, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Ulrike Fuchs, Gerald Hackl, Günter Fürweger, Belinda Kastlunger, Walter Gabath, SR DI Helmut Kremsmayr, Richard Gollatsch, OAR Dir. Helmut Riedler, Hans Dieter Götz, TOAR Dir. Wolfgang Wein, Engelbert Huber, SR Dr. P.

Gottlieb-Zimmermann, Anna Jeloucan, Engelbert Lengauer

PROTOKOLLFÜHRER:

Brigitte Lohnecker, OAR Anton Obrist, Helmut Oberreiter, Heidi Wagner, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Mag. Harald Philipps Edith Radmoser

-

T a g e s o r d n u n g

1) ERÖFFNUNG DER SITZUNG; FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMÄSSEN EINBERUFUNG, DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

2) BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

3) MITTEILUNGEN DES BÜRGERMEISTERS

KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES

gem. § 54 Abs. 3 StS (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstellung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei

5) VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

6) AKTUELLE STUNDE

KENNTNISNAHME VON BESCHLÜSSEN DES STADTSENATES

gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:

keine vorhanden

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

gem. Pkt. 5 der Tagesordnung

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

BauH-260/96 Erweiterung Kindergarten Dieselstraße um

Bewegungsraum.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Fin-210/96 Pfarramt Steyr-Tabor; Ankauf einer Pfeifenorgel; Subventionsansuchen.

Fin-161/94 Verein Industrieforum Steyr; Jahressubvention 1996.

Fin-69/96 Theaterfestival „Spectaculum 1996“; Förderung.

VerkR-5629/92 Parkgebührengesetz; Änderung der Strafbestimmungen.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

206/96 Österr. Alpenverein Steyr; Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Bau3-4190/91 Verbreiterung der unbebauten Verbindungsstraße zwischen Infang- und Resthofstraße; Vergabe der Arbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

ÖAG-50/94 Verkauf der Liegenschaft Aichetgasse 22 an die Ehegatten Daniel und Aloisia Zawadski.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Präs-43/94 Verselbständigung des APT Steyr; Auflösung des gemeinderätlichen Ausschusses für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor.

Fin-99/96 Diverse Darlehen; Vertragsänderungen.

Fin-213/96 Apotheke am Resthof KG, Mag. Liselotte Stögmüller, Siemensstraße 1 a, 4400 Steyr; Gewerbeförderung;

Fin-244/96 Werbliche Umsetzung des Steyrer Stadtmarketingkonzeptes; Auftragsvergabe.

Präs-711/91 Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr für den Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik“.

Präs-711/91 Fachhochschule Oberösterreich; Realisierung eines Fachhochschulstudienganges „Produktions- und Managementtechnik für Berufstätige unter Nutzung der Telekommunikation“ am Standort Steyr.

Präs-558/95 Stadtwerke Steyr; Überprüfung der Gebarung des Jahre 1991 - 1994.

Fin-100/96 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1997.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich eröffne die heutige Gemeinderatssitzung und begrüße sie herzlich. Ich begrüße auch herzlich die Vertreter der Medien. Ich stelle fest, daß diese Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde, und daß die Beschlußfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind gemeldet Herr GR Oberreiter und Herr GR Payrleithner. Nehmen die beiden Herrschaften diese Funktion an? Jawohl, ich bitte sie, dies im Protokoll zu vermerken. Herr GR Philipps hat uns mitgeteilt, daß er um ca. 10 Uhr erscheinen wird. Er ist für die erste Stunde entschuldigt.

Zu Punkt 3 - Mitteilungen des Bürgermeisters - darf ich sagen, daß am Montag dieser Woche im Bundesschulzentrum HAK/HBLA eine Besprechung über notwendige Erweiterungsbauten mit Vertretern des Bundesministeriums sowie des Landesschulrates stattgefunden hat. Die Direktoren der HAK, HBLA, des BG's erläuterten die Notwendigkeit für den Schulbetrieb einen Bedarf an 14 Normalklassenräumen mit 4 Lehrmittlräumen. Weiters wurde von den 3 Direktoren der Bau von mindestens 2 Turnsälen gefordert. Herr Ministerialrat Dr. Hinum sowie Herr Hofrat Dr. Haslinger, der eine von Wien, der andere von Linz, haben hier diesen Raumbedarf grundsätzlich anerkannt, stellten jedoch fest, daß für das Jahr 1997 keine Bundesmittel hierfür zur Verfügung stehen und außerdem auch noch keine Planung vorliegt. Sie haben bei dieser Gelegenheit die Meinung vertreten, daß ein Erweiterungsbau in den nächsten Jahren nur mittels einer Vorfinanzierung durch die Stadt Steyr möglich erschiene. Ich habe in diesem Zusammenhang den Vertretern des Bundesministeriums und des Landesschulrates signalisiert, daß die Stadt natürlich höchst interessiert ist, daß der normale Schulbetrieb in diesen Schulen eben stattfinden kann, und daß hier die Stadt sich nicht grundsätzlich gegen eine Vorfinanzierung sträubt, und daß vorbehaltlich einer Zustimmung des Stadtsenates und des GR einer solchen Vorfinanzierung dann näher getreten werden kann, wenn der Bund sich verpflichtet, hier auch die Tilgung eines solchen Darlehens, das in diesem Zusammenhang aufgenommen werden muß, aber auch die Kapitalkosten in genau festgelegten Raten, zu übernehmen. Zudem ist auch hier zu überprüfen, daß eine solche Form der zusätzlichen Verschuldung auch Maastricht-Kriterienform, konform stattfinden kann, das ist ja auch eine Auflage, die wir vom Bund ebenfalls haben. Es wird im nächsten Jahr, im Frühjahr des nächsten Jahres vom Bund beauftragt und bezahlt bzw. vom Land beantragt und vom Bund bezahlt, eine Studie über einen solchen Erweiterungsbau geben und man wird im Rahmen dieser vorliegenden Studie dann weitere Gespräche führen, um hier zu einem Ergebnis zu kommen. Das wollte ich dem GR zur Kenntnis bringen. Im Zusammenhang mit den Arbeitsmarktdaten möchte ich ihnen mitteilen, meine Damen und Herren, daß sich hier die Arbeitslosenquote wieder auf 7,2 % mit Ende November erhöht hat, daß 213 Stellen hier als offen gemeldet wurden, daß die Stellenandrangziffer 14,1 % ist, daß es 164 Lehrstellensuchende in unserem Arbeitsmarktverwaltungsbezirk gibt, und daß nur 27 offene Lehrstellen dem gegenüber stehen. In absoluten Zahlen haben wir also etwas mehr als 3000 Arbeitsuchende. Bei den Männer sind es 1517 und bei den Frauen 1488. Meine Damen und Herren, ich ersuche sie unter Pkt 4 die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Sitzungsunterlagen zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen, teile weiters mit, daß, bevor wir in die Behandlung der Verhandlungsgegenstände eintreten, 2 Dringlichkeitsanträge der Freiheitlichen vorliegen. Der Antrag Nr. 1 lautet folgendermaßen:

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Resolution

an den OÖ. Landtag

Der OÖ. Landtag wird aufgefordert, die am 5. 12. 1996 beschlossene Regelung, daß in den Statutarstädten Linz, Wels, Steyr, verpflichtend 3 Vizebürgermeister vorgesehen sind, dahingehend abzuändern:

Die Anzahl der Vizebürgermeister in der Stadt Steyr kann auf Wunsch des Gemeinderates mit 2 beibehalten werden.

Begründung:

Die Anzahl der Vizebürgermeister war bis jetzt für die Statutarstadt Steyr auf zwei begrenzt. Eine Ausweitung der Anzahl würde eine unnötige Erhöhung von ca. 1 Million Schilling mit sich ziehen. Da eine Begründung für die Nominierung eines dritten Vizebürgermeisters fehlt, ist es sinnvoll, den Steuerzahlern diese Kosten zu ersparen. Zudem haben sich die Parteien SPÖ und ÖVP in der Gemeinderatssitzung vom 28. Nov. d.J. dahingehend geäußert, daß auch mit zwei Vizebürgermeistern das Auslangen gefunden werden kann, und sie lediglich bei einer internen SPÖ-ÖVP-Diskussion von den Vertretern der Städte Linz und Wels überstimmt worden wären.

Es stellt sich jetzt für den GR die Frage, ob diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkannt wird. Ich darf fragen, ob dazu jemand das Wort wünscht? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Zur Dringlichkeit dieses Antrages haben wir uns deshalb erlaubt diesen Antrag mit Dringlichkeit zu versehen, weil es ein Antrag ist, der in typischer Art und Weise von „Rot“ und „Schwarz“ vorbereitet worden ist, im Landtag, im internen Ausschuß, unter Ausschluß der jeweils anderen Parteien. Wir mußten es aus den Medien erfahren, daß es hier eine Zweiparteieneinigung gibt, und wir mußten auch erfahren in der Sitzung vom 28. 11. d.J., daß hier die Steyrer sowohl die ÖVP als auch die SPÖ dagegen sei gegen diese Lösung einer Ausweitung der Vizebürgermeisteranzahl auf 3. So erlauben wir uns, glaube ich, mit Recht zu sagen bzw. den Antrag einzubringen und ich ersuche auch, daß wir diesen Antrag sowie den nächsten vor der Budgetsitzung, die heute stattfindet, zu diskutieren, d.h. nicht am Ende, sondern ich ersuche sie höflich und dringend, weil er ja auch budgetwirksam wird, im nächsten Jahr, daß wir ihn vor der Budgetsitzung diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Hr. Koll. Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Prinzipiell bin ich dafür, daß wir diesen Antrag diskutieren. Ich glaube aber, daß aufgrund der langen Tagesordnung, die wir heute haben und auch der Budgettagesordnung, und wir haben den Rechnungshofbericht zu beschließen, wir genügend Zeit haben sollten, uns darüber zu beraten, und ich vertrete die

Auffassung, daß der Antrag heute nicht unbedingt mit Dringlichkeit beschlossen werden müßte. Also die ÖVP wäre gegen die Dringlichkeit.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber die ÖVP und die SPÖ haben mitsammen diskutiert, ohne die Freiheitlichen einzubeziehen. Ich sage es nur. Da habt ihr uns nicht gebraucht, aber jetzt braucht ihr uns dazu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. Koll. Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Es wurde an sich schon richtig bemerkt, daß keine große Freude aufgekommen ist über diese Vereinbarung, die in Linz getroffen wurde und daher denke ich, daß dieser Dringlichkeitsantrag als solcher seine Dringlichkeit erhalten soll und am Ende der Tagesordnung, wie üblich in diesem Hause, diskutiert und behandelt werden sollte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist bei uns üblich, daß wir Dringlichkeitsanträge am Ende der Tagesordnung diskutieren. Hr. Dr. Pfeil war in diesem Fall anderer Auffassung. Es geht nun darum zu entscheiden, daß wir erstens diesem Antrag die Dringlichkeit zuerkennen oder nicht. Ich bin persönlich der Meinung, daß wir es mit dem Antrag so halten sollten wie üblicherweise mit Dringlichkeitsanträgen. Persönlich bin ich der Meinung, daß wir ihm die Dringlichkeit zuerkennen sollten und am Ende der Tagesordnung behandeln sollten. Ich schlage daher vor, wenn sie diesem Antrag in dieser Form der Abwicklung zustimmen, dann bitte ich sie ein Zeichen zu geben. Wer ist dafür - Dringlichkeit und am Ende der Tagesordnung? Danke sehr. Wer ist dagegen? (8 VP, Rest dafür). Danke sehr. Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen und wird am Ende der Tagesordnung behandelt als Dringlichkeitsantrag Nr. 1.

Ein weiterer Dringlichkeitsantrag Nr. 2 ergeht ebenfalls von den Freiheitlichen und lautet folgendermaßen:

Gemäß § 7 der Geschäftsordnung des GR der Stadt Steyr stellt die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion folgenden Dringlichkeitsantrag:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Gemeinderat der Stadt Steyr soll bis 1. April 1997 ein Sozialplan vorgelegt werden.

Begründung:

In der Gemeinderatssitzung vom 28. 11. 1996 hat die zuständige Referentin, Frau Vzbgm. Mach, im Laufe der Diskussion bekanntgegeben, daß entgegen den vorerst getätigten Aussagen für die Stadt Steyr kein Sozialplan vorliegt. Auch im Entwurf des Stadtentwicklungskonzeptes des Prof. Breitling ist kein Sozialplan beinhaltet und er empfiehlt, daß für die sozialen Belange der Stadt Steyr ein eigenes Konzept vorzusehen ist. Schwerpunktmäßig sollen in dem zu erstellenden Konzept das Altenwohnen und die Altenfürsorge Beachtung finden. Beim Alten- und Pflegeheim Tabor muß ein Plan erstellt werden, um die Verordnung des Landes OÖ bezüglich Alten- und Pflegeheim einhalten zu können. Die Erkenntnisse aus der Sozialstudie sollen in die eventuelle Errichtung eines neuen Altenheimes ebenso einfließen, wie Maßnahmen für die mobile Altenhilfe in Steyr. Auch diesem Antrag soll die Dringlichkeit zuerkannt werden und ich darf hiezu die Frage stellen, wer hiezu das Wort wünscht? Hr. Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, auch dieser Antrag erscheint mir sehr wichtig, daß wir ihn vor der Budgetsitzung diskutieren und abstimmen sollen, denn wir haben letztes Mal mit Erschrecken festgestellt, hier wird mit einem Antrag der SPÖ ein Alten- und Pflegeheim in Münchenholz errichtet werden ohne die nötigen Voraussetzungen zu schaffen. Natürlich muß man diskutieren, aber man darf sich intern der Diskussion nicht verschließen. Diese Diskussion kann nur stattfinden, wenn man gründliche Recherchen bzw. gründliche Voraussetzungen für einen Sozialplan hat. Leider hat man im diesbezüglichen Stadtentwicklungskonzept von Prof. Breitling keine wesentlichen Daten bzw. Begründungen gefunden für einen Sozialplan oder für neuere Maßnahmen auf der Sozialebene, und das angesprochene IGSS ist nicht ein Ersatz für einen Sozialplan. Das möchte ich ganz klar festlegen. Ich habe jetzt erst vor kurzer Zeit den Abänderungsantrag der SPÖ und GAL Fraktion bekommen zum heutigen Budget. Und auch hier beim ersten Durchlesen habe ich keine Mittel gefunden für dieses angesprochene Alten- und Pflegeheim. Ich habe es gerade bekommen.

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

Es ist auch nicht besonders lustig, Hr. StR Spanring, wenn ein Abänderungsantrag zum Budget unmittelbar vor Sitzungsbeginn übergeben wird und dann soll man diskutieren darüber. Wenn das vorher gewesen wäre, dann wäre es sinnvoll gewesen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil, es steht zur Debatte, ob dem Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit zuerkannt wird und dazu kann hier von jeder Fraktion ein Vertreter Stellungnahme dazu nehmen. Die Budgetdebatte findet etwas später statt.

Das werde ich als Vorsitzender feststellen, ob dieser Beitrag hier zur Dringlichkeit ist oder nicht. Ich bitte also hier die Dringlichkeit zu behandeln und diese Begründung dafür zu liefern. Das ist in

Ordnung. Aber keine vorgezogene Budgetdebatte unter diesem Punkt durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Erstens, Hr. Bürgermeister, hängt das ursächlich mit dem Budget zusammen und zweitens habe ich auf einen Zwischenruf ihres StR Spanring reagiert. Und weil eben kein Sozialplan der auch budgetwirksam sein wird, weil wir wissen auch nicht, was wir mit dem Alten- und Pflegeheim Tabor machen sollen. In welche Richtung soll es gehen? Welche finanziellen Auswirkungen kommen auf uns zu? Deshalb ersuche ich sie, auch hier die Dringlichkeit zu geben und auch heute vor der Budgetsitzung bzw. vor der Budgettagesordnung zu diskutieren.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich der Koll. Spanring.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Nachdem es sich um ein durchaus ernstzunehmendes Thema handelt, um soziale Gegebenheiten in unserer Stadt, haben wir kein Problem damit, diesem Antrag die Dringlichkeit zuzuerkennen und, wie eben den Statuten üblich, im Anschluß an die Tagesordnung zu diskutieren und zu behandeln.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. ÖVP? Grüne?

Meine Damen und Herren, wenn sie dem Dringlichkeitsantrag 2 der F die Dringlichkeit zuerkennen mit der Maßgabe, daß am Ende der Sitzung auch dieser Dringlichkeitsantrag behandelt wird, dann bitte ich sie ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Dieser Dringlichkeitsantrag Nr. 2 hat die Zustimmung zur Dringlichkeit erlangt und wird am Ende der Sitzung behandelt. In der Zwischenzeit werde ich die Koll. bitten, entsprechende Kopien anzufertigen, damit er dann, wenn wir ihn behandeln, allen Mitgliedern des GR vorliegt.

Der Ordnung halber möchte ich auch noch mitteilen, daß zum Tagesordnungspunkt 16 ein gemeinsamer Abänderungsantrag der Sozialdemokratischen Fraktion und der Grünen Alternativen Liste vorliegt, betreffend den Voranschlag. Der wird im Zusammenhang mit dem Tagesordnungspunkt 16 und dem Hauptantrag geschäftsordnungsmäßig zu debattieren sein. Das teile ich nur mit.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Antrag zur Geschäftsordnung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Bitte sehr.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Herr Bürgermeister, meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich mache es gleich von hier aus. Dieser Abänderungsantrag verdient es sich, daß wir uns damit befassen. Ich finde es eine Zumutung, daß wir heute befinden sollen, ohne darüber diskutiert zu haben. Darum ersuche ich um eine Sitzungsunterbrechung von 20 Minuten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil, ich möchte ihnen mitteilen, daß aufgrund der GO des GR jedes einzelne Mitglied des GR während der gesamten Debatte bis zum Schluß Abänderungsanträge stellen kann und diese mit dem Hauptantrag gemeinsam behandelt werden müssen. Dieser Vorgang ist absolut korrekt und der Umstand, daß dieser Antrag schon am Beginn der Sitzung vorliegt gibt auch Gelegenheit, im Laufe des heutigen Vormittages und Nachmittages sich damit zu beschäftigen. Er steht ohnehin erst zur Debatte im Zusammenhang mit dem Hauptantrag unter Punkt 16. Dessen ungeachtet steht der Antrag des Hrn. Vizebürgermeisters Dr. Pfeil, jetzt gleich am Beginn eine Sitzungsunterbrechung zu machen, zur Abstimmung. Wer für diese Sitzungsunterbrechung ist, den möchte ich bitten, ein Zeichen der Zustimmung zu geben. 13 Pro-Stimmen (FP, VP). Wer gegen diese Sitzungsunterbrechung ist, möge bitte ebenfalls ein Zeichen geben (18 dagegen - 16 SP, 2 GAL). 3 Enthaltungen. Danke. Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir kommen nun zum Tagesordnungspunkt 5 - Behandlung der Verhandlungsgegenstände und ich ersuche die Frau Koll. Mach ihren Antrag zu stellen.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herrn Bürgermeister, meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, werte Presse. Ich habe heute einen Antrag. Bei diesem geht es um die Erweiterung des Kindergartens Dieselstraße um einen Bewegungsraum. Wir bekommen ja BZ-Mittel und darum müssen wir diesen Antrag heuer noch stellen. Der Antrag lautet:

Bau H-260/96 Erweiterung Kindergarten Dieselstraße um einen Bewegungsraum

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/Hochbau vom 26. 11. 1996 wird der Vergabe der erforderlichen Arbeiten für den Zubau eines Bewegungsraumes für den Kindergarten Dieselstraße wie folgt zugestimmt:

P1. Baumeisterarbeiten

P1.1 Fa. Held & Francke, Steyr, netto S 2.219.394,53

P2 Zimmermannsarbeiten

P2.1 Fa. Gundendorfer, Steyr, netto S 466.700,63

P3 Dachdecker- und Spenglerarbeiten

P3.1. Fa. Lipfert, Steyr, netto S 314.978,00 Für diverse Leistungen kleineren Umfanges, die durch Bestellscheine beauftragt werden, sind Mittel in der Höhe von netto S 60.000,00 zur Verfügung zu stellen. Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung für 1996 im Ausmaß von S 2.500.000,00 bei VST 5/2400/01500.6 bewilligt. Die Ausfinanzierung erfolgt im Rechnungsjahr 1997. Die Kreditüberschreitung wird durch Mehreinnahmen bei den BZ-Mitteln gedeckt.

Ich ersuche um Zustimmung zu diesem Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht? Koll. Hans-Dieter Götz bitte.

GEMEINDERAT HANS-DIETER GÖTZ:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren, werte Gäste. Zu diesem Antrag möchte ich grundsätzlich sagen, daß ich auf jeden Fall meine Zustimmung gebe. Es drängen sich jedoch ein paar Fragen auf. Denn wenn hier nicht unbeträchtliche Mittel ausgegeben werden, die im Rahmen des Sozialausschusses doch diskutiert werden sollten, erhebt sich wirklich die Frage, warum ist es nicht passiert, warum ist dieser Antrag nicht in den Sozialausschuß gekommen? Das nächste wurde schon kurz angegriffen. Warum gibt es keinen Sozialplan, wo diese Dinge auch drinnen sein sollten? Und zum Dritten, dieser Ausbau des Kindergartens ist sicher nicht eine Sache, die innerhalb von 14 Tagen - 3 Wochen beschlossen und ausgeführt werden sollte. Darum ergibt sich die Frage der Kreditüberschreitung. Warum ist es notwendig, warum konnte man das nicht im letzten Budget unterbringen? Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich die Frau Koll. Mach um ihr Schlußwort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Punkt 1- Im Kindergartenausbau ist es ja bereits beinhaltet, der 1993 erstellt worden ist. Es gibt ja im Grunde keinen Kindergartenausschuß und ich glaube, daß die Mittel im Budget nicht vorgesehen waren ist so zu verstehen. Ich war ja heuer im Frühjahr beim Landeshauptmann und auch beim Landeshauptmannstellvertreter. Da sind mir die BZ-Mittel zugesagt worden und darum haben sie ja nicht im Budget drinnen sein können. Ich bekomme vom Landeshauptmannstellvertreter pro Jahr S 2,5 Mio. und vom Landeshauptmann S 2,250.000,--. Das ist mir heuer im Frühjahr zugesagt worden und gilt voraussichtlich bis ins Jahr 1999. Ich glaube, die Mittel müssen wir natürlich auch verwenden. Wir können nicht das Geld verfallen lassen und darum ist mir wichtig, daß dieser

Kindergarten einen Bewegungsraum zugebaut bekommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für diesen Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Übt jemand Stimmenthaltung. Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Ich danke der Frau Koll. Mach. Der nächste Berichterstatter ist Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Mein erster Antrag ist gleich ein Antrag der besonderen Art. Wir haben hier ein Subventionsansuchen für den Ankauf einer Pfeifenorgel vom Pfarramt Steyr-Tabor. Ich darf ihnen zuerst den Amtsbericht zur Kenntnis bringen, der vom 21. 11. 1996 stammt.

Das R.K. Pfarramt Hl. Familie Steyr-Tabor, Rooseveltstraße 10, 4400 Steyr, hat im Rahmen der Ausstattung der dortigen Kirche, die immer wieder reparaturbedürftige elektronische Orgel durch eine Pfeifenorgel ersetzt. Damit war ein Umbau des Altarraumes mit einem Kostenaufwand von S 1.556.115,- notwendig. Das genannte Pfarramt hat sich bezüglich des Orgelersatzes um Förderung durch die Stadt Steyr bemüht. Die FA für Kulturangelegenheiten schlägt im Einvernehmen mit dem zuständigen Kulturreferenten der Stadt Steyr, Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil vor, dem Pfarramt Steyr-Tabor für die Erneuerung der dortigen Orgel eine Subvention in der Höhe von S 80.000,- angedeihen zu lassen. Da die betreffende Voranschlagsstelle des Budgets 1/3900/777000.7 - Kapitaltransferzahlungen an private Institutionen ohne Erwerbscharakter - erschöpft ist, wird eine Kreditübertragung eines Betrages in der oben genannten Höhe von der VASSt. 1/3000/727200.3 - Kulturamtsentgelte für sonstige Leistungen von Einzelpersonen - notwendig. Die Magistratsdirektion wird von der FA für Kulturangelegenheiten gebeten, die notwendigen Beschlüsse des Stadtsenates und des Gemeinderates einzuholen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, soweit - so gut. Was nicht gut ist, ist folgendes: Der Pfarrer vom Tabor hat am 19. 1. d.J. an den Hrn. Bürgermeister geschrieben, daß er eine Subvention für seine neue Orgel braucht. Niemand im Hause hier hat etwas gewußt. Im letzten Stadtsenat kam ein Antrag, ohne daß er irgendwo in irgend einem Ausschuß behandelt worden wäre, zur Abstimmung, wo eben dieser Amtsbericht vorgelegt worden ist. Er ist auch in der Sache nicht richtig. Nämlich mit dem zuständigen Vizebürgermeister Dr. Leopold Pfeil, Kulturreferent, wurde in keiner Weise verhandelt oder er irgendwie informiert. Lediglich wurden ihm seine Kulturkonten ausgeräubert. Hier geht es um ein Konto, wo wir wirklich sehr beflissentlich im Kulturausschuß erpicht waren, daß wir auf alle S 1.000,- achten, daß wir sparen und nur gezielt ausgeben. Wir haben häufig Veranstaltungen absagen müssen mit dem Hinweis, wir haben auf dem Konto sehr wenig Geld und wir müssen haushalten, daß wir bis Ende des Haushaltsjahres auskommen können. Und hier passieren zwei Dinge. Da gibt es ein Subventionsansuchen beim Hrn. Bürgermeister, und das findet man dann nirgends. Und erst, als dann der Hr. Pfarrer unruhig wird und wieder an den Herrn Bürgermeister in einer Sprechstunde appelliert, dann kommt die Maschinerie ins Laufen. Niemand weiß, wo das Schreiben vom 19. 1. abgeblieben ist. Erst in der letzten Kulturausschußsitzung, wo ich dieses Thema aktualisiert habe, hörte man, daß dieses Schreiben in der Bauabteilung verschwunden sei, und daß der Pfarrer im Oktober d.J., also nach einem Dreivierteljahr, von der Bauabteilung ein Schreiben bekommen hätte, daß sie dafür nicht zuständig sind. Genau so gut hätte das Gartenamt oder die Bibliothek ihm schreiben können, daß sie nicht zuständig sind. Es dauert die Prüfung der Zuständigkeit bei uns im Haus ein Dreivierteljahr. Und dann macht man „Horuckaktionen“, daß man die finanzielle Gebarung eines anderen Ressorts total

über den Haufen wirft. Ich sehe ja ein, diese Orgel spielt ja schon, die muß ja auch finanziert werden. Da habe ich vollstes Verständnis dafür. Diese Vorgangsweise, Hr. Bürgermeister, ist wirklich strengstens abzulehnen. Ich glaube, da haben sie aber sehr großen Handlungsbedarf hier im Hause, daß solche Dinge nicht passieren. Das meine ich auch, um die Stadt schlanker zu machen - effizienter machen. Wir werden heute darüber mehrfach diskutieren können. Und wie ich gesagt habe, es gibt intelligentere Lösungen zu sparen. Das sind Dinge, die sollten der Vergangenheit angehören, daß solche Irrläufe stattfinden und daß Bürger bzw. Institutionen ein Dreivierteljahr lang warten müssen, bis sie eine unvollständige Antwort bekommen. Das ist skandalös.

Mein Antrag lautet:

Fin-210/96 Pfarramt Steyr-Tabor; Ankauf einer Pfeifenorgel; Subventionsansuchen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 21. 11. 1996 wird dem R.K. Pfarramt Steyr-Tabor, Rooseveltstraße 10, 4400 Steyr, für die Erneuerung der dortigen Orgel eine Subvention in der Höhe von S 80.000,- aus der VASSt 1/3900/777000.7 bewilligt. Zu diesem Zweck wird eine Kreditüberschreitung von der VASSt. 1/3000/727000.3 in der Höhe des oben genannten Betrages auf die VASSt. 1/3900/777000.7 genehmigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich als nächster der Koll. Spöck. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Wie Hr. Dr. Pfeil richtigerweise ausgeführt hat, hat die Hl. Familie Tabor am 19. 1. ein Subventionsansuchen an die Stadt gerichtet. Der Anlaß war das 20jährige Jubiläum der Kirchweihe. Es wurde auch eine neue Orgel seitens der Pfarre erworben. Damit verbunden war der Umbau des Altarraumes. Die Kosten beliefen sich auf insgesamt S 1,5 Mio. In der Hoffnung, daß die Orgel, seit dem Umbau ein anerkanntes Kulturgut, von der Stadtgemeinde auch gefördert wird, wurde ein dementsprechendes Ansuchen im Jänner an die Stadtgemeinde gestellt. Das Land OÖ hat die Orgel mit S 100.000,- gefördert. Da seitens der Stadt keine Antwort erfolgte, ist ein neuerliches Ersuchen der Pfarre im Okt. an die Stadtgemeinde gegangen. Wir haben darüber auch in der Stadtsenatssitzung diskutiert. Wenn es im Amtsbericht heißt: „Im Einvernehmen mit dem zuständigen Kulturreferenten Dr. Pfeil wird vorgeschlagen ...“, dann ist das falsch. Wie wir auch gehört haben, war Hr. Dr. Pfeil nicht informiert. Hr. Dr. Lutz soll sich ja angeblich bei ihm entschuldigt haben. Auch hätte in meinen Augen der Kulturausschuß befaßt werden müssen. Ich sehe nicht ein, warum die Pfarre noch länger warten soll, wenn die Schuld hier im Hause liegt, wenn der Akt in Verstoß geraten ist oder in eine andere Abteilung gekommen ist. Ich sehe das nicht ein und werde daher dem Antrag die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächste zu Wort gemeldet hat sich die Fr. Koll. Radmoser. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN EDITH RADMOSER:

Wertes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich glaube, es steht außer Frage, daß Kirche und Religion auch Kultur ist. Kultur für Völker, Länder, aber auch für die Gemeinde. Die Stadt gibt jährlich Millionen an Förderungen und Zuschüssen aus für Renovierungen und Erneuerungen kirchlicher Ensembles aber auch für Restaurierungen. Ich denke hier zB an den Zuschuß von S 250.000,- für das Altarbild. Heute haben wir eben den Antrag um einen Zuschuß für die Pfeifenorgel. Wenn man bedenkt, daß der Ankauf S 1,5 Mio. betragen hat, und wir S 80.000,- Zuschuß gewähren, dann ist es ja ohnedies lediglich ein Tropfen auf den heißen Stein. Gut 5 % Förderung ist ja auch nicht gerade übermäßig hoch. Ich möchte den Antrag stellen, da ja der Ankauf hauptsächlich durch Spenden finanziert wurde und auch noch wird, weil ja das immer noch nicht völlig abgedeckt ist, diesem Antrag die Zustimmung zu erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Hr. Koll. Lengauer. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, werte Damen und Herren. Ich stimme dem, was die Frau Koll. vorher gesagt hat, fast voll zu. Auf eines möchte ich schon noch hinweisen. Das entschuldigt nicht die Schlamperei, ein Ansuchen vom 19. 1. 1996 bis hier her zu verschlampen, irgendwo zu vergraben. Es ist ja nicht der einzige Antrag um Subvention in Kulturbelangen, der irgendwo liegenbleibt und nicht zeitgerecht zum Kulturausschuß kommt. Die Unterstützung der Orgel der Pfarre Tabor ist völlig klar. Aber bitte keine Entschuldigung für das Hinausziehen oder irgendwo Verschlampen des Antrages.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster Hr. Koll. Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrter GR. Dies ist wahrscheinlich der seltene Augenblick, wo akkurat ein Orgelakt flöten gegangen ist. Das ist natürlich schon ein Wahnsinn, wenn der Antrag im Jänner gestellt worden ist und jetzt werden wir ihn beschließen. Ich muß der Frau Koll. zustimmen, diese S 80.000,- sind mir an und für sich auch fast zu wenig, denn wenn man bedenkt, daß eine Orgel ca. 100 - 150 Jahre hält und man als Firma noch 10 Jahre gewährleisten muß, dann sind S 80.000,- ein relativ geringer Prozentsatz. Wir werden selbstverständlich diesem Antrag unsere Zustimmung erteilen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Es gibt keine weitere Wortmeldung. Vielleicht kann ich einige Erläuterungen doch noch nachschieben. Erstens einmal ist das Ansuchen am 19. 1. vom Hrn. Pfarrer an die Stadt - an mich -

eingetroffen. Damit ist klargestellt, daß im Budget 1996 dieser Betrag nicht drinnen sein konnte, weil das haben wir ja im Dezember des Jahres 1995 beschlossen.

ZWISCHENRUF:

Im Jänner.

Ja, aufgrund ÖVP-Antrag. Ihr müßt das besser wissen, weil das habt ihr ja auch voriges Jahr ein bisserl verschoben. Auf jeden Fall ist das Budget schon vor der Antragstellung beschlossen worden. Ich bin ja auch nur Bürgermeister und Finanzreferent und kein Zauberer und kann das nicht hinterher in das Budget hineinzaubern. Ich habe das Ansuchen - das mache ich immer so - binnen Tagen an die Kulturabteilung zur weiteren Behandlung geschickt. Bei Kirchen haben wir es natürlich mit einer Sondersituation zu tun. Das muß auch gesagt sein und der GR sollte auch darüber informiert sein. Kirchen stehen unter Denkmalschutz, daher ist bei Umbau, Restaurierungsarbeiten oder Renovierungsarbeiten in Kirchen auch der Denkmalschutz, die Abteilung für Stadtbildpflege, Dr. Kaiser, involviert und zu involvieren. Ich nehme an - ich wußte das auch nicht bis zur letzten Stadtsenatssitzung - daß der Hr. Dr. Lutz von der Kulturabteilung dieses Ansuchen an den Hrn. Dr. Kaiser - Denkmalschutz u. Stadtbildpflege weitergereicht hat zur Behandlung. Vielleicht auch unter der Annahme, daß aus den Mitteln der Denkmalpflege eine Förderung dieser Altarbildveränderung und des Orgelankaufes gemacht werden könnte. Offenbar ist das dort nicht möglich gewesen, jedenfalls nicht geschehen und kein Amtsbericht und sonstiges in dieser Richtung auf den Stadtsenat zugekommen. Daher ist der Hr. Dr. Alcantara im Oktober bei mir vorstellig geworden und hat mich darauf verwiesen, daß er annimmt und hofft, daß das der Arbeitsüberlastung zuzuschreiben ist und nicht meiner grundsätzlichen Ablehnung, daß er bis jetzt noch keine Förderungen bekommen hat. Ich habe daraufhin neuerlich in Gang gesetzt, daß man dieses Ansuchen zumindest hätte beantworten müssen, positiv oder negativ, wie immer, aber daß es nicht angeht, daß jemand, der an unser Magistrat schreibt, so lange keine Nachricht erhält. Daraufhin hat sich dieses Ansuchen bei Hrn. Dr. Kaiser offenbar gefunden und ist wieder an die Kulturabteilung zurückgegangen. Man hat gesucht, wo man noch Finanzmittel zur Verfügung hat um dem Wunsch der Pfarre Tabor zu entsprechen. So ist dieses geschehen, und dann hat man eben hier diesen Amtsbericht gebracht. Es ist richtig und berechtigt die Kritik, daß hier das nicht abgestimmt wurde mit dem Hrn. Referenten. Insofern völlig richtig. Schlamperei möchte ich - was auch ein paar Mal gefallen ist - unter diesem Aspekt, wie das abgelaufen ist, zu späte Gesuchstellung für das Jahr 1996, dann Zuständigkeit von 2 Abteilungen - so nicht im Raum stehen lassen. Richtig ist die Kritik, daß mit dem Referenten es nicht abgesprochen wurde. Aber in Wahrheit waren eigentlich im Stadtsenat schon nahezu alle, aber ich nehme an, auch hier im GR, die meisten der Auffassung - ich hoffe alle der Auffassung, daß es natürlich hier an sich zum Kulturbereich resultiert, und daß, wenn wir die Mittel im heurigen Jahr noch haben, wir diese Mittel wirklich für diesen Zweck zur Verfügung stellen sollen. Schlußwort Hr. Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Eine Ergänzung muß ich noch anbringen. Ich habe den gesamten Akt hier sehr aufmerksam in der Zwischenzeit durchgeblättert. Wir haben ja in der letzten Stadtsenatsitzung nach dem Originalschreiben vom 19. 1. gesucht. Es ist offensichtlich bis heute nicht gelungen, dieses wichtige Schreiben, es sollte immer in einem Akt drinnen sein, das Hauptansuchen, zu finden. Es ist hier nicht drinnen. Bitte!

UNVERSTÄNDLICHER ZWISCHENRUF

Sehen sie. Vielleicht können sie es dem Akt beifügen. Das wäre nett, damit wir etwas haben. Es gehört eigentlich dazu. Nur ein Problem habe ich schon. Ich werde dem Antrag zustimmen, nur so kann es wirklich nicht sein, wenn ein Referent, wenn ein Ausschuß, gezielt wirklich sehr sorgfältig mit dem Geld umgeht, daß dann gegen Ende des Jahres plötzlich jemand kommt und ohne Rücksprache dann diese Kontenstelle ausräubert. Also da habe ich meine Bedenken. Das ist nicht die „feine englische Art“. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir stimmen über diesen Antrag Nr. 2 - Orgelankauf und Zuschuß - ab. Wer dafür ist, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich bedanke mich. In meinem zweiten Antrag geht es um die Jahressubvention 1996 - Verein Industrieforum Steyr. Steyr ist mit Beschluß des zuständigen GR vom 15. 10. 1992 dem Verein Industrieforum Steyr beigetreten. Damals wurde auch von seiten der Stadt Steyr eine Subvention zur Realisierung des Industrieforums, das hauptverantwortlich die Landesausstellung 1998 vorbereiten und präsentieren soll, in einer Höhe von S 2,5 Mio. grundsätzlich bewilligt. Diese Subvention soll in 5 Jahresraten zu je S 500.000,-- ausbezahlt werden. Heute ist eine dieser Raten fällig. Ich ersuche sie hier um ihre Zustimmung. Mein Antrag lautet:

Fin-161/94 Verein Industrieforum Steyr; Jahressubvention 1996

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 6. 11. 1996 soll dem Verein Industrieforum Steyr eine Förderung für das Jahr 1996 in Form einer einmaligen, nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von S 500.000,-- gewährt werden. Zu diesem Zweck wird der genannte Betrag bei der VASSt. 1/3600/757000.7 - Heimathaus, Subventionen - freigegeben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer dem Antrag zustimmt, der möge bitte ein Zeichen geben. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist einstimmig angenommen. Im Hinblick auf die Landesausstellung 1998 können wir feststellen, der Termin ist ja sehr nahe, wie gut es war, daß wir damals mit dem entsprechenden Vorlauf diesen Grundsatzbeschluß gefaßt haben, und daß diese Fahrzeuge jetzt dann auch Ausstellungsreif zur Verfügung stehen.

Nächster Antrag bitte Hr. Kollege.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Der nächste Antrag betrifft das Theaterfestival „Spectaculum 1996“ - Förderung in der Höhe von S 20.000,-- für einen Abgang. Dabei handelt es sich um eine Kreditübertragung. Deshalb muß sich der GR mit dieser Summe beschäftigen. Ich ersuche sie hier um Zustimmung. Der OÖ. Landesverband für Theater und Spiel hat in der Zeit vom 15. - bis zum 19. Mai 1996 in Steyr im Rahmen des Jubiläums „30 Jahre Steyrer Volksbühne“, das 5. OÖ. Spielgruppentreffen mit dreizehn, durchwegs Theaterveranstaltungen, durchgeführt. Nach Abrechnung dieser Veranstaltungsreihe stehen den nachgewiesenen Ausgaben von S 128.045,30 Einnahmen in der Höhe von S 86.670,-- gegenüber. Der Fehlbetrag beträgt daher S 41.375,30. Aufgrund dieser Abrechnung wurde das Ansuchen des OÖ. Landesverbandes für Theater und Spiel bei der Stadt Steyr mit den notwendigen Belegen erneuert. Im Einvernehmen mit dem stadträtlichen Kulturreferenten, Vizebürgermeister Dr. Pfeil, leitet die FA für Kulturangelegenheiten die Empfehlung des gemeinderätlichen Kulturausschusses - Sitzung vom 3. Okt. 1996 - weiter, diese Veranstaltungsreihe mit einem Barbetrag von S 20.000,-- zu unterstützen.

Mein Antrag lautet:

Fin 69/96 Theaterfestival „Spectaculum 1996“ Förderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Kulturangelegenheiten vom 18. 11. 1996 wird dem OÖ. Landesverband für Theater und Spiel, Spittelwiese 4, 4010 Linz, für die Durchführung des 5. OÖ. Spielgruppentreffens in Steyr eine Subvention in der Höhe von S 20.000,-- zuerkannt und der erforderliche Betrag aus der VASSt. 1/3240/757000.2 freigegeben. Hierfür ist eine Kreditübertragung des oben genannten Betrages von der VASSt. 1/3000/727200.3 auf die genannte VASSt. 1/3240/757000.2 notwendig.

Ich ersuche sie auch hier um ihre Zustimmung bzw. um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es hier eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Auch dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Danke sehr. Mein letzter Antrag ist gleichzeitig der Antrag der besonderen Art Nr. 2. Parkgebührengesetz - Änderungen der Strafbestimmungen. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf ihnen hier..... Vielleicht ein bisschen Aufmerksamkeit Hr. Apfelthaler bitte, weil es ist auch wichtig für das Budget, dem sie ja wahrscheinlich zustimmen werden. Aufgrund des § 1 des OÖ Parkgebührengesetzes, LGBl. Nr. 28/1988 i.d.g.F. können Gemeinden durch Beschluß des GR für das Abstellen von mehrspurigen Kraftfahrzeugen in Kurzparkzonen eine Parkgebühr ausschreiben. Gem. § 6 leg.cit. (dieser enthält die Strafbestimmungen), können bei den mit Strafe bedrohten Verwaltungsübertretungen mittels Organstrafverfügung Geldstrafen bis zu S 300,-- eingehoben werden. Mit Verordnung des GR vom 3. 4. 1993 wurde von der Ermächtigung des § 1 OÖ Parkgebührengesetzes Gebrauch gemacht. Im § 9 Abs. 1 2. Satz der Verordnung des GR der Stadt Steyr vom 4. 3. 1993 ist festgelegt, daß vor Einleitung eines Strafverfahrens mittels

Organstrafverfügung Geldstrafen in der Höhe von S 200,-- zu verhängen sind. Das bedeutet, daß der vom Landesgesetz vorgegebene Strafraumen für Organstrafverfügungen bislang in der Stadt Steyr nicht voll ausgenützt wird. Im Hinblick auf die steigenden Kosten im Zusammenhang mit der Parkraumbewirtschaftung, wie zum Beispiel der Erhöhung des Entgeltes für den Wachdienst, die Erhöhung der anfallenden Verwaltungskosten (Personal, Drucksorten, Postgebühr, Instandhaltung der Parkscheinautomaten etc.) erscheint es zweckmäßig, den vom Land OÖ vorgegebenen Strafraumen für die Einhebung von Organstrafverfügungen auszuschöpfen und den § 9 Abs. 1 2. Satz dahingehend abzuändern, daß anstelle von bisher S 200,-- nunmehr S 300,-- Geldstrafe mittels Organstrafverfügung verhängt werden. Ergänzend darf in diesem Zusammenhang darauf hingewiesen werden, daß sowohl die Bundespolizeidirektion Steyr als auch die Stadt Linz schon seit längerer Zeit Organstrafverfügungen in der Höhe von S 300,-- verhängen. Gegenständlicher Antrag wird daher mit dem Ersuchen um Vorlage an den GR, als das für die Beschlußfassung zuständige Organ, übermittelt. Mein Antrag lautet:

VerkR-5629/1992 Parkgebührengesetz; Änderung der Strafbestimmungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB IV, FA für Verkehrsrecht und öffentliche Sicherheit vom 8. 11. 1996 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, mit welcher der § 9 Abs. 1 2. Satz der Verordnung des GR vom 4. 3. 1993 (Parkgebührenverordnung der Stadt Steyr) abgeändert wird, beschlossen.

Hiezu gibt es folgendes zu sagen. Wie sie selber aus ihren Unterlagen entnehmen, gibt es zwei Unterschriften die kaum leserlich sind, aber in meiner Kopie kann ich erlesen, daß hier Bremm und Tatzreiter steht und der Referent Pfeil wird es hier vortragen. Auch das ist hier ein Antrag der nirgends abgesprochen worden ist. Im Amtsbericht möchte ich eine Korrektur von meiner Seite her anbringen. Die Begründung ist auch hier falsch. Es kann nicht sein, daß wir hier vermehrte Kosten im Bereich Verwaltung für die sogenannten „Park-Sheriffs“ haben, wenn gleichzeitig eine massive Erhöhung in der Einnahmensituation bei unserem Budget wirksam wird. Weil die S 300,-- sind ja bereits in der heutigen Budgetvorlage inkludiert. Das ist das einmal das eine. Das ist ein Vorgriff auf die heutige Sitzung die Budgetvorlage. Das ist das eine. Das andere, was mich viel mehr stört ist, daß wir seinerzeit beim Beschluß eine Zweckbindung vorgesehen haben. Eine Zweckbindung dieser Mittel für den öffentlichen Verkehr, für den ruhenden bzw. für den Fußgängerverkehr. Wir haben hier einmal eine Diskussion in einer GR-Sitzung mit dem damaligen Finanzreferenten Zagler eine sehr ernste, lange Diskussion geführt, weil diese Mittel in den allgemeinen Steuertopf zweckfremd hineingelaufen sind. Auch diesmal passiert es wieder, daß diese Mittel hier, auch diese Erhöhung, hier in den allgemeinen Topf der Steuermittel einfließen werden. Deshalb, aber auch in der Sache grundsätzlich meine ich, daß S 200,-- derzeit noch genügen, denn es sollte schon ein Unterschied sein zwischen einem Organmandat durch einen Polizeiwachebeamten oder durch eine Strafverfügung durch eine Zivilorganisation, denn es kann ja insbesondere unseren Bürgern, wenn sie einmal in unseren gebührenpflichtigen Kurzparkzonen am Stadtplatz und im inneren Stadtbereich parken ja durchaus passieren, daß man einmal die Zeit übersieht und hier finde ich sind S 200,-- derzeit noch durchaus gerecht und angemessen und man sollte es bei diesen S 200,-- belassen. Ich werde hier gegen diesen Antrag stimmen. Ich ersuche um Diskussion.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wer wünscht dazu das Wort? Hr. Koll. Eichhübl als erster, dann Koll. Spöck bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, geschätztes Präsidium. Ich möchte zu dem, was Hr. Dr. Pfeil soeben vor mir gesagt hat, im Zusammenhang der Zweckzuführung der eingehobenen Mittel durch diese Parkgebührengesetze bzw. auch die damit in Zusammenhang stehenden Organmandatstrafen, weil das auch mich als Referent der öffentl. Verkehrsbetriebe der Stadt Steyr im besonderen berührt, etwas sagen. Ich darf hier vielleicht etwas zurückgehen. Einmal abgesehen davon, daß offensichtlich das Einvernehmen mit dem zuständigen Referenten nicht hergestellt wurde, darf ich in Erinnerung rufen, und ich zitiere hier aus dem Amtsblatt der Stadt Steyr vom 14. 5. 1993. Ich kann sie beruhigen, ich werde das heute im Laufe der Budgetsitzung noch mehrmals machen, daß ich aus Amtsblättern zitiere. Da hat es nämlich folgendermaßen ausgesehen, daß man vorher dem GR diese Parkraumbewirtschaftung im besonderen schmackhaft gemacht hat, und dann auch der Bevölkerung durch Berichterstattung in diesem Amtsblatt. Und da heißt es ja unter anderem, daß aufgrund des Grundsatzbeschlusses des GR und der Empfehlung des gemeinderätlichen Verkehrsausschusses mit 1. 9. 1993 eine Parkraumbewirtschaftung eingeführt wurde. Dahinter steckt aber auch, meine Damen und Herren des GR, ein Grundsatzbeschluß zur entsprechenden Verwendung der eingenommenen Mittel. Ich darf mich dahingehend äußern und in Erinnerung rufen, daß das schlußendlich auch ein Grund war, warum die damaligen Vertreter der Grün-Alternativen diesem Antrag im GR die Zustimmung gegeben haben im Bezug auf die Förderung des öffentlichen Verkehrs. Das nur zur Erinnerung. Aber wie hat es tatsächlich ausgesehen mit der Förderung des öffentlichen Verkehrs. Das stammt vom Mai 1993 und bereits bei der Budgetdebatte Vorlage des Budgets 1994 am Ende des Jahres 1993 hat die Förderung des öffentlichen Verkehrs folgendermaßen ausgesehen. Daß der damalige Finanzreferent, StR Zagler, die Investitionen im Verkehrsbetrieb auf „Null“ gestellt hat. Also so hat das ausgesehen. Und daher, meine Damen und Herren, habe ich mich jetzt zu Wort gemeldet, weil ich mich einfach nicht damit anfreunden kann, daß man jetzt wieder einen Griff in die Taschen der Bürger macht, statt S 200,-- S 300,-- verlangen möchte für diese Organmandatstrafe und noch dazu einen Vorgriff auf dieses Budget macht, welches heute erst Nachmittag zu beschließen ist, wo wir auch, mit Recht glaube ich, eine Unterbrechung der Sitzung verlangt haben, weil es ja wirklich sehr bedeutend ist, was in dieser neuen Vorlage, in diesem Abänderungsantrag drinnen steht. Das unterstreiche ich. Aber wir werden ja noch Gelegenheit haben darüber zu reden. Man macht also jetzt einen Vorgriff auf das Budget, nimmt unseren Steuerzahlern, die sowieso schon sehr stark belastet sind, nochmals S 100,-- mehr weg und was will man damit machen?

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Schauen sie, Hr. Koll. Apfelthaler. Sie wissen ganz genau, wie schwierig diese Situation bei dieser Parkraumbewirtschaftung ist. Ich bekenne mich natürlich auch dazu. Aber wenn ich nur daran denke.... Es betrifft ja sogar die Mitglieder des GR, mich auch, ich sage das auch ganz offen. Ich gehe auch immer zwischen den Sitzungen hinunter und werfe das Geld hinein. Manchmal komme ich zu spät, dann bezahle ich die S 200,--. Aber das bin nicht nur ich alleine. Es wird genug geben, die aus zeitlichen Gründen eben wieder einmal zur Kasse gebeten werden. Ich lehne es einfach ab, daß man jetzt hergeht und zweckentfremdet Budgetlöcher stopfen will. Und das ist der Hauptgrund, meine Damen und Herren, meiner Ablehnung gegen den vorliegenden Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer ist weiters zu Wort gemeldet? Koll. Spöck ist schon vorgemerkt, Koll. Gollatsch in weiterer Folge.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS TRIFFT UM 10.10 UHR EIN

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Zum ersten Mal über diese Erhöhung haben wir in der Stadtsenatsklausur gehört. Soweit ich mich zurückerinnern kann, war das ein Beamtenvorschlag, insbesondere haben in meinen Augen damals drei Gründe für die Erhöhung gesprochen. Die Mittagspause ist ja ausgenommen, der Einnahmenentfall der analog mit Linz und Wels und die Organstrafmandate sind erhöht worden von S 200,- auf S 300,-. Das waren Mitgründe, daß in meinen Augen bei der Stadtsenatsklausur, so habe ich das empfunden, eher Einigkeit geherrscht hat. Für die Betroffenen sicherlich nicht erfreulich. Ich weiß nicht Roman, vielleicht hat es dich schon ein paar Mal getroffen. Sicherlich nicht erfreulich, aber es klingelt in der Stadtkasse. Wo ich dir Recht gebe, ist die Zweckbindung. Zweckbindung würde auf jeden Fall gehören für den öffentlichen Verkehr, für den ruhenden Verkehr. Wie es um den öffentlichen Verkehr steht, das erleben wir jetzt täglich. Man kann ja fast nicht mehr vom öffentlichen Verkehr reden, denn der Bus steckt im Stau. Maßnahmen technischer Art sind in meinen Augen, wie du sie vorgeschlagen hast vergangene Woche, wie wir lesen konnten, zuwenig. Es wird uns gar nichts anderes übrigbleiben und da schaue ich zum Koll. Gollatsch, der sich als nächster zu Wort meldet. Ich denke hier an die Busspur. Wahrscheinlich werden wir sicher nicht hinwegkommen, daß wir in ein paar Jahren in Steyr eine Busspur haben, und das geht nicht anders als mit einem Einbahnring. Zum vorliegenden Antrag werde ich die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Weitere Wortmeldung, Hr. Koll. Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Dieser Antrag fällt für mich fast unter Raubrittertum. Eine Erhöhung aus dem Jahr 1993 zum Jahr 1997 um 50 % ist durch nichts, aber durch absolut gar nichts, zu rechtfertigen. Es sei denn, man hat im Jahr 1993 falsch beschlossen. Denn im Jahr 1993 hatte man schon die Möglichkeit, diese Parkgebühren, es ist ja ein Parkgebührengesetz aus dem Jahr 1988, diese S 300,- zu verlangen. Ich sehe ein, wenn das so sein sollte, dann müßten die Mittel aber wirklich und 100 % dem öffentlichen Verkehr, sprich Bus und Busverkehr zur Verfügung gestellt werden. Solange das nicht der Fall ist, stimme ich diesem Antrag nicht zu.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich der Koll. Tatzreiter.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Sehr geehrtes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich bin wirklich unterschrieben darauf. Es ist schon leserlich. Warum dieser Antrag auch unterschrieben bzw. beantragt wurde von uns hat damit zu tun, daß wir unterschiedliche Strafhöhen haben. Das stimmt, das ist richtig, und wir hätten auch bei den S 200,-- bleiben können. Ich darf aber, wie schon im Amtsbericht ausgeführt, auch auf die Erhöhungen der Kosten hinweisen. Im wesentlichen meine ich, sollten wir doch, und der Koll. Spöck hat es richtig gesagt, berücksichtigen, daß wir durch die Mittagszeit und den Ausfall der Parkgebühren jetzt natürlich teilweise ins „Trudeln“ gekommen sind. Ich meine dabei eine ganz bestimmte Art ins „Trudeln“. Deswegen, weil manche ihre Autos am Stadtplatz abstellen und meinen, es wird sich schon ausgehen. Und dann bleibt er so lange sitzen, wie immer auch die Mittagszeit verwendet wird. Und dann hat er natürlich eine Überziehung drauf. In diesem Zusammenhang darf ich anmerken - ich bin sehr viel in Linz und die haben das auch etwa vor 1 ½ Jahren eingeführt diese Erhöhung, und deshalb ist es nur eine Gleichschaltung zwischen Linz und Steyr - ,daß es in Linz rigoros gehalten wird. Dh. in Linz hat man die Möglichkeit nicht, daß man in der Mittagszeit das Auto dort gratis hinstellt. Ich möchte nur darauf hinweisen. Und hier ist es nur eine Angleichung was die Strafgebühren anbelangt bzw. des Organmandates auch zur Polizei, das in Linz und in Wels gleichgehalten ist, wie in Steyr. Ich bitte daher, so wie der Koll. Spöck das auch gesagt hat, dem die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Als nächstes zu Wort gemeldet hat sich die Frau Koll. Bauer, dicht gefolgt von Dr. Schwager, dann Koll. Apfelthaler.

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Also für mich ist die Erhöhung der Verordnung auch eine Straßenräuberei. Nächstes Jahr verlangen wir dann S 400,--, dann S 500,--. Und hier sieht man wieder, wie beim Sozialplan, hier fehlt einfach überall ein ordentliches Budget. Und dann sucht man solche Löcher, wo man die Budgets dann stopft. Mit Linz kann man das überhaupt nicht vergleichen, weil Linz hat wenigstens eine Tiefgarage. Aber wir in Steyr haben nicht einmal eine Tiefgarage.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Noch nicht!

GEMEINDERÄTIN FELICITAS BAUER:

Für mich ist es auch nur eine „Budgetlöcherei“. Ich habe hier kein Verständnis dafür.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Hr. Dr. Tilman Schwager ans Pult.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren Kollegen des GR, liebe „Raubritter“. Leider habe ich nicht gesehen, daß die Koll. Bauer schon aufgezeigt hat, denn sonst hätte ich mir manches ersparen können. Es ist richtig, der Hinweis auf Linz. Das ist ja absolut nicht vergleichbar. In Linz gibt es eine Parkgarage, in Steyr haben wir so etwas nicht. Aber, daß die Mittagspause vernünftig ist, das habe ich einmal von jemanden gehört, der zufällig neben mir geparkt hat und gesagt hat, die sind großzügig hier in Steyr. Und was der dazugesagt hat, das hat mir gefallen, nämlich „gästefreundlich“. Das paßt. Daher finde ich diese Sistierung, die wir seinerseits beschlossen haben, absolut richtig. Die Steigerung um 50 %, wie sie Koll. Gollatsch hier hervorgehoben hat, ist meines Erachtens durch nichts zu rechtfertigen. Es fällt überhaupt auf, daß im Verwaltungsbereich überall Straferhöhungen beschlossen werden noch und noch, während man im übrigen strafrechtlichen Bereich versucht zu entkriminalisieren. Diese Richtung stimmt hier nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster Koll. Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrter GR. Irgendwie reicht es mir jetzt schon. Was in dieser Richtung alles kolportiert wird, diese „Schuldhinundherschleberei“, wer jetzt zuständig ist für irgendwelche Versagen. Eines muß man auch einmal feststellen. Dr. Pfeil ist zuständig für den Schlamassel im Verkehr in Steyr, der Hr. Eichhübl ist zuständig für den Schlamassel, siehe Rechnungshofbericht für den

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Ja bitte, dann hätten sie sich eben mehr kümmern müssen. Jetzt am Ende vom Jahr kommen sie darauf. Aber wo hat sich denn das niedergeschlagen.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Also einer schiebt das auf den anderen. Das hätte an und für sich schon längst erledigt werden können, aber da kommt eben jeder irgendwann am Ende des Jahres darauf; „Mein Gott, hier hätte ich auch noch etwas machen können“. Das ist schon ein bisserl dünn. Wir sind an und für sich angehalten als Stadt, daß wir ordentlich wirtschaften - genau. Das heißt, das beinhaltet auch, daß wir unsere Gebühren, die wir vorschreiben, auch optimal ausnützen und auch ausschöpfen. Weil beim Rechnungshof wurde ja auch kritisiert, daß manche Gebühren nicht ausgeschöpft worden sind. Da sagen sie alle erstaunt, das ist ja ein „Raubrittertum“ diese S 100,--.

ZWISCHENRUF:

S 100,--?

S 100,-- Erhöhung! Betrifft anscheinend nur jene, die das schmerzhaft empfinden, wenn sie es bezahlen müssen. Noch einmal zurückzukommen auf den Koll. Vorredner, der gesagt hat „gästefreundlich“ ist das, wenn man nur S 200,-- Strafgebühr

ZWISCHENRUF:

Das ist unrichtig. Passen sie doch auf.

Ich glaube eher, daß es gästefreundlicher ist, wenn man die Strafen höher ansetzt, weil sonst sind nämlich die Dauerparker, die sich um S 200,-- einen Dauerparkplatz leisten können bei uns in Steyr, angehalten, es nicht mehr zu tun. Ein bisserl falsch ist das schon, meine Damen und Herren, was sie hier kolportieren, so ein bisserl „wendehalsmäßig“, auf der einen Seite darf man, auf der anderen Seite soll man. Aber in Wahrheit ist in dem Sinne nichts herausgekommen. Die beiden Referenten hätten jederzeit die Möglichkeit gehabt, hier auf die Pauke zu hauen und zu sagen, wir brauchen etwas für den Verkehr. Wir müssen etwas tun, haben es aber nicht getan. Sie kommen immer am Ende des Jahres darauf, daß sie

ZWISCHENRUF:

Also bitte, ich lese ihnen heute die Protokolle der letzten 10 Jahre vor, ...

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster zu Wort gemeldet Hr. Koll. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium, werte Gäste, vor allem von der Presse. Ich glaube, die Situation, die jetzt hier geistig auseinander genommen wird, nicht zuletzt auch deswegen geschieht, weil sie da hinten anwesend sind. Aber bitte, das sei jetzt dahingestellt. Vorausschickend

ZWISCHENRUF:

Wem meinen sie mit „dahinten“?

Wenn sie jetzt aufgepaßt hätten, dann hätten sie gehört, daß ich gesagt habe „werte Herren von der Presse“. Aber sie passen ja anscheinend nie auf. Ich weiß, es ist nicht so einfach hier herinnen das Wort zu ergreifen, weil einfach immer jemand dazwischenredet, aber wie gesagt, ich halte mich grundsätzlich schon an die Diskussionsordnung. Hr. Koll. Eichhübl, das was sie zuerst von sich gegeben haben, das ist ja fast eine gefährliche Drohung. Daß sie hier Protokolle vorlesen wollen, das sei jetzt hier bitte nicht so wichtig. Aber eines möchte ich vorausschicken, um wieder zur Sachlichkeit zurückzukehren, was manchen Herrschaften ein bisserl fremd ist hier herinnen. Es geht grundsätzlich darum, daß ich einmal in erster Linie vorwegschickend, noch nie bezahlt habe. Das will ich also einmal deutlich deponieren, damit nicht irgendwelche Fehlmeinungen auftreten. Mir geht es grundsätzlich darum, daß sehr wohl hier ein einheitlicher Betrag in allen Statutarstädten, ich betone das Wort „Statutarstädten“, vorhanden ist. Die Situation Parkhaus ist zwar ein sehr interessantes Argument, aber das können wir, glaube ich, ein bisserl dahingestellt lassen, weil in einem Parkhaus zahle ich doch einiges mehr, als für einen Parkplatz, bei dem ich um S 5,-- eine halbe Stunde parken kann. Das ist ein bisserl ein Vergleich, der nicht ganz richtig ist. Eines möchte ich von hier weg deutlich sagen und die Kritik, die erlaube ich mir auch. Meine sehr geehrten Damen und Herren. Wenn ich heute hier in irgendwelchen Geschäften oder beim Arzt mich befinde, so muß es mit diesem Antrag zu einer Toleranzsituation kommen, die man sehr deutlich mit den Herrschaften von der Wachgesellschaft abklären muß. Ich kann mir nicht vorstellen, daß es weiterhin der Bevölkerung gefallen wird, wenn man 2 Minuten Verzögerung bekommt, die ja mit Sicherheit sehr oft menschlich ist, zu meinem Auto zurückkehre - und das habe ich nicht nur einmal beobachtet - und da steht bereits eine besagte Persönlichkeit und hat bereits die Nummer eingetippt und wird also versuchen auf die Sekunde genau diese S 300,-- zu verordnen. So kann es nicht gehen. Das heißt im Klartext, eine gewisse Toleranzgrenze muß drinnen sein. Und ich ersuche die Verantwortlichen noch einmal ein dementsprechendes Gespräch zu führen. Im übrigen werde ich dem Antrag wohl beistimmen, aber mit ein bisserl Bauchweh auch.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Hr. Koll. Vanek. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Genauso, wie der Koll. Philipps, bin auch ich noch nicht in den Genuß gekommen, Parkgebühren zu bezahlen, weil ich fahre nicht mit dem Auto sondern mit dem Fahrrad und hier wird bekannterweise nichts verlangt, weil da kann man stehenbleiben. Trotzdem möchte ich folgendes sagen. In Steyr haben wir wirklich das Pech oder auch das Glück für manche, daß wir eine sehr sanfte Parkgebührenregelung haben. Wir können jetzt im Steyrdorf - im weiten Bereich im Steyrdorf - stehen, wir können zu Mittag gratis parken, und es gibt außerdem eine Menge Dauerparkplätze oben beim Schloß, wo es möglich ist, gebührenfrei zu parken. Ich verstehe die ganze „Trenzerei“ von manchen Kollegen nicht, wieso es so schlimm ist, wenn die Parkgebühren von S 200,-- auf S 300,-- erhöht werden, denn es zahlen die Strafggebühren nur jene, die falsch parken. Die anderen sowieso nicht, weil die halten sich sowieso daran.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster der Hr. Koll. Bremm bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Der zweite Antragsteller entzieht sich nicht der Verantwortung. Wir sind gewohnt, daß wir das übernehmen, im Gegensatz zu anderen. Es ist schon eigenartig die Diskussion, meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn man so mitten in die Diskussion hereinkommen würde, hätte man den Eindruck, daß man um die Parkgebührenerhöhung diskutiert und nicht um Strafen, für die, die sich nicht an Spielregeln und Ordnungsvorschriften halten. Und ich möchte hier sagen, der Vergleich zu Linz mit der Tiefgarage, der hinkt wirklich. Es gibt überhaupt keinen Zusammenhang zwischen Übertretung von der Parkzeit zur Tiefgarage in Linz. Ich fahre öfter nach Linz, und wenn ich in die Tiefgarage nach Linz fahre, dann gehe ich mit meiner Rechnung beim Hinausfahren hin und bezahle ordnungsgemäß, ohne daß ich jemanden um eine Minute ums „Haxl hauen“ kann. Da bezahle ich jede Minute. Es gibt überhaupt keinen Bezug zu der Diskussion, die hier geführt wird und zum Raubrittertum, das ist auch sehr an den Haaren herbeigezogen. Und wenn der Hr. Tilman Schwager sagt, die Richtung für Strafen stimmt nicht. Aber sie sind wirksam. Es wäre natürlich schön, wenn wir in einer Gesellschaft leben würden, wo wir keine Vorschriften brauchen, weil sich alle an die 10 Gebote halten würden, oder welchem Glaubensbekenntnis ein jeder angehören möge. Also, wenn das so wäre, wäre das sicher die wünschenswerte Gesellschaft. Es ist dies nicht so und wir wissen das genau, darum müssen wir auch Reglements mit Androhung von Strafen schaffen. Die logische Konsequenz, wenn man hier redet, ist für die Steyrerinnen und Steyrer jene - und es betrifft ja nur jene, die sich nicht an die Spielregeln und an die Verordnung halten - daß die Strafe für das unrechte Parken oder Überziehen der Zeit, daß dort die Strafe dieselbe ist, wie dort bei den Kurzparkzonen, wo keine Gebührenpflicht ist. Es ist nämlich total unlogisch, daß dort, wo man Gebühren verlangt, die Strafe etwas weniger ist als dort, wo Halte- oder Parkverbot ist. Also es ist wirklich sehr unlogisch die Diskussion. Die sollen Regelungen schaffen, die logisch sind für die Bevölkerung und auch begreifbar sind für die Bevölkerung. Es trifft nur jene, die sich nicht daran halten. Und lieber Roman Eichhübl, jetzt sehe ich dich mit deinem grünen Wagerl nicht mehr stehen, aber du warst halt immer einer, der gerne gezahlt hat. Ich zahle nicht, weil ich stelle mich nicht dort hin. Ich passe auf, daß ich zeitgerecht wieder wegfahre.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Du stellst dich auf meinen Parkplatz.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein, ich stehe nicht

Ich fahre auf den Parkplatz hier herinnen nur dann, wenn ich dienstlich hier bin.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, dann stellst du dich auf meinen Parkplatz. Ich habe noch nie etwas gesagt, weil es macht ja nichts.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich würde sie ersuchen, Hr. Dr. Pfeil, zeigen sie mir ihre Rechnung, mit der sie den Parkplatz hier gekauft haben von der Stadt. Zeigen sie mir das und schreiben sie mir das. Ich wollte das nur gesagt haben, daß es hier nur darum geht, daß es wirklich sinnhaft ist, daß die Strafe für Bereiche, die gebührenpflichtig sind, gleich ist, wie in anderen Bereichen, wo wir keine Gebührenpflicht haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Ich übergebe den Vorsitz an die Frau Vizebürgermeister Mach.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übernehme den Vorsitz. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Hr. GR Straßer.

GEMEINDERAT FRANZ STRASSER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Vergleich mit der Parkgarage stimmt nämlich nicht ganz. Ich habe hier am Stadtplatz nicht die Möglichkeit, wenn ich jetzt wirklich wo beim Arzt oder in einem Geschäft bin, sofort hinauszurennen. Im Parkhaus kann ich, wenn ich länger bleibe, zahlen, mehr zahlen. Aber diese Möglichkeit hat man hier nicht. Und ich glaube, daß viele Leute das gerne zahlen würden, aber man kann nicht anders. Und darum muß ich auch sagen, es genügen diese S 200,--. Ich bin auch gegen die S 300,--.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich werde mich zu Hrn. Apfelthaler und zur ordentlichen Wirtschaftspolitik in Steyr, die sie angesprochen haben, auch wenn es zu meinem Antrag gehört, zwischendurch vor dem Schlußwort noch einmal zu Wort melden, damit auch eventuell dann erwidert werden kann. Ich bin so fair. Sie meinen, sie haben hier jede Position, die von den Grünen ausgegangen ist, aufgegeben. Sie haben hier kein Wort in ihrer Rede heute zur Zweckbindung gesagt. Ihre Vorgänger waren Mitstreiter dafür, daß die Mittel auch zweckrichtig verwendet werden, wie wir es hier im GR ausgemacht haben. Wir waren glühende Verfechter der Idee. Jetzt nur den Verkehr und den Verkehrsbetrieben zu sagen, hier sind die Freiheitlichen verantwortlich dafür, wenn

sie sich nicht einmal die Mühe machen, konsequent im Verkehrsausschuß zu sein oder Vorschläge zu unterbreiten. Ich kann es ihnen auch beweisen. Das ist kein „Lavendelschmäh“, Hr Apfelthaler, wie sie immer sagen. Ich kann es ihnen an Hand der Anwesenheitsliste beweisen, daß von ihnen fast nie jemand da ist im Verkehrsausschuß. Und wenn jemand da ist, dann kommt er gegen Ende der Sitzung zur Verabschiedung gerade recht. Aber eine Wortmeldung im Verkehrsausschuß von ihrer Seite her habe ich kaum gehört. Eine sachbezogene gar nicht. Also diese Aufgabe, weil sie gesagt haben

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Wir haben ein Protokoll darüber. Wir können gerne die Protokolle darüber vorlesen. Die Aufgabe ihrer Positionen ist peinlich. Und wenn sie sagen, von Wendehals, Hr. Apfelthaler, das trifft auf sie im hohen Maße zu. Sie haben jede Position aufgegeben. Sie verteidigen Anträge von Sozialisten. Sie sind nicht mehr unterscheidbar von der SPÖ. Sie haben ihre grüne Position absolut aufgegeben. Das müssen sie nächstes Jahr den Bürgern in Steyr auch sagen. Zum Hrn. Philipps auch noch eine Wortspende. Hr. GR Mag. Philipps, offenbar sind auch sie hier nicht involviert in die Thematik. Darum würde ich ersuchen, reden sie nicht darüber, wenn sie es nicht wissen. Die zehn Minuten Toleranz, die wir hier bis zum Erbrechen diskutiert haben, das funktioniert in Steyr hervorragend. Es ist in keinem Fall so, daß nach Ablauf der Parkzeit hier jemand steht und in der ersten Sekunde oder ersten Minute die Strafe ausgestellt wird. Wir haben vereinbart, aber das kann man nicht per Verordnung machen, weil sonst parkt jeder sowieso statt 30 Minuten 40 Minuten, und dann fangen sie zu jammern an, „ich habe ja doch nur 40 Minuten geparkt“. Das haben wir nämlich auch gehabt. Und dann will man die Toleranz auf die 40 Minuten, anstatt auf die 30 Minuten, noch draufsetzen. So kann es ja nicht gehen. Aber ich bin stolz darauf, daß hier mit Auswahl dieser Bewachungsmannschaft ein guter Griff gemacht wurde. Wir haben fast keine Probleme damit. Sie sind sehr höflich. Sie sind auch sehr bestimmt. Und diesen Auftrag haben sie. Sie dürfen auch nicht mit einer kostenlosen Abmahnung die Leute bestrafen. Das ist eine Bestrafung. Diese Möglichkeit haben diese Leute nicht. Sie sind angehalten dazu, wenn die Parkzeit überschritten ist, unabhängig und unbeschadet der Person, hier ein Strafmandat auszustellen. Ich möchte auch von dieser Seite hier sagen, Interventionen waren auf diesem Sektor zwecklos. Ich habe das noch nie gemacht, ich werde das auch nicht machen, unbeschadet der Person. Zum Hr. GR Vanek, weil sie gemeint haben, es gibt genügend Dauerparkplätze beim Schloß, möchte ich nur sagen, daß ich ihnen Recht gebe, aber nach 12 Uhr Mitternacht. Da findet man genügend Parkplätze. Jetzt in der Tageszeit finden sie dort keinen Parkplatz. Wenn jemand in die Stadt kommt und einen Parkplatz sucht, findet er keinen, weil die sind ab dem frühen Morgen besetzt. Zum Hrn. Bremm möchte ich folgendes sagen: Ich habe das noch nie in der Öffentlichkeit diskutiert, aber wenn sie mich ansprechen, ich werde es gerne machen, traditionsgemäß. Wie ich in dieses Amt gewählt und gekommen bin vor 5 Jahren, hat mir der MD Knapp und der Hr. Vizebürgermeister Sablik gesagt, die Einteilung lautet so, daß die ersten zwei Parkplätze unten in der Garage den beiden Vizebürgermeistern zur Verfügung stehen. Gut habe ich gesagt, ich brauche das nicht unbedingt. Ich fahre ohnedies meistens mit dem Fahrrad, aber es ist so. Die beiden hinteren Parkplätze, hat es geheißen, wer zuerst kommt, der malt zuerst. Ich habe nie eine öffentliche Diskussion daraus gemacht. Ich habe mich auch nie gekümmert oder mich als Parkplatzsheriff aufgespielt, wer immer auf diesen Parkplätzen steht. Sie stehen meistens auf dem mir zugewiesenen Parkplatz, es macht ja nichts. Nur, weil sie sagen, daß wir nichts bezahlen dafür. Es ist nach der neuen Bundesverordnung, im Sparpaket ist das sogar drinnen, daß auch so etwas als Sachbezug gelten muß. Wir zahlen dafür Sachbezug. Das haben wir auch so ausgemacht für diesen Parkplatz. Ich habe sie noch nie aufgefordert wegzufahren, wenn sie auf meinem Parkplatz gestanden sind. Ich habe das noch nie gemacht, ich mache das auch nicht. Das nur, weil sie mich angesprochen haben.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Zur Richtigkeit, sie haben gesagt, ich stehe auf ihrem Parkplatz.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist richtig. Auf den uns zugewiesenen Parkplatz. Daß die Frau Vizebürgermeister meistens auf dem linken, aber das auch fast nie, steht, das ist klar, weil sie benützt ja den Dienstwagen zu ihren Fahrten. Ich benütze den Dienstwagen nie. Das war fürs erste meine Wortmeldung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dafür verrechnest du Kilomatergeld.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist ein Bruchteil von einem Dienstwagen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich gebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Als nächster kommt der Hr. Koll. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wertee Präsidiu. Diese morgentlichen Streicheleinheiten vom Koll. Pfeil kann ich natürlich schon retournieren, weil ich glaube, daß ich, bevor ich zu irgend einem Thema etwas sage, mich sehr ausreichend darüber informiere. Und hier haben wir schon den ersten Unterschied zwischen uns beiden. Die zweite Situation ist, wären sie nämlich informiert genug, dann wüßten sie, daß diese 10 Minuten vorm Parken gelten. Dh. rein von der rechtlichen Regelung darf ich dort halten, das geht bis zu 10 Minuten, das darf ich und dann kann er mich erst strafen. Nachher, und hätten sie sich bei der Bevölkerung ein bißchen umgeschaut, dann hätten sie bemerkt, daß die Bevölkerung schon ziemlich sauer ist, weil das, was ich zuerst gesagt habe, Tatsache ist, daß also heute der wirklich mit seinem Rechenggerät dort steht und wartet, bis die Zeit abgelaufen ist. Das läßt sich ja wirklich beweisen. Einen Kompromiß hätte ich vielleicht noch zur Güte. Vielleicht könnte man den Parkplatzbenützern vom Hrn. Koll. Pfeil raten, einen Radfahrträger

zu benützen, dann wäre auch für diese Situation gesorgt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster Koll. StR Eichhübl.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren des GR, es geht ja wieder sehr lustig zu in dieser Runde. Das ist ja sehr erfreulich. Aber vielleicht gibt man mir nochmals im Zusammenhang mit diesem vorliegenden Antrag die Ehre, mir ein paar Minuten zuzuhören. Es hat nämlich ein paar ganz lustige Beiträge gegeben zu einem an sich sehr ernstem Thema. Es hat auch Beiträge gegeben, die meiner Meinung nach dann auch unter die Gürtellinie gegangen sind. Aber ich darf vorerst - der Koll. Bremm ist noch da - zu dem etwas sagen, was er gemeint hat, daß ich derjenige bin, der mit seinem grünen Wagerl länger dort gestanden ist und Strafe bezahlt. Da gebe ich ihnen vollkommen Recht. Ich habe meine Strafen bezahlt. Selbstverständlich. Auch früher habe ich meine Strafen bezahlt, wenn es aufgrund der Tatsachen, daß GR-Sitzung war und ich nicht zeitgerecht vom Betrieb wegfahren konnte, und in weiterer Folge eine Stadtsenatssitzung. Ich habe zum Gegensatz von deinen Fraktionskollegen, die sogar ihre Gattinnen auf den Stadtplatz geschickt haben und nicht nur ihre Parkzeit überzogen haben, das wäre ja weniger, sondern sogar verkehrsbehindernd dort gestanden sind und dann mit einem Dienstausweis hingegangen sind und gesagt haben, ich bin ja die Gattin von einem Gemeindevandatar. Koll. Bremm, ich nimm das nicht so ernst. Weil, Gerhard, du mußt dich ein bisserl am Riemen reißen und ein bisserl härter argumentieren, deshalb, weil sonst wirst du beim nächsten Bezirksausschuß wieder abgewählt. Das wird sicher auch eine Notwendigkeit von dir sein. Abgesehen davon Gerhard, muß ich dir auch ganz ehrlich sagen, wenn du jetzt die Brücke nach Linz in Frage gestellt hast, was die Frau Koll. Bauer gesagt hat, daß es ja keine Tiefgarage in Steyr gibt, dann finde ich das schon von Bedeutung, weil die fehlt uns tatsächlich und hängt indirekt mit diesem Antrag zusammen. Alle haben eben nicht das Glück, daß sie in der Arbeiterkammer im Hof gratis parken können, so wie du. Die müssen dann auch irgendwo hinfahren und die Parkgebühr bezahlen. Meine Damen und Herren, was Koll. Apfelthaler gesagt hat, das fordert mich schon auf, meine Drohung, die ich gesagt habe, wahr zu machen und ihn wieder einmal mehr aufmerksam zu machen, was eben so in den Protokollen drinnen steht an Forderungen der Freiheitl. im allgemeinen, und von mir als Referenten im besonderen. Ich habe ja bereits darauf hingewiesen, daß es nicht zuletzt auch ein Kritikpunkt des Rechnungshofes war, aber wir kommen noch dazu, Hr. Bürgermeister. Ich hoffe, sie entziehen mir nicht das Wort oder ich bekomme einen Ordnungsruf. Daß eben geringe oder zu geringe Investitionen der Stadtwerke vollzogen wurden. Und genau das, Hr. Apfelthaler, haben sie durch ihre Zustimmung im Budget verhindert. Denken sie ein bisserl nach darüber, wenn sie im Bezug auf Verantwortungszuschreibung im besonderen auf meine Person hier herausen Äußerungen machen. Jetzt darf ich zum Abschluß doch noch einen humorvollen Satz sagen. Es ist ja erstaunlich, meine Damen und Herren des GR, um einen Rückblick auf die letzte GR-Sitzung zu machen, ich bin beanstandet worden dafür, weil ich gesagt habe, machen wir eine ordentliche Vereinsförderung. Das ist ja klar, ein Freiheitlicher darf das nicht sagen. Der Koll. Apfelthaler hat heute gesagt, eine ordentliche Wirtschaftspolitik, Hr. Bürgermeister. Wenn sie das auch einmal in irgend einem ihrer Beiträge vermerken. Ich danke höflichst.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das war nicht so lustig. Es scheint so, daß die Rednerliste erschöpft ist. Keine weitere

Wortmeldung? Schlußmeldung Hr. Referent bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Ich möchte noch einmal wiederholen, was mir die wichtigsten Dinge sind, diesen Antrag abzulehnen und ich würde auch sie höflich darum ersuchen. In erster Linie fehlt die Zweckbindung, weil diese Gelder werden automatisch in den ganzen Budgetsack hineingegeben.

ZWISCHENRUF:

Da gibt es einen Gemeinschaftsbeschluß.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es wird bis heute nicht exekutiert und ich lasse mir das nicht einfach nehmen, daß man sagt, können wir halt nichts machen. Wir haben vor 3 Jahren hier an dieser Stelle ausführlich diskutiert, daß hier gemeinderatswidrig mißbräuchlich die Gelder verwendet werden. Das andere ist, eine Erhöhung zu dieser Zeit mit 50 % ist den Steyrer Bürgern nicht zuzumuten. Ich sehe überhaupt keine Notwendigkeit, daß wir uns hier mit der Landeshauptstadt, ganz gleich aus welchen Gründen auch immer, hier auf eine Stufe stellen in der Höhe der Strafgeelder.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil, eigentlich habe ich geglaubt, daß wir das ja bei der Budgetdebatte näher erläutern und beleuchten. Die Aufwendungen für den öffentlichen Verkehr und die Investitionen, die wir dafür tätigen, unmittelbar und mittelbar, sind erheblich. Sie sind erheblich. Alleine wenn ich nur einen Punkt, der in diesem Abänderungsantrag drinnen steht und öffentlichen Verkehr betrifft, nämlich „Schaffung eines Anrufsammeltaxis mit S 1,5 Mio. Anschlag“. Nur alleine hier an diesem Punkt sehen sie schon, daß das nahezu der doppelte Betrag ist von der Einnahmenpost, die sich hier aus diesem Antrag ergibt. Ich möchte sagen, debattieren wir das beim Budget. Da werde ich dann Gelegenheit haben dir vorzuzelebrieren, lieber Freund, daß du mit Stadtwerke und besonders Verkehrsbetriebe, Hauptnutznießer der Investitionspolitik der Stadt bist. Da muß man das schon in diesem Zusammenhang sehen.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Bitte schön, 2 Autobus und, und

Debattieren wir das beim Budget, weil das paßt eigentlich nicht ganz hier her. Ich möchte nicht im Raum stehen lassen, die Stadt kassiert irgendwelche Parkgebühren und Strafen und vereinnahmt die

in einem riesigen imaginären Budgetloch. Das ist ja nicht der Fall. Sondern der Input, den die Verkehrsbetriebe hier von der Stadt bekommen, ist ein enormer. Das werden wir im Budget debattieren. Ich bitte nunmehr um Abstimmung und darf jene Damen und Herren des GR bitten, die dem Antrag Nr. 5 zustimmen, die Hand zu erheben. 25 Prostimmen (17 SP, 6 VP, 2 GAL). Wer stimmt gegen diesen Antrag? (11 Contrastimmen, 9 F, 2 VP). Stimmenthaltungen? Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen. Ich danke dem Hrn. Dr. Pfeil und bitte den Koll. Bremm als nächsten Berichterstatter ans Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Der Österr. Alpenverein Steyr hat um eine außerordentliche Subvention für Sanierungsarbeiten bei ihren Einrichtungen - Ennstaler Hütte, Feichtauhütte und Schosserhütte im Ausmaß von S 152.000,-- angesucht. Im Budget ist das vorgesehen. Mein Antrag lautet:

Fin-206/So/Sch Österr. Alpenverein Steyr - Ansuchen um Gewährung einer außerordentlichen Subvention

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Schule und Sport vom 21. 11. 1996 wird dem Österr. Alpenverein für die Sanierungsmaßnahmen eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention von S 152.000,-- gewährt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 152.000,-- bei der VSt. 1/2690/777000.5 freigegeben.

Ich ersuche sie um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wer wünscht das Wort zum Antrag Nr. 6? Herr Koll. Oberreiter wünscht das Wort, ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT HELMUT OBERREITER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Die finanziellen Belastungen für alpine Vereine bzw. Touristenvereine werden ja immer größer. Umweltauflagen in allen Linien, sei es für Abwasseranlagen oder auch für Stromanlagen, die in Zukunft aus der Solartechnik immer mehr bestehen sollen, belasten natürlich die Vereinsbudgets entsprechend stark. Auch als Obmann eines großen touristischen Vereines weiß ich, wovon ich rede. Ich denke, daß insbesondere zu Standardverbesserungen auf unseren Hütten, aber auch für das Installieren dieser wichtigen Anlagen im Sinne des Umweltschutzes, auch von gesetzlichen Anlagen, immer wieder vorgeschrieben werden, ist es besonders wichtig, daß wir unsere Vereine in der Stadt Steyr entsprechend unterstützen. Jugendarbeit trägt auch Früchte. Auch hier ist es notwendig, daß entsprechende Ausbauarbeiten vorgenommen werden, so daß diese Jugendarbeit in entsprechenden Räumlichkeiten durchgeführt werden kann. Ich werde diesem Antrag zustimmen und ersuche sie auch um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Als nächster Hr. Koll. Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Hr. Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Nur eine kleine formelle Wortmeldung. Wir haben jetzt eine Subvention für den Alpenverein und es ist auch der Alpenverein Mitglied im Umweltbeirat. Ich habe schon einmal angesprochen, es gibt 38 Eingeladene im Umweltausschuß und letztes Mal waren auch wieder nur 20 anwesend. Es wäre vielleicht zu überlegen, die Leute noch einmal anzusprechen, die in letzter Zeit nie erschienen sind. Das waren auch der Schiclub Steyr, der Gewerkschaftsbund, der Fremdenverkehrsverband, die Betriebsleitung der Stadtwerke. Ich glaube, wir laden nur mehr die 20 ein, die sowieso regelmäßig kommen. Wünschenswert wäre es auch, daß jemand, der eine Subvention bekommt, auch vielleicht im Umweltbeirat als Mitglied erscheint.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wird ein Schlußwort gewünscht? Das ist auch nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung. Wer dem Antrag Nr. 6 die Zustimmung gibt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Der Antrag ist daher einstimmig angenommen.

Als nächster Hr. Koll. Schloßgangl mit seinem Bericht bitte.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrter Hr. Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. In meinem Antrag geht es um die Verbreiterung der unbenannten Verbindungsstraße zwischen Infang- und Resthofstraße, um die Vergabe der Arbeiten. Mein Antrag lautet:

Bau 3 - 4190/91 Verbreiterung der unbenannten Verbindungsstraße zwischen Infang- und Resthofstraße;Vergabe der Arbeiten;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 31. 10. 1996 wird der Antrag zur Durchführung der Bauarbeiten für die Verbreiterung der Verbindungsstraße zwischen Infangstraße und Resthofstraße an die Fa. Zwettler BaugesmbH, Steyr, zu Gesamtkosten in Höhe von S 80.324,81 inkl. MWSt. übertragen. Die erforderlichen Mittel sind durch eine Kreditübertragung von VASSt. 5/6120/728000.0 (Gemeindestraßen, Verkehrsmaßnahmen) zu VASSt. 5/6120/002420.7 (Gemeindestraßen, Ausbau weiterer Straßen) freizugeben, da dieser Betrag dort nicht mehr benötigt wird.

Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Als erster hat sich Hr. Koll. Rohrauer zu Wort gemeldet. In Vorbereitung Hr. Koll. Gollatsch.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Endlich geht ein Wunsch in Erfüllung, den ich eigentlich schon seit einigen Jahren habe, daß dort geregelte Zustände sind. Es ist so, daß durch diese Straße etwa 600 Autos pro Tag in Richtung Resthof und Richtung Freizeitzentrum Glaser fahren. Ich finde es sehr gut, daß hier endlich dieses Fahrverbot aufgehoben wird. Ich gebe aber zu bedenken, da ich als Besucher des Freizeitzentrums Glaser immer wieder die Situation erfahre, daß das Hinauskommen aus der Infangstraße eine sehr schwierige Situation ist. Ich ersuche deshalb den nicht anwesenden Verkehrsreferenten Dr. Pfeil Maßnahmen zu setzen, daß diese eigenartige 100 Stundenkilometerbeschränkung von Gleink bis Anfang Steyr aufgehoben wird. Ich halte es an und für sich für sehr dumm, wenn man innerhalb von 400 - 500 m mit 100 km/h fahren kann und dann heruntergebremst wird, sowohl auf 60 km/h auf der einen Seite und 50 km/h auf der anderen Seite. Es wird jeder Autofahrer dort das herausholen, was sein Auto hergibt. Die Situation ist dort eine sehr gefährliche und man bleibt dort auch relativ lange stehen, daß man auf die Vorrangstraße kommt. Ich ersuche daher, hier die Maßnahmen zu setzen, daß diese 100 km/h oder die Höchstgeschwindigkeitsbeschränkung auf der Ennser Straße aufgehoben wird.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist schon beschlossen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Als nächster hat sich Hr. GR Gollatsch zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Diese Verbreiterung der unbenannten Verbindungsstraße zwischen Infangstraße und Resthofstraße ist ein beredetes Beispiel der mangelnden Bauplanung in der Stadt. Diese Straße, die Bauplanung des Resthofes ist hier, und sie ist vielleicht von den „Alt-Vorderen“ mitbeschlossen worden, und das ist die mangelnde Planung. Wenn wir die Busführung ansehen, wie sie im Resthof geführt wird, sehen wir, hier fährt der Bus mit der Kirche ums Kreuz. Nie dort vorgesehen, nie die Verkehrswege für die Busverbindung vorgesehen. Wenn wir uns anschauen, wie diese Busverbindung im Resthof gewesen ist, das ist die ehemalige Mannlicherstraße, zur Resthofstraße nach vor, Resthofstraße Richtung Norden auf Höhe Resthofstraße Nr. 42, eine Busbucht. Und hinaus wieder auf die Siemensstraße und auf die Ennser Straße. Diese Verkehrsanbindung war im Resthof vorgesehen und nicht so, wie sie jetzt ist, weil sonst hätten wir nicht eine Busbucht in der Resthofstraße, die keiner mehr braucht. Dafür waren die Busbuchten gegenüber der Pfarre nicht vorhanden und sind auch auf meinen Antrag erst gestellt worden, obwohl man gesagt hat, nein, die brauchen wir nicht. Im Verkehrsausschuß wurde diese Öffnung der Infangstraße oder dieser unbenannten Straße gegen meine Stimme beschlossen. Gegen

meine Stimme und die Begründung für die Nichtöffnung dieser Straße ist wieder auch eine Sache der mangelnden Planung. Wir haben heuer mit viel „Pomp und Trara“, mit Freibier und Hrn. Bürgermeister und kleinen Kindern einen Ballspielplatz genau bei dieser Straße eröffnet. Weil ja nur der Bus fährt, kann nichts passieren für die Kinder. Jetzt machen wir diese Straße auf, verbreitern sie. Der Schutz zum Gitter des Kinderspielplatzes wird weniger, die Kinder laufen hin und her. Meine Damen und Herren, ich hoffe, es passiert aufgrund des Beschlusses des Verkehrsausschusses und des Beschlusses heute, das jetzt breiter zu machen, nichts. Und ich sehe für die Resthofbewohner ein, daß die Abfahrt Richtung Enns aus dem Resthof auf dem Teil Richtung Glaser herunter natürlich wesentlich kürzer ist. Das ist vollkommen klar. Nur, wenn das so sein soll, dann hätten wir dort nicht zuerst die Kinder hinlassen sollen, ein Sportzentrum hingemacht und dann noch eine Ausfahrt in die Ennsener Straße von der Infangstraße, die nicht verampelt ist, wo jetzt dann nicht 600 Autos fahren, sondern Verdoppelung, Verdreifachung. Die müssen in die Ennsener Straße hinein. Die biegen von Enns Richtung Infangstraße nach links ab. Die Unfallgefahr wird eine derart gewaltige. Außerdem ist beschlossen worden, daß dort ein Fußgängerübergang hinkommt ohne Verkehrslichtsignalanlage. Meine Damen und Herren, ich hoffe dort passieren keine Unfälle. Und zu deiner Sache, wegen der 60 km/h-Beschränkung möchte ich sagen; Ich weiß nicht, wer säumig ist, aber beschlossen ist es im Verkehrsausschuß schon seit ca. 3 Monaten, daß diese 60 km/h-Beschränkung von Dornach bis Steyr kommt. Ich weiß nicht, wer hier säumig ist. Ich enthalte mich wegen dieser Argumente der Stimmen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen zu diesem Thema? Das ist nicht der Fall. Eines ist vielleicht schon zu sagen. Im Zuge des Ausbaues des Resthofes ist natürlich immer mehr an Bevölkerung nördlich der Siemensstraße dazugekommen. Und natürlich müßte der ganze Verkehr ohne dieser Maßnahmen durch das dicht verbaute Gebiet zur Siemensstraße fahren um dort auf die Ennsener Straße hinaus zu können. Das war der Grund, warum sich der Verkehrsausschuß und andere Planungsausschüsse damit beschäftigt haben, hier doch endlich diese Möglichkeit zu eröffnen - insgesamt gesehen. Außerdem wurde angeführt dieser Spielplatz. Es war ja die Forderung nach einem Spielplatz.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Aber nicht zum Aufmachen dieser Straße. Es wurde gesagt, dort fährt ja doch nur der Bus.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Man muß einmal sagen, wo man denn sonst Spielplätze für die Jugend machen könnte. Dort war noch diese Reservefläche, die ausgewiesen war als eine solche, für Freizeit und Sport vorhanden. Und das haben wir realisiert. Ich erinnere mich, daß dieser Spielplatz wiederholt gefordert wurde. Jetzt haben wir ihn gemacht. Kaum ist es erledigt, dann kommst du und kritisierst, weil dort die Straße vorbeigeht. Hier sieht man, wie vielschichtig die Probleme sind und wie unterschiedlich man es betrachten kann. Ich akzeptiere das, aber hätten wir nichts gemacht, dann stünde noch die Forderung nach einem Spielplatz im Raum, die du auch unterstützt hast. Schlußwort Hr. Referent bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ich glaube, die Diskussion hat gezeigt, daß sowohl die Öffnung als auch die Verbreiterung einer so kleinen, ursprünglich nicht für den öffentlichen Verkehr vorgesehenen Straße, große Probleme mit sich bringt. Ich glaube, es soll der Anlaß sein, nicht die Bauplanung war schlecht, sondern die Planung, und die unterliegt ja nicht mir, sondern bekanntlich dem Bürgermeister und auch die Verkehrsplanung. Und vielleicht ist diese Diskussion heute Anlaß dafür, daß man sich hier in diesen Ausschüssen koordiniert und gemeinsam über sinnvolle Lösungen auch in Zukunft nachdenkt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Ich sehe niemanden. Stimmenthaltung? (3 Stimmen, 1 F, 2 VP). Der Antrag ist mit Mehrheit beschlossen. Ich danke dem Koll. Schloßgangl. Der nächste Berichterstatter ist der Koll. Tatzreiter.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

In meinem Antrag geht es um den Verkauf der Liegenschaft Aichetgasse 22, wie im Amtsbericht dargestellt, an die Ehegatten Daniel und Aloisia Zawadski. Hier geht es um 533 m² Grundfläche bzw. dem darauf stehenden Haus. Es ist eine ältere Liegenschaft und die Bewerber sind die derzeitigen Bewohner. Wie im Amtsbericht dargestellt, geht es um diese S 730.000,--, die den Kaufpreis ausmachen. Ich bitte sie daher diesem Antrag zuzustimmen, damit die beiden derzeitigen Bewohner diese Liegenschaft erwerben können. Wir haben 2 Gutachten in diesem Zusammenhang eingeholt, und ich darf sie bitten, dem Antrag die Zustimmung zu geben. Mein Antrag lautet:

ÖAG-50/94 Verkauf der Liegenschaft Aichetgasse 22 an die Ehegatten Daniel und Aloisia Zawadski

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA für Privatrechtsangelegenheiten vom 21. 11. 1996 wird dem Verkauf der Liegenschaft Aichetgasse 22 an die Ehegatten Daniel und Aloisia Zawadski zum Kaufpreis von S 730.000,-- zugestimmt. Die Übergabe des Kaufobjektes erfolgt am 1. 1. 1997, die Zahlung des vereinbarten Kaufpreises hat bis längstens 20. 1. 1997 zu erfolgen. Im übrigen haben die Käufer sämtliche mit der Vertragserrichtung im Zusammenhang stehenden Kosten, Steuern, Abgaben und Gebühren zu tragen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Ich darf fragen, wer zu diesem Antrag das Wort wünscht? Ich sehe niemanden. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich schlage vor, wir machen 10 Minuten Pause. Die Sitzung ist unterbrochen.

PAUSE VON 11.02 UHR BIS 11.25 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich nehme die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich übernehme nunmehr den Vorsitz und bitte den Hrn. Bürgermeister um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Der erste Antrag meinerseits betrifft die Verselbständigung des APT und in diesem Zusammenhang die Auflösung des gemeinderätlichen Ausschusses für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor sowie die Wahl der Mitglieder für den neuen Verwaltungsausschuß. Wie sie wissen haben wir beschlossen, daß hier dem APT die Eigenschaft einer wirtschaftlichen Unternehmung zuerkannt wird, und daß das APT ab 1. 1. 1997 als selbständiger Regiebetrieb geführt wird und ein Sondervermögen der Stadt ohne Rechtspersönlichkeit bildet. In diesem Zusammenhang sind eine Reihe von Beschlüssen noch erforderlich. Ich trage ihnen daher meinen Antrag an den GR vor.

Präs-43/94 Verselbständigung des APT Steyr; Auflösung des gemeinderätlichen Ausschusses für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor;

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 25. 11. 1996 wird der gemeinderätliche Ausschuß für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Ablauf des 31. 12. 1996 aufgelöst. Im Anschluß an diese Beschlußfassung ergeht nachstehende Neuwahl der Mitglieder des Verwaltungsausschusses für die städt. Unternehmungen „Alten- und Pflegeheim Tabor“. In den Verwaltungsausschuß für die städt. Unternehmung „Alten- und Pflegeheim Tabor“ werden entsandt: seitens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion: Frau Vizebürgermeisterin Friederike Mach, Hr. StR Ing. Dietmar Spanring, Frau GR Ingrid Weixlberger

Wahlberechtigt über diesen Wahlvorschlag sind nur die Mitglieder der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion. seitens der FPÖ-Gemeinderatsfraktion:

Herr GR Günter Fürweger

Wahlberechtigt über diesen Wahlvorschlag sind nur die Mitglieder der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion. seitens der ÖVP-Gemeinderatsfraktion:

Hr. StR Wilhelm Spöck Wahlberechtigt über diesen Wahlvorschlag sind nur die Mitglieder der Gemeinderatsfraktion der Volkspartei.

Ich bitte sie über diesen Antrag zu debattieren und nachher die Wahl durchzuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sehr geehrte Frau Vizebürgermeister, Hr. Bürgermeister, meine Damen und Herren. Ich möchte mich heute nicht über die Sinnhaftigkeit der Ausgliederung des APT zu einem sogenannten selbständigen Regiebetrieb auslassen. Das haben wir ausdiskutiert. Ich bin anderer Meinung. Ich denke, das ist nur eine Budgetkosmetik, daß wir das Alten- und Pflegeheim Tabor ausgegliedert haben. Aber wir haben einen Beschluß des GR hier heute zu vollziehen. Ich habe nur zwei Probleme bei diesem Antrag. Erstens erscheint mir schon die Anzahl 5 sehr willkürlich gewählt, das die SPÖ sehr überbetont mit 3 Mitgliedern in diesem Verwaltungsausschuß vertreten sein wird. Dh., daß auch dieser Verwaltungsausschuß politisch einseitig vehement dominiert. Das ist ein Punkt, der mir nicht gefällt. Man hätte eine andere Zahl nehmen können, daß nach dem „D`Hontschen Verfahren“, eben der tatsächlichen Stärke der einzelnen Parteien im Verwaltungsausschuß die Vertreter vorhanden sind. Man hätte sich auch einigen können, daß alle im GR vertretenen Parteien je einen Vertreter in den Verwaltungsausschuß entsenden, damit der politische Einfluß in diesem sogenannten selbständigen Regiebetrieb möglichst hintangestellt wird. Eines wurde offensichtlich verabsäumt. Nämlich, daß wir, wie in anderen Ausschüssen, auch diesen Verwaltungsausschuß mit Stellvertretern besetzen. Ich glaube, das ist sehr wichtig, daß wir hier Stellvertretermöglichkeiten Ich bin kein Jurist, aber es erscheint mir äußerst wichtig, wenn das ein kleines Gremium sein soll, daß auch hier, gerade wenn von einer größeren Fraktion, wie der FPÖ oder ÖVP, derjenige einmal nicht kann, daß dann diese Fraktion überhaupt nicht vertreten ist. Das gefällt mir nicht und deshalb stelle ich einen Abänderungsantrag, daß hier gleichzeitig heute Stellvertreter gewählt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich möchte aber dazu sagen, es ist wie beim Stadtsenat. Es gibt bei diesem Ausschuß keine Stellvertreter.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann müssen wir es ändern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir können es auch nicht ändern. Was sagt der Jurist dazu?

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Ja, das ist richtig.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das bezweifle ich. Wenn das der Wille des GR ist, dann wird das wohl möglich sein.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich der Hr. GR Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte die politische Bewertung dieser heute vorzunehmenden Entscheidung nicht machen, weil das haben wir im Juli gemacht. Ich möchte aber nur auf einen Punkt oder auf die Möglichkeit hinweisen, daß es die Möglichkeit für Fraktionen gibt, die aufgrund ihrer Stärke hier nicht vertreten sein können im Verwaltungsausschuß, als sachkundige Personen beigezogen werden können. Ich hoffe, daß diese Entscheidung auch aus demokratiepolitischen Gründen auch so durchgeführt wird. Das ist mein Zusatz.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich Hr. StR Spöck.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Die Verordnung zum Alten- und Pflegeheim Tabor haben wir im Juli d.J. beschlossen. Der § 7 dieser Verordnung, der genehmigt wurde, behandelt die Kompetenzen des Verwaltungsausschusses und der § 7 sieht nur 5 Mitglieder des Verwaltungsausschusses vor. Ich habe mich auch bezüglich der Stellvertreter beim Hrn. Präsidialdirektor erkundigt. Es wurde mir gesagt, das geht nicht. Dieser Verwaltungsausschuß ist dem Stadtsenat gleichzustellen, der auch keine Vertreter vorsieht. Deshalb besteht hier rechtlich keine Möglichkeit, Vertreter zu entsenden. Mir persönlich wäre es auch lieber gewesen. Es wurde mir jedoch gesagt, das geht rechtlich nicht. Koll. Vanek hat mich vor ein paar Minuten angesprochen, daß, wie es aufgrund dieses Verfahrens dieses § 7, der die Kompetenzen des Verwaltungsausschusses regelt, aussieht, ja die Grüne-Fraktion nicht vertreten wäre. Sollte ich der Vorsitzende dieses Verwaltungsausschusses sein, wäre es mir ein Anliegen zu prüfen, inwieweit es eine Möglichkeit gibt, im § 7 habe ich nichts gelesen, täte ich den Hrn. Präsidialdir. bzw. den Hrn. MD ersuchen, es ist ja auch Neuland diese Verordnung, ob es hier Möglichkeiten gibt, die Grüne-Fraktion hier einzubinden. In meinen Augen ist es eine Notwendigkeit.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Hr. Präsidialdirektor, möchtest du die Aufklärung vornehmen.

PRÄSIDIALDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Sehr geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren des GR. Die Frage taucht für mich auch etwas überraschend auf. Es ist, glaube ich, trotzdem relativ einfach zu beantworten und zwar, daß es durchaus den Vorsitzenden des Verwaltungsausschusses möglich sein kann und muß, nach den Bestimmungen des Statutes sachkundige Personen zu den Ausschußsitzungen beizuziehen. Allerdings ist darauf hinzuweisen, daß diesen Personen weder beratendes noch beschließendes Stimmrecht zukommt, nur insoweit die Möglichkeit eingeräumt werden kann, an den Beratungen teilzunehmen, soweit sie vom Vorsitzenden zu beratender Stimme beigezogen werden. Dh., er kann sich nicht selber zu Wort melden, sondern muß beim Vorsitzenden immer den Antrag stellen, das Wort erteilt erhalten zu bekommen. Wenn der Vorsitzende das nicht macht, dann sitzt er zwar dabei, kann aber nur zuhören. Das ist der Unterschied zwischen einem beratenden Mitglied, das selber die Stimme erheben kann und einem beigezogenen sachkundigen Mitglied, das vom Vorsitzenden mit Stimmrecht beteiligt wird. Aber als sachkundiges Mitglied hier beigezogen zu werden, das würde ich auf den ersten Blick, ohne mich näher damit beschäftigt zu haben, einmal grundsätzlich „bejahen“. Diese Möglichkeit besteht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort. Hr. Koll. Fürweger. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, sehr geehrter GR. Auch ich habe schon einmal erwähnt, ich bin zwar froh hier wieder nominiert worden zu sein, ich bin aber nicht froh mit dieser halben Verselbständigung. Ich glaube auch, daß das wieder bald so aussehen wird, wie es bis jetzt gegangen ist. Wenn wieder Leute beigezogen werden, werden wir bald wieder die alte Stärke bekommen, die wir jetzt gehabt haben. Die Ersatzfrage verstehe ich überhaupt nicht, daß wir das nicht machen wollen, wenn wir uns 3 Vizebürgermeister in der Stadt leisten können. Aber wir können uns keinen Ersatz für 5 nominierte Personen leisten. Das verstehe ich überhaupt nicht. Noch dazu, wenn der Vorsitzende jetzt noch gar nicht geklärt ist. Was ist, wenn der Vorsitzende fehlt? Wer ist der Vorsitzende-Stellvertreter? Das ist auch noch nicht geklärt. Das sind Fragen über Fragen. Ich möchte hier weiter Fragen aufwerfen, weil es geht ja nicht nur um das Alten- und Pflegeheim Tabor, es geht ja auch um den Referenten, der für alle Alten- und Pflegeheime in der Stadt verantwortlich ist. Wir haben in der letzten Sitzung erst beschlossen, daß wir ein neues Altenheim in Münchenholz bauen. Wer kümmert sich nun um dieses Alten- und Pflegeheim in Münchenholz? Wer kümmert sich um die Planung? Wer beurteilt das ganze dort? Wie soll die Organisationsform des APT aussehen? Wer soll es betreiben? Wo wird das alles beraten und beschlossen? Ich könnte mir vorstellen, daß man das im Sozialausschuß macht. Wir haben dort auch die Agenden der Kindergärten, der jungen Leute, der jungen Bürger. Warum auch nicht die Agenden der älteren Bürger im Sozialausschuß behandeln? Das ist ein Gremium mit genügend Mitgliedern, mit Stellvertretern und mit Vorsitzenden zur Genüge. Ich glaube, das wäre eine Lösung. Es wird wahrscheinlich dort hin kommen und dann wird es wahrscheinlich dazu führen, daß wir überhaupt das Tabor-Altenheim verselbständigen, das Altenheim-Münchenholz auch verselbständigen, und dann sind wir alle im Sozialausschuß vereint und werden dort die Agenden der jungen und älteren Mitbürger wahrscheinlich dann beraten und behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Hr. StR Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. In Anlehnung an die Wortmeldung meines Fraktionskollegen Fürweger möchte auch ich noch eine Frage stellen, und zwar betreffend das Organisationsstatut für die Verselbständigung des APT, weil dort, glaube ich, rechtliche Probleme in Bezug auf steuerliche Belange auftreten werden. Vielleicht könnte man das auch heute hier einmal diskutieren. Nicht zuletzt deshalb, weil ja auch die Stadtwerke Organisationsprobleme haben, das steht ja auch im Geschäftsbericht drinnen, und eine Statutenänderung beantragt haben und man hier einen Zusammenhang sieht. Wobei ich allerdings glaube, daß vorerst einmal die Veränderung in den Stadtwerken erfolgen sollte und dann erst die weiteren Veränderungen im APT. Vielleicht, wie gesagt, könnte man hier eine Antwort erhalten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich Hr. StR Spöck zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR, lieber Koll. Eichhübl. Es hat bezüglich Alten- und Pflegeheim-Verselbständigung am 8. Nov. ein Gespräch mit der Beamtenschaft, ein Gespräch mit einer Steuerberatungskanzlei, wo auch diese Probleme erörtert worden sind, stattgefunden. Insbesondere die Rechtslegung, können wir in das Firmenbuch, können wir nicht in das Firmenbuch, wie sieht es aus mit der Eröffnungsbilanz, wie sieht es aus mit dem Anlagenverzeichnis, wie sieht es aus mit den Investitionen 1997, wie sehen die Steuerangelegenheiten aus, die Umsatzsteuerprobleme? Hr. Staudinger bzw. Hr. Lorenz hat uns hierüber Auskünfte gegeben. Wie sieht es aus mit dem Finanzamt? Bekommen wir eine eigene Steuernummer, bekommen wir keine eigene Steuernummer? Wie sieht es mit der Gebietskrankenkasse aus, wie sieht es mit der Finanzierung, der Übernahme von Krediten, Tilgungsplänen usw. aus? Da ist einiges im Gange. Es gibt Probleme, gerade wenn ich an das Anlagenverzeichnis denke. Um das Anlagenverzeichnis im Alten- und Pflegeheim Tabor zu erstellen, muß ein Mitarbeiter etwa ein halbes Jahr beschäftigt werden. Das wird, soweit ich informiert bin, der Hr. Schoiber machen. Das ist Grundvoraussetzung, um eine Bilanz zu erstellen. Wir haben ja einen selbständigen Regiebetrieb beschlossen. Wir gehen ja über von der Kameralistik in eine normale Buchhaltung. Das ganze ist in Erörterung und wir werden natürlich versuchen, hier eine Lösung herbeizuführen unter Zuhilfenahme von externen Beratern.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Schlußwort des Referenten bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Dieser Ausgliederung und Verselbständigung des APT ist ja eine sehr lange Beratungsphase vorangegangen. Mehrere Studien sind angefertigt worden und man hat sich dann nach diesen langen Beratungen zu dieser Vorgangsweise entschieden. Das ist auch einvernehmlich geschehen. Hier nun das „D`Hondtsche-System“ anzuzweifeln, halte ich in diesem Zusammenhang für zumindest merkwürdig und eigenartig. Es ist eben das anerkannte System, nach dem die Verhältnismäßigkeiten in Ausschüssen und Gremien usw. festgelegt sind. Ich möchte doch in Erinnerung rufen, daß der Grund für den ganzen Vorgang der gewesen ist, hier diesen selbständigen Wirtschaftskörper zu trennen, soweit das nur denkbar und möglich ist, von der Rathausbürokratie. Ich sage das ein bißchen volkstümlich, um hier schnellere Entscheidungen treffen zu können. Es sei auch daran erinnert, daß auch vorgesehen ist, daß der dort zuständige leitende Bedienstete wesentlich mehr Kompetenzen hat. Das war ja die wichtigste Forderung bei diesem Vorgang, um im Rahmen eines dort vorgegebenen Budgets die Geschäfte dort wirklich zu führen. Es war natürlich auch der Ruf nach einem kleinen schlagkräftigen Verwaltungsgremium. Und daher ist man eben zum Schluß auf dieses „Fünfergremium“ gekommen. Es waren doch die entscheidenden Perspektiven, die man sich in diesem Zusammenhang zurechtgelegt hat. Wirtschaftsunternehmungen werden normalerweise von Aufsichtsräten dirigiert und beaufsichtigt. Dort gibt es auch diese Stellvertretermentalität nicht. Es ist auch ein Fakt, den wir uns bei dieser Gelegenheit vor Augen führen müssen und daher geht es eben auch um das schlagkräftige, kleine Gremium, das kurzfristig zusammentreten kann, das hier Entscheidungen treffen muß, sehr ähnlich denen, die der Stadtssenat für die anderen Agenden der Stadt zu treffen hat. Daher glaube ich, ist dieser Vorschlag, der mühselig ausgehandelt wurde, richtig und er sollte auch beschlossen werden. Ich bitte, daß wir uns nicht neuerlich in Diskussionen verwickeln und das wieder hinausschieben. Wir sind ja mit den bisherigen Beschlüssen determiniert. Dieser Ausschuß ist mit 1. 1. zu errichten. Ich möchte Hrn. Koll. Fürweger noch sagen, das, was sie gesagt haben, das würde ja bedeuten, das Rad wieder zurückzudrehen, wieder im Sozialausschuß die ganzen Dinge zu beraten. Das war der Grund, wir haben einen eigenen Alten- und Pflegeheimausschuß gehabt. Selbst dieses Gremium war uns zu wenig schlagkräftig. Jetzt, das in einem Sozialausschuß, der viele andere.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, weil die SPÖ nicht hingegangen ist zur Ausschußsitzung. Deshalb war es nicht schlagkräftig. Es hat niemand Zeit gehabt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil, nur einmal, nachdem die Einladung so kurzfristig ergangen ist. Schauen sie, sie können ja gerne jedes Mal von mir einen eingeschriebenen Brief haben, wenn irgend jemand ihrer Vertreter nicht bei einem Ausschuß ist. Es ist ja kein Beitrag zur Gestaltung einer verbesserten Situation im APT, den sie hier bringen, sondern uns geht es darum, daß wir dort das schlagkräftiger machen, daß kurzfristigere Entscheidungen getroffen werden, daß die Wirtschaftlichkeit dort stärker in den Mittelpunkt des Geschehens dort rückt, daß der Verwalter andere Kompetenzen hat, daß ein kleines Entscheidungsorgan dort Verantwortung übernimmt im Auftrag der Stadt. Und das sollte heute beschlossen werden und ich bitte, daß das auch geschieht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Es liegt mir ein Abänderungsantrag vor. Der Antrag lautet:

Der Antrag Nr. 9 der GR-Sitzung vom 12. 12. 1996 soll folgenden Zusatz erhalten:

„Für den Verwaltungsausschuß sollen neben den Mitgliedern gleichzeitig Ersatzmitglieder bestellt werden.“

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Es liegt ein Abänderungsantrag vor. Wir müssen zuerst über den Abänderungsantrag abstimmen und anschließend über den Hauptantrag. Ich ersuche jetzt als erstes die Abstimmung über den Abänderungsantrag durchzuführen. Es liegt einer vor, und sobald einer vorliegt, müssen wir abstimmen. Auch wenn er gesetzwidrig ist, müssen wir abstimmen. Wer die Zustimmung für den Abänderungsantrag gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. (8 Prostimmen F). Wer übt Stimmenthaltung (1 Enthaltung, F). Wer ist gegen den Abänderungsantrag? (Rest dagegen) Danke. Der Abänderungsantrag wurde mit Mehrheit abgelehnt. Kommen wir zum Hauptantrag. Wer die Zustimmung zur Auflösung des Ausschusses für Angelegenheiten des Alten- und Pflegeheimes erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Es geht um die Auflösung des vorhandenen Alten- und Pflegeheimausschusses. Ich habe das auch gesagt. Wer ist dagegen? Wer übt Stimmenthaltung? Niemand. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung für die SPÖ-Fraktion. Wer die Zustimmung erteilt, daß im neuen Verwaltungsausschuß die Frau Vizebürgermeister Mach, Hr. StR Ing. Spanring und Fr. GR Weixlberger entsendet werden, hebe bitte die Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Dieser Antrag wurde von der SPÖ-Fraktion einstimmig angenommen.

Jetzt kommen wir zur Abstimmung für die F-Fraktion. Wer die Zustimmung erteilt, daß im neuen Verwaltungsausschuß Hr. GR Günter Fürweger entsendet wird, hebe bitte die Hand. Einstimmige Annahme, 1 Enthaltung. Jetzt kommen wir zur Abstimmung für die ÖVP. Wer die Zustimmung erteilt, daß im neuen Verwaltungsausschuß Hr. StR Wilhelm Spöck entsendet wird, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mein nächster Antrag betrifft die Vertragsänderungen bei insgesamt 2 Darlehen im Rahmen unserer Finanzpolitik und der Änderungen, die wir grundsätzlich beschlossen haben. Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR.

Fin-99/96 Diverse Darlehen, Vertragsänderungen

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 26. 11. 1996, wird bei den nachstehend angeführten zwei Darlehen der Raiffeisenbank Steyr-Garsten folgenden Änderungen zugestimmt:

Darlehensnummer - 6/60/002: Änderung der Darlehenskondition von dzt. Sekundärmarktrendite „Emittenten gesamt“ ohne Aufschlag auf 6-Monats-VIBOR + 0,5 % ab 1. 1. 1997 auf fünf Jahre, das ist bis zum 31. 12. 2001. Anschließend gilt die ursprünglich vereinbarte Zinssatzanpassungsregelung bzw. muß neu verhandelt werden. Die übrigen Vertragspunkte bleiben unverändert aufrecht.

Darlehensnummer - 6/609/003: Änderung der Darlehenskondition von dzt. Sekundärmarktrendite „Emittenten gesamt“ ohne Aufschlag auf 6-Monats-VIBOR + 0,5 % ab 1. 1. 1997 auf fünf Jahre, das ist bis zum 31. 12. 2001. Anschließend gilt die ursprünglich vereinbarte Zinssatzanpassungsregelung bzw. muß neu verhandelt werden. Die übrigen Vertragspunkte bleiben unverändert aufrecht.

Zur Durchführung wird der GB für Finanzen ermächtigt, die Bedingungen in den Zusatzvereinbarungen im Rahmen der oben angeführten Konditionen entsprechend festzulegen. Ich bitte um Debatte bzw. um Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Im Prinzip richtig und wichtig, daß wir ständig bei unseren Darlehen nachsehen, wo es Veränderungen am Weltzinsmarkt und nicht nur in Österreich gibt. Deshalb, auch wie in der Budgetklausursitzung angesprochen, sollte man umfassend hier eine Nachschau machen. Und ich denke gerade im Jahre 1999, also bis zur Eurowährung sollte man schon andere Währungen in die Kreditüberlegungen mit einbeziehen, insbesondere weil ja das Zinsniveau derartig eklatant unterschiedlich in diesem Bereich ist, und da wäre noch ein enormer Vorteil für die Stadt hier lukrierbar. Andere Städte, wir schauen immer nach Linz, haben das auch vorexerziert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Schlußwort Hr. Bürgermeister bitte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu den Ausführungen von Hr. Dr. Pfeil möchte ich sagen, daß natürlich gegenwärtig die Währungsunion noch etwas in der Zukunft liegt und hier die großen Finanzminister der Mitgliedstaaten noch das Sagen haben und noch eine erhebliche Uneinigkeit herrscht. Man wird sehen, was sich in diesem Zusammenhang für eine Kulisse ergibt. Selbstverständlich werden wir zur gegebenen Zeit auf entsprechende Veränderungen in der Zinslandschaft oder in den Möglichkeiten, hier möglichst günstige Darlehen aufzunehmen, auch diesen Vorgang genau beobachten und dann

unsere entsprechenden Schlüsse ziehen. Ich bitte nun für den ggstl. Antrag um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag seine Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Der nächste Antrag bitte.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Mein nächster Antrag ist eine Gewerbeförderung, und zwar betrifft es die Apotheke am Resthof von Frau Mag. Liselotte Stögmüller. Es ergeht in diesem Zusammenhang der Antrag des Stadtsenates an den GR:

Fin-213/96 Apotheke am Resthof KG, Mag. Liselotte Stögmüller, Siemensstraße 1 a, 4400 Steyr;
Gewerbeförderung

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Finanzen vom 25. 11. 1996 wird der Apotheke am Resthof KG, Mag. Liselotte Stögmüller, Siemensstraße 1 a, 4400 Steyr, für die anlässlich der Errichtung einer Apotheke und zweier Arztpraxen getätigten Investitionen in der Höhe von ca. S 8,5 Mio. (exkl. USt.), zur Hälfte des 20-jährigen Darlehens bei der Raika Ternberg in der Höhe von S 7 Mio., ein 3 %-iger Zinszuschuß auf die Dauer von fünf Jahren gewährt. Dies bedeutet eine Gewerbeförderung von insgesamt ca. S 466.000,-- verteilt auf 5 Jahre. Zu diesem Zweck wird bei VASSt. 5/7820/756000.9 ein Betrag in der Höhe von S 53.000,-- für das Rechnungsjahr 1996 freigegeben.

Ich möchte sagen, daß die Errichtung dieser Apotheke sehr im Sinne der Stadt liegt, weil es auch einen Teil eines Strukturnachrüsteprogrammes für diesen Stadtteil darstellt. Ich bin froh, daß das geschehen ist. Ich hoffe, daß auch noch Ärzte angesiedelt werden können und betrachte es als bedeutenden Beitrag, hier die Infrastruktur bedeutend zu verbessern. Ich bitte um Debatte bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wer wünscht das Wort dazu? Herr GR Rohrauer bitte.

GEMEINDERAT FRANZ ROHRAUER:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wertes Präsidium. Als ich vor 3 Jahren von dieser Stelle hier den GR aufgefordert habe, mir behilflich zu sein, am Resthof eine Apotheke zu installieren, hat ziemlich genau von dieser Richtung her Hr. StR Holub einen Lachkrampf bekommen und hat gesagt, wir haben alles schon versucht, es hat nichts gefruchtet. Worauf wir von der SPÖ-Resthof 2 Jahre lang eine Unterschriftenaktion gestartet haben, Verhandlungen auch mit der Apothekerkammer geführt haben. Und siehe da, auf einmal war die Zeit reif und wir bekamen eine Apotheke. Diese Apotheke, sie mag bei vielen Bewohnern des Resthofes von der baulichen Art und Weise eher für gut oder für

schlecht befunden werden, aber diese Apotheke hat helle Begeisterung bei den Resthofbewohnern ausgelöst. Die Frau Mag. Stögmüller hat in ihrer Art und Weise, diese Apotheke zu bauen, auch in die Zukunft gesehen. Sie hat dort Einrichtungen vorgesehen, wo auch Ärzte unterkommen können. Es ist schön zu hören, daß bis Ende des Jahres in diesen Räumlichkeiten auch ein Kinderarzt einziehen soll, der speziell für den Resthof wichtig ist. Wie weit müssen Mütter fahren, um zu einem Kinderarzt zu kommen. Es wird auch weiterhin dort gebaut und es werden immer Jungfamilien dort gebildet. Die Installation der Apotheke brachte leider auch ein Negativum mit. Die Infrastruktur wurde durch die Apotheke verbessert, dafür wurde das Bankwesen vom Resthof weggenommen. Wir waren bei der Bank-Austria, und es führte kein Weg mehr vorbei, daß diese Zweigstelle Resthof in den Tabor eingebunden wurde.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Der Sparkassenplatz war ja der einzige Platz, der nach einem Lebenden benannt worden ist. Gott sei Dank ist er jetzt auch gestorben, oder? Die Sparkasse nämlich. Jetzt wird er zum „Schleckerplatz“? Das Problem, hier hat man die „Resthofer“ wieder tief in ihrem Herzen getroffen..... Ich habe aber ein anderes Problem, und zwar dadurch, daß dort die Apotheke hingekommen ist und die Bank-Austria eine gesamtwirtschaftliche Schallklappe besitzt, obwohl wir gesagt haben, bitte nicht den „Schlecker“ dort hin, denn es wird dort eine Konkurrenz entstehen, die tödlich sein kann. Da gibt es die gut eingeführte Drogerie Pfeiffer, da gibt es die Marktnischenpolitik der Apotheke und jetzt ein paar hundert Meter weiter den DM-Markt, der neu gebaut wird. Jetzt haben wir dort also 4 Betriebe, die mehr oder weniger das selbe Produkt verkaufen. Das ist eine schlechte wirtschaftliche Politik von der Bank-Austria. Sie hätte jemand anderen hineinsetzen können. Zum Schluß - die Apotheke ist ein Pluspunkt für den Resthof und auch der Kinderarzt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Weiter zu Wort gemeldet hat sich Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Es ist schon sehr interessant, wer sich jetzt aller als Errichtung oder Vater der Resthofapotheke hier apostrophiert bzw. in Berichten und Zeitungszuschriften die Fahnen auf sich steckt. Tatsache ist, daß wir lange, Hr. Rohrauer, lange bevor sie hier vor 2 Jahren diskutiert haben

Nachzulesen, es ist vor 5 Jahren in unserem Forderungskatalog gestanden, daß im Resthof eine Apotheke kommen soll. Aber daß sie dort ist, soll uns allen recht sein. Wir haben sie uns alle gewünscht, und deshalb wird auch diese Apotheke finanzielle Unterstützung finden. Ich glaube, wir werden hier einstimmig zustimmen. Nur ich möchte noch einen Satz zur Gewerbeförderung sagen. Ich habe die Anregung vom letzten Stadtmarketing, von der letzten Präsentation, bekommen und ich denke schon, wir sollten nächstes Jahr ernsthaft darüber nachdenken, ob wir nicht die Gewerbeförderung auf neue Beine stellen sollten. Das nur als Denkanstoß. Ich glaube, wir sollten wirklich die Anregung aufnehmen, zu sagen, was fehlt denn in Steyr. So wie im Resthof die Apotheke gefehlt hat, was fehlt denn in Steyr? Welche Strukturen fehlen? Dann sollte man einen Anforderungskatalog erstellen für alle Stadtteile und diese vermehrt unterstützen. Es hat keinen Sinn,

wenn wir unterstützen die Ansiedlung von verschiedenen Betrieben, die sich gegenseitig Niederkonkurrenzieren. Da hat niemand etwas davon. Da sollten wir von der Stadt hier als Vorreiter bei der Förderung von solchen Betrieben auftreten und sagen, wenn wir einen Schuster wo brauchen, dann fördern wir auch den Schuster in diesem Stadtteil.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Hr. GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Ich möchte mich den ausnahmsweise sinnvollen Äußerungen des Koll. Rohrauer durchwegs heute anschließen. Ich glaube, es hat in diesem Gremium niemanden gegeben, der gegen die Errichtung einer Apotheke war. Ganz im Gegenteil. Es haben ausnahmsweise alle zusammengeholfen. Wir haben auch einige Male bei der Landessanitätsbehörde über unsere Landtagsfraktion interveniert. Aber vielleicht noch eine Bemerkung zu der Problematik mit der Bank-Austria zu der geplanten Auflösung der Filiale im Resthof, die ja wirklich vollkommen unverständlich ist. Es gibt ja als Nachfolgegremium des Sparkassenbeirates einen sogenannten „Bank-Austria Beirat“, wo ja auch politische Vertreter drinnen sitzen. Es würde mich in diesem Zusammenhang schon interessieren, ob dort über diese Auflösung diskutiert wurde, oder ob dieses Gremium überhaupt noch tagt. Wenn ja, vielleicht nur mehr zu festlichen Anlässen. Gerade dort wäre einmal Gelegenheit gewesen, daß man Stellung bezieht und auch von der politischen Seite dementsprechenden Druck ausübt. Wenn es nicht einmal mehr zu solchen Dingen zusammentritt, dann ist es sinnlos und man sollte es am besten auflösen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Herr Bürgermeister, bitte das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ein Satz zur Apotheke und zur Sparkasse. Also die Apotheke hat mit der Auflösung der Sparkasse bzw. der Bank-Austria Filiale nichts zu tun. Hier gibt es keinen unmittelbaren Zusammenhang. Zutreffend ist aber, daß eigentlich diese Auflösung entgegen den Interventionen der Stadt zur Strukturverbesserung erfolgt. Das Problem ist nur eines; Man kann sich eben nicht aussuchen, ob man hier in Wirtschaftsunternehmen hineinregieren kann oder nicht. Da waren ja alle der Meinung, man sollte das nicht tun. Und daher ist es natürlich eine Entscheidung der Bank, die vor den wirtschaftlichen Hintergründen basiert, vor dem Markt. Das sind die Probleme und es wird auch hier im Bankenbereich eine gewaltige Veränderung geben. Ich kenne hier Prognosen einiger Großbanken, die 9000 Mitarbeiter in Österreich haben und in 5 Jahren 5000 haben werden, und 3000 oder 2000 davon sollen noch ausgewechselt werden aus Qualifikationsgründen. So hart spielt sich das in diesen Bereichen ab. Nichts wird verschont bleiben in diesem Änderungsprozeß. Das wollte ich eigentlich noch dazu sagen. Wir sind sicher als Stadt nicht in der Lage, wirtschaftliche Entscheidungen einer Bank oder sonstiger Unternehmen direkt zu beeinflussen. Wir können uns etwas wünschen, aber es wird sehr schwer sein, hier auch darauf zu vertrauen, daß diese Wünsche

alle erfüllt werden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Jetzt kommen wir zur Abstimmung über die Gewerbeförderung für die Frau Mag. Stögmüller. Wer dazu die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Wir kommen daher gleich zum nächsten Antrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft die werbliche Umsetzung des Steyrer Stadtmarketingkonzeptes und die Auftragsvergabe dazu. Wie sie wissen, meine Damen und Herren, haben ausgehend vom Jahre 1993 hier ständig Arbeitskreise sich damit beschäftigt, wie man hier die Stadt besser präsentieren, verkaufen, vermarkten kann. Es war hier ein recht namhafter Arbeitskreis, unterteilt in Arbeitskreise von Wirtschaftstreibenden, Experten aus Tourismus und Gastronomie, Ämtern und Behörden sowie verschiedenen anderen gesellschaftlichen Bereichen tätig. Es hat hier auch eine Gallup-Studie gegeben, die wir präsentiert bekommen haben. Es haben natürlich auch die Vertreter dieser Gremien uns das Leitbild für die Stadt nähergebracht und sie haben natürlich entsprechende Mittel von der Stadt eingefordert hier zur Verfügung zu stellen. Das war uns im Budget noch nicht möglich für dieses Jahr. Ich darf daran erinnern, daß wir aber S 1,5 Mio. hier für die Nordspangenvorfinanzierung vorgesehen hatten, und daß aufgrund der Verhandlungen, die ich geführt habe, hier Bundesmittel zum Einsatz gekommen sind. Dh. wir haben dann im Sommer des Jahres im Kreis der Fraktionsvorsitzenden einhellige Auffassung erzielt, daß wir nunmehr diese Mittel für diesen Zweck vorsehen. Es hat hier auch dann Übereinstimmung gegeben, daß in starker Anlehnung an die Vorstellungen des Lenkungsausschusses, den es in diesem Zusammenhang gibt, daß hier 4 Werbeagenturen eingeladen wurden. Es hat eine Präsentation dieser Arbeiten gegeben. Es haben hier an dieser Präsentation die Mitglieder des Stadtsenates teilgenommen und auch die Mitglieder des Lenkungsausschusses. Und nach der abschließenden Diskussion war Einvernehmen darüber, daß hier dieser Auftrag an das Unternehmen „Medias“ vergeben werden soll. Der Stadtsenat hat sich mit der Angelegenheit noch nicht beschäftigt, oder jedenfalls noch nicht direkt in der Stadtsenatssitzung, sondern der Finanz- und Rechtsausschuß hat diese Thematik behandelt. Mein Antrag lautet:

Fin-224/96 Werbliche Umsetzung des Steyrer Stadtmarketingkonzeptes; Auftragsvergabe

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Stabsstelle für Presse u. Information vom 5. 12. 1996 wird das Unternehmen Medias WerbegmbH, Herrenstraße 18, 4020 Linz, mit der werblichen Umsetzung des Steyrer Stadtmarketingkonzeptes beauftragt, die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von S 1,5 Mio. werden bei der VAS. 5/0150/728000.3 freigegeben. In diesem Betrag sind die Abschlagshonorare für die drei nicht beauftragten Werbeagenturen, die deutlich unter den in der Werbebranche sonst üblichen Sätzen liegen, in Höhe von insgesamt S 30.000,-- (S 10.000,-- pro Unternehmen) inkludiert.

Ich bitte darüber zu debattieren und eine positive Beschlußfassung herbeizuführen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Zu Wort gemeldet hat sich Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Zum Stadtmarketingkonzept - an sich eine sehr positive und wichtige Maßnahme. Deshalb war es aber für uns abenteuerlich und nicht einsichtig, daß 1996 dafür keine Gelder vorgesehen sind, und daß man jetzt Mittel heranziehen muß, die für die Planung bzw. den Bau der Nordspange vorgesehen waren. Zur Sache selbst: Für alle, die bei der Präsentation dabei waren, war es eine klare Sache, so habe ich auch den Eindruck bei meinen Mithörern und anderen Zusehern bekommen, daß diese Firma einen sehr guten Eindruck gemacht hat und diese Präsentation war rund. Ich persönlich habe ein sehr gutes Gefühl bei dieser Firma Medias WerbegmbH in Linz. Wir haben aber auch im nachhinein gesagt, daß nicht alles, was die anderen 3 Mitbewerber gesagt oder gebracht haben, zu verwerfen ist. Wir waren auch einvernehmlich der Meinung, daß wir gute Ideen von anderen auch aufgreifen sollten und in dieses Marketingkonzept einbeziehen sollten. Das hat auch einhellig die Zustimmung gefunden. Nur bin ich dann überrascht, daß dann im Finanz- und Rechtsausschuß gesagt wurde, nein, das geht ja überhaupt nicht. Wir haben ja einen Vertrag und der wurde dann erst im Finanz- und Rechtsausschuß vorgelegt, daß selbstverständlich alle diese Vorschläge der anderen geistiges Eigentum der jeweiligen Mitbieter sind, und daß sie sich mit einer Abschlagszahlung mit S 10.000,-- zufrieden zu geben haben. Da denke ich schon, daß es eine bessere Lösung für uns alle, aber auch für die anderen 3 Mitbewerber, hier gegeben hätte. Vielleicht ist es auch deshalb so rasch gegangen, daß man dieses Jahr noch, unbedingt zu Beginn nächstes Jahr oder im Frühjahr, dieses Marketingkonzept umsetzen will. Ich sehe da schon den 5. Okt. 1997 vor mir. Das hat schon einen gewissen Zusammenhang. Aber zur Vorfinanzierung noch einen Satz zur Nordspange, weil hier gibt es schon die unterschiedlichsten Meinungen, wer, wann, wie, die Nordspange bezahlt. Ich habe gerade dieser Tage eine Anfrage vom Abgeordneten Murauer und Kollegen an die Bundesminister für Finanzen bezüglich der Finanzierung des Straßenstückes Nordspange Steyr bekommen, wo unter anderem drinnen steht: „An der Realisierung des Straßenstückes Nordspange Steyr wird seit Jahren gearbeitet. Den Bürgern wurde der Baubeginn bereits unzählige Male in Aussicht gestellt. Im Rahmen des Beschäftigungsgipfels der Bundesregierung wurde am 28. 3. 1996 eine Straßenbauinitiative beschlossen. Die Finanzierung sollten Mittel aus zukünftigen Mauteinnahmen sicherstellen. Die Nordspange Steyr wurde darin mit S 100 Mio. veranschlagt. In der Anfrage - Beantwortung 253 AB vom 29. 4. 1996 - antwortete der Bundesminister für Finanzen, Mag. Viktor Klima wörtlich: „Die Nordspange Steyr ist eines jener Straßenbauprojekte, die durch Finanzierungen aus zukünftigen Mauteinnahmen gem. Bundesstraßenfinanzierungsgesetz 1996 noch im Jahr 1996 eingeleitet werden können.“ Nun wird allerdings dem Land OÖ zugemutet, die Nordspange sofort und aus dem ohnehin gekürzten normalen Baubudget selbst zu finanzieren. In diesem Zusammenhang richten die genannten Abgeordneten folgende Fragen an den Bundesminister für Finanzen:

1) Stehen sie für die noch im April bekräftigten Zusagen ein? 2) Werden sie dem Land OÖ die in Form von Sondermittel zugesagten S 100 Mio. für die Nordspange Steyr zur Verfügung stellen? 3) Bis wann werden sie die von ihnen und des Hrn. Bundeskanzlers gemachten Zusagen erfüllen? Die Antwort steht meines Wissens noch aus. Ich glaube, das sagt mehr als alle Beiworte, wie man mit der Vorfinanzierung bzw. mit der Finanzierung von großen Projekten in diesem Österreich umgeht. Man muß sagen, in diesem Österreich, weil die Stadt hängt ja mit dem Land, mit dem Bund, bei so einem wichtigen Straßenbaustück dabei. Auch wir haben hier den Vorschlag gemacht, daß die Stadt es, wie wir noch Geld gehabt haben, vorfinanziert. Da haben wir auch Gelächter von allen Beteiligten hier im GR bekommen, wie noch die S 200 Mio. von Sparkasse und die Gewerbemillionen von BMW da waren, da hätte man leicht dieses Straßenstück vorfinanzieren können. Das ist, ohne daß irgend etwas hinterblieben ist, in den allgemeinen Steuertopf hineingegangen. In der Sache selber sind wir für diesen Antrag.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Herr Stadtrat Spöck bitte sehr.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Was für mich unter Berücksichtigung der Zielsetzungen, den Kundenbesuchern gestern und nicht zuletzt den Bewohnern selbst, die Stärken und Vorzüge unserer Stadt in prägnanten Botschaften zu vermitteln, für die Medias WerbeGesmbH mich zu entscheiden bei dieser Präsentation ausschlaggebend war, war vor allem -ich habe es bereits auch im Finanz- und Rechtsausschuß betont - die Medienkooperation zum Thema Schönheit der Stadt, die 5 Reportagen gemeinsam mit dem Hörfunk zum Thema Sicherheit. ORF und die Steyrer Polizei werden hier eingeschaltet werden, ebenso über den Hörfunk und vor allem auch zum Thema Forschung wird es eine gemeinsame Aktion geben, so sieht es dieses Konzept vor, mit FAZAT und auch dem Rundfunk. Das alles zu einem Produktionskostenzuschuß von S 300.000,-- . Daneben hat mir auch sehr gut gefallen das Slogensuchen unter Einbeziehung der Bevölkerung, deren Vermarktung und auch die Serienfähigkeit der Kampagne dann aufgeteilt auf die 3 Jahre. Wir haben im Finanz- und Rechtsausschuß darüber diskutiert, die Ideen von anderen hier einfließen zu lassen. Rechtlich, hat es geheißen, gibt es hier Probleme. Ich glaube aber, wir werden mit dem Konzept der Medias GesmbH das Auslagen finden.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Herr StR Schloßgangl bitte.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Die Präsentationen, die wir anlässlich der Vorstellung des Stadtmarketing-Konzeptes von den vier teilnehmenden Werbefirmen bekommen haben, waren sehr gut und interessant. Das schon genannte Unternehmen Medias WerbeGesmbH aus Linz hat auch seit vielen Jahren die Stadt Linz beworben und dort feste Erfolge erzielt. Es war einhellig die Meinung, daß die Werbeaktivitäten ihre Vorstellungen, die grafischen Vorstellungen, ganz hervorragend waren und sie mit Abstand eigentlich die besten Vorschläge und Entwürfe vorgelegt haben. Daher sind auch der Lenkungsausschuß und die anwesenden Mitglieder des Stadtsenates zur Überzeugung gekommen, der Firma den Zuschlag zu geben, in der Auffassung, daß auch die anderen sehr gute Ideen gehabt haben. Ich glaube, man wird sicherlich die eine oder andere Idee der anderen Firmen erwerben oder auch so einfließen lassen, denn, wie die präsentiert worden sind, haben sie, glaube ich, nicht unbedingt einen absoluten Eigentums- oder Ideenschutz. Wenn man näher auf ein Projekt von den Mitbewerbern einsteigen wird wollen oder müssen, dann wird man sich mit denen arrangieren müssen. Was die Mittelbereitstellung betrifft, die Dr. Pfeil angesprochen hat, so bin ich schon sehr dafür, daß man die nicht verbrauchten Mittel der Nordspange hier im Jahre 1996 einsetzt, damit diese Werbekampagne umgehend in Angriff genommen werden kann. Und was die Vorfinanzierungsfrage betrifft, muß ich auch eine Anmerkung machen. Zu Zeiten, als der Sparkassenfond noch voll war und wir dort S 180 Mio. oder S 190 Mio. gehabt haben, glaube ich, wäre es trotzdem undenkbar gewesen, dieses Geld in die Vorfinanzierung der Nordspange einzusetzen. Tatsache ist, daß im Zuge des Sparbudgets Zusicherungen der

Bundesregierung und auch des Finanzministeriums bisher nicht eingehalten wurden, und daß das Land für den allgemeinen Straßenbau nur wie bisher S 300 Mio. vom Bund bekommt und die versprochenen S 100 Mio. darin inkludiert sind, die ursprünglich allerdings als Sonderzahlung zugesagt waren. Das ist das Problem. Zur Zeit werden in der Nordspange die drei Überführungsbrücken im Bereich der Hausleitenstraße gebaut. Es sind in etwa S 7,5 Mio. dafür vorgesehen. Im nächsten Jahr sind meines Wissens nach vom Land, das das ja jetzt vorfinanzieren muß, Mittel in Höhe von S 40 Mio. vorderhand einmal vorgesehen. Man wird damit die nächsten Brücken in Angriff nehmen und auch einen Teil der Straße. Die große Ennsbrücke wird sicherlich erst im Jahr 1998 zur Ausführung kommen, wobei allerdings im nächsten Jahr Mittel für die Planung bereitgestellt werden müssen, sonst ist dieser Termin nicht zu halten. Zum Stadtmarketingkonzept selbst möchte ich sagen: Ich bin sehr froh und wir haben es auch immer wieder gefordert, daß man hier jetzt endlich bereit ist, 3 Jahre hindurch je S 1,5 Mio. flüssig zu machen, um hier ein entsprechendes Werbekonzept zu erstellen. Ich glaube, daß die Idee dieser Werbegesellschaft, das Logo Steyr öffentlich von der Bevölkerung kreieren zu lassen und durch einen Wettbewerb diese anzureizen, Ideen einzubringen, sicherlich sehr sinnvoll ist, denn es hätte keinen Sinn, wenn dieses Logo und der Slogan von der Bevölkerung nicht mitgetragen würde. Für die Entwicklung und die Kooperation mit dem Rundfunk und der Rundschau ist das Werbeetat mit dieser Medias GesmbH rund S 2,3 - S 2,5 Mio., so daß man mit der Summe sicherlich etwas Anständiges machen kann. Und das war auch ein Vorteil gegenüber den Mitbewerbern. Aber das Beste waren ihre grafischen und werbetechnischen Entwürfe und auch ihre Ideen, die sie mit eingebracht haben. Daher werden wir diesem Antrag die Zustimmung geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Dazu kann ich mich nur anschließen. Wünscht noch jemand das Wort? Hr. Bürgermeister, ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. 1993 hat die Initiative eingesetzt hier zu einem solchen Marketingkonzept zu kommen und zu einer werblichen Umsetzung zur besseren Vermarktung der Stadt. Es hat hier lange gedauert bis das Bild gestanden ist. Es hat dann nicht gleich geklappt mit der Finanzierung. Wir haben ja voriges Jahr auch bei der Budgeterstellung unsere Debatten gehabt. Ich erinnere mich, daß ich das auch damals vorgeschlagen habe, aber daß eben leider im Zuge des Sparbudgets das nicht möglich gewesen ist. Was ja faszinierend ist an dieser Diskussion ist der Umstand, daß diese S 1,5 Mio., die wir nicht für die Vorfinanzierung verwenden mußten, daß hier eine Negativdiskussion stattfindet im Hinblick auf die Nordspange. Das ist ja wirklich großartig. Es gelingt uns diese Vorfinanzierung zu vermeiden. Das wären ja verlorene Mittel für die Stadt gewesen. Die hätten wir ja nie mehr gesehen. Jetzt gelingt es uns, daß der Bundeskanzler persönlich auf das OÖ Straßenprogramm daraufschreibt, daß die Nordspange gemacht werden muß, und das wird auch noch negativ diskutiert. Da komme ich beim besten Willen nicht mehr mit. Natürlich ist es richtig, daß auch zwischen dem Land und dem Bund Debatten stattfinden, Verhandlungen, harte Auseinandersetzungen um mehr Finanzmittel für den Straßenbau. Es sind nur S 1,350 Mrd. in etwa und die Nordspange wird hier im Schätzpreis S 235 Mio. kosten. Es ist eben ein Riesending. Wir hätten uns damals 1992 gar nicht vorfinanzieren können. Bevor eine Finanzierung überhaupt ausgehandelt werden kann, muß es nämlich einen Beschluß des hohen Nationalrates geben, weil es ja eine Bundesstraße ist. Und dann muß es eine Verordnung des Herrn Bundesministers geben, des zuständigen. Zu dieser Zeit, Hr. Dr. Pfeil, haben wir uns mit dieser Materie schon sehr auseinandergesetzt, daß diese Zustimmungen, dieser Beschluß kommen. Vorfinanzierungen irgendwo anzubieten an Bund oder Land, das ist natürlich nicht etwas, was meine größte

Begeisterung als Finanzreferent auslöst. Das möchte ich bei der Gelegenheit als kleinen Vorgriff zur Budgetdebatte sagen. Das ist ein Bundesstraßenbauvorhaben. Das ist in Wirklichkeit unzulässig, daß die Gemeinden das vorfinanzieren müssen. So ist das. Und in unserem Fall hätten wir uns dazu bereit erklärt, wenn es gar nicht anders gegangen wäre. Aber es ist Gott sei Dank vermieden worden, daß wir diese Mittel hier aufwenden und deswegen können wir es umwidmen für ein anderes wichtiges Vorhaben, nämlich diese Marketingkonzeption und deren Umsetzung. Mir kommt das oft so vor, man wird eben alt. Wenn ich mir das so ansehe, Nordspange-Vorlauf 10 und mehr Jahre. Da können sich die meisten gar nicht mehr erinnern. Sie waren da noch nicht so mit dieser Materie beschäftigt. Ich kann mich natürlich sehr wohl erinnern. Da werden am Schluß noch Vaterschaftsprozesse zu führen sein, wer denn das wirklich gemacht hat. Einer alleine kann so etwas sowieso nicht machen. Der Vergleich hier drängt sich auf, wenn man die Apothekendiskussion sich anhört. Wer sich hier alles als Vater des Gedankens und des Projektes plötzlich empfindet. Ich erinnere mich, daß in den Jahren 1979 - 1983, als ich im GR dieser Stadt gesessen bin und die Ehre gehabt habe, hier an diesen Beratungen mitzuwirken, der Wunsch der Stadt vorhanden war, im Resthof eine Apotheke zu errichten, ein offizieller Wunsch der Stadt. Ich sage gar nicht irgend einer Fraktion. Und ich erinnere mich auch daran, daß es am Widerstand der Apothekerkammer gescheitert ist. Das war zu dieser Zeit nicht möglich. Die Interessensvertretung hat die Interessen der anderen schon bestehenden Apotheken geschützt. Es ist ja leichter, das Geschäft zu machen, wenn man eine Monopolsituation hat. So ist das und so war es damals. Es ist allerdings durch den weiteren Ausbau des Resthofes, mehr Bewohner im Resthof usw. die Argumentation für dieses Vorhaben leichter geworden. Ich möchte mich hier nicht in den Vaterschaftsstreit einmischen. Die Stadt hat auch in dieser Angelegenheit massiv interveniert, worauf ihr euch verlassen könnt. Und jetzt ist es zum Glück gelungen und es ist auch gut, daß die Nordspange schon im Bau ist und es wird richtig sein, wenn wir dahinter bleiben, daß es auch zum Baufortschritt in der geplanten Weise kommt und rechtzeitig nach 3 - 3,5 Jahren diese Nordspange auch tatsächlich dem Verkehr übergeben werden kann und da werden wir gut beraten sein, das gemeinsam zu tun. Ich bitte nunmehr um die Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nunmehr zur Abstimmung. Wer die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen den Antrag? Das ist nicht der Fall. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen. Ich bitte daher um den nächsten Antrag.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft den Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr für den Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik“. Sie können sich daran erinnern, daß wir einen Grundsatzbeschluß gefaßt haben, zu den Betriebskosten jährlich einen Beitrag von S 2 Mio. zu leisten. Wir haben im vergangenen Jahr einen höheren Beitrag geleistet, als der damals erforderlich gewesen wäre. Es kommt nunmehr 2 Jahre lang zum Ausgleich dieser vorher bezahlten Mittel. Es war damals eine Notwendigkeit um das Projekt überhaupt gängig zu machen, weil Finanzierungsschwierigkeiten auch beim Land vorhanden waren. Die haben dort auch ein Sparbudget realisiert und daher mußten wir dort in Vorlage treten. Heuer soll dieser Betrag mit S 1,2 Mio. hier freigegeben werden zu den Betriebskosten des Fachhochschulstudienganges. Mein Antrag lautet:

Präs-711/91 Finanzierungsbeitrag der Stadt Steyr für den Fachhochschulstudiengang „Produktions- und Managementtechnik“

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 22. 11. 1996 wird der für die Finanzierung des Fachhochschulstudienganges „Produktions- und Managementtechnik“ erforderliche Beitrag der Stadt Steyr im Ausmaß von S 1,2 Mio. bewilligt. Zum genannten Zweck werden Mittel im Ausmaß von S 1,2 Mio. bei der VASSt. 1/2890/757200.1 freigegeben.

Ich bitte sie um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Kommen wir daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, der gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Dieser Antrag wurde einstimmig angenommen.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag betrifft auch die Fachhochschule OÖ und zwar die Implementierung eines zusätzlichen Studienganges der selben Fachrichtung, nämlich „Produktions- und Managementtechnik für Berufstätige unter Nutzung des Telekommunikationssystems, das wir aufgebaut haben. Das Projekt hat für uns jedenfalls unwiderstehlichen Charme, daß wir mit verhältnismäßig geringen Kosten, nämlich rund S 5 Mio. bis zum Jahr 2000 und dann minimale weitere Kosten diesen zusätzlichen Fachhochschulstudiengang in die Welt rufen könnten, weil durch diese moderne Kommunikationstechnologie die Chance besteht, diesen Studiengang, sich an Berufstätige wendend, was auch sehr erwünscht ist, kostengünstig deswegen herbeizuführen und instanzzusetzen, weil nicht die Räumlichkeiten 1 : 1 aufgestockt werden müssen, weil auch nicht das Lehrpersonal 1 : 1 aufgestockt werden muß und weil dadurch für die Stadt, aber auch für das Land, wesentlich geringere Kosten gegenüber dem ersten Studiengang aufgewendet werden müssen. Der Bund sollte allerdings den gleichen Betrag pro Studenten hier dazuzahlen. Ein Grundsatzbeschuß ist deswegen notwendig, weil wir beim OÖ. Trägerverein diesen zusätzlichen Studiengang eingereicht haben, der übrigens auch die Wirkung hat, daß natürlich mit 2 Studiengängen unser Standort als Fachhochschulstandort besser abgesichert wird, weil wir hier wünschen, daß das Land OÖ, und nur das kann eben die Einreichung beim Österr. Fachhochschulrat bewerkstelligen, und dazu die Finanzierung auch ein integrierter Bestandteil ist. In diesem Zusammenhang ergeht der Antrag des Stadtsenates an den GR:

ad Präs-711/91 Fachhochschule Oberösterreich - Realisierung eines Fachhochschulstudienganges „Produktions- und Managementtechnik für Berufstätige unter Nutzung der Telekommunikation“ am Standort Steyr

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Präsidial- und Rechtsangelegenheiten vom 29. 11. 1996 wird im Zusammenhang mit der Errichtung eines Fachhochschulstudienganges mit der Bezeichnung „Produktions- und Managementtechnik für Berufstätige unter Nutzung der Telekommunikation“ nachstehender Grundsatzbeschuß gefaßt:

Den Aufbau dieses Studienganges mit hoher Priorität betreiben.

Die Stadt Steyr leistet einen Betriebskostenzuschuß für die Aufbaujahre im folgenden Ausmaß

1997 - S 600.000,--

1998 - S 2,1 Mio.

1999 - S 1,45 Mio.

2000 - S 700.000,--

Ab 2001 wird unter Berücksichtigung der zu erwartenden Preissteigerungen jährlich ein Betriebskostenzuschuß in Höhe von voraussichtlich S 150.000,-- ab 2002 S 100.000,-- durch die Stadt Steyr geleistet.

Ich bitte sie hier um Debatte bzw. Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Zu Wort gemeldet hat sich Hr. Koll. Philipps. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertes Präsidium. Ich glaube, es ist nicht notwendig vorzuzeigen, wie wichtig diese Fachhochschule für Steyr ist. Aber lassen sie mir trotzdem einige wichtige Kernpunkte hervorheben. Ich sehe hier in diesem zusätzlichen Studiengang eine deutliche Verbesserung der Kapazitätsauslastung mit dem Hinblick noch darauf, daß es keine zusätzlichen Errichtungskosten gibt. Ein wichtiger Punkt erscheint mir natürlich auch zu sein, daß hier HTL-Ingenieure, die bereits im Beruf tätig sind, die Chance bekommen, sich zu Experten zu entwickeln und gleichzeitig ihre bestehende Berufserfahrung einzubringen. Ein sehr vernünftiger Punkt und eine sehr praktische Anwendung des regionalen Informationssystems ist hier ebenfalls gewährleistet, da wir zwischen Fachhochschule und diesem bereits genannten Informationssystem, ergibt die praktische Nutzung des Internetes auf der einen Seite, auf der anderen Seite reduziert man vielleicht sogar dieses doch sehr gerne versuchte „Herumsurfen“. Zusätzlich noch zu erwähnen wäre, daß die Studieninhalte ident sind. Dh., die Studieninhalte sind die gleichen, wie die in der Tagesform, nur die Organisation verändert sich. Dh., die Veranstaltungen werden in Form einer Blockveranstaltung am Wochenende und natürlich auch durch Fernstudienelemente via Telekommunikation angeboten. Hier sind Leute am Werk, die ihr Handwerk verstehen. Die haben exakte Planung meines Erachtens, die haben verantwortungsbewußten Umgang mit Geld und ich glaube, das alleine schon ist die Erfolgsgarantie, die wir hier im GR brauchen. Dadurch ergibt sich die höchstmögliche Effizienz dieser Einrichtung. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube, mit der Fachhochschule ist der Stadt Steyr ein bildungspolitischer Schachzug gelungen, der bereits in das nächste Jahrhundert hineinreicht. Dh., wenn wir schon nicht eine direkte Anbindung auf der Straße seinerzeit zusammengebracht haben zur Autobahn, so finde ich diesen Beschluß, jetzt wenigstens eine elektronische Einbindung zum Highway zusammenzubringen, als eine unbedingte Beschlußfassung. Daher ersuche ich sie, hier zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich Hr. Dr. Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren. Den Worten vom Hr. GR Philipps ist fast nichts hinzuzufügen. Ich weiß nicht was es ausmacht, vielleicht die Tätigkeit im Ausschuß oder im Trägerverein, daß unsere Gedanken sehr ähnlich, wenn nicht gleich sind. Ich halte auch dafür, daß dieses zweite Angebot an Berufstätige sehr unterstützenswert ist, zumal, wie auch schon ausgeführt wurde, die Mehrkosten marginal im Verhältnis zu dem sind, was damit erreicht werden kann. Das Ansprechen der Berufstätigen mit diesem Zusatzlehrgang hat auch noch einen Vorteil. Die Fachhochschule ist an sich auch von mir sehr gerne geistig getragen worden und ich bin auch absolut gerne in diesem Trägerverein dabei, weil ich einfach von der Notwendigkeit einer derartigen Institution überzeugt bin und mich auch sehr freue, daß wir in Steyr einen derartigen herbekommen haben. Der einzige Faktor, der vielleicht etwas zuwenig berücksichtigt wurde bei der Ausrichtung des Bildungsganges ist, daß man wohl erhoben hat, wie viele Interessenten da sind. Es ist auch richtig, und wie auch schon gesagt wurde, es wird hier wirklich generalstabsmäßig und beste Planungsarbeit geleistet und auch wirtschaftlich durchdacht. Das einzige Problem wird aber einmal sein, was machen wir mit den vielen - hoffentlich sind es viele - Absolventen. Das hat noch keiner bedacht. Und darum bin ich sehr dafür, daß wir auch die Berufstätigen ansprechen, nämlich die, die bereits eine Stelle haben und die dann nicht mit einer hochqualifizierten Ausbildung arbeitsmarktmäßig im luftleeren Raum schweben. Das ist meine Sorge. Ein kleiner Wermutstropfen ist immer wieder mit den Terminen verbunden, die der Trägerverein für seine Sitzungen aussucht. Nicht nur zu Zeiten, wo man üblicherweise arbeiten muß, weil man externe Termine hat, zB 11 Uhr am Freitag vormittag kann man sich vorstellen, daß da alle Gerichte noch hochaktiv sind. Aber der letzte Termin war überhaupt gut koordiniert, der war zu einem Zeitpunkt, als wir GR-Sitzung hatten.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster Herr GR Payrleithner bitte.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich muß noch ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen des Koll. Philipps sagen. Aus meiner Sicht stellt sich das schon so dar, daß die Bildungspolitik der SPÖ, was die HTL-Ingenieure betrifft, wahrscheinlich Schnee von gestern ist, denn in der Zukunft oder bereits jetzt ist ja der HTL-Ingenieur in der EU praktisch nicht anerkannt und den gibt es gar nicht. Ich glaube, es ist höchste Zeit eine Reform durchzuführen, was natürlich nicht bei der Fachhochschule der Fall ist, die ja wirklich eine sehr gute Investition ist. Ich darf vielleicht als Mitglied des Vorstandes vom FAZAT hier vielleicht noch ein paar Bemerkungen machen. Es werden ja in der Endausbauphase rund 300 oder sogar mehr Studenten tätig sein und zusammen mit den rund 100 Lehrern und Professoren ca. 400 Personen dort sein. Es ist ja eine erfreuliche Entscheidung in letzter Zeit auch im FAZAT-Vorstand getroffen worden, was die zukünftige Pachtung des Gastronomiebetriebes und der Mensa betrifft. Also es geht dort einiges weiter. Ein Problem wird sich sicher für die Stadt stellen. Und zwar ist das das vermehrte Verkehrsaufkommen und das Parkplatzproblem. Es kommt ja noch dazu, daß das Jugendkulturhaus dort errichtet werden soll. Also werden wir dort sicher große Probleme bekommen. Es kann, meiner Meinung nach, nur in die Richtung gehen, daß man Teile des inzwischen, glaube ich, nicht mehr benötigten Gaswerkareales für Parkplätze zur Verfügung stellt. Ich kann mir sonst nicht vorstellen,

wo wir diesen, meiner Meinung nach, schon notwendigen Bedarf hernehmen werden. Es ist der Hr. Bürgermeister und auch der Koll. Schloßgangl hier aufgefordert, Überlegungen in dieser Richtung anzustellen, bevor es zu spät ist oder bevor wir gewaltige Probleme mit den Anrainern bekommen, die anfangsweise schon da sind, da der Parkplatz ja auch von anderen Parkern benützt wird und ich mit derzeit nicht vorstellen kann, wie das dort in Zukunft mit dieser großen Anzahl von Studenten wirklich bewältigt werden soll.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Zu Wort gemeldet hat sich nochmals Hr. Koll. Philipps.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Sehr geehrte Damen und Herren, wertes Präsidium. Es gibt ein Sprichwort dh.: „Schuster bleib bei deinen Leisten“. Dh. im Klartext, ich würde mich auch hier nicht trauen, in Personalvertretungssituationen und gewerkschaftlichen Situationen, die eine andere Berufsgruppen betreffen, irgendwelche größere Meldungen zu machen. Das heißt aber nicht, daß ich hier noch weiter in die Thematik eingehen möchte. Ich sage nur einen Satz dazu. Die HTL überhaupt, als bildungspolitische Einrichtung, hat meines Erachtens absolut nichts an Qualität verloren und wird auch in Zukunft nichts verlieren. Es wird ihnen vielleicht entgangen sein Hr. Kollege, daß die HTL-Ingenieure europaweit Anerkennung finden. Noch etwas dazu, falls ihnen hier wieder einmal diese Bildungspolitik entgleitet; die Fachschule bei uns hat einen neuen Aufschwung, nämlich mit dieser Fachhochschule erreicht, weil die Fachschüler jetzt eine Chance bekommen haben nach der Absolvierung eines vorbereitenden Studienganges an der Fachhochschule zu inskribieren, um im Endeffekt das selbe Bildungsniveau zu erreichen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Das Schlußwort bitte Hr. Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren, die HTL ist eine ganz wichtige Schule für Steyr gewesen über weit mehr als 100 Jahren. Wir haben darüber schon öfter geredet. Sie hat in Wirklichkeit jene Fachleute und Techniker hervorgebracht, mit denen die Industrialisierung überhaupt erst möglich gemacht wurde. Aber die Zeit geht weiter. Es gibt eine neue Bildungsschiene, die Fachhochschule. Es freut mich, daß hier so eine Einhelligkeit in dieser Frage im Steyrer GR vorhanden ist. Es wäre sonst nicht möglich, diese doch beträchtlichen Mittel in der kurzen Zeit aufzubringen. Und das ist in Wahrheit die entscheidende Tat des Steyrer GR, daß er sehr geschlossen hinter dem Projekt sich versammelt hat, als es dann darauf angekommen ist. Ihr wißt ja alle, daß die Begeisterung, das in Steyr zu machen, sich zunächst in Grenzen gehalten hat. Und ich sehe das eigentlich positiv, daß der Koll. Payrleithner, obwohl er kein graduerter Akademiker ist, dieser Fachhochschule so positiv gegenüber steht. Es ist nicht unsere Angelegenheit über Lehrpläne und solche Sachen zu diskutieren in der Fachhochschule. Das sollen Leute machen, die das wirklich auch besser verstehen und daher muß man die es machen lassen. Die machen das sehr gut. Und nicht nur weil wir das glauben, sondern

weil das auch beim Fachhochschulrat Anerkennung gefunden hat. Und nicht nur die Qualität, die hier bei uns in Steyr im Hinblick auf Studienplan und diese gesamte Organisation und Struktur nämlich auch noch sehr kostengünstig im Vergleich zu anderen solchen Standorten gut gemacht wurde, haben wir auch Chancen gehabt, das umzusetzen, was bisher geschah. Ich hoffe, daß das auch auf diesen neuen Studiengang zutrifft. Natürlich - Verkehrsprobleme. Das ist uns auch nichts Neues. Ich kann mich erinnern, ich habe einmal den Hrn. Verkehrsreferenten - er ist leider noch nicht da - schon aufgefordert, hier seine Vorschläge auch zu unterbreiten. Selbstverständlich haben wir dort eine Situation, daß durch ständige neue Aktivitäten in diesem Bereich Menschen kommen. Es sind jetzt schon in 2 Jahren sicher wesentlich mehr Menschen dort täglich beschäftigt, wenn ich das Museum sehe, die Fachhochschule, VPTÖ, Steyr-Werke, TZS, RIS und andere, und die Frequenzen, die sich dort alleine ergeben aus Besuchen und wirtschaftlichen Kontakten, Tagungen etc. die dort stattfinden, werden dort jetzt schon wesentlich mehr Leute sein in 2 Jahren, als noch während der Betriebssituation der Hack-Werke. Das ist ja positiv. Aber natürlich bringt es neue Probleme. Mir ist es weit lieber, mich mit diesen Problemen auseinanderzusetzen, als mit den Problemen eines Abbruchviertels. Das war es nämlich. Und daher glaube ich, müssen wir uns damit rasch vertraut machen, wie man dort solche Verkehrsprobleme lösen kann. Und weil das Gaswerk angeführt wurde, daß wird es ja nicht mehr benötigen. Da bist du natürlich nicht ganz à jour lieber Freund Payrleithner, das ist im Jahre 1998 vorgesehen, daß wir das Gaswerk übersiedeln. Also Gas- und Wasserwerk befindet sich schon noch dort und daher wird dieses Betriebsobjekt voll genützt. So einfach, wie du dir das vorstellst, ist das auch wieder nicht. Daher konnten wir ja dort das Jugendkulturzentrum nicht hinbringen, obwohl einer der Mentoren dieser Kultureinrichtung gemeint hat, es wäre eh fast so gut, was jetzt geschehen ist, als das Gaswerk. Es ist wieder die selbe Situation. Wir können dort noch nicht die Zäune so ohne weiteres einreißen. Wir haben darüber schon diskutiert. Vielleicht kann man Teile für einen beschränkten ruhenden Verkehr zugänglich machen. Man muß sich das sehr gut überlegen. Dieser Platz wird später für Ausbauprojekte der Fachhochschule wahrscheinlich gebraucht werden. Möglicherweise auch für Quartiere von Professoren und Studenten. Jetzt bitte ich sie aber, so wie in den Debattenbeiträgen es zum Ausdruck gekommen ist, dem Antrag ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Wir machen jetzt bis 14.15 Uhr Mittagspause.

MITTAGSPAUSE VON 12.45 Uhr BIS 14.15 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich bitte den Hrn. Bürgermeister, mit seiner Berichterstattung fortzufahren.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Antrag beschäftigt sich mit der Überprüfung der Gebarung der Jahre 1991 - 1994 der Stadtwerke Steyr. Dieser Prüfungsbericht wurde bereits im Prüfungsausschuß behandelt und es ergeht der Antrag des Prüfungsausschusses an den GR:

Präs-558/95 Stadtwerke Steyr; Überprüfung der Gebarung der Jahre 1991-1994

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Bericht des Rechnungshofes über das Ergebnis der Überprüfung der Gebarung der Stadtwerke Steyr für die Jahre 1991 - 1994, sowie die Stellungnahme der überprüften Stelle und die allfällige Gegenäußerung des Rechnungshofes werden zur Kenntnis genommen.

Ich bitte darüber die Debatte zu eröffnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als erster hat sich Hr. Dr. Tilman Schwager zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren, Kollegen des GR, liebe Gäste auch der Presse. Ich habe mich hier als erster zu Wort gemeldet, weil ich ja als Vorsitzender des Prüfungsausschusses diesen Antrag mitunterfertigt habe und ihnen hiermit präsentiert habe. Der Bericht des Rechnungshofes über die Tätigkeit, insbesondere der Stadtwerke, ist ja erst vor kurzer Zeit eingelangt, so daß wir auch unter Zeitdruck gelangt sind, noch schnell eine Prüfungsausschußsitzung hier unterzubringen. Ich kann nur sowohl der Beamtenschaft als auch den Kolleginnen und Kollegen des Prüfungsausschusses herzlich danken, daß sie so vollzählig zu dem doch etwas ausgefallenen Termin, der uns mehr oder weniger nicht mehr anders übriggeblieben ist, gekommen sind. Wir haben den Tätigkeitsbericht zur Gänze durchgearbeitet und sind letztlich zum Antrag gekommen, diesen Tätigkeitsbericht dem GR zur Kenntnis zu bringen und um die Kenntnisnahme im GR einzukommen. Ihnen liegt jetzt allen dieser Bericht vor und ich gehe davon aus, daß sie ihn auch durchgearbeitet haben. Wenn sie sich jetzt die wesentlichen Punkte des Tätigkeitsberichtes vornehmen wollen, so kommen wir bei den Prüfungsergebnissen, zunächst einmal was die Stadtwerke anbelangt, zur Kritik des Rechnungshofes an der Rechtsform der Stadtwerke, die da wohl ein Sondervermögen der Stadt darstellen aber keine Rechtspersönlichkeit haben. Es wird dann weiters als Konsequenz kritisiert, daß die Geschäftsführung offenbar nicht ausreichend nach kaufmännischen Gesichtspunkten erfolgt. Es klingt einmal so primär als ein massiver Vorwurf an die Direktoren der Stadtwerke. Man kann es auch so verstehen. Wenn sie aber dann den Bericht weiterlesen, dann wird quasi eine Entschuldigung der beiden Herren oder der Gesamtleitung vorgenommen dadurch, daß man sagt, es fehlt ja eigentlich an der richtigen Organisationsform, es fehlt auch an den entsprechenden Kompetenzen. Wenn man von Seiten der Leitung der Stadtwerke wollte, dann wären sie zu einem „Mehr“ gar nicht mehr befugt. Die einzelnen Zahlen, die sie hier finden, zeigen die schlechte wirtschaftliche Entwicklung in den geprüften Jahren und dann auch Vorschläge letztendlich, wie Sanierungen gefunden werden könnten bzw. von welchen Sanierungsmaßnahmen angegangen werden müßte. Zusammenfassend kann man dazu sagen, daß ja der Rechnungshofbericht zwar erst jetzt gekommen ist, aber die Tätigkeit des Rechnungshofes war ja im Frühsommer dieses Jahres. Die Besprechungen mit den Beamten des Rechnungshofes sind offenbar doch so weit auf fruchtbaren Boden gefallen, als man sowohl, was das Investitionskonzept anbelangt, sei es Verkehrsbetriebe, sei es Gaswerk, wie wir es auch im Voranschlag finden, Konsequenzen aus diesen massiven Kritiken gezogen hat. Ebenso auch zB was

den Fuhrpark der Stadtwerke - Verkehrsbetriebe anbelangt. Kritikpunkte, die hier noch zum Kommunalzentrum aufgezeigt wurden, hier zu wiederholen wäre, zu viel des Guten oder des Schlechten. Es war schon hinreichend oft genug Gelegenheit über die Art der Beschaffung des Kommunalzentrums, über die Standortwahl etc. kritisch zu referieren bzw. Kritik auch zu üben. Die Projektgruppe, die hier jetzt an der Gesamtneugestaltung tätig ist, wird, wie wir ja aus der laufenden Kontrolle wissen, bestens geleitet. Wir können annehmen, daß aus diesem Gesichtspunkt jetzt das Beste aus dem gemacht wird, was wir jetzt noch tun können. Eine abschließende Kritik über das Zentrum Ennser Straße vorzunehmen ist meines Erachtens noch verfrüht. Es ist schon so, daß das Investitionsvolumen von den Anschaffungskosten, Reparatur- und Wiederherstellungskosten etc. ein solches angenommen hat, was vorerst nicht kalkuliert war, und es ist so, und das stellt der Rechnungshof auch fest, daß die Entscheidungsgrundlagen, die damals dem GR auch vorgelegt worden sind, äußerst mangelhaft waren. Diese Kritik finden sie im Rechnungshof übrigens öfters. Ein abschließendes Urteil darüber treffen, ist es zu früh. Wir müssen sehen, was kommt heraus, wenn das Gesamtwerk fertig ist. Was hat es uns dann wirklich gekostet, welchen Synergieeffekt können wir damit erwirtschaften und welche positiven Seiten wird die Zusammenfassung von Betrieben oben in der Ennser Straße dann doch bringen gegenüber der doch etwas „zerfledderten“ Struktur vorher.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zur Wort gemeldet hat sich Hr. GR Gollatsch. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. Dieser Rechnungshofbericht ist eine interessante Broschüre. In dieser interessanten Broschüre steht drinnen: „Mangelnde Kalkulation“. Nicht nur einmal. Wer ist das überprüfende Organ. Im Rechnungshofbericht steht gleich auf Seite 4: „Die Leitung der Stadtwerke oblag zwei direkt dem Bürgermeister unterstellten Direktoren“. Wer überprüft die mangelnde Kalkulation? Der Stadtrat, der für diese Stadtbetriebe verantwortlich ist, oder der Bürgermeister? Das hätte eigentlich auffallen müssen. Es steht drinnen: „Nicht erfolgte Ausschreibung“. Nicht erfolgte Ausschreibung wird von den Verantwortlichen der Stadtwerke so betrachtet: „Ja, wir haben die schlechteren Busse gekauft, wir haben aber dafür 2 Jahre Gewährleistungsfrist bekommen. Dafür haben wir nur S 100.000,-- in den Kanal hinunter geschmissen, nicht die S 240.000,-- oder 247.000,--, die im Rechnungshof drinnen sind. Das hat sich weiter gezogen mit der Bestellung von 2 MAN-Bussen in den letzten Wochen. Bitte, es ist nicht ausgeschrieben worden. Das steht dezitiert drinnen, es war falsch. Wer ist dafür verantwortlich? Mangelnde Information der GR. Wer ist dafür verantwortlich, Hr. Bürgermeister, Hr. Stadtrat? Das zieht sich durch wie ein roter Faden. Nicht vollzogene Beschlüsse des GR. Wer ist dafür verantwortlich, Hr. Bürgermeister, Hr. Stadtrat? Oder, Hr. Bürgermeister, nicht rechtmäßige Weisungen des Hrn. Bürgermeisters kritisiert der Rechnungshofbericht. Man muß noch eines sagen, und ich habe das schon im Ausschuß gesagt, die Herren der Stadtwerke haben seit Jahren oder fordern seit Jahren, wenn die Stadt von den Stadtwerken etwas will, was nicht mehr..... Und die Stadtwerke sind angewiesen, daran nach kaufmännischen Gesichtspunkten zu arbeiten. Wenn das nicht ist, dann hat die Stadt das als Bestelleistung an die Stadtwerke zu bezahlen und nicht die Stadtwerke als Bittgänger auftreten zu lassen, daß dann nachher vielleicht die Verlustabdecker sind. Wer ist dafür verantwortlich? Und, Hr. Bürgermeister, im Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes steht das drinnen, was wir schon lange fordern. Eine Zusammenfassung aller der Betriebe, die im Kommunalzentrum notwendig sind, so schnell wie möglich, auch unter Inkaufnahme von möglicherweise Vorziehen von Geldmittel, um den Synergieeffekt zu nutzen, um gleich alles auf einem Standort zu haben und nicht doppelt bezahlen zu müssen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Hr. GR Vanek.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen. Die Befürchtungen, die wir schon seit Jahren hegen, bewahrheiten sich jetzt mit der Herausgabe des Rechnungshofberichtes. Die Befürchtungen gingen vor allem dahingehend, daß wir schon seit längeren die Struktur der Stadtwerke und ihres Versorgungsbetriebeverbundes im Auge hatten, denn diese Struktur ist nicht mehr zeitgemäß. Das hat der Rechnungshof sehr deutlich herausgestrichen. Zeitgemäß deshalb nicht mehr, denn es gibt keine klaren unternehmerischen Entscheidungsstrukturen. Es gibt einerseits den Bürgermeister, dem die beiden Direktoren unterstehen. Es gibt andererseits den zuständigen Stadtrat, es gibt den Stadtsenat und es gibt die beiden Direktoren, die zwischen den hier genannten Strukturen hin- und hergewogen werden und eigentlich oft nicht wissen, was sie genau zu machen haben, denn es gibt einmal da und dort eine Weisung und es schaut dann öfter so aus, als oft ein Chaos herauskommt. Das hat der Rechnungshof sehr deutlich gezeigt. Ich möchte hier wirklich darauf drängen, daß wir uns in den nächsten Jahren eine klare unternehmerische Struktur überlegen müssen. Ich denke, daß es so weit gehen muß, daß wir diese Betriebe ausgliedern aus dem Stadtbudget, so wie wir es mit dem Altenheim gemacht haben. Aber ich möchte noch weiter gehen. Wir sollten darüber diskutieren, ob es in Richtung einer GesmbH oder einer anderen Gesellschaft gehen muß. Wir von den Grünen fordern für die Zukunft eine komplette Ausgliederung der Stadtwerke und ihres Versorgungsverbundes. Daraus folgt, daß die Ausschreibung der Direktionsposten geschehen muß, eine Neuausschreibung, denn es muß ein Neubeginn da sein. Es müssen vor allem, wie ich schon gesagt habe, unternehmerische Rahmenbedingungen da sein, damit man weiß, wer ist wofür zuständig, und daß es nicht so passiert, wie es jetzt passiert, daß jeder die Schuld auf den anderen schiebt. Es muß vor allem auch klar herauskommen, welche Investitionen wir in den nächsten Jahren tätigen müssen im Verkehrsbereich, im Gaswerk, im Stadtbad usw. Der Rechnungshof hat auch davon gesprochen, daß Linieneinschränkungen durchgeführt werden müssen. Ich glaube, hier sollten wir uns überlegen, wie wir flexible, öffentliche Verkehrssysteme einrichten müssen. Es gibt hier jetzt im Vorschlag von SPÖ und GAL, daß ein Anrufsammeltaxi eingeführt werden muß. Es muß meines Erachtens noch weiter gedacht werden, ob es nicht weitere Systeme gibt, die kostengünstiger sind als Linienbusse, aber genau so effizient sind. Hier darf auf jeden Fall die Diskussion nicht stehen bleiben. Das waren vorerst die wichtigsten Punkte zum Rechnungshofbericht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Hr. GR Fürweger bitte.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Ich beginne gleich beim Detail. Mir fällt als erstes auf, daß der Rechnungshof die Wassergebühren bekrittelt hat. Wir haben ja heute schon eine Debatte gehabt bei der Erhöhung der Strafgebühren für das Gebührenparken, und es wiederholt sich immer wieder. Wenn, dann erhöht man zuviel auf einmal, oder man erhöht überhaupt nie und auf einmal kommt die große Summe. Wir haben vom Jänner 94 S 8,80 erhöht auf Jänner 96 auf S 13,20.

Kalkulationen wären schon bisher unabhängig von einer Änderung des Finanzausgleichsgesetzes regelmäßig jährlich durchzuführen gewesen. Das kritisiert der Rechnungshof ganz stark. Ebenfalls diesen Reinhaltzuschlag, der seit 1966 eingehoben worden ist, um Investitionen zu tätigen, die sich rein auf die Reinhaltung des Wassers beziehen sollen. Was ist aber mit diesen zweckgebundenen Rücklagen passiert? Sie sind zur Verlustabdeckung verwendet worden. Es gab dafür, sagt der Rechnungshof, keine gesetzliche Grundlage. Es ist zu lesen, daß die Wassergebührenverordnung Gott sei Dank aufgrund des Rechnungshofberichtes jetzt novelliert wird. Eine Unentschlossenheit wird erwähnt im Rechnungshofbericht. Und zwar, wie wir alle wissen, daß wir im Hallenbad einen starken Wasserverlust von 20 m³ anfangs gehabt haben, der sich dann innerhalb eines halben Jahres auf 36 m³ erhöht hat. Und diese Unentschlossenheit hat dazu geführt, daß ein Imageverlust bei der Stadt Steyr als Fremdenverkehrsgemeinde eingetreten ist. Der Rechnungshof wies darauf hin, daß die Betriebsbereitschaft aufrecht zu erhalten ist, mit allen erforderlichen Maßnahmen. Im Freibadbereich ist es ein alter Wunsch unserer Fraktion, schon lange eine Attraktivierung hier vorzunehmen. Der Rechnungshof schlägt folgende Verbesserungen vor; Entfernung der ungenutzten Kabinentrakte zwecks größerer Liegeflächenschaffung und Spielflächen und eine Wasserrutsche. Gott sei Dank sehe ich es im Abänderungsantrag schon drinnen. Es empfahl der Rechnungshof für die Finanzierung dieser Maßnahme ein mittel- bis langfristiges Aus- und Umbauprogramm zu erstellen. Ein kleiner Hinweis nur. Mir sind sie schon öfter aufgefallen diese unleidigen Automaten in den Wartehäuschen. Auch der Rechnungshof bekrittelt die aufgestellten Automaten. Ich glaube, wir haben die Wartehäuschen nicht aufgestellt, damit dann Unternehmen ihre Kaugummiautomaten dort unterstellen können. Er bekrittelt hier die Entgeltbemessung aufgestellter Automaten, Getränke, Tischfußball, Bräunungsliegen wären nicht vollständig. Und nun zum Verkehr. Hier ein alter Wunsch und immer schon angesprochen, auch heute. Busspuren, Ampelbeeinflussung. Die Anzahl der Linien erhöhte sich, das muß uns auch zu denken geben, seit 1991 von 6 auf 13 Linien. Die Anträge, und das hat mein Vorredner Oberst Gollatsch gesagt, an den GR enthielten keine Angaben über die Streckenführung, die Fahrplangestaltung, die zu erwartenden Fahrgastzahlen und keine Planzahlen über die damit verbundenen Folgekosten. Folgekosten auch im Personalbereich von 38 im Jahre 1990 auf 61 Lenker heute. Fast eine Verdoppelung des Personalaufwandes. Dann lese ich hier, und da muß ich jetzt schon korrigieren auch meinen Vorredner, wenn immer hier der Stadtrat angesprochen wird. Der Rechnungshof schreibt nie das Wort Stadtrat. Er schreibt auch nicht stadträtliche Referenten. Er schreibt immer die Stadt oder die Stadtwerke. Er schreibt immer nur von der Stadt. Die Stadt teilte dazu mit, daß die von den Stadtwerken vorgeschlagenen Linienführungen in zwei Arbeitssitzungen des Kommunalen Ausschusses ausführlich erörtert werden. Dann kommt es; der Rechnungshof vertrat aber die Auffassung, daß auch die Mitglieder des GR umfassend in Kenntnis gesetzt werden sollen. Dh., daß der GR insgesamt hier nicht informiert worden ist. Bei den Busanschaffungen ist zu sagen, der Rechnungshof schlägt sogar Varianten oder Kreditführungen vor, um diese überalterten Busse zu ersetzen. Er empfahl die Ausstattung der Busse mit einem Betriebsfunksystem möglichst rasch zu verbessern. Es ist jetzt den Fahrern nicht einmal möglich, bei Gefahren, Unfällen, Vandalismus, Raufereien, Verletzungen usw. Hilfe herbeiholen zu können. Auch schon ein altgehegter Wunsch, auch des stadträtlichen Referenten. Ein Bereitschaftsdienst ist momentan nicht erstellt. Wenn jetzt ein Fahrer ausfällt bzw. er den Dienst nicht antreten kann, muß der Dienstleiter die Fahrer, die gerade im Urlaub sind, anrufen und sie bitten, ob sie einen Ersatz stellen. Es muß hier ein Bereitschaftsdienst eingerichtet werden, empfiehlt der Rechnungshof. Dann kommt eigentlich ein starker Brocken, das sind diese Behindertenfreifahren. Wir haben überhaupt nichts gegen Behinderte. Aber daß der Bürgermeister dann per Weisung einen GR-Beschluß aufhebt, ist ein starkes Stück. Das werden wir uns auch nicht gefallen lassen. Wir haben einen Mobilitätsberater, der einen 9-monatigen Lehrgang absolviert hat. Der Rechnungshof empfiehlt, daß dieser Mobilitätsberater stärker einzusetzen wäre bei der Umsetzung des Verkehrskonzeptes. Der Rechnungshof sagt ja, beim Verkehrskonzept sind bis jetzt eigentlich nur die gebührenpflichtigen Parkplätze umgesetzt worden. Dieser Mobilitätsberater sollte sich genauso im Bereich der Stadtplanung, Fußgänger und Radwegverkehr, motorisierten Individualverkehr, Parkraumbewirtschaftung, Park- und Ridekonzepte kümmern. Zum Kommunalen Zentrum ganz kurz nur. 1990 besichtigte ein Mitarbeiter des Bauamtes dieses Gelände inoffiziell und flüchtig. Und dann steht im Schlußsatz: Entsprechend der Aktenlage gewann der Rechnungshof überdies den Eindruck, daß Alternativen zur Hauptreparaturwerkstätte nicht mit dem nötigen Nachdruck gesucht worden

waren. Ich glaube, das haben wir jetzt in der Vergangenheit beim Jugendkulturhaus auch erlebt, wie wichtig es ist, sich hier genau den Standort zu überlegen. Es wäre hier falsch, in Zukunft schnelle Aktionen zu setzen bei solchen großen Sachen. Hier gehören einfach Alternativen her, sagt der Rechnungshof. Zu der Projektgruppe sagt der Rechnungshof, hätten sie eigentlich früher eingebunden werden sollen bzw. nicht mehr ausgeschaltet werden sollen. Es wäre besser gewesen, wenn sie dauernd dabeigewesen wären, die Mitglieder der Stadtwerke. Jetzt zu diesen drei wichtigen Punkten beim Kommunalzentrum. Er sagt, daß die bisherigen Betriebsstätten nun mit vollen Betriebskosten aufrecht erhalten werden müssen und es auch für das Kommunalzentrum bereits Betriebskosten gibt. Das ist einmal der erste Punkt. Der zweite, die Synergieeffekte sind schon angesprochen worden. Und der dritte Punkt ist, je schneller die älteren Betriebsstätten frei werden können, um so schneller können wir auch dann dort einen Kapitaldienst herbeiführen. Ich glaube, das soll uns zu denken geben. Wir haben heute gehört, das Gaswerk soll 1998 übersiedelt werden. Das ist zu spät. Der Rechnungshof sagt eindeutig, so rasch wie möglich soll das durchgeführt werden. Da müssen wir schnellere Lösungen finden. Und abschließend, der Koll Vanek hat es auch erwähnt, müssen wir uns überlegen, welche Organisationsform wir für die Stadtwerke in Zukunft wählen. Ermöglichung der Geschäftsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten, Möglichkeit der Bildung von Rücklagen, eine gewisse Personalhoheit und eine gewisse Finanzhoheit. Also hier glaube ich, ist die Stb. Organisation, Mag. Pöchhacker wirklich angesprochen, daß er so schnell wie möglich sich hier etwas überlegt, wie man die Stadtwerke in eine andere Organisationsform bringen kann. Es sind hier sehr viele Sachen angeschnitten worden. Ich glaube, es ist Aufgabe in den nächsten Jahren, diese Sachen umzusetzen. Es ist zu wenig, das nur zur Kenntnis zu nehmen, immer wieder nur davon zu reden. Wir müssen das mit Anträgen umsetzen, was uns hier der Rechnungshof empfiehlt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke schön. Als nächstes hat sich Frau GR Lohnecker zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN BRIGITTE LOHNECKER:

Hohes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Erfreulich ist dieser Bericht des Rechnungshofes wirklich nicht. Ich habe schon wesentlich amüsantere Dinge gelesen. Ich lese hier von Beschlüssen, von einstimmigen Beschlüssen, die gefaßt worden sind, die aber nicht ausgeführt worden sind. Ich lese von fehlenden Planungen, von einer fehlenden Kostenrechnung. Eigentlich könnte man sagen, daß zuwenig durchdacht, zu wenig konkretisiert worden ist. Um es sehr kurz zu machen, mir fällt auf, und das ist an und für sich was ich mir wünschen würde, das könnte geändert werden. Es sind in sehr vielen Bereichen viele zuständig. Niemand ist verantwortlich. Ich glaube, das gehört geändert. Ich glaube, man müßte diese Regelung, auch diese Referatseinteilung so klar machen, daß man die Menschen, die dafür verantwortlich sind, auch wirklich zur Verantwortung ziehen kann. Nicht daß der eine sagt, er ist nicht zuständig und der andere sagt, er ist auch nicht zuständig. Ich täte mir wünschen, um das zu vermeiden, denn ich sehe die Gefahr bei den nächsten Prüfungen von mehreren Großprojekten, die wir haben, ob das jetzt Reithofferwerk ist, da wissen wir auch nicht so recht, was eigentlich damit gemacht werden soll. Ich täte mir wünschen, daß wir uns einigen, daß wir hier die Verantwortungen ganz klar und deutlich übertragen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet ist Hr. StR Bremm.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Wir haben schon eine Reihe von Punkten im Bericht des Rechnungshofes gehört, die hier zum Teil kritisiert werden. Ich glaube, daß man auch diese Kritik relativieren muß in einigen Punkten. Wenn ich bis heute nicht gewußt habe, was eine Kindesweglegung ist, dann weiß ich es mittlerweile jetzt, weil wir über das Kommunalzentrum hier diskutieren. Wenn das auch einige meiner Vorredner kritisiert haben, die Standortsuche, die Wirtschaftlichkeit..... Ich höre noch den Applaus, der ja selten in diesem Haus ist, wie unser Bürgermeister hier verkündet hat, daß das Kommunalzentrum, ehemalige Steyr-Reparaturhauptwerkstätte, um den bekannten Preis von S 100 Mio. gekauft worden ist. Es hat hier einen einhelligen Beifall des GR gegeben und heute stellen wir das in Frage, ob das richtig war oder nicht.

ZWISCHENRUF:

Es war nicht richtig.

Ich glaube, es ist schon klar, daß der Abend immer klüger ist, wie der Morgen. Aber wenn wir Entscheidungen treffen, dann sollen wir uns auch damit auseinandersetzen und die Wirtschaftlichkeit berücksichtigen. Wir wissen heute, trotzdem der Kauf der Hauptreparaturwerkstätte ein sinnvoller war, daß wir die Synergieeffekte aus diesem Kauf noch zu erwarten haben, die wir uns erhoffen, daß die noch etwas auf sich warten lassen, in dem ja die Zusammenfassung aller Wirtschaftsbetriebe in dem Bereich mit 1998-1999 abgeschlossen wird. Das ist nichts Neues hier herinnen. Wir brauchen nicht so zu tun, als wenn jetzt der Rechnungshof eine neue Erkenntnis hereingebracht hätte. Wir wissen ganz genau, wir haben unsere Marschroute in den Gremien festgelegt. Das kostet auch Geld und es ist eben nicht anders möglich. Zum Wirtschaftshof und zum Kommunalzentrum selbst, meine sehr verehrten Damen und Herren, können wir mit Fug und Recht sagen, daß es, obwohl es ein altes Gebäude war und die Adaptierungskosten nicht so eingeschätzt wurden, wie sie sich dann in der Realität gezeigt haben, trotzdem wirtschaftlich und finanziell ein günstiger Kauf für die Stadt war. Das Gebäude hat S 52 Mio. gekostet, wenn man die Grundkosten abrechnet. Wenn man die Adaptierungskosten dazurechnet, die ca. S 55 Mio. bis S 60 Mio. in der Endphase ausmachen werden, wird das Ganze ca. S 110 Mio. kosten. Und wenn wir einen gleichwertigen Neubau hier in die grüne Wiese gestellt hätten ohne Grundankauf, dann hätte das zwischen S 200 Mio. - S 300 Mio. gekostet. Das ist nicht die Meinung des Bremm's, der hier nicht der Baufachmann ist, sondern die Meinung der Fachleute und der Experten. Wir haben hier auch Vergleiche in anderen Städten. Ich war selbst mit in St. Pölten im Wirtschaftshof und habe gesehen, was der gekostet hat und verglichen, was hingegen unser Kommunalzentrum mit allen unseren Wirtschaftsbetrieben in einem kostet. Das möchte ich zum Kommunalzentrum gesagt haben. Zum anderen Kritikpunkt - Hallenbad und Freibad möchte ich sagen: Ich hoffe, daß das heute das letzte Mal ist, aber ich kann das gerade den Kollegen der Freiheitlichen Seite nicht ersparen und vielleicht ein letztes Mal in Erinnerung rufen, vielleicht ist es auch eine Lehre für die Zukunft. Auch aus der Vergangenheit soll man seine Lehren ziehen. Es war ein Projekt der Sozialdemokratischen Fraktion hier im Hause, wo wir gemeint haben, im Jahr 1990/91, daß eine dringende Sanierung des Hallenbades notwendig wäre. Seinerzeit hat der Koll. Eichhübl dieses Projekt als Prestigeprojekt des Bürgermeisters betitelt, und es ist dann auch noch Stimmung in der Bevölkerung gemacht worden, um hier gegen eine Sanierung Unterschriften in der Stadt Steyr zu sammeln. Es sind ja auch eine ganze Reihe von Unterschriften gekommen. Dadurch hat es eine Umreihung in der Prioritätenliste gegeben und es ist das Dach am Eislaufplatz gemacht worden. Mittlerweile ist eine Sanierung des Hallenbades ja nicht mehr zu

verschieben gewesen, weil es ja sowieso zugesperrt wurde. Zum Freibad muß ich auch sagen, es gibt ja auch politisch Verantwortliche. Von der politischen Verantwortlichkeit kann man sich nicht entziehen und ständig sagen, ich kann nichts dafür, ich kann nichts machen, weil im Budget ist ja kein Geld vorgesehen. Da muß man sich auch einmal überlegen, ob man einem Budget zustimmt und über ein Budget auch ordentlich verhandelt. Wir werden ja nachher noch die Gelegenheit haben, darüber ausführlich zu diskutieren und auch

ZWISCHENRUF:

„Ordentlich verhandelt“.

„Ordentlich“ ist ein ganz normales deutsches Wort. In bestimmten Beziehungen ist es natürlich abzulehnen dieses Wort. Sonst ist eigentlich dieses Wort gesellschaftsfähig. In bestimmten Beziehungen nicht. Zum Freibad selbst, meine Damen und Herren, ich bekrittele das auch. Wir haben auch im Kommunalausschuß über die negative Entwicklung der Besucherzahlen, über den Standard, über die Qualität, was den Freizeitbereich anbelangt, weil ja die Becken sind ja vor einiger Zeit saniert worden und sind relativ schön. Aber das Taucherbecken und so verschiedene andere Dinge sind ja wirklich sanierungsbedürftig. Ich glaube, hier müssen wir alle Anstrengungen machen, daß die Bevölkerung sich wieder mit dem Bad identifiziert und es auch nützt. Da bist du natürlich schon gefordert, lieber Roman Eichhübl, daß du einmal konkrete Vorschläge machst. Nicht daß du dich jetzt hinten anhängst beim Brandstötter Sepp und bei mir, weil wir schon seit ein paar Jahren eine Rutsche verlangen und jetzt fällt dir auf einmal auch ein, daß du auch eine Rutsche haben möchtest. Ich glaube, daß hier eine gesamte Sanierung notwendig ist, um das Bad wieder attraktiv zu machen. Das wollte ich zum Bericht des Rechnungshofes gesagt haben. Ich möchte eines noch richtigstellen; Hr. Dr. Pfeil sie haben in ihren Ausführungen

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich war ja noch gar nicht drinnen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein, das war jetzt der Kollege Tilman Schwager, aber er ist aus derselben Partei.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ich bin ja bei gar keiner Partei.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das merkt man aber oft gar nicht.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Fraktion!

STADTRAT GERHARD BREMM:

Ich möchte nur zu den Ausschreibungen der Autobusse sagen, weil hier auch bekrittelt wurde, daß die MAN-Busse.....

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Unser Freund Gollatsch war das. Der gehört auch zu uns.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Im Budget seid ihr euch einig. Das werden wir ja dann sehen.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Es hat keiner etwas gesagt. Das stimmt nicht bitte.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Du, Richard, gehörst zu ihm, sagt er.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Das stimmt nicht, das würde ich auch bestreiten.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Also somit haben wir es auch im Protokoll. Diese Busse, die wir hier vor kurzem im GR beschlossen haben, was MAN anbelangt, diese Busse sind ausgeschrieben worden. Es hat hier auch Verhandlungen, auch Preisverhandlungen nachträglich gegeben und diese Kritik meint der Rechnungshof auch nicht, weil der Rechnungshofbericht auch längere Zeit zurückliegt und diese Sache erst vor kurzem über die Bühne gegangen ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster hat sich Hr. StR Ing. Schloßgangl zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Herren Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des GR, geschätzte Vertreter der Presse und Gäste. Dieser Rechnungshofbericht, der jetzt vorliegt, ist wahrlich kein Ruhmesblatt für die Stadt Steyr. Die ÖVP forderte seit Jahren mehr Kostentransparenz, mehr wirtschaftliche Effizienz und eine konzeptive und zukunftsorientierte Planung und betriebswirtschaftliche Überlegungen und Initiativen in der Stadtverwaltung. Der vorliegende Rechnungshofbericht bestätigt uns ganz vehement in diesen Forderungen und es zeigt sich, daß die externen Prüfungen, die hier durchgeführt wurden, eigentlich Schwachstellen aufdecken, die man sonst nicht sieht oder nicht sehen will. Besonders auffallend und bemerkenswert ist für mich, daß eigentlich sämtliche Berichte, die sich auf Ressorts von FPÖ-Stadträten beziehen, die eigentlich vor Jahren angetreten sind, um Steyr anders zu machen. Was dabei herausgekommen ist, können sie aus dem Rechnungshofbericht ablesen. Ich möchte aber nicht nur die Geschäftsführung kritisieren. Es wurde hier in diesem Hause und bei diesen Sitzungen oftmals Kritik geübt von Kollegen meiner Fraktion. Es hat sich nunmehr sehr wohl herausgestellt, daß die Möglichkeiten der Geschäftsführer vielen rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Einflußnahme städt. Organe unterworfen waren, die diese Unternehmung der Stadtwerke nicht selbständig handeln und schalten ließen, sondern viel mehr als einen Teil der Magistratsverwaltung mit eigenem Organisationsstatut und gesonderten Rechnungskreisen erscheinen ließen. Wir sollten uns bewußt werden, daß wir hier eine Änderung anstreben und der Geschäftsführung auch die Möglichkeit geben, in Zukunft nach kaufmännischen Gesichtspunkten diese Betriebe zu führen, die Möglichkeit der Bildung von Rücklagen, wie sie der Rechnungshof fordert, die Übernahme der laufenden Betriebsgeschäfte, zB bei Personal und Finanzen, sofern sie nicht hoheitlicher Natur sind, die Anhebung der Betragsgrenzen für die Genehmigung von Projekten. Insgesamt beurteilt der Rechnungshof die wirtschaftliche Lage der Stadtwerke aufgrund der in den letzten Jahren entstandenen Verlustsituation und der fehlenden Investitionen als ungünstig. Eine besonders negative Entwicklung war die jahrelang hinausgezögerte Tarifierhebung, sowohl was die Verkehrstarife als auch die Bädertarife betrifft. Und hier muß ich schon den Vorwurf erheben, hier wollte man die anderen Fraktionen dazu gewinnen, diese Anhebungen mitzutragen oder zu fordern und in den Vordergrund zu stellen. Zuständig ist immer der jeweilige Referent. Wenn heute die Kanalanschluß- oder die Kanalbenützungsgebühren erhöht werden müssen, so habe ich diese vorzutragen und dem Gesetz entsprechend zu beantragen. Auch wenn es nicht sehr angenehm ist und wenn der eine oder andere aus populistischen Gründen meint, er müßte dem Referenten, der eben dieser oder jener Partei angehört, hier den schwarzen Peter zuspielen. Tatsache ist, daß wir durch jahrelange Nichtanhebung der Tarife, auch beim Gaspreis zum Teil, bei den Verkehrstarifen habe ich schon gesagt und auch bei den Bädertarifen hohe Verluste eingefahren haben bzw. Finanzmittel nicht lukriert haben. Ein besonderes Gewicht fiel der Anschaffung oder Einführung der Citybussen zu. Man hat in den Jahren 1991 - 1994 auf 13 Citybusse erhöht und dadurch stieg die Zahl der Buslenker von 38 im Jahre 1990 auf nunmehr 61 und dementsprechend ist auch der Personalaufwand. Und wenn ich mir ansehe, bei der Einführung FUZO im Steyrdorf hat man die Citybusse eingestellt und bereits von 1991 bis 1994 erhöhte sich der Personalaufwand um 62 % von S 22,2 Mio. auf S 36 Mio. bei einer Umsatzerlöserhöhung von max. S 1 Mio. von S 20 Mio. auf S 21 Mio. Daß hier die wirtschaftliche Situation in den Stadtbetrieben und im Verkehrsverbund nicht positiv ausfallen konnte, ist wohl klar. Ich glaube, man müßte mit Vehemenz die Vorschläge des Rechnungshofes hier aufgreifen und hier die in den Schlußbemerkungen angeführten Punkte exakt durchführen. Wenn ich noch kurz an das Hallenbad erinnern darf; dieses wird seit vielen Jahren, man

könnte fast sagen seit Jahrzehnten, aber immerhin extrem seit 5 Jahren dahingezogen und ich glaube, hier sind alle gefordert. Aber vor allem auch die zuständigen Referenten oder der zuständige Referent Sorge zu tragen.....

ZWISCHENRUF:

Für Bauwesen!

Nein, nicht für Bauwesen, die sind dabei, sie sind zwar nur am Rande damit befaßt um die Abwicklung zu koordinieren und zu kontrollieren und mitzuwirken. Aber für die Erstellung und Bereitstellung der Budgetmittel ist der zuständige Ressortverantwortliche verantwortlich. Hier bleibt die Kritik nicht offen, aus welchem Grund auch immer, muß er sich bemühen, die Mittel bereitzustellen und flüssig zu machen. Es ist jahrelang nichts geschehen, nicht einmal die notwendigen Reparaturen. Das ist und war ein Vorwurf an die Betriebsführung der Stadtwerke und des Hallenbades. Nunmehr ist eine Teilsanierung im Gange und wir haben in diesem Budget auch entsprechende Mittel vorgesehen. Ganz zum Schluß eine kurze Bemerkung zum Kommunalzentrum. Hier wurde schon sehr viel und alles gesagt darüber. Es sind sicherlich bei der Ersteinschätzung und bei den Sachverständigengutachten Fehler oder Leichtfertigkeiten aufgetreten. Summa Summarum finde ich aber das Kommunalzentrum als eine ganz ausgezeichnete Lösung, sowohl was die Lage, die Situation, als auch die Zusammenlegung aller städt. Unternehmungen betrifft. Vor allem des Synergieeffektes wegen und bei den sich zu Buche schlagenden Kosten von voraussichtlich S 160 Mio. bei Fertigstellung haben wir ein modernes und den modernsten Anforderungen entsprechendes Zentrum, das uns bei einem Neubau viel, viel mehr gekostet hätte. Und zur Standortfrage möchte ich anmerken; es wäre nicht leicht, ich sage sogar fast unmöglich gewesen, anderswo dieses Zentrum unterzubringen. Ich möchte mich an dieser Stelle auch für die hervorragende Arbeit, für die Planung und für die Projektleitung beim Hrn. DI Kremsmayr bedanken, der sich bemüht, kostengünstig und qualitativ hochwertig und genau im Zeitplan und im Zeitrahmen dieses Bauvorhaben abzuwickeln. Ja, so weit meine Stellungnahme zu dem Bericht. Für die Stadt wohl nicht sehr lobenswert und ruhmreich. Ich hoffe, wir und die entsprechenden Referenten werden die notwendigen Konsequenzen daraus ziehen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der nächste ist Hr. StR Eichhübl bitte sehr.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Der vorliegende Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes in Bezug auf die Überprüfung der Stadtwerke ist ja, und das habe ich heute bereits vormittag sinngemäß angeführt, über weite Bereiche ein Spiegelbild von Forderungen im allgemeinen meiner Fraktion und von mir als Referenten im besonderen. Wenn ich nur an die Sanierung des Hallenbades denke, die, wie Koll. Bremm vorhin gemeint hat, von der gefürchteten Einmannfraktion damals in Frage gestellt wurde und Unterschriften gesammelt wurden, dann darf ich heute, so hoffe ich auch das letzte Mal, folgendes dazu sagen: Ja, selbstverständlich sind Unterschriften für die Sanierung des Hallenbades gesammelt worden. Koll. Bremm interessiert sich offensichtlich überhaupt nicht dafür, aber er kann es nachher im Protokoll nachlesen.

ZWISCHENRUF:

Dazu wird es ja geschrieben.

Ich sage es noch einmal, damit auch Koll. Bremm die Möglichkeit hat meinen Ausführungen zu folgen. Es sind Unterschriften tatsächlich gesammelt worden, meine Damen und Herren des GR, und zwar für die Sanierung des Hallenbades, weniger waren es damals, das habe ich hier schon ein paar Mal gesagt, die gemeint haben, man müßte ein neues Hallenbad errichten und daher erinnere ich an die Aussage von einem „Prestigeobjekt“. Aber ich darf weiter fortfahren, was ich vorher gemeint habe, daß dieser Rechnungshof ein Spiegelbild von Anforderungen von uns Freiheitlichen und von mir als Referenten ist. Wenn ich zB an den Ankauf des Gebäudes für die Nutzung kommunaler Betriebe denke, wenn ich daran denke, daß wir verstärkte Investitionen in allen Stadtwerkebetrieben gefordert haben, wenn ich daran denke, daß wir die Führung der Stadtwerke nach wirtschaftlichen Grundsätzen immer wieder verlangt haben, wenn ich daran denke, daß auch eine entsprechende finanzielle Ausstattung im Bereiche der Stadtwerke endlich einmal geschehen soll und wenn ich daran denke, daß auch ich persönlich immer wieder, und im besonderen wenn ich an die Linie 10 und deren teilweise Einstellung denke, verlangt habe, daß bestellte Leistungen eben vom Besteller, in dem Fall eben von der Stadt, zu bezahlen wären usw. Meine Damen und Herren des GR, nach dem mich die Stadtwerke ja bekanntlich besonders betreffen, möchte ich doch etwas näher als meine Vorredner in diesen Rechnungshofbericht einsteigen. Ich beginne bei den Kurzfassungen der Prüfungsergebnisse, werde sie aber nachher wesentlich abkürzen und nur das Wesentliche jetzt noch einmal in Erinnerung rufen vor diesen Gremien. Der Rechnungshof stellt fest, daß die wirtschaftliche Lage der Stadtwerke in den letzten Jahren durch die Verlustsituation und fehlende Investitionen als sehr ungünstig erscheint. Die wirtschaftliche Lage des Betriebsverbundes, bekanntlich Gas- und Verkehrsbetrieb, nahm ebenfalls eine bedenkliche Entwicklung. Im Jahr 1992 konnten die Gewinne des Gaswerkes keinen entscheidenden positiven Ausgleich mehr bewirken. Die Investitionen in den Verkehrsbetrieben mußten trotz eines außerordentlich hohen Erneuerungsbedarfes in allen Bereichen als unzureichend bezeichnet werden. Eine Kalkulation der Wasserbezugsgebühren führten die Stadtwerke erstmals im Jahre 1994 durch. Da darf ich aber jetzt gleich auf den Koll. Gollatsch zurückkommen, der gemeint hat, daß es in allen Bereichen keine Kalkulationen gegeben hat. Das entspricht nicht den Tatsachen.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Ich habe gesagt, es gibt vielfach keine Kalkulationen.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Aber ich glaube, man sollte das auch anführen, daß sehr viele Tarife selbstverständlich kalkuliert werden mußten und zwar deshalb, weil eine Genehmigung der übergeordneten Preisbehörde erforderlich ist. Ich erwähne das jetzt nur, weil es gerade hier dazu paßt, was der Rechnungshof zur Wasserbezugsgebühr gemeint hat. Aber er schreibt dann weiter unter Punkt 4: Der von der Stadt einbehaltene Reinhaltungszuschlag zur Wassergebühr im Ausmaß jeweils 1/6 der vorgeschriebenen Gebühr war für den Gebührenzahler nicht nachvollziehbar und hatte zur Folge, daß die Stadtwerke letztlich nicht die beschlossene Gebühr erzielten. Der Bäderbetrieb war seit Jahren nicht mehr attraktiv. Im Hallenbad waren die Becken und die technischen Einrichtungen in einem desolaten

Zustand. Letztlich mußte das Hallenbad ab Oktober 1995 auf unbestimmte Zeit gesperrt werden. Die Entwicklung des Verkehrsbetriebes ab dem Jahre 1991 war durch stark steigende Betriebsabgänge gekennzeichnet. Die Ursache lag vorwiegend in der Einführung zusätzlicher Buslinien, die von der Bevölkerung nicht im erwünschten und erwarteten Ausmaß frequentiert wurden. Trotz der schlechten finanziellen Lage der Stadt werden in den kommenden Jahren neben deutlichen Leistungsverringerungen zur Ergebnisverbesserung auch umfangreiche Investitionen erforderlich sein, um wieder einen höheren Kostendeckungsgrad zu erreichen. Vor dem Ankauf der für das neue Kommunalzentrum der Stadt vorgesehenen ehemaligen Hauptreparaturwerkstätte der Steyr-Daimler-Puch AG erfolgten keine ausreichenden Bedarfserhebungen der Stadtwerke und der sonstigen betroffenen Abteilungen des Magistrates. Eine eingehende Untersuchung des Zustandes und der notwendigen Adaptierungsarbeiten unterblieb. Ein in Auftrag gegebenes Schätzgutachten berücksichtigte diese wesentlichen Gesichtspunkte nicht. Die Entscheidungsgrundlage für die Beschlußfassung im GR blieb unvollständig. Der sich erst später abzeichnende Aufwand für die Umbauarbeiten von mehr als S 60 Mio. führte im Zusammenhang mit der finanziellen Lage der Stadt zu Verzögerungen der Fertigstellung und zu Abstrichen in der Ausstattung. Das ist bereits von meinem Vorredner, Koll. Fürweger ausgeführt worden, aber ich sage es trotzdem nochmals. Unter Punkt 8 heißt es: Der Geschäftsführung der Stadtwerke war die für die erfolgreiche Führung eines Unternehmens notwendige Selbständigkeit nicht eingeräumt worden. Die Stadtwerke erwiesen sich vielmehr als Teil des Magistrates mit erweitertem Wirkungskreis. Die Regelung für die Geschäftsführung im Organisationsstatut war unzureichend. Meine Damen und Herren des GR, was ist damit gemeint? Die Beurteilung der Organisationsform stellt der Rechnungshof folgendermaßen unter anderem fest: Gemäß ihrem Organisationsstatut sind die Stadtwerke wirtschaftliche Einrichtungen, die von der Stadt unmittelbar verwaltet werden und denen der GR die Eigenschaft einer Unternehmung zuerkannt hat. Sie bilden ein Sondervermögen der Stadt ohne eigene Rechtspersönlichkeit, die Leitung der Stadtwerke zwei direkt dem Bürgermeister unterstellten Direktoren. Den wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt Steyr waren gemäß § 62 Abs. 1 des Statutes für die Stadt Steyr 92 die Aufgaben in einem solchen Maße zu übertragen, daß die laufenden Betriebs- und Verwaltungsgeschäfte nach kaufmännischen Grundsätzen geführt werden können. Den Organen der Stadt und dem Magistrat waren indessen grundlegende Angelegenheiten vorbehalten. Die Personalangelegenheiten der Stadtwerke, stellt der Rechnungshof fest, wurden vom Magistrat wahrgenommen. Ebenso die grundlegenden finanziellen Belange der Stadtwerke. Entgegen den Bestimmungen des § 62 Abs. 1 d. Statutes für die Stadt Steyr 92 war der Wirkungsbereich der Geschäftsführung weder im Organisationsstatut noch in anderen Vorschriften näher geregelt. Wie der Rechnungshof auch weiter bemerkte, ist das Kennzeichen einer Unternehmung (eines Betriebes) neben betriebswirtschaftl. Gesichtspunkten, daß betriebsintern über den Einsatz ihrer personellen, organisatorischen und finanziellen Möglichkeiten entschieden werden kann. Ich überspringe jetzt etwas und darf weiter erläutern: Bei Betrachtung der tatsächlichen Möglichkeiten der Geschäftsführung der Stadtwerke zeigte sich, daß von einer Unternehmung auch im eingeschränkten Sinne des Statutes nicht oder bzw. nur sehr bedingt gesprochen werden konnte. Die rechtlichen und tatsächlichen Möglichkeiten der Einflußnahme städt. Organe ließen die Stadtwerke nicht als Unternehmung, sondern vielmehr als einen Teil der Magistratsverwaltung mit eigenem Organisationsstatut und gesonderten Rechnungskreisen erscheinen. Meine Damen und Herren des GR, ich darf sie an die letzte GR-Sitzung erinnern, wo ich ihnen auch deutlich gemacht habe, wer denn - da ist es um die Jahresabschlüsse 1995 gegangen - hier im Organisationsstatut genannt wird und wer die städt. Organe sind. Da heißt es, das darf ich jetzt wiederholen: Erstens der GR, zweitens der Bürgermeister, drittens der Stadtsenat (Verwaltungsausschuß), viertens die einzelnen Mitglieder des Stadtsenates und fünftens der Magistrat. Weiter bemängelt der Rechnungshof, daß in wesentlichen Bereichen der Stadtwerke nur ungenügende Regelungen bestanden. Er empfahl den Stadtwerken, ihnen im Organisationsstatut und im laufenden Geschäftsbetrieb jene unternehmerische Selbständigkeit einzuräumen, die das Statut vorsieht, um eben Geschäftsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten durchzuführen, die Möglichkeit der Bildung von Rücklagen zu machen, die Übernahme der laufenden Betriebsgeschäfte, Personal, Finanzen, sofern sie nicht hoheitlicher Natur sind, durchzuführen. Und auch die Anhebung der Beitragsgrenzen für die Genehmigung von Projekten hat der Rechnungshof ebenso hier in diesem Bericht verlangt. Meine Damen und Herren, die Beurteilung des Rechnungshofes in Bezug auf die wirtschaftliche Lage der

Stadtwerke stellt sich aus Sicht des Rechnungshofes folgendermaßen dar: Die Abgänge des Bäderbetriebes und der Kunsteisbahn wurden von der Stadt jährlich im nachhinein ersetzt. Ab dem Jahre 1992 prägten vor allem das Wasserwerk und der Bäderbetrieb die starke negative Entwicklung. Nennenswerte Investitionen betragen lediglich das Wasserwerk. Im Gegensatz zu dem gem. den Planzahlen stark steigenden Investitionsbedarf, vor allem für die Wassergewinnung, Speicherung und Drucksteigerung, 1991 waren es S 8,7 Mio, 1995 S 16,2 Mio., wiesen die tatsächlich getätigten Investitionen eine stark sinkende Tendenz auf. 1991 waren es S 6,3 Mio. und 1995 S 2,3 Mio. Ich darf sie ebenfalls an dieser Stelle an die ständigen Auseinandersetzungen von mir mit dem damaligen Finanzreferenten StR Zagler erinnern. Die wirtschaftliche Lage des Betriebsverbundes beurteilt der Rechnungshof hingegen folgendermaßen: Beim Betriebsverbund entwickelte sich bis einschließlich 1991 durch den verstärkten Ausbau des Gasnetzes die Erlös- und Ertragssituation eher sehr günstig. In den Jahren 1991 - 1993 wurden 10 von der Stadt finanzierte Citybusse angekauft. Dies war mit einer starken Ausweitung des Linienangebotes verbunden. Ich habe ja vorhin schon erwähnt, daß es trotz dieses Linienangebotes leider nicht zu den entsprechenden Fahrgastfrequenzen gekommen ist. Vermehrte Investitionen in die veralteten Anlagen der Verkehrsbetriebe werden verlangt sowie in den erneuerungsbedürftigen Fuhrpark zur Steigerung der Attraktivität und somit auch der Umsatzerlöse. Das waren auch immer wieder Forderungen an das Budget. Es ist eben so, daß man nur gemäß des finanziellen Handlungsspielraumes seine Tätigkeit auch ausüben kann. Das wird ja, glaube ich, auch niemand in Frage stellen, obwohl es immer wieder versucht wird. Es ist ja interessant, daß ja trotzdem die ständigen Forderungen in dieser Richtung von seiten der Freiheitlichen und auch des Referenten immer wieder hinausgeschoben und aufgeschoben wurden. Ich warte bis es ein bisserl ruhiger ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um etwas Ruhe.

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Da müssen sie ihre Fraktionskollegen auffordern, daß sie ruhig sind.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe niemanden aufgefordert, Hr. Koll. Oppl. Ich habe nur gesagt zum Hrn. Bürgermeister, ich warte bis es ein bisserl ruhiger ist. Das ist jetzt der Fall.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bin die Vorsitzende.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Entschuldigen sie Frau Vizebürgermeisterin. Der Rechnungshof schreibt auch und weist immer wieder darauf hin, daß eine Wiederaufnahme des verstärkten Ausbaues des Gasleitungsnetzes, was

ich und meine Fraktion auch immer gefordert haben, durchgeführt wird. Und nun, meine Damen und Herren, komme ich zum Reinhaltungszuschlag, den ja auch bereits Koll. Fürweger erwähnt hat. Ab 1. 1. 1996 beträgt dieser auf die Wassergebühr S 2,20. Und hier ist ebenfalls der Rechnungshof der Meinung und empfahl, den Zuschlag nicht weiter einzubehalten. Von seiten der Stadt sämtliche, daraus für die Wasserversorgung und den Wasserschutz getragene Ausgaben, Wasseruntersuchung, Sanierungs-vorhaben udgl. mehr können von den Stadtwerken selbst getätigt werden. Weitere Feststellungen betrafen die veraltete Wassergebührenverordnung und unterlassene Kundmachung- und Verordnungsprüfungen. Hier wurden ja in einer der letzten GR-Sitzungen entsprechende Beschlüsse gefaßt und das eben bereinigt. Das darf ich ebenfalls hier anmerken. Sanierungsprojekte für das Hallenbad - hier darf ich auch nicht ins Detail gehen - sind ja bekanntlich sehr ausreichend und ausführlich diskutiert worden. Jedenfalls darf ich ihnen den Schlußsatz noch einmal kundtun, meine Damen und Herren. Der Rechnungshof wertete die bestehende Situation als Folge der jahrelangen Unentschlossenheit der Stadt, wie und in welchem Zeitraum eine zufriedenstellende Sanierung des Hallenbades hätte erfolgen sollen. Nun zum Freibad. Hier hat ja auch der Koll. Schloßgangl gemeint, daß keine Erneuerungs- und Reparaturmaßnahmen durchgeführt wurden. Dem ist nicht so, das steht herinnen, daß trotz zwischenzeitlicher Erneuerungsmaßnahmen eine Reihe alterungsbedingter Mängel usw. vorhanden sind. Ich darf nur darauf hinweisen, das hat es auch im Hallenbad gegeben. Die Bodensanierung war ja dringend notwendig, weil sonst hätten wir damals schon das Hallenbad sperren müssen. Ich erinnere daran, daß es ja Schnittverletzungen gegeben hat und auch einen Prozeß in diesem Zusammenhang mit der Verletzung. Der Rechnungshof schreibt auch weiters: Wenn derzeit die Finanzierung dieser Maßnahmen nicht möglich ist, empfiehlt der Rechnungshof, ein mittel- bis langfristiges Umbauprogramm zu erstellen und die Finanzierung schon jetzt zu überlegen. Betroffen ist ja, wie er meint, das Freibad. Obwohl die Sanierungsbedürftigkeit des gesamten Bäderbereiches feststand, hat die Stadt verabsäumt, ein umfassendes Konzept für eine Erneuerung zu erstellen. Teilweise - darf ich auch hier anfügen - sind hier Vorschläge von der Direktion der Stadtwerke gekommen. Wir haben ja derartige Vorschläge auch im Ausschuß für kommunale Betriebe behandelt. Man war der Meinung von seiten Stadtwerkedirektion, daß sich eben ein Fachunternehmer dieser notwendigen Modernisierungs-maßnahmen im Freibad annehmen sollte. Es ist dann in weiterer Folge nicht mehr weiter verfolgt worden. Die weiteren Feststellungen betrafen die zersplitterten Zuständigkeiten für den Bäderbereich. Hier darf ich auch wieder den Koll. Schloßgangl ansprechen. Hier steht auch die FA für Hochbau-, Schul- und Sportabteilung drinnen und da gibt es ja bekanntlich keinen freiheitlichen Referenten. Mangelnde Nutzung der reichlichen Werbeflächen trotz eines seit Juli 1994 bestehenden Vertrages mit der Werbeagentur, ist auch angeführt. Ich darf auch in Erinnerung rufen, daß es sehr viele Diskussionen darüber gegeben hat, über diesen Vertrag, den nicht die Stadtwerke abgeschlossen hat mit dem Werbering, sondern die Stadt und wo wir Freiheitlichen uns ja damals dagegen ausgesprochen haben, aus bekannten Gründen. Die Verkehrsplanung hat auch breiten Raum in diesem Rechnungshofbericht eingenommen. Ich darf auch nur auszugsweise daraus zitieren und vermerken, daß der Rechnungshof meint, es hätte zuerst das Stadtentwicklungskonzept, welches die Grundlage der Flächenwidmungs- und Bebauungsplanung bildet, erstellt werden sollen, erst daraufhin kann eine Anforderung des Gesamtverkehrs gerecht beurteilt werden. Das Verkehrskonzept ist ebenfalls angesprochen und hätte entsprechend umgesetzt werden sollen. Aber da haben wir ja Gelegenheit gehabt beim letzten Antrag heuer im Jänner, betreffend das Budget 1996, entsprechende Anmerkungen zu machen, denn da ist es ja auch darum gegangen, daß für die Umsetzung dieses Verkehrskonzeptes von Stickler die Mittel entsprechend gekürzt worden sind. Ich sage es heute noch einmal, das ist sicherlich absichtlich geschehen, weil es ein freiheitlicher Referent ist, ich komme aber im Laufe der Ausführungen zum heutigen Budget noch darauf zu sprechen. Ich darf weiter fortfahren im Rechnungshofbericht. Der Wageneinsatz im Verkehrsbetrieb wurde angesprochen und man schreibt darin, im Jahre 1996 sollten insgesamt 2 Solo- und 3 Midibusse im Leasingverfahren angekauft werden. 2 Busse werden 1997 angekauft. Bekanntlicherweise sind ja auch Mittel im Budget dafür vorgesehen. Der Rechnungshof bemängelt aber weiterhin, daß die Stadt nicht rechtzeitig, und das sage ich auch, daß das auch meine Meinung ist, den Fuhrpark erneuert hat. Aus bekannten budgetären finanziellen Gründen war das offensichtlich nicht möglich, das hat auch immer wieder StR Zagler mir gegenüber aufgrund meiner Forderungen bemerkt. Die Behindertenfreifahrten haben eine sehr interessante Entwicklung genommen. Sie wissen ja, daß erst

vor kurzem im GR ein weiterer Beschluß gefaßt wurde. Der Bürgermeister hat damals eine entsprechende Weisung gegeben, daß eben dem ursprünglichen GR-Beschluß nicht Folge zu leisten wäre. Der Rechnungshof schreibt auch, daß den Verkehrsbetrieben der Einnahmeentfall aus derartigen Sonderregelungen zu vergüten wäre. Das kann ich auch nur unterstreichen. Und nun die Busankäufe. Das ist ja ein sehr interessantes Thema, da werde ich ein bisserl länger verweilen müssen, denn es steht ja auch drinnen im Rechnungshofbericht

Koll. Philipps, hier müssen sie jetzt im besonderen Maße aufpassen, weil sie waren ja derjenige, der sich so aufgehalten hat. Vor 2 Tagen hat ja der Prüfungsausschuß getagt und ich habe mir erlaubt anzumerken, daß der Hr. Bürgermeister den Ankauf von 5 Citybussen aus den Sparkassenmitteln forciert hätte oder eigentlich vorweggenommen hätte. Koll. Philipps, es freut mich, daß du besonders aufpaßt. Hättest du es nicht gemacht, dann könnte ich jetzt nicht mehr weiterhin dafür eintreten daß du das nächste Mal auf der freiheitlichen Gemeinderatsliste kandidierst. Aber ich darf, wie gesagt, schon etwas näher verweilen bei diesem Ankauf der Citybusse. Denn mir geht es primär um etwas anderes, meine Damen und Herren. Ich erwähne es aber nochmals, daß, lange bevor sich entsprechende Gremien damit befaßt und beschäftigt haben, Bürgermeister Leithenmayr uns über die Presse mitgeteilt hat, daß 5 Citybusse angekauft wurden und am Donnerstag, den 22. 4. 1993 erfolgte der GR-Beschluß, dem im übrigen auch die FPÖ die Zustimmung gegeben hat, das unterstreiche ich auch, weil eben entsprechende Unterschriftenlisten vorlagen, um andere Stadtteile mit einem öffentlichen Verkehrsmittel zu bedienen. Aber ich kann es einfach nicht zurückhalten, ich muß meine Drohung teilweise wahr machen und aus früheren GR-Protokollen zitieren. Es tut mir leid, aber ich muß schon wieder den Koll. Zagler..... Aber Hr. Bürgermeister und Fr. Vizebürgermeister, sie haben ja Verständnis dafür, der hat auch einmal zu euch gehört und gehört auch nach wie vor zu euch. Der hat auch sehr interessant argumentiert bei diesem Ankauf der Citybusse. Ich lese ihnen nur 3 Seiten vor.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich danke, Fr. Vizebürgermeister. Der Koll. Zagler sagt unter anderem, warum die Citybusse mit dem Verkehrskonzept dermaßen harmonieren. Es ist ja noch nicht allzulange her, daß das Citybuskonzept, das vor etwa 2 Jahren mit dem Ankauf der ersten Busse ins Leben gerufen wurde, von anderen Fraktionen abgelehnt worden ist. Jetzt ist man so weit, auch diese Zeichen der Zeit zu erkennen, um das Netz zu verdichten. Das Schlagwort, das dabei auch geprägt wurde, ist: „Wir wollen in unserem Stadtgebiet keine weißen Flecken, so wie es früher auf der Landkarte bei den unerforschten Gebieten gewesen ist. Wir möchten jedem Steyrer ermöglichen, mit dem öffentlichen Verkehrsmittel, ob Großraum- oder Citybus, in die Stadt und an jeden anderen Punkt in Steyr zu kommen, mit einem Fußwegradius der auch für gebrechliche Menschen erreichbar ist.“ Genau in diesem Sinne wurde auch dieser Netzvorschlag gemacht und von Bürgermeister Leithenmayr seinerzeit in Auftrag gegeben. So recht, so gut. Aber wie ist es dann weiter gegangen. Und weiter gegangen ist es dann folgendermaßen, das kann man auch wieder aus einem GR-Protokoll, nämlich aus dem Protokoll vom 16. 12. 1993, sehr deutlich herauslesen. Und da ist ja etwas Interessantes passiert und deshalb erwähne ich die Citybusankäufe. Der Finanzreferent hat die Investitionen in den Stadtwerkebetrieben nahezu auf Null gestellt. Das war ja ein äußerst interessantes Ergebnis damals dieser Budgetberatungen und auch dieser Beschlußfassung. Und er hat tatsächlich damals die Investitionen beim Gaswerk und Verkehrsbetrieb auf Null reduziert. Und zu dieser Budgetvorlage hat es eine Zustimmung gegeben. Und dann gibt es heute wirklich noch Menschen, die eben meinen,

daß der StR Eichhübl nicht in der Lage ist, entsprechende finanzielle Mittel aufreiben zu können. Also bitte, diese Aussagen

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Der Koll. Brandstötter ist wieder einmal fertig mit seiner Zeitung. Er ist wieder einmal fertig mit seiner Zeitung und jetzt hat er wieder die Möglichkeit, ein bisserl aufmerksamer meinen Ausführungen zu folgen. Es freut mich sehr, Koll. Brandstötter, weil du hast ja gerade vorhin gesagt, das ist deine letzte Budgetsitzung und darum hast du es leichter. Da hast du schon recht. Es ist so, daß ich, wie gesagt, dann mit Vorwürfen konfrontiert wurde, obwohl wir hier gemeinsame Beschlüsse gefaßt haben, daß das Defizit im Verkehrsbetrieb eben entsprechend ansteigt. Ich habe damals sehr deutlich gemeint, daß es schon bezeichnend ist, wenn Bürgermeister Leithenmayr 5 Citybusse kauft, der GR dies nachträglich genehmigt, ich als zuständiger Referent mich gemeinsam mit den Stadtwerken bemühe, langjährige Wünsche der Bevölkerung unserer Stadt, die noch keine Anbindung an das öffentliche Verkehrsmittel hat, zu erfüllen, hier gemeinsame Beschlüsse im GR, im Stadtsenat gefaßt werden und dann der Finanzreferent mich für die Ausweitung der Kosten in diesem Bereich verantwortlich macht. Es hat noch etwas Interessantes gegeben, und das möchte ich ihnen wirklich nicht vorenthalten, auch nicht in dieser bereits schon fortgeschrittenen Stunde. Es hat dann eine Aussendung der SPÖ gegeben, die sehr interessant verlaufen ist und wo auch wiederum der SPÖ-Referent Eichhübl sehr deutlich auf seine Verantwortung, nämlich der Explosion dieser vorhin von mir genannten Defizite im Verkehrsbetrieb, verantwortlich gemacht wird. Ich habe dann gesagt und das trifft auch heute noch zu, meine Damen und Herren, daß man es offensichtlich nicht verkraftet hat, daß 1991 die Wahl so schlecht ausgegangen ist, und daß es der SPÖ nicht in den Kram paßt, daß es freiheitliche Stadträte gibt. Aber nun, meine Damen und Herren, und der Ausflug war, glaube ich, sehr wichtig um einiges ins rechte Lot zu bringen, möchte ich noch auf die weiteren Feststellungen des Rechnungshofes betreffend das Kommunalzentrum zurückkommen, denn auch diesem Bereich hat der Rechnungshof sehr breiten Raum gewidmet. Er schreibt, und hier wiederhole ich auch das, was bereits gesagt wurde, daß im Juli 1990 ein Mitarbeiter des Bauamtes dieses Gelände inoffiziell und flüchtig in Augenschein genommen hat und im April 1991 verfügte dann die Magistratsdirektion, daß in Folge unangemessen hoher Kaufpreisforderungen, das Angebot der SDP im Oktober 1990 hat ja auf S 180 Mio. gelautet, vom Kauf dieses Areals Abstand genommen werden soll und an einem anderen Standort ein Neubau in kostengünstiger, moderner Hallenbauweise errichtet werden soll. Nach einer genauen Bedarfserhebung der betroffenen Dienststellen sollte ein geeigneter Standort ermittelt werden. Die Bedarfsmeldungen der beteiligten Organisationseinheiten, so schreibt der Rechnungshof, enthielten aber nicht ausreichende Angaben hinsichtlich der Raumgestaltung, des Bedarfs und der Infrastruktur. Der Rechnungshof bemängelt daher auch die unzureichenden Vorbereitungen in diesen Vorstadien und er schreibt weiter: „Entsprechend der Aktenlage gewann der Rechnungshof überdies den Eindruck, daß Alternativen zur Hauptreparaturwerkstätte nicht mit dem nötigen Nachdruck gesucht wurden.“ Das ist auch sehr oft, vor allem von Hrn. Dr. Pfeil, hier angemerkt worden. Er bezieht sich dann noch auf den Ankauf. Hier möchte ich nicht näher eingehen, obwohl er trotzdem, und das möchte ich ihnen nicht vorenthalten, weil viele haben ja wahrscheinlich in der Geschwindigkeit den Rechnungshofbericht gar nicht genau durchsehen können, die Stadt akzeptierte das Gutachten, obwohl es keine Angaben über die Zweckmäßigkeit der beabsichtigten Nutzung und den tatsächlichen Gebäudezustand, höchst sanierungsbedürftiges Dach, unbrauchbare Garagentore und Fenster, nicht isoliertes Bürogebäude usw. enthielt. Wir haben das auch kritisiert, darf ich hier anmerken, und es hat auch keine Angaben über die Gesamtkosten einschließlich der Adaptierung und Finanzierung gegeben. Trotzdem, meine Damen und Herren, hat es hier im GR einen Beschluß gegeben, hier sage ich auch, daß ich diesen Beschluß selbstverständlich unterstützt habe, weil auch ich nicht zuletzt derjenige war, der gefordert hat, daß endlich diese sehr unzulänglichen Umstände im Bereiche der ehemaligen Busgarage und

Werkstätte in Munichholz einer Änderung zugeführt werden müssen, weil es einfach für das Personal eine Zumutung war, entsprechende Arbeiten zu leisten. Der Rechnungshof geht dann auch noch auf die Projektgruppe ein und hat bemängelt, daß die Geschäftsführung der Stadtwerke nur in der Planungsphase der Projektgruppe eingebunden war. Er hat dann auch empfohlen, daß die Mitarbeiter der Stadtwerke als Hauptnutzer in der Projektgruppe eingegliedert werden sollen. Er schreibt weiters, daß bei ständiger Teilnahme der Direktion der Stadtwerke an den Baubesprechungen die nachträgliche Herstellung des Einvernehmens nicht notwendig gewesen wäre. Die Finanzierung dieses Projektes wurde ja bereits hier angeführt. Koll. Dr. Schwager hat darauf hingewiesen, daß man einen endgültigen Schlußstrich und eine Beurteilung erst dann machen wird können, wenn alle gewünschten Aufgaben erfüllt sind, wenn alle Bereiche in diesem Kommunalzentrum dann ihre Heimat gefunden haben werden. Und nun, meine Damen und Herren, darf ich aus all diesen aufgezeigten Mängeln noch die Schlußbemerkungen des Rechnungshofes in Erinnerung rufen. Er schreibt unter Punkt 1) Der Geschäftsführung der Stadtwerke wäre jene unternehmerische Selbständigkeit einzuräumen, die eine Führung nach kaufmännischen Grundsätzen ermöglicht. 2) Zur Beseitigung der ungünstigen wirtschaftlichen Lage des Betriebsverbundes werden beim Verkehrsbetrieb und beim Gaswerk verstärkte Investitionen vorzunehmen sein. 3) Die in den Verkehrskonzepten vorgeschlagenen Maßnahmen sollen nach Erstellung eines als verbindlich erklärten Zeit- und Finanzierungsplanes konsequent umgesetzt werden. 4) Beim Leistungsangebot des Verkehrsbetriebes sollen deutliche Verringerungen erfolgen, um Einsparungen zu erzielen. Dies ist ja größtenteils bereits erfolgt. 5) Ein Gesamtkonzept für die Sanierung des Bäderbereiches mit einem zeitgemäßen Standard soll erstellt werden. 6) Die Kosten jener gemeinwirtschaftl. Leistungen, die von der Stadt als Eigentümerin dem Verkehrsbetrieb aufgetragen werden, sollen nach dem kostendeckenden Bestellerprinzip vergütet werden. Dies habe ich bereits angemerkt. 7) Das Kommunalzentrum sollte trotz der ungünstigen finanziellen Lage der Stadt möglichst fertiggestellt werden. Organisatorische Regelungen für den gemeinsamen Betrieb der dort angesiedelten verschiedenen städt. Einrichtungen werden also rasch zu erlassen sein. 8) Die neue Werkstätte im Kommunalzentrum wäre technisch ausreichend auszustatten, um Einsparungen bei den Fahrzeugreparaturen zu erzielen. Dies betrifft den inneren Dienst und ist größtenteils, soweit ich informiert bin, bereits geschehen. 9) Die Kalkulation der Wassergebühren sollte regelmäßig durchgeführt und durch eine Nachkalkulation überprüft werden. 10) Der Reinhaltungszuschlag zur Wassergebühr sollte nicht weiter von der Stadt einbehalten werden. Nun, meine Damen und Herren des GR, darf ich persönlich, bevor ich zum Schluß komme - ich höre gar keinen Beifall - einige persönliche Anmerkungen machen. Ich appelliere an sie, meine Damen und Herren des GR, daß wir diese Empfehlungen des Rechnungshofes ernst nehmen und die Voraussetzungen in jenen Bereichen schaffen, wo Handlungsbedarf nach wie vor gegeben ist. Eine Statutenänderung ist ja bereits von den Stadtwerken im September d.J. eingereicht worden. Sie ist deswegen noch nicht in Behandlung genommen worden, weil man die Auswirkungen des Organisationsstatutes, betreffend Ausgliederung APT, erst abwarten möchte, was ich allerdings für nicht zweckmäßig und richtig halte. Ich glaube, man sollte eher den umgekehrten Weg gehen, sollte die Statuten der Stadtwerke rechtzeitig ändern und daraus Rückschlüsse ziehen für das APT. Meine Damen und Herren, diesen Aufruf einer entsprechenden Ernstnahme dieses Berichtes um Veränderungsmaßnahmen einzuleiten, richte ich in erster Linie an die Rathausmehrheit, die, wie ich bereits in der letzten GR-Sitzung berichtet habe, im Zusammenhang der Jahresabschlüsse der Stadtwerke für 1995 ist ja im Organisationsstatut eindeutig geregelt, wer dafür zuständig ist. Ich darf es nochmals wiederholen; nämlich erstens der GR, zweitens der Bürgermeister, drittens der Stadtsenat (Verwaltungsausschuß), viertens die einzelnen Mitglieder des Stadtsenates und fünftens der Magistrat. Im Firmenbuch sind eingetragen als Vorstand Bürgermeister Leithenmayr und Frau Vizebürgermeister Mach. Ich darf ihnen eines versichern, ich bin bereit, weiterhin meinen Beitrag für eine Verbesserung zu leisten, obwohl, das darf ich auch hier anmerken, mein Handlungsspielraum entsprechend eingeengt und begrenzt ist, nicht zuletzt deswegen, weil ich ja bekanntlich einer anderen Partei angehöre, nicht der Mehrheitspartei und es ist schon für mich erstaunlich, meine Damen und Herren des GR, wenn ich hier jetzt wiederum erfahre, welche Aufwertung eigentlich ein freiheitlicher Stadtrat erfährt, wenn es darum geht, Verantwortungen zu ordnen. Sonst im Laufe der Tätigkeit, im Ablauf eines Jahres, im Laufe von mehreren Jahren, wo ich bereits als Stadtrat für die Stadtwerke zuständig bin, habe ich immer wieder gehört, wofür ich nicht zuständig bin, sei es personelle Angelegenheiten, seien es

Abhandlungen über den inneren Dienst oder, und die Geschichte möchte ich ihnen auch noch gerne erzählen und nicht vorenthalten, was eigentlich ein freiheitlicher Stadtrat so der Allgemeinheit hier in diesem Raume wert ist. Hier hat es doch den Umbau des Kommunalzentrums gegeben und hier war man ursprünglich der Meinung, der Stadtrat soll eben auch ein kleines Kammerl bekommen, zumindest einmal einen Schreibtisch, daß er ein paar Schriftstücke sitzend lesen kann und vielleicht ein paar Anmerkungen machen kann und ein kleines Facherl bekommt, wo er seine Unterlagen unterbringt. Das war ursprünglich im Umbauprogramm drinnen, habe ich erfreut zur Kenntnis genommen, denn bis dato bin ich ja nur Untermieter von Hrn. Dr. Pfeil, der mich ja freundlicherweise auch meine Sprechstunden dort abhalten läßt. Was ist dann passiert? Plötzlich auf Weisung von übergeordneten Gremien hat man festgestellt; nein, der StR Eichhübl braucht dort dieses Kammerl nicht. Ich habe bewußt dagegen keinen Einspruch erhoben, weil ich nicht derjenige bin, der womöglich dann schuld daran ist, daß es weitere Kostenausweitungen gibt. Aber nur als Anmerkung dafür, was denn eigentlich ein freiheitlicher StR der Mehrheit in diesem Hause wert ist. Meine Damen und Herren, ich halte es daher auch für äußerst unseriös, wenn eingebrachte Forderungen des Referenten, wie seinerzeitige Sanierungsmaßnahmen im Hallenbad, oder jetzt im Freibad, für dringende Reparaturen und auch Verbesserungen, wie die Errichtung einer Wasserrutsche, vorerst nicht im Budget vorgesehen sind, mit einer Ausnahme. Es gibt ja einen Abänderungsantrag, wo die Wasserrutsche drinnen ist. Aber auf das werde ich noch zu sprechen kommen. Wenn er fordert, daß im Verkehrsbetrieb und bei der Erdgasversorgung mehr zu investieren wäre und vor allem dann feststellen muß, daß dies von der Mehrheit in diesem Haus ständig budgetär abgelehnt wird, um jetzt nur einige Beispiele zu nennen. Gleichzeitig versucht man aber den Referenten, und offensichtlich nicht nur von den Mandataren der Mehrheitsfraktion, verantwortlich zu machen, wenn man selbst falsche Entscheidungen getroffen oder herbeigeführt hat. Ich kann nur nahezu am Schluß meiner Ausführungen wieder feststellen, daß es doch gar nicht sein darf, daß in jenen bekannt schwierigen Bereichen, die man andersgläubigen Stadtsenatsmitglieder als Pseudoverantwortliche zugeordnet hat, diese auch zur Zufriedenheit funktionieren. Und trotzdem, meine Damen und Herren, das sage ich auch von dieser Stelle, werden wir von der freiheitlichen GR-Fraktion entsprechend des vorliegenden Rechnungshofberichtes weiterhin tätig sein, und ich werde im besonderen auch meinen Einfluß in den entsprechenden und zuständigen Gremien geltend machen, um notwendige Verbesserungen zu erreichen und ich erwarte ihre Unterstützung des GR.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So Hr. StR, wir danken für die Lesestunde, jedenfalls erinnern sie sich noch. Der nächste zu Wort gemeldet ist der Hr. Vizebürgermeister. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Kritik des Rechnungshofes zieht sich hier im Hause wie ein roter Faden durch. Wenn nun der Präsident des Rechnungshofes in seinen Schlußbemerkungen schreibt, daß der direkt dem Bürgermeister unterstellten Geschäftsführung der Stadtwerke jene unternehmerische Selbständigkeit einzuräumen wäre, die eine Führung nach kaufmännischen Grundsätzen ermöglicht, erinnern wir uns daran, was in der Vamed-Studie über das APT gestanden ist. Die Vamed kam in ihrem Gutachten zu dem Schluß, daß die gegenwärtige Führungs- und Organisationsstruktur des APT auf das Verwalten ausgerichtet ist und die Rahmenbedingungen eine moderne Betriebsführung unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Prämissen nicht zulassen. Es wäre also ein raschest, den betrieblichen Erfordernissen entsprechendes Handeln auf der Heimebene im Rahmen der durch den Rechtsträger vorgegebenen Grundsatzentscheidungen zu gewährleisten usw. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir dürfen die Kritik des

Rechnungshofes nicht einfach auf die Seite schieben, wir müssen sie ernst nehmen, wir müssen uns selber Termine setzen, damit man den Verantwortlichen die Möglichkeit in die Hand gibt, verantwortlich zu werden. Dazu gehört aber auch ein Pouvoir vom GR und nicht wiederum eine Bevormundung irgend eines Gremiums, sei es ein Verwaltungsausschuß im Alten- und Pflegeheim. Das ist ja auch keine Ausgliederung gewesen im APT, sondern nur ein ganz schwacher Versuch einer Ausgliederung mit dem Regiebetrieb. Das stelle ich mir nicht vor. Wenn die Stadtwerke hier eigenverantwortlich handeln können und dürfen Und dazu sollten wir uns entschließen, daß wir ihnen das Instrument in die Hand geben. Ich habe ja aus den Wortmeldungen auch der anderen Fraktionen gehört, daß es der erklärte Wille wäre, daß man den verantwortlichen Direktoren Mittel und Möglichkeiten in die Hände gibt, um tätig zu werden. Das wünsche ich mir und wenn es nicht funktioniert, dann wird man sich um andere Direktoren umschaun müssen. So schaut die Welt aus. Wenn es nicht funktioniert, dann gehört das anders besetzt. Aber unter den derzeitigen Voraussetzungen, daß man sagt, niemand ist verantwortlich dafür und die beiden Direktoren sind weisungsgebundene Beamte, da schaut nie etwas heraus dabei, wenn, wie der Rechnungshof auch richtigerweise festgestellt hat, daß neue Buslinien auf Zuruf in einer Stadtversammlung eingeführt werden, wo dann der Deckungsbeitrag weit unter 10 % liegt. Wenn keine wirtschaftliche Betrachtung der Führung möglich ist, dann sieht es in Zukunft auch sehr ernst aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster ist Hr. StR Spöck zu Wort gemeldet.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Ich ziehe meine Wortmeldung zurück.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wer wünscht zu diesem Antrag noch das Wort? Niemand mehr. Schlußwort bitte Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR. Es war hochinteressant dieser Debatte zu lauschen und wie man sich bemüht hat wieder einmal, jedenfalls muß ein Schuldiger zur Stelle sein, dem Bürgermeister die Schuld zuzuschieben an der Kritik. Rechnungshofberichte sind niemals so geartet, daß sich irgend jemand darüber nur und ausschließlich freut. Das ist auch nicht die Aufgabe solche Kontrollen durchzuführen, und das Ergebnis in Berichten festzuhalten. Ich habe also sehr viele Rechnungshofdebatten im Parlament in Erinnerung, da kommen ja alle vorbei, und eigentlich ist immer Kritik geübt worden. Ich muß sagen, die Kritik ist in manchen Punkten berechtigt und ist jedenfalls so geartet, daß damit Denkanstöße verbunden sind. Es hat auch etwas sehr Positives. Weil der Rechnungshof im Bericht hineingeschrieben hat, daß ja einige Linien ganz besonders schlecht ausgelastet sind, haben wir uns dann gemeinsam getraut, diese einzustellen bzw. zurückzunehmen. Das wäre ja vorher gar nicht möglich gewesen, sowie es 5 Jahre nicht möglich war, eine Tarifkorrektur durchzuführen, obwohl es alle anderen Kommunen zur selben Zeit gemacht haben. Das sind ja mit Gründe, warum eine ungünstige Wirtschaftsentwicklung da ist, es ist ja zutreffend,

daß wir als GR bei Tarifgestaltungsmaßnahmen zB uns halt sehr schwer tun und ein großer Teil unserer Mitglieder eher nicht so den wirtschaftlichen Gesichtspunkt der Unternehmung im Auge hat und lieber „Robin Hood“ spielt und die Bevölkerung verteidigt vor den Tarifen, die auf sie zukommen. Fest steht aber, und ich erinnere mich auch daran, daß ich mehrmals gesagt habe, hätten wir immer den Ruf, zB vor langer Zeit eines Koll. Treml gefolgt und nie Tarife bei den Verkehrsbetrieben erhöht, was er ja immer verlangt hat, dann gebe es die Verkehrsbetriebe schon lange nicht mehr. Es ist also notwendig hier wirtschaftliche Gesichtspunkte zu betrachten. Es ist aber andererseits notwendig, so kostengünstig und effektiv wirtschaftliche Unternehmungen der Stadt zu führen, weil das nämlich auch dann in Wirklichkeit die beste Sperre ist gegen die dauernden Privatisierungsredereien, die in diesem Zusammenhang ja auch sporadisch immer wieder auftauchen. Ich kann mich nicht erinnern, daß wir die Verkehrsbetriebe so gern privatisieren möchte. Das ist gar nicht so ein Thema gewesen. Es gibt auch wahrscheinlich kaum einen Unternehmer, der das so gerne täte Aufgabenstellungen zu erfüllen, wo man sich nicht gerade die „goldene Nase“ verdienen kann. Besonders spannend war natürlich der Beitrag des Referenten muß ich sagen. Lieber Roman, du hast es ausgezeichnet verstanden, dich so eher unbeteiligt zu geben, obwohl du zuständiger Ressortstadtrat bist und zwar seit dem Statut 1991 weisungsbefugt. Also du kannst ja nicht so tun, als ob dich das überhaupt nichts angeht, und es ist eben immer dieses Unterstellungsverhältnis der Herren Direktoren dem Bürgermeister da in den Vordergrund gestellt worden. Ich muß ehrlich sagen, ich erinnere mich im wesentlichen nur an drei Fälle, in denen ich konkret hier mich eingeschaltet habe. Die sind zum Teil heute auch erörtert und erwähnt worden. Und zwar einmal die Weisung, die ich gegeben habe, entgegen dem GR-Beschluß, die hingestellt wird als ein kleiner Amtsmißbrauch sozusagen. So ist ja das nicht. Ich möchte festhalten, daß wir im GR einen Beschluß gefaßt haben im Zusammenhang mit der Vereinbarung mit dem Verkehrsverbund, daß da in verschlüsselter Form in Wahrheit drinnen gestanden ist, daß wir das Tarifsysteem übernehmen und bei dem System des Verbundes wären bei uns an die 1.600 Behinderte, welche in den vorhergehenden Jahren und Jahrzehnten mit Brief und Siegel bescheinigt bekommen haben, daß sie eben behindert sind und aus diesem Grund Freifahrtscheine bei unseren Verkehrsbetrieben haben, die wären aus dieser Regelung sang- und klanglos hinausgefallen. Wir haben das alle nicht realisiert, weil das so klar überhaupt nicht drinnen gestanden ist in dem Antrag, weil wir diese speziellen Verbundregelungen nicht gekannt haben oder nicht ausreichend und daher ist es zu dieser Beschlußfassung gekommen. Hätten wir im GR das gewußt, hätten wir den Beschluß nicht gefaßt. Als das dann aber realisiert hätte werden sollen, bin ich konfrontiert gewesen mit diesen Behinderten. Ich habe daher gesagt, das kann man nicht tun. Mir hat man nicht gesagt, daß hier dieses Problem auftreten kann, Weisung und GR-Beschluß. Das ist erst dann im Zusammenhang mit Schlußbesprechungen mit den Herren des Rechnungshofes aufgetreten. Wir haben dann sofort das Thema erörtert im Kreis der Fraktionsvorsitzendenkonferenz. Alle Fraktionsvorsitzenden waren der einhelligen Auffassung, daß man das wirklich nicht tun kann und daher ein gemeinsamer Antrag beschlossen wurde im darauffolgenden GR, daß man das selbstverständlich nicht tut. Also wir haben hier beschlossen, daß das so bleibt, daß man bei neu hinzukommenden Behinderten hier die Maßstäbe anlegt, die hier das Landesinvalidenamt hat, und das dann in dieser Weise durchführt. Also weit jenseits eines Amtsmißbrauches, sondern ein Anlaßfall, wo ein Bürgermeister einschreiten muß, wenn eine Entwicklung sich anbahnt, die nicht akzeptabel ist und wenn das dann noch durch einstimmigen Beschluß des GR sanktioniert wird, dann ist das, glaube ich, sehr klar und braucht nicht weiter kommentiert zu werden. In einem anderen Fall habe ich mich eingeschaltet, als genau vor der schlechten Jahreszeit plötzlich das Warthäuschen am Stadtplatz nicht mehr zur Verfügung gestanden wäre. Hier tun mir eben die Bürger leid, wenn eine Situation eintritt, daß die Leute im Regen stehen. Also habe ich mich eingeschaltet, habe mit dem Hrn. Kommerzialrat Spatt, der ja Eigentümer des Hauses ist, das Gespräch aufgenommen und mit ihm Einigung darüber erzielt, daß dieser Platz wieder zur Verfügung steht. Das ist auch kritisiert worden - eine Weisung von mir. Und zum dritten habe ich mich ganz früh, oder war es sogar noch in der vergangenen GR-Periode im Zusammenhang mit Investitionen, Erweiterung unseres Gasnetzes, massiv eingeschaltet, weil natürlich hier die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens Gaswerk nicht unbedingt an die Gemeindegrenzen gebunden ist. Wie ja bekannt und bewußt war, daß wir in der Stadt Steyr Siedlungsgebiete hatten, welche nicht gasversorgt waren und natürlich eine solche Gasversorgung sich gewünscht haben und gefordert haben. Und als Bürgermeister von Steyr interessiert es mich nun

einmal mehr, daß in Steyr die Gasversorgung möglichst flächendeckend ist und erst in zweiter Linie interessiert mich die Gemeinde Garsten, ob hinter der Molkerei auch die den Gasanschluß haben. Da habe ich mich auch eingemischt und habe gesagt, so bitte nicht, in Steyr werden wir einmal den Erfordernissen nachkommen müssen und dann können wir in anderen Gemeinden, obwohl wir dort auch einen Auftrag haben, und wenn sich die Gemeinden beteiligen, dann können wir das dort dann auch machen. Ich sehe nicht ein, daß wir die beschränkten Investitionsmittel in andere Gemeinden investieren. Da müssen sich die Gemeinden dort eben auch am Riemen reißen und müssen mitfinanzieren, wenn sie für ihre Bürger diese Gasanschlüsse haben wollen. Das ist auch in der Folge geschehen. Das waren die drei mir bekannten Fälle. Es wundert mich auch nicht, lieber Freund Eichhübl, daß du heute eine Lesung gehalten hast aus dem Rechnungshofbericht.....

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das habe ich mir so angewöhnt; das machen die Fraktionskollegen. Ich habe mir gedacht, ich mache es auch einmal.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITENMAYR:

Ich habe ja gesagt, daß es mich nicht wundert. Es wundert mich nämlich deshalb nicht, weil du hast ja gar keine andere Gelegenheit, als aus diesem Bericht vorzulesen. Und zwar deswegen nicht, weil du es ja verabsäumt hast bei den beiden Schlußbesprechungen anwesend zu sein als zuständiger Referent, obwohl du eingeladen wurdest. Und wenn du natürlich nicht einmal zu einer Schlußbesprechung hingehst und dich zumindest dann, wenn die Herren Rechnungshofbeamten hier sitzen um zu sagen was sie kritisieren werden, um das dann in der Folge niederzuschreiben, dann ist mir klar, warum du so teilnahmslos diese zum Teil herbe Kritik hier kommentierst. Und das ist ein bißchen wenig für einen zuständigen, weisungsbefugten Referenten. Und ich bin dir nie in den Arm gefallen, und wenn es anders ist, sei so lieb und sage es mir, wenn mir das entfallen sein sollte. Wo bin ich dir in den Arm gefallen? Als du deine Weisung gegeben hast an die Herren Direktoren? Du warst auch nicht bei mir Beschwerdeführen, weil die Herren Direktoren deine Weisungen nicht ausgeführt haben. Mir ist nichts in Erinnerung. Ich gebe aber zu, daß ich etwas vergessen habe könnte. Du bist gerne aufgefordert, uns das noch näherzubringen. Dann bitte gibt es natürlich die finanzielle Ausstattung. Die Investitionen betreffend, die auch natürlich durchaus unterschiedlichen Betrachtungsweisen. Ich muß schon sagen, sich zu beschweren, daß wir nicht ausreichend investiert hätten, was dort und da durchaus zutreffen kann und gleichzeitig zu kritisieren, daß wir die Citybuslinien eingeführt haben, ist natürlich auch ein Eiertanz, den du dir immer öfter zu eigen machst. Ich muß sagen, es gibt hier ja die Protokolle, wo klar hervorgeht, daß hier sowohl im Jahr 1991 am 11. 7. der Stadtsenat einstimmig beschlossen hat, die Citybusse zu kaufen. Und dann gibt es noch ein Protokoll vom 15. 4. 1993, wo ebenfalls der Stadtsenat beschlossen hat, weitere 5 Citybusse zu kaufen. Sogar die Dringlichkeit ist diesen Anträgen erteilt worden. Also wenn man das getan hat und wenn mit diesen beiden Beschlüssen insgesamt mehr als S 13 Mio. in 91 und 93 in Busse investiert wurden von der Stadt als Kapitalzuführungen, dann kann man nicht sagen, es ist nichts investiert worden. Dann möchte ich die ÖVP nochmals daran erinnern, daß natürlich die Citybusse eine jahrelange Forderung der ÖVP war, und daß gerade Holub seiner Freude Ausdruck damals 1991 verliehen hat, daß endlich diese ÖVP-Forderung zum Durchbruch gekommen ist. Es ist natürlich nicht so, daß wir es nur der ÖVP zu liebe gemacht haben, das wäre übertrieben. Aber es war schon ein starker Wunsch, eine starke Forderung aus der Bevölkerung da, und zwar aus all diesen Bereichen, wo man diese Linien gemacht hat. Und es ist schon richtig, Zagler zu zitieren, das ist ja nichts Schlechtes hier mit öffentlichen Verkehrsangeboten dafür zu sorgen, daß es keine weißen Flecken gibt in dieser Beziehung. Das hat Zagler zu recht gesagt und ich unterstreiche das auch noch heute. Und der Rechnungshof stellt fest, meine Damen und Herren, daß leider die Bevölkerung von

diesem Angebot nicht in dieser erwarteten Weise Gebrauch gemacht hat. Das ist zutreffend und bei einigen Linien in einem sehr starken Ausmaß nicht und da waren die Frequenzen eigentlich nicht mehr akzeptabel. Und daher hat hier der Rechnungshofbericht auch mitgeholfen eine Korrektur zu machen, was nicht heißt, daß nicht auch dieses Verkehrsangebot Menschen in diesen Bereichen fehlt, weil wir sie jetzt zurückgenommen haben. Erst heute in der Früh hat mich eine Frau gebeten, doch wieder etwas zu tun in diesem Bereich. Es ist auch nicht auszuschließen. Ich erinnere daran, daß wir bei Christkindleuten mehrere Ansätze machen mußten und zwischenzeitlich es dort eine sehr unwirtschaftliche Aktivität gewesen ist. Es wurde eingestellt, wieder eingeführt wurde, und jetzt sind die Frequenzen in Ordnung. Es muß die Zeit dafür reif sein und ich glaube, daß es nicht sehr viel bringt, sich bei solchen sensiblen Problemen gegenseitig, um ein paar Groscherl zu verdienen, politisches Kleingeld, hier sich die Bummerl zuzuschieben. Wir müssen dieses Angebot haben, wenn die Zeit dafür reif ist. In manchen Bereichen war die Zeit noch nicht reif. Aber feststeht, daß auf der anderen Seite der motorisierte Individualverkehr stark im Zunehmen ist, daß wir Staus haben am laufenden Band, und daß natürlich der öffentliche Verkehr stärker ausgebaut werden muß. Und weil wir Investitionen sagen, bitte sehr, im Budget, das wir dann nachher für 1997 debattieren werden, sind insgesamt S 48,43 Mio. Investitionen im Investitionsplan der Stadtwerke vorgesehen. Wahrlich kein Pappenstiel, meine Damen und Herren, und es ist hier sowohl der Bereich Verkehrsbetrieb mit fast S 9 Mio. drinnen, die Bestattung mit S 150.000,--, das Krematorium mit über S 1 Mio., das Wasserwerk mit S 30 Mio. und das Rohrnetz usw. wird dabei auch saniert. Da rede ich noch gar nicht vom Hallenbad, welches ja überhaupt einer der größten Brocken ist und rund S 28 Mio. betragen wird und die Wasserrutsche, die schon angeführt wurde, die auch im Budget drinnen ist. Also gewaltige Investitionen, die in diesem Bereich getätigt werden, meine Damen und Herren. Und Kommunalzentrum schließlich - ja, das ist natürlich auch etwas, was man schön diskutieren kann. Ich muß ehrlich sagen, ich bin sehr froh darüber, daß wir mit dem Kommunalzentrum so weit sind, daß wir eigentlich nur mehr eine verhältnismäßige Restposition in den kommenden Budgets dafür aufwenden müssen. Es ist ein riesiger Betrag, S 160 Mio. Kaufpreis und Adaptierung. Nahezu ein ganzer außerordentlicher Haushalt. Warum glaubt denn irgendwer, daß eine solche große Investition, noch dazu ein Haus, das es schon gibt an einem Platz, den auch der Rechnungshof als einen ausgezeichneten betrachtet und ausdrücklich feststellt in seinem Bericht, ganz ohne Schwierigkeiten abgehen kann, daß es da nicht unterschiedliche Auffassungen gibt. Es freut mich, daß heute schon Hr. DI Kremsmayr positiv vom Koll. Schloßgangel erwähnt wurde, daß das akzeptiert wird, daß hier eine großartige Leistung vollbracht wird. Nämlich alle städt. Unternehmungen unter einem Dach zu versammeln. Zeitgemäße Ausstattung darzustellen. Das ist eine Leistung in dieser GR-Periode und in die nächste wird es noch ein bisserl hineinreichen, die in Wirklichkeit eine der großen Leistungen ist. Für 3 Jahrzehnte ungefähr, mit diesem Zeithorizont kann man bei dieser Investition wirklich rechnen, ist hier das so lebenswichtige Service für diese Stadt sichergestellt worden. Diese S 160 Mio., die wir dafür in etwa aufwenden müssen, und hier stimme ich absolut mit dem Koll. Dr. Tilman Schwager überein, der als Prüfungsausschußvorsitzender das meiner Meinung nach richtig kommentiert hat. Ob das eine gute oder eine Fehlinvestition oder eine zu teure Investition gewesen ist, das wird letzten Endes der Vergleich ergeben. Was nämlich herauskommt, wenn man die Gebäudekosten vergleicht, die wir aufgewendet haben und wenn wir die Aufwendungen und Investitionen dazurechnen und jene Aktivitäten, die später dazugekommen sind, wie Abfallzentrum und Prüfstandseinrichtungen usw. wegzählen, dann wird man das zu vergleichen haben, diese Quadratmeter oder diese Kubikmeter umbauten Raum mit Neubaukosten. Dann wird die Stunde der Wahrheit wirklich schlagen. Und dann kann man objektiv sagen, es ist teurer gekommen als ein Neubau, oder es ist billiger gewesen. Und dann bleibt immer noch der langfristig betriebswirtschaftliche Vorteil des idealen Standortes. Auch der ist noch mit zu berücksichtigen und wird ausdrücklich auch vom Rechnungshof hier positiv gesehen. Meine Damen und Herren, wir haben einen Bericht des Rechnungshofes heute zur Kenntnis zu nehmen. Er soll Anregung und Impuls sein, die Dinge anders, besser zu machen und sie auch zeitgemäßer zu machen. Denn die städt. Unternehmungen oder die Gäste waren natürlich etwas anderes, als das, was wir heute haben und das, was wir morgen brauchen. Und daher muß auch die Organisationsform, die Art, wie das gesteuert wird, auch die Art, wie die Entscheidungsgremien beschaffen sind, müssen diesen Herausforderungen angepaßt werden. Und wenn hier eine umfassende positive Meinung dazu da ist, dann sage ich abschließend, dann war der Rechnungshofbericht ein positiver Anstoß, ein Schritt in

diese richtige Richtung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Kommen wir zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Es geht um die Zustimmung der Genehmigung und Kenntnisnahme. Übt jemand Stimmenthaltung? Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Der Antrag wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Wir machen jetzt eine Pause bis 16.30 Uhr.

PAUSE VON 16.12 UHR BIS 16.30 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERICH MACH:

So, meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Ich bitte den Herrn Finanzreferenten um seinen Bericht.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Wir sind nunmehr beim Hauptpunkt der heutigen Veranstaltung angelangt, nämlich beim Punkt 16 - Budget für das Jahr 1997.

Fin-100/96 Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1997

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Voranschlag der Stadt Steyr für das Rechnungsjahr 1997 wird im ordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 885.100.000,-- und im außerordentlichen Haushalt mit Einnahmen und Ausgaben in Höhe von S 175.600.000,-- ausgeglichen.

- im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind - festgestellt. Als gegenseitig deckungsfähig werden die in den Sammelnachweisen angeführten Ausgaben erklärt. Weiters werden genehmigt: a) Die dem Voranschlag beigeschlossenen „Allgemeinen Vollzugsbestimmungen zur Durchführung des Voranschlages“. b) Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke Steyr mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 60.290.000,-- und der des Steyrer Versorgungsbetriebes mit insgesamt S 132.230.000,--, der Investitionsplan der Stadtwerke Steyr mit Erfordernissen und deren Bedeckung in Höhe von S 31.200.000,--, der Investitionsplan des Versorgungsbetriebeverbundes mit S 15.730.000,--, der Wirtschaftsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit Aufwendungen und Erträgen in Höhe von insgesamt S 94.119.000,--, der Investitionsplan des Alten- und Pflegeheimes Tabor mit S 1.950.000,-, der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr GesmbH (GWG), der Voranschlag der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung und der Dienstpostenplan. Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen: Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe 500 v.H., Grundsteuer B für andere Grundstücke 500 v.H.

Der Budgetvoranschlag 1997, den ich ihnen heute zur Beschlußfassung vorlege, ist natürlich kein isoliertes Zahlenwerk. Auch wenn man bei der Betrachtung dieses 458 Seiten gedruckten Voranschlages bzw. noch einer Seiten des Abänderungsantrages nur allzu leicht diesen Eindruck gewinnen kann. Die Voranschlagszahlen 1997 sind vielmehr die in Zahlen umgesetzten Zielsetzungen für das kommende Jahr und stehen daher für eine Fülle von ganz konkreten Vorhaben, Maßnahmen und Projekten, die wir als Stadt im kommenden Jahr - im Interesse der Steyrerinnen und Steyrer - neu angehen, ein großes Stück weiter vorantreiben oder bereits zum Abschluß bringen wollen. Bei aller Nüchternheit der Zahlen ist ein Budget daher etwas überaus Lebendiges, etwas direkt Gestaltendes, das die Entwicklung einer Stadt in praktisch allen Bereichen ganz wesentlich beeinflußt. Wir diskutieren daher heute nur vordergründig über Zahlen bzw. ein Zahlenwerk. In Wirklichkeit sind wir aber aufgerufen, über eine Vielzahl von Einzelprojekten und Einzelmaßnahmen zu befinden sowie über konkrete Aufgaben und Leistungen, die wir erbringen wollen. Wenn sie die budgetierten Vorhaben und Leistungen für 1997 genau betrachten, meine sehr geehrten Damen und Herren, dann werden sie feststellen, daß praktisch alles, was für 1997 geplant und dementsprechend auch finanziell bedeckt ist, auf gemeinsamen Beschlüssen beruht oder zumindest den Intentionen und Vorstellungen entspricht, über die in den Ausschüssen und Gremien ein relativ breiter Konsens herrscht. Das Budget der Stadt Steyr für 1997 ist somit nicht nur ein äußerst solides Sachbudget, sondern meiner Ansicht nach daher auch ein Konsensbudget, dem - wie ich hoffe - mit wirklich gutem Gewissen der Steyrer GR mit breiter Mehrheit seine Zustimmung erteilen kann. Um das Budget 1997 sachlich richtig beurteilen und bewerten zu können, ist es unumgänglich, die Entwicklung der letzten Jahre etwas näher zu betrachten und vor allem die Entwicklung des zu Ende gehenden Budgetjahres 1996 genauer zu beleuchten. Und ich meine, daß speziell der Nachtragsvoranschlag 1996, den wir bei der vergangenen GR-Sitzung debattiert haben, doch sehr deutlich zeigt, daß der Konsolidierungskurs, den wir mit einem breiten Mehrheitsbeschluß für das Budget 1995 gemeinsam eingeleitet haben, überaus erfolgreich verläuft. Denn - man kann es drehen und wenden wie man will - aber wenn man - wie im diesjährigen Budgetvollzug geschehen - gegenüber dem Budgetansatz im Ordentlichen Haushalt anstelle eines präliminierten Abganges vom S 2,9 Mio einen Überschuß von S 16,2 Mio erwirtschaftet, gleichzeitig um S 10 Mio. mehr an Schulden tilgt und somit eine Ergebnisverbesserung von S 29 Mio. erzielt, und zudem auch noch den Rücklagenstand gegenüber dem Budgetansatz um S 52 Mio. auf insgesamt S 106 Mio. mehr als verdoppelt, dann ist dies doch wahrlich kein Zeichen einer verfehlten Finanzpolitik. Vielmehr ist es der eindeutige und eindrucksvolle Beweis für eine überaus gewissenhafte und seriöse Finanzplanung. Und nicht zuletzt auch dafür, daß sämtliche Vorgaben für 1996 nicht nur erfüllt wurden, sondern sogar übererfüllt werden konnten; daß auch der Budgetvollzug, also die gewissenhafte Einhaltung der Zielvorgaben, perfekt funktioniert hat. Und die Zielvorgaben, meine Damen und Herren, waren alles andere als leicht zu erfüllen. Denn wir haben - und sie werden sich noch gut daran erinnern - im Vorjahr - ein absolutes Sparbudget beschlossen, das Einsparungen allein beim Personal in Höhe von S 20 Mio. vorsah, nachdem wir am Personalsektor im Jahre 1995 bereits S 23 Mio. eingespart hatten. Wir haben 1996 ein absolutes Sparbudget beschlossen, das zudem keine Netto-Neuverschuldung vorsah. Und wir haben ein Sparbudget beschlossen, daß trotzdem die Finanzierung der größten und wichtigsten Zukunftsprojekte der Stadt sicherstellen sollte. Leider - und ich sage dieses leider aus ehrlicher Überzeugung - haben damals die GR der F- und der VP-Fraktion diesem Budget nicht ihre Zustimmung gegeben, weil sie unter anderem der Meinung waren - und das wurde bei der Budgetdebatte damals ja mehrmals betont - , daß die vorgelegten Budgetzahlen nicht halten werden, weil sie der Meinung waren, daß die Umsetzung dieses Budgets, also der Budgetvollzug in der Praxis nicht funktionieren werde. Heute, nicht ganz ein Jahr später, können wir aber feststellen - und die Zahlen des Nachtragsvoranschlages sprechen eine eindeutige Sprache - daß sämtliche Bedenken und Kassandrarufer unbegründet waren - Gott sei Dank sage ich dazu. Und ich meine, bei aller politischen Konkurrenz, die ja selbstverständlich ist, müßte es doch eigentlich auch die Kritiker von damals freuen, daß der Konsolidierungskurs, den wir 1995 noch gemeinsam eingeleitet haben, auch 1996 - noch erfolgreicher als geplant - fortgesetzt werden konnte und sich dadurch die finanzielle Gebarung der Stadt wieder als ein solides und tragfähiges Fundament darstellt, auf dem wir mit gutem Gewissen die Zukunft unserer Stadt nicht nur aufbauen, sondern aktiv gestaltend weiterentwickeln können. Der Budgetvoranschlag für das Rechnungsjahr 1997, meine Damen und Herren, ist die logische und kontinuierliche Fortsetzung

einer seriösen Finanzpolitik, mit der wir speziell in den letzten beiden Jahren gut gefahren sind. Und daher ist auch das Budget 1997 eigentlich nicht spektakulär. Außer in jenem Sinn, daß es - so wie das letztjährige - wiederum keine Neuverschuldung vorsieht, was im Vergleich zu den anderen 445 öö. Gemeinden, von denen sehr viele - 129 steht in der Zeitung - nicht einmal mehr den ordentlichen Haushalt selbst ausgleichen können, insofern ist unser Budget auch außergewöhnlich, aber im positiven Sinn. Das Budget 1997 birgt auch keine Überraschungen. Außer vielleicht jener, daß trotz der neuerlichen Prämisse keine Neuverschuldung ist und sämtliche im kommenden Jahr zur Finanzierung anstehenden Großprojekte, aber auch die vielen mittleren und kleinen Vorhaben und Maßnahmen entsprechend finanziell bedeckt sind. Das Budget 1997 der Stadt Steyr stellt schlicht und einfach eine solide finanzielle Grundlage für die Arbeit in unserer und für unsere Stadt im kommenden Jahr dar. Ohne Schnörkel und Facetten. Vielmehr zielgerichtet und konzentriert auf das Wesentliche und Wichtige. Und zwar in allen Bereichen. Im Sozialen über die Umwelt, Sportbereich, bei der Kultur bis hin zu den Großbauprojekten und dem Dienstleistungsbetrieb Magistrat selbst, der unter den Vorzeichen Offenheit, Bürgernähe und Transparenz die engen Vorgaben und die zahlreichen Aufgaben, die im Budgetvoranschlag determiniert sind, letztendlich im Auftrag des GR erfüllen und umsetzen muß. In Summe, meine Damen und Herren, sieht der Budgetvoranschlag für 1997 in der Fassung des Abänderungsantrages, der ihnen heute zur Beschlußfassung vorliegt, einen mit Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen ordentlichen Haushalt in Höhe von S 885,6 Mio, einen außerordentlichen Haushalt in Höhe S 188,15 Mio - inkl. einer relativ geringen Rücklagenentnahme von S 13,5 Mio. - sowie wiederum keine Netto-Neuverschuldung vor. Der Gesamtbudgetrahmen beträgt somit S 1.073,75 Mio. und liegt - so wie im Vorjahr - wieder knapp über dieser magischen Milliardengrenze. Soweit die wichtigsten Eckzahlen des Budgets, das ihnen in allen Details ja in gebundener Form und auch im Abänderungsantrag vorliegt. Wie ich jedoch bereits angeführt habe, geben die nüchternen Zahlen aber nur ungenügend wieder, welche Dynamik in einem Budget steckt, welche Fülle an Aufgaben und Leistungen darin enthalten sind, welche Vielzahl an Einzelprojekten und Maßnahmen damit wirklich verbunden sind. Und am deutlichsten wird sichtbar, was sich eine Stadt für das nächste Jahr alles vorgenommen hat, wenn man einen Blick auf den außerordentlichen Haushalt wirft. Und dazu darf ich gleich vorweg feststellen, daß mit den S 188,15 Mio., die wir für 1997 im AOH budgetiert haben, die Finanzierung der größten und wichtigsten Projekte der Stadt im kommenden Jahr gesichert ist. Gleichzeitig bin ich aber auch der festen Überzeugung, daß kein einziges Vorhaben darin enthalten ist, das nicht die Zustimmung einer breiten Mehrheit im GR findet bzw. finden könnte. Ja, ich gehe noch einen Schritt weiter und glaube, daß kein einziger Schilling, der im außerordentlichen Haushalt für 1997 verplant wurde, Anlaß zur sachlichen Kritik geben kann. Und zwar ganz einfach deswegen, weil alle darin enthaltenen Projekte und Vorhaben in den Entscheidungsgremien einstimmig oder jedenfalls mit großer Mehrheit beschlossen wurden. Und diejenigen, auf die dieses Kriterium nicht zutrifft, zum Teil von uns allen schon längere Zeit als wünschenswert, sinnvoll und zweckmäßig beurteilt wurden, die Umsetzung jedoch bisher an der Prioritätenreihung bzw. unserer budgetären Grenzen gescheitert ist. So haben wir unter anderem S 21 Mio. für die im Frühjahr beginnende Errichtung der Bahnhofsüberbauung vorgesehen, womit das Schlüsselprojekt unseres innerstädtischen Verkehrskonzeptes endgültig Realität wird. S 19,9 Mio. sind wiederum für den Kanalbau budgetiert und weitere S 19,4 Mio. für die letzte Kaufrate des Stadtgutes, dessen Erwerb im übrigen von den Fachleuten als eine der besten und vorausschauendsten Kaufentscheidungen der Stadt in den letzten Jahren bezeichnet wird und der uns zudem noch die überaus wichtige Möglichkeit eröffnet hat, daß wir Tauschgrundstücke für den Nordspangenbau zur Verfügung stellen konnten. Ebenfalls im AOH enthalten sind S 15,2 Mio. für die in Gang befindliche Generalsanierung des Hallenbades, deren erste Etappe rund S 28 Mio. kostet und die - wie die Fachleute versichern - Anfangs März abgeschlossen sein wird, so daß der Badebetrieb wieder aufgenommen werden kann. Für den weiteren Ausbau des Kommunalzentrums sind ebenfalls wieder S 10 Mio. budgetiert, und die selbe Summe ist für den Gesamtausbau FAZAT inkl. Fachhochschul- und VPTÖ-Neubau vorgesehen. Ein ganz wesentlicher Budgetposten und ebenfalls vom Grundsatz her mit breiter Mehrheit im letzten GR bereits beschlossen, sind die Planungskosten für ein zusätzliches Alten- und Pflegeheim in Münchenholz, für die wir S 6,5 Mio. vorgesehen haben. Schon längere Zeit als sinnvoll und zweckmäßig von uns allen betrachtet ist die Einführung eines Anrufsammeltaxis auch in Steyr, für die wir im Budget diesmal S 1,5 Mio. festgeschrieben haben. Das gleiche trifft auf die Planung einer

neuen Volksschule im Resthof zu, für die 1997 eine Ansatzpost von S 1 Mio. bereitsteht, wie auch auf eine attraktive Wasserrutsche für unser Freibad, für deren Realisierung ebenfalls S 1 Mio. im außerordentlichen Haushalt budgetiert wurde. Eine weitere Million ist für den Grundankauf des Campingplatzes bei der Forelle reserviert. Für die Ausgestaltung, Schaffung eines behindertengerechten WC's am Stadtplatz sind S 600.000,-- vorgesehen, und für die Um- bzw. Neugestaltung des Wieserfeldplatzes sind immerhin S 500.000,-- verplant. Aber auch für zusätzliche Ausbildungsplätze für Steyrer Lehrlinge, die gemeinsam mit dem Arbeitsmarktservice OÖ im kommenden Jahr geschaffen werden sollen, haben wir eine außertourliche Budgetpost von S 500.000,-- eingeplant. Außerdem sind für die Restaurierung der Bilder im Stift Gleink S 250.000,-- und für ein Fuß- und Radwegkonzept S 200.000,-- im außerordentlichen Haushalt vorgesehen. Die von mir nur beispielhaft angeführten Projekte sind - und davon bin ich felsenfest überzeugt - ohne Ausnahme - wichtig und ihre im Budget vorgesehene finanzielle Dotierung daher richtig und gerechtfertigt. Und ich bin als Finanzreferent glücklich darüber, daß wir diese Fülle von Investitionen tätigen können, deren Bedeutung für die Stadt - wie etwa die Bahnhofüberbauung, der Ausbau Kommunalzentrum, vor allem aber der Gesamtausbau FAZAT - zum Teil weit in die Zukunft reicht. Ich wäre als Finanzreferent aber nur halb so glücklich darüber, wenn wir diese notwendigen Investitionen zwar tätigen würden, dafür aber unsere Bankverbindlichkeiten erhöhen müßten. Dies, meine Damen und Herren, ist aber nicht der Fall. Das Budget für 1997 sieht trotz dieser Fülle von Investitionen im Gesamtausmaß von über S 188 Mio. neuerlich keine Netto-Neuverschuldung vor. Ja mehr noch, der voraussichtliche Schuldenstand Ende 1997 wird rund S 751 Mio. betragen, was gegenüber den Budgetplanzahlen 1996, wo wir einen Schuldenstand von rund S 770 Mio. präliminiert hatten, eine deutliche Verringerung um S 19 Mio. bedeutet. Also noch einmal: Das Budget der Stadt Steyr für 1997 weist nicht nur neuerlich keine Netto-Neuverschuldung auf, sondern sieht gleichzeitig einen beachtlichen Schuldenabbau vor. Und das ist von nicht unwesentlicher Bedeutung, der Rücklagenstand wird im Budget 1997 mit S 93 Mio. ausgewiesen und liegt damit um nicht weniger als S 39 Mio. höher als im Voranschlag 1996. Diese ohne Zweifel erfreuliche Entwicklung und die in Summe sehr positive Budgetzahlen für 1997, meine Damen und Herren, sind uns natürlich nicht in den Schoß gefallen. Sie sind vielmehr das Ergebnis eines konsequenten und erfolgreichen Sparkurses, in dessen Verlauf wir in den vergangenen zwei Jahren rund 5 % des Personals, das sind 50 Mitarbeiter, nicht mehr nachbesetzt und nicht weniger als S 43 Mio. an Personalkosten eingespart haben. Und diese Einsparungen, meine Damen und Herren, sind ja keine Einmaleffekte, dieses Einsparungspotential wird ja jedes Jahr auf's neue wirksam und erhöht dadurch den finanziellen Spielraum auch auf lange Sicht ganz entscheidend. Wir haben aber nicht nur beim Personal massiv gespart, sondern - und das verstehe ich zum Beispiel unter intelligent sparen - durch das Ausnützen aller Möglichkeiten des modernen Finanzmanagements und des Instrumentariums, das uns diesbezüglich zur Verfügung steht und wir haben ja heute einen diesbezüglichen Beschluß wieder gefaßt. Nämlich hier auch bei der Kreditbedienung Millionenbeträge einzusparen, und das ist auf Grundlage der derzeitigen Zinsenlandschaft bis Ende der Darlehenslaufzeiten ein Betrag von etwa S 27 Mio., die sich aus dieser Möglichkeit ergeben. Alleine im heurigen Jahr rund S 5,9 Mio. Trotz dieses Sparkurses, der praktisch in allen Bereichen des Magistrates seinen Niederschlag gefunden und etwa auch in der spürbaren Reduzierung des Sachaufwandes deutlich wird, ist es uns gelungen, die von mir viel zitierte Betriebsbereitschaft der Stadt in vollem Umfang aufrechtzuerhalten. Also die Leistungen für die Bürger in keiner Weise - Ausnahme Citybusse haben wir heute schon diskutiert - zurückzunehmen, sondern sie in bezug auf Qualität und Effektivität sogar noch weiter zu verbessern. Welche Stadt, meine Damen und Herren, kann schon darauf verweisen und hat es mit Brief und Siegel schriftlich, daß ein derart großes und komplexes Behördenverfahren, wie die fünfte Ausbaustufe von BMW, mit einem Investitionsaufwand von S 3,5 Mrd. in einer Zeit abgewickelt wurde, die laut Aussagen der weltweit tätigen BMW-Manager Europas- wenn nicht sogar Weltrekord darstellt. Welche Stadt kann schon von sich behaupten, daß der zuständige Wirtschaftslandesrat Dr. Christoph Leitl bei seinen Auslandsreisen Steyr als Paradebeispiel zitiert, wenn es um die Attraktivität als Ansiedlungsstandort geht, weil hier vorexerziert wurde und wird, daß die viel geschmähte Verwaltung ganz hervorragende Leistungen erbringt, sich als Partner der Industrie und Wirtschaft versteht und auch danach handelt. Nur dieses eine, markante Beispiel zeigt mehr als deutlich, daß sich die Leistungen des Steyrer Magistrates durchaus sehen lassen können und wir über Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

verfügen, die gerade in den vergangenen zwei Jahren zur Genüge bewiesen haben, daß sie bereit sind, mitzuziehen, daß sie bereit sind, den vorgegebenen Sparkurs auch mitzutragen. Und es ist daher nicht zuletzt ihr Verdienst, wenn wir heute von einem erfolgreichen Budgetvollzug sprechen. Es ist nicht zuletzt ihr Verdienst, wenn wir die Budgetvorgaben nicht nur erreicht, sondern - wie in diesem Jahr - sogar positiv überschritten haben. Und ich möchte ihnen bei dieser Gelegenheit auch herzlich danken und ein großes Kompliment dafür aussprechen. Faktum ist, meine Damen und Herren, und damit komme ich wieder zum Budgetvoranschlag für 1997 zurück, daß nur weil wir gespart haben, nur weil wir rechtzeitig überall dort, wo uns die Kosten davonzulaufen drohten, massiv auf die Bremse gestiegen sind, der Finanzhaushalt der Stadt Steyr im großen und ganzen als konsolidiert betrachtet werden kann. Faktum ist auch, daß wir aufgrund dieser Maßnahmen unseren finanziellen Spielraum spürbar erweitern konnten und daher heute ein Budget für das kommende Jahr vorlegen können, das sich mehr als sehen lassen kann. Das Budget der Stadt Steyr für 1997, meine Damen und Herren, ist ein gutes Budget, wie ich behaupte. Es sichert den hohen sozialen Standard in unserer Stadt. Es setzt gezielte Akzente in den Zukunftsbereichen Ausbildung und Forschung. Es eröffnet mit der Finanzierung der Bahnhofüberbauung aber auch mit dem Anruf-Sammeltaxi den Weg zu neuen Lösungen des innerstädtischen Verkehrsproblems. Und es unterstützt mit zahlreichen Aufträgen sowie zusätzlich mit direkter Gebäudförderung in Höhe von S 12 Mio. massiv die regionale Wirtschaft. Und noch etwas ganz Wesentliches ist im Budget 1997 berücksichtigt: Es sichert mit einer Vielzahl von kleineren und größeren Subventionen im Sozial-, Kultur- und Sportbereich den zahlreichen Steyrer Vereinen und Institutionen mit ihren hunderten freiwilligen Mitarbeitern eine solide finanzielle Basis für ihre wertvolle Tätigkeit und sieht selbstverständlich auch wieder entsprechend großzügige Mittel für das Rote Kreuz und die Feuerwehr vor. Und auch das, meine Damen und Herren, zeichnet ein gutes Budget aus. Und ich darf sie daher ersuchen, diesem Budgetvoranschlag in der Fassung des Abänderungsantrages für 1997 ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke unserem Finanzreferenten für die ausführliche Berichterstattung. Als erster zu Wort gemeldet hat sich Hr. StR Spanring. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren der Presse, werte Kolleginnen und Kollegen. Viele Kommunen, Gemeinden, Städte, ja Länder würden sich glücklich über ein eintretendes Ereignis schätzen, wie sie meine Damen und Herren, wie wir eines heute in diesem GR erleben dürfen und können. Vor einigen Tagen war dieses Glücksgefühl bereits einem Großteil der oberösterreich. Landespolitiker gegönnt, als das Budget 1997 des Landes OÖ durch den Finanzreferenten, Landeshauptmann-Stellvertreter Leitl eingebracht und mehrheitlich auch beschlossen wurde. Man jubelte über den sogenannten oberösterreich. Weg - Sparziel erreicht, hieß es - schrieb über eine kleine Sensation - das Land OÖ macht 1997 erstmals keine neuen Schulden. Und was ist bei uns in Steyr los? Schon der Ende Nov. durch unseren Finanzreferenten Bürgermeister Leithenmayr vorgelegte Nachtragsvoranschlag 1996 bewies, daß sich auch unser Steyrer-Weg nahtlos in den oberösterreich. einfügt. Ja mehr noch; Wie wir alle wissen, nimmt das laufende Jahr 1996 entgegen aller Unkenrufe, wie Panikbudget, finanzielles Debakel, zu positive Einnahmeneinschätzung usw. durch verantwortungsvolle Kommunalpoliti-

ker, durch modernes Finanzmanagement einen positiven Verlauf. Und dieser Weg soll mit dem heute uns zur Beschlußfassung vorliegenden Voranschlag 1997 konsequent weitergeführt werden. Weitergeführt nicht zur Selbstdarstellung, sondern zum Wohle und im Auftrag der Bürgerinnen und

Bürger unserer Stadt Steyr. Weiterentwickelt und weitergeführt entgegen jüngst wieder aufgetretenen, stadtschädigenden Kassandrarufern - Steyr ist bankrott, Steyr ist pleite. Es ist sicher notwendig, das Zahlenwerk, von unserem Finanzreferenten Bürgermeister Leithenmayr souverän vorgetragen, zu wiederholen oder Einzelheiten herauszupicken, das sei anderen vorbehalten, sondern den Budgetantrag als Gesamtes zu sehen. Als ein ausgewogenes Werk über die breite und weitreichende Finanzgebarung einer 40.000-Einwohner-Stadt Steyr. Insider wissen natürlich, daß durch sachlich weitblickende Kommunalpolitik die Haushalte der Kommunen auf Jahre tiefgreifend vorgegeben werden. Ich unterstelle ihnen allen, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren des GR, daß sie diese sachlich weitblickende Kommunalpolitik auch betreiben. Die mehrheitlich einstimmigen Beschlüsse in diesem Haus im Laufe einer Funktionsperiode sind schlüssiger Beweis dafür. So ist auch der heute zu beschließende Voranschlag 1997 erarbeitet und durch den eingereichten Abänderungsantrag abgerundet und zweckgebunden ergänzt. Ein in sich ausgeglichener ordentlicher Haushalt mit S 885.600.000,-- inkl. natürlich einer weiteren Konsolidierung der Personalkosten mit durchaus gemeinsam vertretbarem sozialem Inhalt, der Berücksichtigung des Sports und der Wissenschaft, der Erfüllung der Aufgaben unseres Magistrates in Form der Dienstleistung an unseren Bürgern und vor allem für diese. Als zweites ein außerordentlicher Haushalt mit S 188.150.000,-- und hier schließt sich der Kreis zum Landesbudget und der damit besonderen Erfüllung der sogenannten Maastricht-Kriterien ohne Neuverschuldung, inkl. der bedeutenden und natürlich weit in die nächsten Jahre und Jahrzehnte in der Folge ordentlichen Haushalte reichenden Projekte, wie die Planung eines Altenheimes in Münchenholz, dem Planungsbeginn für eine Pflichtschule im Resthof oder dem hoffentlich beginnenden Betrieb eines Anruf-Sammeltaxis sowie in weiterer Fortsetzung diverser, der Allgemeinheit dienenden Bauvorhaben, Investitionen und Dienstleistungen. Natürlich ist ein jeder von uns, sind sie alle hier in diesem Gremium fähig und auch einfallreich genug, mannigfaltige Wunschkataloge zu erarbeiten. Doch ist eben unser Leben so, daß es zu guter Letzt zu Kompromissen kommen muß, um zu trag- und vertretbaren Vereinbarungen zu kommen um Steyr's Zukunftschancen zu wahren. Parteipolitische Aktivitäten, Arbeiten, Gemeinsamkeiten auch Auseinandersetzungen sind vielfach unser aller täglich Brot. Doch irgendwo und irgendwann muß damit Schluß sein, dann ist Kommunalpolitik gefragt. Ja, Pflicht jedes einzelnen im Sinne und Dienste der Bürgerinnen und Bürger, für deren berechtigten Wünsche und Sorgen einzutreten und zu befinden. Daher rufe ich sie, meine Damen und Herren des GR auf, gemeinsam diesen vorliegenden Voranschlag 1997 zu beschließen. Die sozialdemokratische Fraktion steht jedenfalls dazu.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Hr. Vizebürgermeister Dr. Pfeil. Ich erteile es ihm.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen des GR. Ein Voranschlag drückt in Zahlen aus, was eine Regierung umsetzen will, was sie an Zielvorstellungen dem GR vorlegt. Alleine daraus geht hervor, daß es selbstverständlich und auch wünschenswert wäre, in einer gemeinsamen Stadtregierung ein gemeinsames Budget heute hier zu diskutieren und zu beschließen. Bevor ich nun aber auch die einzelnen Punkte eingehe, erlaube ich mir ihnen einige Eckdaten zu präsentieren. Daraus kann man den Gestaltungspielraum, der sich in den letzten Jahren dramatisch eingeschränkt hat, erkennen. Es war nicht leicht an die Zahlen zu kommen. Normalerweise glaube man, daß ein Unternehmen mit einer Milliarde Umsatz nicht nur die Budgeteckzahlen der letzten 10 Jahre jederzeit und auf Knopfdruck bereit haben müßte, sondern auch dem Vorstand auf Verlangen übergeben könnte oder müßte. Vor 14 Tagen habe ich die Finanzabteilung gebeten, mir die folgenden Eckzahlen der letzten 10 Jahre zu übermitteln. Das war nur der ordentliche Haushalt, der

AOH, der Schuldenstand, die Personalzahlen und der Personalaufwand. Wer nun aber glaubt, daß das eine Selbstverständlichkeit ist, daß man einem Vizebürgermeister diese Eckzahlen gibt, irrt sich in diesem Hause. Zuerst mußte man beim Finanzdirektor um Erlaubnis fragen, ob diese Zahlen überhaupt herausgegeben werden dürfen. Und dann vor 2 Tagen läßt er mir übermitteln oder sagt mir persönlich, daß er dafür keine Kapazitäten frei hätte. So sieht es aus in Steyr, meine sehr verehrten Damen und Herren. Diese Vorgangsweise, Hr. Bürgermeister, ist skandalös. Und ich lege hier

Sie können ja lachen, Hr. Apfelthaler, sie kommen schon noch dran. Und ich lege hier schärfsten Protest ein. Sie glauben immer noch, daß das Rathaus und die Beamten der SPÖ gehören - man hat manchmal den Eindruck - auch dann, wenn die halbe Führungsmannschaft bei den SPÖ-Veranstaltungen tagelang unterwegs ist. Nun zu den oben zitierten Eckzahlen. Ich erspare ihnen die ganze Aufzählung - ich habe es mir mühselig herausgesucht. Nur, der AOH gemeinsam mit dem ordentlichen Haushalt hat sich seit dem Jahre 1988 auf 1997 von S 786 Mio., über einen Höhepunkt im Jahr 1992 von S 1.454 Mio., zu S 1.060 Mio. nach Ausgliederung des APT's gesteigert. Die Personalkosten haben eine dramatische Entwicklung durchgemacht. Sie stehen derzeit bei S 402 Mio. Auch wenn die Amtsberichte, Hr. Bürgermeister, und ich habe mir diese der letzten 10 Jahre angesehen zu den Budgetzahlen, alle in der selben Form und Sprache, wie heute, abgefaßt sind. „Wir haben noch nie so ein gutes Budget gehabt, uns ist es noch nie so gut gegangen, wir haben noch nie so viel gespart.“ Das ist in den letzten 10 Jahren jedes Jahr nachzulesen. Ich würde sie bitten, machen sie das einmal. Es scheint so zu sein, daß wir jedes Jahr das beste Jahr und das beste Jahresergebnis hätten. Der Schuldenstand hat sich nun - wie sie selber gesagt haben - auf S 750 Mio. eingependelt. Wie wir hier zu den Maastricht-Kriterien kommen, weiß ich nicht. Aber das Bedenkliche dabei ist, daß wir bereits 40 % unseres Etats an Personalkosten ausgeben. Ein Umdenken ist hier nicht erkennbar. Aber ähnlich verhält es sich bei der zweiten größten Ausgabepost, bei den Betriebsausgaben. Nun, kurzgefaßt zur Vorgeschichte, wie dieses Mal die Budgetverhandlungen abliefen: Wie alle Jahre wieder, im Sommer flattert den Fraktionsobmännern ein Brief ins Hause - die Budgetvorbereitungen 1997 haben schon angefangen und die PT-Fraktionsvorsitzenden werden gebeten, bis 31. 7. die entsprechenden Vorschläge der einzelnen Fraktionen bekanntzugeben. Wir von unserer Seite haben das gemacht und den Termin wahrgenommen, nur, unser Grundsatzpapier blieb ohne Beachtung bzw. Diskussion. Wir haben damals am 22. 8. 1996 geschrieben: Im Auftrag der Freiheitlichen GR-Fraktion der Stadt Steyr darf ich ihnen die Budgetvorstellungen für das Haushaltsjahr 1997 bekanntgeben. Allerdings möchte ich darauf hinweisen, daß wesentliche Punkte aus der Budgetklausur Dez. 94 noch nicht erledigt sind - nicht nur Budgetklausur auch GR 1994, wo es einen Beschluß gibt. Erstellung eines mittelfristigen Finanzkonzeptes, Entwicklung eines Systems zur Bewertung von Dienstposten, Beförderungsrichtlinien sind unter dem Gesichtspunkt der Sparsamkeit zu novellieren. Diese genannten Beispiele waren sogar integrierender Bestandteil des Budgetbeschlusses 1995 und bedürfen immer noch einer Erledigung. Im Personalbereich sind auch die Forderungen aus diversen Budgetklausuren, wie Reduzierung von Sonderurlauben, Durchforstung des Zulagensystems im Wirkungsbereich des Magistrates bis heute nicht in Angriff genommen worden. Diese nicht erledigten Altlasten hemmen die weitere positive Entwicklung der Stadt Steyr, insbesondere deshalb, da auch die diversen Steueraufkommen eine eher stagnierende bzw. abnehmende Tendenz zeigen. Auch wurden die diversen Einsparungsvorschläge für Privatisierungen nicht realisiert. Bei den Grundstücksverkäufen ist man bei den Ansätzen hängen geblieben. Vor einer weiteren Diskussion müssen natürlich zuerst die vereinbarten Punkte aus der Vergangenheit erledigt werden, um eine Trendumkehr bei der Einnahmen- und Ausgabenpolitik zu ermöglichen. Ich darf die offenen Punkte noch einmal wiederholen: System zur Bewertung der Dienstposten, Novellierung der Beförderungsrichtlinien und eben das angesprochene mittelfristige Finanzkonzept. Darüber hinaus schlagen wir folgende Einsparungsvorschläge zur Diskussion vor: Echte Privatisierungen, wo möglich, Zurücknahme der beschlossenen Organisationsstruktur im APT. Daraus läßt sich weder eine Kostenverbesserung, noch eine Verbesserung für die Bewohner des APT ableiten. Nächster Punkt - damals im Sommer haben wir geschrieben: Überarbeitung der Pensionsregelung für Stadtsenatsmitglieder, Reduzierung der Anzahl der Stadtsenatsmitglieder auf 7 - wir werden uns ja heute noch mit diesem Punkt befassen, Neubewertung der Politikereinkünfte, Festsetzen von Obergrenzen - S 120.000,-- Brutto, Personalaufnahmestop - Ausnahmen nur mit einstimmigen

Beschluß im Stadtsenat, Neuregelung des Zulagensystems - Hr. StR Spanring es wäre gut, wenn sie aufpassen würden, weil das ist gerade für sie ein sehr wichtiger Punkt, wo sie absolut in Verzug sind, gerade beim Zulagensystem haben sie Nachholbedarf, Abschaffung der Verwendungszulagen bei nicht mehr Verwendung in dieser Funktion - ich werde später noch Beispiele bringen, Personalkosten in der Verwaltung müssen binnen 3 Jahren um 20 % gesenkt werden - ein diesbezüglicher Plan ist auszuarbeiten und vorzulegen, Veräußerung von nicht mehr benötigten Immobilien. Grundsätzlich sollte einem OH ein realistischer OH gegenüberstehen. Die Ausgabenseite darf die Einnahmenseite nicht übersteigen. Ausgabenseitig sollen für die Stadt Steyr im Budgetjahr 1997 folgende Schwerpunkte gesetzt werden: Vorrangig eine Wirtschaftsansiedlungspolitik mit einer überregionalen Verbesserung der Verkehrsstruktur, Sanierung Hallenbad und Freibad, Erneuerung der Autobusflotte, flächendeckende Erdgasversorgung. Im Kulturbereich: Ausreichende Mittel für die Landesausstellung 1998, Konzepte für die Gesamtnutzung Reithoffer, Realisierung Jugendkulturhaus, Generalsanierung der städt. Bücherei falls nicht privatisiert wird, ausreichende Mittel für kulturelle Veranstaltungen im Bereich Altentheater, Schloßgalerie etc. S 1,5 Mio. Für das Bürgerspital sollen Mittel zumindest für eine Gesamtrenovierung und ein Revitalisierungskonzept vorgesehen werden. Und im Verkehrsbereich erscheint mir ganz wichtig, ausreichende Mittel für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes, einerseits von Stickler und von den nachfolgenden Konzepten BMW, Schönharting und Partner. Soweit war das unser Positionspapier, abgegeben im Sommer 1996. Bei der Budgetklausurtagung am 17. und 18. Okt. d.Jahres meinte dann der zuständige Finanzreferent Leithenmayr: „Ich schaue mir das einmal an“. Inhaltlich hat sich Leithenmayr mit den Vorschlägen der Freiheitlichen nicht ein Mal auseinandergesetzt. Selbst der Moderator meinte damals, daß ein stärkeres Engagement des Finanzreferenten nötig wäre. Man hatte den Eindruck, daß die Vertreter der Mehrheitspartei den eben damals vergangenen 13. Okt. noch nicht verdaut hatten. Im wesentlichen setzen die Hauptvorschläge auf Reformierung der beiden größten Ausgabenposten Personal- und Betriebsausgaben. Damit sollte man finanzielle Luft bekommen, um zukunfts wichtige Aufgaben durchführen zu können. Bei der Präzisierung unserer Einsparungsvorschläge gingen wir davon aus, daß pro Jahr bei den Personal- und Betriebsausgaben jeweils 3 % Einsparungspotential lukrierbar sein müßte. Auch hier sagte Hr. Lubbers damals, daß dieser Vorschlag sehr mäßig sei, und daß er, ohne den Magistrat näher zu kennen, der Meinung sei, daß dies leicht darstellbar sein müßte. Bei einigem guten Willen. Nur dieser ist weit und breit in diesem Hause nicht erkennbar. Bleiben wir aber beim Personal - beim höchsten Ausgabeposten. Die Meinung der Sozialisten bei der Budgetklausur war, sollten Einsparungen auf diesem Sektor beschlossen werden, so müßte man Personal entlassen. Wir hingegen meinen, daß es intelligentere Methoden zur Ergebnisverbesserung gibt. Arbeitsabläufe müßten in diesem Haus eben den modernen Zeiten angepaßt werden. Leider hat die Organisationsanalyse des KDZ kein Einsparungsergebnis gebracht. Die Freiheitlichen haben immer Bedenken zu dieser Gesellschaft „Beamter prüft Beamten“ gehabt. Das Ergebnis war allen Beteiligten im vorhinein bekannt. Die ÖVP hat damals dieser KDZ-Analyse immer brav zugestimmt. Jetzt höre ich vom Hrn. Fraktionsvorsitzenden Schloßgangl - in der letzten GR-Sitzung, glaube ich, war das - , daß er nun eine neue Durchleuchtung des Magistrates verlangt. Wie ist das zu vereinbaren und zu verbinden? Da verstehe ich das nicht. Posten wurden geschaffen und an Freunde vergeben. Im Controlling-Bereich; Ein zuviel gewordener Bürgermeistersekretär wird Leiter der Stabsstelle für Controlling. Die Ausbildung holt er sich auf Kosten des Magistrates nach. Überfordert mit der Arbeit wird er krank. Trotz Hinweise meinerseits an den Magistratsdirektor, daß hier Überprüfungsbedarf besteht, wird nichts unternommen. Bis dann beide bei einer Urlaubsfahrt in die Türkei sich treffen. Dieser Beamte hat jetzt diese Stabsstelle für Controlling nicht mehr inne. Aber über die Bezahlung samt Zulagen für die Stabsstelle Controlling darf er sich immer noch freuen. Jetzt macht er Dienst nach Vorschrift als vorübergehender, nicht mehr stellvertretender Leiter in der Bezirksverwaltung. Der Vorgesetzte des A-Beamten ist nun ein B-Beamter. Das ist Personalentwicklung im Magistrat Steyr. Dafür tragen sie die Verantwortung, Hr. Bürgermeister. Offensichtlich dürfte man sich in der Personalentwicklung keine Sorgen machen. Man organisiert kräftig Seminare - gerade letzte Woche war wieder eine Presseaussendung dazu - aber meistens kommt auch hier ein Seminarteam zum Zuge, wo der Hr. Stabsstelleninhaber für die Personalentwicklung seinen Nebenjob hat. Ich halte das für eine klassische Unvereinbarkeit. Wie Arbeitsabläufe hier beim Magistrat abgehen, haben wir dieser Tage in den OÖ Nachrichten lesen dürfen. In der Ausgabe vom 10. 12. steht hier in einem

Kommentar „verkehrter Briefverkehr“: Der Zähler des Fiat-Panda 4 x 4 wies erst 48.555 km aus, doch Rost nagte schon an seinen Türen, weshalb die FA für Personalverwaltung des Steyrer Magistrates Angebote einholte, um das 7 Jahr alte Dienstauto einer Reparatur zu unterziehen. S 6.200,-- würden die derzeit dringendsten Arbeiten kosten, S 11.285,-- hingegen die umfangreicheren Arbeiten. Da aber nur noch S 9.500,-- im Dienstwagenbudget frei waren, stellte die FA die Überlegung an, ob das einstige Umweltschutzauto nunmehrige Kanalauto - besagter Fiat - verkauft werden solle und die Bediensteten mit ihren Privatautos auf Kilometergeldbasis fahren sollen. Worauf hin sich eine wahre Papierflut mit Gegenargumenten ergoß, wie 8 Seiten des jüngsten Kontrollberichtes dokumentieren. 35 Beamte aus 7 Abteilungen würden 83 Stunden pro Monat den Wagen benützen, schrieb die FA für Tiefbau. Die FA für Kontrolle und Revision stimmte dem zu und lehnte einen Verkauf ab, so daß die FA für Personalverwaltung zurückzog. Ein Kenner vom steyrstädt. Innenleben, die ganze Briefschreiberei hat umgerechnet mehr gekostet, als die teure Reparatur. Oder wenn es um eine Subvention geht, wenn der Bienenzüchterverein um S 10.000,-- Jahressubvention ansucht, dann sieht die Sache so aus: Das Ansuchen kommt zum zuständigen Referenten - das bin ich. Ich muß das an die zuständige FA schicken, dort wird ein Gutachten bzw. Amtsbericht abgefertigt, dann kommt es in die Finanzabteilung, dort wird geprüft, ob die Mittel vorhanden sind - mittlerweile sind die S 10.000,-- auf S 2.500,-- reduziert - und dann - hier muß glücklicherweise kein Ausschuß zustimmen, ansonsten ist hier mind. noch ein Ausschuß zugeschaltet - kommen diese S 2.500,-- in den Stadtsenat. Das meine ich unter Verwaltungsvereinfachung, wo man sagen muß, hier ist Handlungsbedarf. Oder - Gewerbeförderung. Ich bringe nur ganz junge Beispiele. Es gibt eine Autofirma am Tabor - BMW hat dort eine Niederlassung und diese ist nicht sehr leicht erreichbar - liegen in einer Nebengasse und für Nichtsteyrer ist es schwierig zu dieser Autofirma zuzufahren. Diese Leute haben ganz offen versucht, Hinweisschilder zu bekommen. Wer nun glaubt, daß das leicht wäre, der hat sich sehr getäuscht.

Sie haben für jedes Hinweisschild S 120,-- Stempelmarken draufgegeben, haben das eingereicht und dann wurde ihnen gesagt, es geht nicht. Nachdem dann nachgefragt worden ist, warum das nicht geht, ist ihnen eine Bürgermeisterweisung übermittelt worden. Ich darf ihnen auch hier diese Bürgermeisterweisung, die vom 11. 10. 1988 stammt - also von Bürgermeister Schwarz noch, aber immer noch gültig - zur Kenntnis bringen, wie es bei uns um Hinweisschilder aussieht. Unter Punkt 5 dieser Weisung heißt es: „Die Kombination von Ankündigungen mit Werbetafeln (Werbering Linz) an Lichtmasten wird aus statischen Gründen abgelehnt. Na, ist das schön? Hr. Bürgermeister, hier ist wirklich Handlungsbedarf und es genügt nicht, wenn sie das in ihrer Fraktion besprechen. Ich glaube, hier wäre eine Weisung zu erteilen, daß so ein Unfug abgestellt wird. Weil ansonsten machen es die Bürger so, daß sie überall Hinweisschilder aufstellen, ohne irgend jemand gefragt zu haben, weil deren haben wir mehr davon. Amtsintern laufen sich ja die Subventionen zu Tode. Wir haben gerade heute den Orgelantrag diskutiert. Wenn ein Subventionsansuchen ein Dreivierteljahr lang dauert, irgendwo übersommert und bald überwintert und dann dem Subventionsansucher mitgeteilt wird, diejenige Abteilung, wo es übersommert hat, ist nicht zuständig, fehlt mir auch jeder Bezug dazu. Es hört ja nicht auf. Eine weitere Papierlawine kommt auf uns zu. All die Vereine, die wir nun im gerade fertiggestellten und teuer umgebauten Hotel Münchenholz angesiedelt haben, können die Miete nicht bezahlen. Jetzt werden mit weiteren Subventionsanträgen, wo die einzelnen GB, Fachabteilungen und Ausschüsse damit befaßt sind, diese Mieten dann von der Stadt ersetzt. Also wir beschäftigen uns selber damit. Ich glaube, der Personalreferent hat nicht von ungefähr die nächste Personalausschußsitzung nach dieser Budgetsitzung - im nächsten Monat - terminisiert. Denn dort sind Dinge drinnen, die auch notwendigen wären, daß wir sie vor dem Budget heute besprechen sollten. Ich denke, daß hier wiederum getreu der letzten Jahren, insbesondere die Personalvertreter nach dem Motto handeln: „Wer nicht mit mir ist Die Gewerkschaftspartei schaukelt sich gegenseitig hoch. Ich würde sogar sagen „einmal der Gigerl, einmal der Gogel“. Vielen Mitarbeitern, die hier nicht mittun, denen verwehrt man - das ist am Montag auch nachvollziehbar - berechnete Zulagen. Eben erst hat der Hr. Bürgermeister geruht, einen Gewerkschafter zum Personalchef zu machen. Er hat also die Seiten, die Fronten gewechselt. Ein anderer Gewerkschafter, der Name ist mir jetzt entfallen, soll mit weiteren Zulagen ab Montag bei Laune gehalten werden. Eine dazu notwendige Dienstbeschreibung mit „Ausgezeichnet“ ist sachlich

aber nicht nachvollziehbar. Der zuständige GB-Leiter wird zu dieser Dienstbeschreibung angehalten. Vielleicht ist das eine Aufbesserung, oder auch als Trostpflaster zu sehen, für einen nicht erhaltenen Posten. Übrigens, für diesen von der Gewerkschaft blockierten Kulturposten wurde auch schon mehrmals von den sozialistischen Verhandlungspartnern versprochen, dafür für Ersatz zu sorgen. Auch den Grünen hat man das vor einigen Jahren schon versprochen, daß für diese Dauerleihgabe dieses Kulturbeamten an die Gewerkschaft Ersatz gestellt wird. Bis heute wurde hier nichts getan. Daß dieser Beamte nur maginal für diesen Kulturbereich tätig ist, ist nachvollziehbar. Nicht nachvollziehbar sind in diesem Fachbereich, auf dieser Kostenstelle seienden und vorgesehenen hohen Telefonkosten in der Höhe von S 90.000,--. Also irgendwann wird er doch einmal dort sein. Was beim Budget noch beim Personal auffällt; S 400.000,-- die wir im GR d.J. abgelehnt haben für das Personal, sind wieder drinnen - für die Personalvertretung. Was noch auffällt zu den Lehrplätzen; angesichts von 1.600 Jugendlichen, die in OÖ einen Lehrplatz suchen, haben die Freiheitlichen einen Antrag im GR gestellt, daß, wo es möglich ist, Lehrlinge im Bereich des Magistrates aufgenommen werden. Alleine den Sozialisten ist es vorbehalten geblieben, gegen diesen Antrag zu stimmen. Mich freut es, daß im Nachtrag heute etwas vorgesehen ist. Gemeinsam mit einem vernünftigen Einsatz und einer echten Personalentwicklung könnten auch Lehrlinge ein Bestandteil der zukünftigen Führungsstruktur hier im Hause sein. Das machen große Firmen seit langer Zeit, daß sie auch Topmitarbeiter von der Pike aus ausbilden und führen. Die Inaktivität der Sozialisten in allen Bereichen kann aber auch durch Einzelanträge zu bestimmten öffentlichkeitswirksamen Themen vertuscht werden. Im letzten GR hat die SP den Antrag auf Errichtung eines APM gestellt - Alten- und Pflegeheim Münchenholz. Das kann richtig und gut sein. Aber zuerst müssen die Rahmenbedingungen in einem Sozialplan, die Errichtungskosten und insbesondere die Folgekosten aufgezeigt werden. Im Kulturbereich haben die Sozialisten einen alten, früher abgelehnten freiheitlichen Vorschlag auf Errichtung einer städt. Galerie aufgenommen. Nur, das wie, wo, wer und mit welchen Geldern, haben sie vergessen. Es muß in Zukunft so sein, daß bei jedem Projekt, bei jedem Beschluß im GR die Folgekosten bekanntgegeben werden. Als die Zeiten noch gut waren - die finanziellen Zeiten - haben wir Freiheitlichen vorgeschlagen, die Vorfinanzierung von wichtigen Projekten vorzunehmen. Die Nordspange könnte heute schon beinahe fertig sein. Damals war vorgesehen ein Baubeginn 1995, ebenso ein Baubeginn für die Überbauung des Bahnhofparkdeckes. Ich glaube, wenn ich mich recht erinnere, wäre der Baubeginn Aug. 1993 gewesen. Jetzt schreiben wir Ende 1996. Erst wie die Gelder aus dem Sparkassenverkauf und die Gewerbesteuermillionen aufgebraucht waren hat man sich voriges Jahr die Vorfinanzierung der Nordspange überlegt. Einige Zahlen nun zum Kulturbudget - man müßte besser sagen, laßt auch hier Zahlen sprechen - was man mit einem Budget hier verfolgt. Ich nehme nur 2 Voranschlagsstellen heraus. Von den variablen und wirksamen Voranschlagsstellen wurden für Vergleichszwecke die VASt des Kulturamtes 1/3000/727200.3, das sind Entgelte für Einzelpersonen und die VASt 1/3000/728000.6, das sind Entgelte für juridische Personen d.s. Ensembles usw. ausgewählt. Das sind die eigentlichen Kulturveranstaltungskonten, dort wo man Kultur macht. 1992 waren hier insgesamt auf dieser VASt. 1.880.000,-- vorgesehen. Im Jahre 1996 waren es S 972.000,--. Im Jahre 1997 im Voranschlag sind nur mehr S 840.000,-- vorgesehen. Das ist eine Reduzierung um zwei Drittel, meine sehr verehrten Damen und Herren - im variablen Kulturbudget, dort wo man Kultur macht. Und wenn wir dann im Kulturausschuß wirklich um jeden Tausender stundenlang diskutieren und dann gegen Ende des Jahres diese Reste, die dort noch gehortet worden sind, mit einem Schlag herausnimmt, da fehlt mir wirklich dann das Verständnis dafür. Das ist das, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, was mich wirklich hier nachdenklich und betroffen macht. Man hat keinen Mut oder nicht die Kraft zu sagen, daß eine Trendumkehr in der Ausgabenpolitik dringendst notwendig ist, um auch wieder einmal in der Kultur das Notwendigste zu gestalten. Ich ersuche auch daher die Grünen, genau zu überlegen, wenn sie hier dem heutigen Budget zustimmen, was sie der Kultur damit antun. Sie sind auch schon mehrfach über den Tisch gezogen worden. Können sie sich erinnern an ihre Zustimmung, wo sie S 100.000,-- für die Förderung der sogenannten autonomen Jugendkultur verlangt und bekommen haben? Aber sie haben sich nicht die Mühe gemacht und geschaut, woher diese S 100.000,-- kommen. Leider wurden diese S 100.000,-- vom Jugendkulturkonto abgezweigt, dort reduziert und dann eben ein anderer Name dafür erfunden. Das Geld aber wurde weder für die Förderung der autonomen Jugendkultur verwendet, noch ist es an die Jugendkultur zurückgegangen, sondern diese Gelder sind zur Abdeckung von Kreditaufnahmen in

den allgemeinen Topf zurückgeflossen. Das ist ihr Beitrag gewesen damals zur Kultur. Ich möchte sie nur daran erinnern. Ich glaube, sie haben wirklich damals der Jugendkultur einen „Bärendienst“ erwiesen. Bitte mögen sie das bei ihrer heutigen Abstimmung bedenken. Zum heutigen Abänderungsantrag: Voriges Jahr wurde mit dem Abänderungsantrag Da hat man sich noch die Mühe gemacht, daß man andere Konten sucht, um eine neue Kreditaufnahme bzw. eine Rücklagenentnahme zu verhindern. Es war voriges Jahr auch nicht ganz die feine englische Art, daß es mich damals am meisten betroffen hat, daß man damals die Gelder für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes in der Höhe von S 3 Mio. einfach gestrichen hat. Dieses Jahr unternimmt man sich, weil am Verkehrssektor ist nichts mehr da, was man wegnehmen könnte, auch im Kulturbereich ist nichts mehr da und dieses Jahr macht man folgendes; Man entzieht sich jeder Diskussion, sondern man geht einfach den leichtesten Weg, man erhöht einfach die Rücklagenentnahme. Ich erinnere mich noch Wir haben ja leider nur einmal über das Budget gesprochen, Hr. Bürgermeister, im Oktober und da haben sie uns gesagt, wenn jemand zu diesem Voranschlag etwas zusätzlich haben möchte, dann muß er Bedeckungsvorschläge beibringen. Ich finde es ist sehr einfach, mir würden noch andere Wörter dazu einfallen, zu sagen, nehmen wir das eben aus den Rücklagen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die wir gerade gebildet haben.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Abschließend Wir haben auch viel verkauft, Hr. Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben auch viel gekauft vorher.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Abschließend noch zum letzten Streich - die sogenannte Reform der Stadtsenate. Man reduziert zwar die Zahl der Stadtsenate von 9 auf 8, man erhöht aber die Zahl der Vizebürgermeister auf 3. Mehrkosten für die Stadt Steyr zwischen S 500.000,- und S 1 Mio., je nach Ausstattung des zukünftigen Vizebürgermeisterbüros. Die Begründung für dieses ÖVP Geschenk möchte ich gerne hören. Die Hälfte - und das wird dann schön - der Stadtsenatsmitglieder darf sich dann Vizebürgermeister nennen bzw. Bürgermeister. Wir haben dann die Hälfte Bürgermeister da herinnen. Machen wir dann eine einfache Regelung, machen wir alle zum Vizebürgermeister. Sparen wir uns für jeden ein Briefpapier, wir haben alle ein einheitliches Papier und dann funktioniert das besser.

STADTRAT ING. OHTMAR SCHLOSSGANGL:

„Pfeil“ möchte ich dann nicht heißen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Lieber Freund Othmar, auch wenn das vielleicht in Zukunft möglich sein könnte, ich werde dich nicht heiraten. Ich hoffe, du bist mir nicht böse. Der Wähler wird es richtig zu bewerten wissen, wenn man so versucht, ihm die Augen auszuwischen. „Die österr. Bevölkerung ist klug und weise“, hat Finanzminister Klima im März gesagt bei einer Debatte. Die Wahlgänge in Wien, im Burgenland und zur EU haben die Meinung von Hrn. Klima bestätigt. Aber vielleicht teilt er diese, meine jetzt nicht mehr, nach dem 5. Oktober. Die Bevölkerung hat realisiert, was ihnen hier vorgegaukelt wird. Unsere Stadt und wir alle, Hr. Bürgermeister, hätten ein besseres Budget, ein gemeinsames Budget verdient. Ein Budget mit einer Zukunftsperspektive. Nicht verwalten, Hr. Bürgermeister Leithenmayr, sondern agieren und handeln, das ist notwendig. Sie werden einmal als Verwaltungsbürgermeister der Stadt Steyr eingehen. Und trotzdem oder gerade deswegen wird Fleiß unserer Steyrer Mitbürger dafür sorgen, daß Steyr Zukunft hat. Daher „Nein“ zu dieser Phantasielosigkeit in Zahlen und die Freiheitlichen werden dieses Budget ablehnen. Ich bedanke mich.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Eine kleine Aufklärung noch, mit S 2.500,-- braucht man nicht in den Stadtsenat, da hast du die Berechtigung selbst zu unterschreiben - bis S 5.000,-- ist es möglich.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben um S 10.000,-- angesucht, Fr. Vizebürgermeister.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ja, das ist ein anderer Betrag wie S 2.500,--.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie wollen ja S 10.000,-- haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zum Hrn. Dr. Zöchling - Er hält die Seminare im Rahmen seines Dienstvertrages ohne Extrabehaltung ab. Dies zur Aufklärung. Nächster zu Wort gemeldet ist Hr. StR Schloßgangl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, liebe Gäste und Herren Vertreter der Presse. Eigentlich könnte ich oder müßte ich meine Budgetrede vom Vorjahr wiederholen, denn ein Großteil unserer Forderungen für das Budget 1996 wurde bisher nicht realisiert. Das mittelfristige Finanzkonzept - im Dez. 1994 im GR beschlossen - liegt bis zum heutigen Tage nicht vor. Natürlich findet man Gründe davor, wie zB das noch nicht endgültig fertige, und daher noch nicht beschlossene, Stadtentwicklungskon-

zept. Doch das gilt für mich nur sehr bedingt, denn man hätte auch die mittelfristige Finanzplanung von 1994 - 1997 des damaligen Finanzreferenten Dkfm. Zagler kritisch überarbeiten und neu erstellen müssen, dann wäre eine realistische, dem Steueraufkommen und den Erträgen entsprechende Finanzplanung möglich gewesen. Das damals prognostizierte Investitionsvolumen von S 1,3 Mrd. hätte einen Abgang von fast einer halben Milliarde vorgesehen, was völlig absurd war. Bis zum heutigen Tage war die Bürgermeisterfraktion jedoch nicht bereit, ein mittelfristiges Finanzkonzept anzudenken, geschweige denn, zu erstellen. Unsere Forderung nach effektiven Strukturmaßnahmen zur mittel- bzw. langfristigen Sanierung des Stadthaushaltes, eine weitreichende Transparenz aller Geschäfts- und Dienststellen, die Darstellung der Kosten nach Sach- und Personalaufwand wurde völlig ignoriert. Offen ist weiters noch immer die Reform der Beförderungsrichtlinien, die Bewertung des Dienstpostens und die Einführung der Vertragsbedienstetenordnung nach dem Muster des Landes OÖ, um die teilweise ungerechtfertigten und überhöhten Zulagen und Nebengebühren auf ein gerechtes und leistungsbezogenes Maß zu bringen. Was uns an diesem und auch an dem vergangenen Budget besonders stört bzw. störte ist und war die Tatsache, daß mehr als 60 % des ordentlichen Haushaltes für Personalkosten und Verwaltung aufgewendet werden müssen, rund 25 % für Transferzahlung aufgehen, die restlichen 7 % für Tilgungen von Darlehen, so daß praktisch nur mehr 8 % für dringende Aufgaben zur Verfügung stehen. Dh. bei einem ordentlichen Haushalt von rund S 885.100.000,- stehen rund S 70 Mio. zur Verfügung. Der Schuldenstand beträgt 1997 S 751 Mio., der Schuldendienst rund S 104 Mio. Dh. die Pro-Kopf-Verschuldung Steyr's beträgt mehr als S 19.000,-. Die Bedeckung des ordentlichen Haushaltes kann nur durch eine Darlehensaufnahme von ursprünglich - ich rede von den uns vorliegenden Zahlen, heute haben wir einen Nachtrag- und Abänderungsantrag bekommen, mit dem stimmen sie nicht mehr genau überein - S 74 Mio. durch eine Rücklagenentnahme von S 3 Mio. und durch Veräußerungen von Vermögenswerten, vor allem Grundstücken, von S 44,7 Mio. erfolgen. Der AOH mit S 188 Mio., ursprünglich mit S 150 Mio. geplant, ist wesentlich höher als im Vorjahr und ermöglicht die Inangriffnahme einiger wichtiger Projekte, wie zB die Adaptierung des Kommunalzentrums mit S 10 Mio., Planungen für Kindergarten Münchenholz, Dieselstraße, Caritas Wieserfeldplatz und Münchenholz, Jugendkulturhaus, Bücherei, hier allerdings nur die E-Installation, Fachhochschule und FAZAT mit rund S 10 Mio., Planung der Musikschule mit einer halben Million und die schon angeführte letzte Rate für das Stadtgut mit S 19,4 Mio. Im Bereich der Altstadterhaltung und Ortsbildpflege sind mit rund S 3,35 Mio. nur die wichtigsten Maßnahmen zu fördern. Für den Straßen- und Brückenbau sind rund S 9,1 Mio. vorgesehen, für das Parkdeck S 21 Mio. und für die Umsetzung des Verkehrskonzeptes S 1 Mio. Hier ist bisher auch praktisch nichts oder sehr wenig geschehen, weil die Mittel immer wieder abhanden gekommen sind. Besonders spartanisch sind die Mittel für die Wirtschaftsförderung angesetzt. Ganze S 3 Mio. an Gewerbeförderung, S 2 Mio. sind für das Wirtschaftsentwicklungskonzept des FAZAT's vorgesehen und S 7 Mio. bekommt BMW. Also für die kleinen und mittleren Betriebe sind ganze S 3 Mio. bereitgestellt. Ein lange verabsäumtes Projekt ist die Sanierung des Hallenbades, für das S 15,2 Mio. vorgesehen sind. Im Bereich des Kanalbaues sind rund S 14 Mio. vorgesehen und nicht S 19,94 Mio., denn die S 5,94 Mio. müssen für die entsprechende Rate an den RHV bezahlt werden. Und auch hier können nur die gerade dringendsten und notwendigsten Maßnahmen in Angriff genommen werden. Ich weiß schon, daß wir rund 95 % Anschlußgrad oder 97 % - darüber kann man vielleicht geteilter Meinung sein, aber ich will nicht streiten über die 2 % - Anschlußgrad an den öffentlichen Kanal haben. Doch dichte und funktionstüchtige Kanäle bedeuten einen gewaltigen Beitrag zum Umweltschutz und viele Gemeinden beneiden uns dafür. Für die Müllbeseitigung sind S 6,27 Mio. vorgesehen und die Bezuschussung der Stadtwerke für Investitions- und Nahverkehrsförderung

beträgt S 9,7 Mio. Für viele wichtige Projekte fehlt jedoch das Geld. So muß man bei der Feuerwehr, bei der Schul- und Kindergartenausstattung, bis hin zur Mutterberatungsstelle auf der Ennsleite sparen. Es gibt und gab kein Geld - ich sage gab - für Planungskosten der Volksschule im Resthof, für eine Heizung in der Turn- und Sporthalle Tabor, für die Fassadeninstandsetzung des Stadttheaters oder für Sesseln in der Mehrzweckhalle in Münichholz. Unter dem Motto „Sparen ist zu wenig - Strukturreform ist nötig“ hat die ÖVP ein 4-Punkteprogramm zur Budgetreform in die Verhandlungen eingebracht. Wir haben als erstes gefordert eine offensive Wirtschaftsförderung um Arbeitsplätze zu fördern und durch diese Wirtschaftsbetriebe neue Einnahmen zu lukrieren. Steyr hat mit 7,2 % die höchste Arbeitslosenrate - um fast 2 % höher als in OÖ, genau um 1,9 % - und liegt im Österreichdurchschnitt ebenso 7,2 %. Wir haben das Problem, daß sich namhafte Unternehmen außerhalb Steyr`s ansiedeln. Viele Lehrlinge haben keinen Arbeitsplatz. Daher sind für eine offensive Wirtschaftsförderung. Die Stadt soll Zinsenzuschüsse geben zu Investitionen, die Grundbereitstellung zu Förderungspreisen und sie soll sich auch an den Preisen der Umlandgemeinden orientieren. Natürlich kann es da und dort Ausreißer geben, wo eine Gemeinde um jeden Preis, vielleicht um die Schenkung eines Grundstückes wegen eine Firma ansiedeln will und abwirbt, aber wenn wir Betriebe herbekommen wollen, dann müssen wir erschwingliche und attraktive Grundpreise anbieten können. Wir haben auch vorgeschlagen, eine sozialpartnerschaftlich besetzte Arbeitsgruppe für die Koordinierung und Entwicklung des Modells und Einsatz der Mittel vorzunehmen, wobei - nicht auf meine Person bezogen - aber der Wirtschaftskammerobmann eine führende Rolle haben sollte. Das Gesamtförderungspaket von S 7 Mio. zusätzlich zu den S 3 Mio. jährlich sollte auf 6 Jahren einen satten Kapitalpolster bringen, um bereits vorhandene Gewerbeförderungen entsprechend interessant zu machen und die Wirtschaftsbelebung mittelfristig durch Steueraufkommen und damit auch einen Gestaltungspielraum für kommunale Bereiche zu haben. Als zweiten Punkt forderten wir die Durchleuchtung des Magistrates auf Effizienz und Effektivität. Wenn wir besser wirtschaften, dann brauchen wir auch weniger Geld, das ist auch die Meinung des Rechnungshofes. Wir wissen, daß der Handlungsspielraum immer geringer wird. Ich habe es schon eingangs bei den Zahlen erwähnt, etwas mehr als S 70 Mio. die wir frei verfügbar haben. Wünsche der Bevölkerung aus den Stadtteilgesprächen können nicht berücksichtigt werden. Eine mittelfristige Änderung der Budgetpolitik in unserer Stadt halten wir für dringend notwendig. Wir glauben, es sollte eine Expertengruppe gebildet werden von internen aber auch aus externen Beratern, um den Magistrat weiterhin nach den Überlegungen des KDZ und den vor 2 Jahren getätigten Maßnahmen weiter zu durchleuchten und Einsparungspotentiale festzustellen. Wir glauben, daß wir damit in den nächsten 6 Jahren den Gestaltungspielraum für frei verfügbare Mittel ganz wesentlich erhöhen könnten. Was uns besonders aufgestoßen ist, das war die Besetzung der letzten Positionen oder Posten für die Erwachsenenbildung und zum Teil auch für den Controller. Wir haben vorgeschlagen, ähnlich wie 1995 - damals gab es einen einstimmigen Beschluß, daß nur mit einstimmigen Stadtsenatsbeschluß Neuaufnahmen durchgeführt werden können - nunmehr hätten wir vorgeschlagen, mit einer Dreiviertelmehrheit im Stadtsenat A- und B-Posten, die bisher mit Zulagen aufgefettet wurden, in diesem Stadtsenat zu beschließen, damit eben die Personalaufnahme objektiver erfolgen kann. Bisher ist es so, daß man einen B-Posten mit einem A-Mann besetzt und durch die erwähnten Zulagen das Gehalt so interessant und hoch hinaufhebt, damit der überhaupt diesen Posten annimmt. Hier wollten wir mehr Mitspracherecht. Als viertes haben wir noch die längst überfälligen GR-Beschlüsse, mittelfristiges Finanzkonzept, Bewertung von Dienstposten, Reform der Beförderungsrichtlinien gefordert. Der Großteil dieser Punkte wurde allerdings im Gespräch mit dem Bürgermeister abgelehnt und wenn ich mir das Budget ansehe, so waren im ursprünglichen Entwurf auch verschiedene andere Punkte nicht enthalten, die für uns eigentlich eine selbstverständliche Forderung waren. Die Notschlafstelle wurde von S 300.000,- auf Null gekürzt, Drehscheibe Kind auf Null, Mutterberatung Ennsleite auf Null gesetzt, kein Geld für die Sanierung öffentlicher WC-Anlagen im Rathaus und Promenade, die Planung für die Volksschule im Resthof war auf Null gestellt, nur beim Altenheim APM Münichholz hat man sich grundsätzlich bereit erklärt, hier Planungskosten anzusetzen. Wenn ich mir nun den Abänderungsantrag ansehe der uns vorgelegt wurde, so sind eine ganze Reihe von unseren Wünschen und Forderungen im nachhinein hineinreklamiert worden und hineingekommen. Aber meine Damen und Herren, es kann doch nicht sein, daß zu Beginn der Budgetsitzung dann diese Abänderungsvorschläge vorgelegt werden und von einer breiten Mehrheit getragen und

mitbeschlossen werden sollen. Das ist, finde ich, schon eine starke Zumutung und da können wir nicht mitgehen. Besonders fällt mir aber auch bei der Erstellung dieser zusätzlichen Veränderungen bzw. Ausgaben auf, daß zB eine Reduktion der Landesumlage um S 3,44 Mio. vorgenommen wurde. Ich frage mich und der Hr. Bürgermeister wird vielleicht Antwort geben, wie das möglich ist, im Nachtragsvoranschlag 1997 werden wir dann die entsprechende Überschreitung wieder mitbeschließen müssen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Landesbudget sieht eine Kürzung der Landesumlage von 8,5 auf 7,3 vor bitte - ausgehandelt durch LH-Stellvertreter Hochmair mit LH-Stellvertreter und Finanzreferent Dr. Leitl. Das haben wir da beschlossen, so eine Resolution.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ist das der realistische Wert?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das ist er!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Gut, dann nehme ich das zur Kenntnis. Ich möchte aber noch sagen, die restliche Bedeckung hat durch weitere Rücklagenentnahmen zu erfolgen. Summa-summarum gesehen sind eine ganze Reihe von Vorstellungen und Wünschen nachträglich hineingekommen. Trotzdem glauben wir, daß die Realisierung, vor allem die Offensive für die Lehrlinge, die Unterstützung der Kindergärten, die auch der ÖVP nahestehenden Vereine und Kulturgruppen, Caritas und Pfarren, Pflegebedürftige und das neue Alten- und Pflegeheim, Obdachlosen- und Notschlafstelle und Tagesmütter und Drehscheibe Kind positiv zu bewerten sind. Wir freuen uns auch darüber, daß die ÖVP Wünsche - Volksschule Resthof, Bildrestaurierung Gleink, APM habe ich schon erwähnt, Umgestaltung Wieserfeldplatz, Fuß- und Radwegekonzept und Behinderten-WC am Stadtplatz - eine Realisierung finden. Aber anscheinend war das nur möglich, weil so eine strikte, ablehnende Haltung der ÖVP zum Ausdruck gekommen ist und man nun versucht hat, den Fraktionen, die mit dem ursprünglichen Entwurf nicht zufrieden oder nicht einverstanden waren, vielleicht einen gewissen Wind aus den Segeln zu nehmen. Durch diese Rücklagenentnahmen versucht man diese zusätzlichen Investitionen zu bedecken, aber die Grundlinie der Budgetpolitik, die Zukunftsvision und wirkliche Einsparungspotentiale scheinen eigentlich in dem Budget nicht auf. Wir glauben, zuerst müßte man sanieren, man müßte Reformen einleiten, dann kann man weiter verteilen. Vorschläge dazu haben wir gebracht, sie wurden aber samt..... Wenn man etwas zusätzlich einnimmt, dann kann ich es auch ausgeben. Vorschläge dazu lagen auf dem Tisch, wurden aber im wesentlichen abgelehnt. Es geht mit den Ausgaben - auch wenn es mit dem Nachtragsbudget 1995 etwas besser aussieht, als ursprünglich 95 angenommen - trotzdem an die Substanz der Stadt. Es geht unserer Meinung nach auch auf die Kosten der Zukunft, wenn wir an den Ausgaben nichts ändern. Man hat mit dieser Strategie des „Nachhineinreklamierens“ in diese Budgetvorlage grundsätzlich viele Wünsche der ÖVP zu bedecken versucht, aber wir glauben, es wird sicher gelingen, daß wir unsere Bürger darüber

aufklären können, daß diese „Zuckerl“, diese sogenannten „Rosinen“, die man hier in dem Budget angesetzt hat, an und für sich Wahlzuckerl sind, die unserer Meinung nach auf die Kosten der Zukunft gehen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

ÖVP-Forderungen sind Wahlzuckerl? Das ist aber fein.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Hr. Bürgermeister, ich muß zuerst Strukturmaßnahmen setzen, Einsparungen treffen, dann kann ich das verteilen. Aber nicht aus Rücklagenentnahmen jetzt, damit diese Wünsche in irgend einer Form nicht mehr diskutiert werden können in der Öffentlichkeit, diese hier unterbringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Koll. Schloßgangl, S 106 Mio. Rücklagen in einem Jahr - von S 50 Mio. auf S 106 Mio. Und dann darf ich von dem nichts nehmen, um eure Wünsche zu finanzieren! Eine merkwürdige Philosophie!

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Wir sind auf jeden Fall der Meinung, man sollte das Budget weiter konsolidieren durch echte Einsparungen und sich bemühen, gerade im Bereich der großen Ausgaben, das ist der Personalbereich und die allgem. Verwaltung, Mittel zu lukrieren, die dann für die anderen notwendigen Ausgaben herangezogen werden könnten. Zur Zeit nehmen wir das Geld aus den Taschen unserer Bürger, um diese Wünsche zu befriedigen. Die ÖVP kann daher diesem Budget die Zustimmung nicht geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster hat sich Hr. GR Apfelthaler zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Sehr geehrter GR, werte Gäste. Es ist natürlich schon schade, wenn die ÖVP trotz der „Wahlzuckerl“, die wir angeblich ins Budget hineingegeben haben, diesem Budget nicht mehr zustimmen. Aber ich habe schon geglaubt, es wird schon eine komplett emotionslose Diskussion zu diesem Budget, weil anscheinend so diese große Abwehr fehlt, die dazu führen könnte unter Umständen, daß man dem Budget ja nicht nahetreten könnte. Weil ich habe mir gedacht, heuer dieses Budget 1997 ist endlich einmal ein Budget, wo es keine riesigen Streitereien geben wird, weil das 96-Budget relativ gut gelaufen ist - auch mit ein bisserl Glück, muß ich dazu sagen, aber das

gehört wahrscheinlich auch zur Politik dazu - und auch diese strikte und rigorose Exekutierung der Beamten, was ja auch ein großes Glück ist und auf Dauer hat Glück nur der Tüchtige. Anscheinend hat sich das hier herinnen auch wieder bewahrheitet. Naja, und dann habe ich mir gedacht, wenn man sich die Eckdaten für das Budget 1997 ansieht, ist ja bei Gott nichts nervenzeretzendes, wo man sich tagelang darüber streiten könnte sowie bei den vorigen Budgets. Und dann siehe da, bei den Budgetverhandlungen, die wir geführt haben, haben wir halt am 17. um 11.20 Uhr abgebrochen, weil der gute Hr. Lubbers damals gesagt hat, es hat keinen Sinn mehr. Das, was für mich damals interessant und gleichzeitig schockierend war; der Hr. Lubbers hat uns alle gefragt, „wie geht es ihnen denn jetzt“. Jetzt ist das mehr oder weniger zusammengebrochen, es geht eigentlich nichts weiter. Und da haben eigentlich alle gesagt, außer 2 Personen, daß es ihnen relativ schlecht geht, und daß sie das irgendwie als Defizit sehen, daß bei diesen Budgetverhandlungen nichts weitergegangen ist. Die einzigen, die gesagt haben, „eigentlich geht es uns sehr gut“, waren sie Hr. Eichhübl und sie Hr. Vizebürgermeister Pfeil. Denen ist es anscheinend ganz gut gegangen, wie es sich herausgestellt hat, daß wahrscheinlich beim Budget nichts zustande kommt. Wenn sie jetzt reklamieren, Hr. Dr. Pfeil, daß sie jetzt nicht gefragt worden sind oder das der Hr. Bürgermeister jetzt auf einmal mit einem fertigen Budget und einem Abänderungsantrag daherkommt, dann wird ja wahrscheinlich der innere Drang nicht so groß gewesen sein, stelle ich mir vor, hier auch konstruktiv mitzuarbeiten.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich habe sogar einen Brief geschrieben, daß wir verhandeln möchten.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Ja, aber Brief

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich habe gesagt, wenn neue Vorschläge anstehen, dann stehen meine Türen weit offen.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Sie haben nicht einmal auf die alten reagiert.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Es war ja auch, wenn man sich jetzt diese Zahlen durchsieht, so im großen und ganzen eigentlich - auch bei den Vorverhandlungen - spürbar, was so die einzelnen Knackpunkte sind bei den Fraktionen. Wir haben halt weiter verhandelt, wir sind am Ball geblieben, nachdem die anderen 2 Fraktionen schon wie Jahre vorher, eine gewisse Amtsmüdigkeit signalisiert haben, wo halt irgend wo spürbar war, daß diese Verantwortung, die sie im Stadtsenat für ihre Referate eigentlich tragen müßten, schon ein bisserl zu schwer wird, und daß es anscheinend gescheiter ist, wenn man sich verabschiedet und sagt, es ist sowieso nichts okay.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wir haben weiter verhandelt, Hr. Koll. Leider ist nichts dabei herausgekommen.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Ja, aber leider Gottes nicht mit dem Erfolg, daß sie konstruktiv beim Budget mitgearbeitet haben. Sicher gibt es den einen oder anderen Punkt und man könnte ja Kilometerforderungen aufstellen. Das ist ja legitim. Aber letzten Endes kommt es ja auch darauf an, daß man sich bei einem Budget „zusammenstreitet“. Auf das kommt es nämlich darauf an. Und hier sehe ich auch die politische Qualität jeder einzelnen Fraktion, die versucht, durch klare Argumente ihre - ich will es nicht unbedingt „Rosinen“ nennen, weil der Bürger letzten Endes sehr profitiert, nicht nur die Partei - einfach darzulegen, warum das Projekt, das sie sich vorstellen, einfach so wichtig ist, und daß es auch im Budget vorkommt. Es war irgendwie spürbar, daß sie Was mich natürlich auch ein bisserl stört ist, daß wir als 2-Mann-Fraktion - als die kleinste Fraktion hier im Haus - seit Jahren schon die Hausaufgaben von 17 GR übernehmen müssen, geschweige denn die Aufgaben der Stadträte, die anscheinend hier ein bisserl Opposition spielen wollen.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Gibt es ein Projekt da drinnen, was ihnen nicht gefällt. Das können sie ja dann sagen in ihrer Budgetrede. Jetzt streichen sie es heraus, das nutzt nichts. Das war eben irgendwo spürbar und Ich weiß nicht, wie sie das dem Bürger näherbringen wollen, wenn sie in einer Stadtregierung sitzen und ständig beim Fenster hinaussehen und sagen, „es geht mich eigentlich nichts an, weil es wird eh „Rot“ und Grün“ machen“, bzw. zu signalisieren, die Stadt ist pleite. Zuerst haben wir gerade dieses Marketingkonzept beschlossen, wo es um ein bisserl einen Aufschwung geht. Und dann kommen sie daher und sagen die Stadt ist pleite, das Licht geht aus und alles ist vorbei. Das ist ja ein Widerspruch in sich, das verstehe ich nicht ganz. Also dem Bürger zu signalisieren, daß alles aus und vorbei ist, das ist eine Geschichte.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

Ja, das kommt darauf an, was sie als Aufgabe sehen. Anscheinend sehen sie nicht recht viele Aufgaben hier, weil sonst würden wir heute nicht dastehen und würden das durchsetzen können. Zu den einzelnen Punkten, die speziell auch unsere Wünsche widerspiegeln: Die Umgestaltung des Wieserfeldplatzes - denke ich mir - ist auch eine Geschichte, die in eine innovative Richtung weist, wo es einfach darum geht, daß man einen bestimmten Stadtteil, der auch partiell jetzt einen Auftrieb erfahren hat, daß man den auch weiterhin gestaltet. Sicher kann man mit einer halben Million keinen Wieserfeldplatz umgestalten, aber daß man zumindest beginnt, dort einmal innovativ zu werden. Um einer sich ständig wiederholenden WC-Debatte hier im GR vorzubeugen, die ja wirklich oft Stunden dauern kann, wenn es darum geht, die öffentlichen Bedürfnisanstalten hier genauer zu deklarieren, haben wir das endlich abgeschlossen. Und weil es auch wirklich stimmt, muß ich auch dazu sagen,

daß wir eigentlich am Stadtplatz kein behindertengerechtes WC haben. Das ist eine wichtige Sache, die wir hier auch hereinreklamiert haben, zu der man sagen muß, sie war ja schon längst überfällig. Das ist eine gute Sache, wenn wir es jetzt im Budget haben. Einen Teilbetrag auch als Ansatz zu betrachten, um dort einmal wegzustarten, ist dieses Rad- und Fußgängerkonzept, welches wir hereinreklamiert haben, und das ja Breitling auch gefordert hat. Das soll halt so signalisieren, ab jetzt geht es los, jetzt sehen wir uns das einmal genauer an, jetzt soll auch etwas passieren. Die APM-Planung - der größte Brocken unseres Nachtrags - ist ja in letzter Zeit in aller Munde. Jeder hat sich irgendwie ans Fähnlein geheftet. Durchsetzen werden es wahrscheinlich wir. Das ist eine bittere Erfahrung, denke ich mir, weil gerade die ÖVP auch da sehr dahinter ist und war, daß das kommt. Sie werden es wahrscheinlich im Rahmen des Budgets ablehnen müssen, obwohl sie sich vielleicht dieses „Zuckerl“ gerne selber einverleibt hätten. Was mich aber nur am Rande jetzt sehr stört ist, wie man überhaupt mit diesem Alten- und Pflegeheim, wie man es tituliert in der Öffentlichkeit. Es ist ja einfach ein Wahnsinn, daß wir uns nicht einmal entschließen können, einmal positiv darüber zu sprechen, daß Häuser, in denen unsere Seniorinnen und Senioren wohnen, keine Unterstandshäuser sind, wo es menschenunwürdig zugeht. Also das ist meiner Ansicht nach eine gewaltige Sauerei, wenn hier in der Presse und speziell in einem „Blättchen“, welches ich fast nur mit dem Gurkenzangerl angreifen möchte, drinnen steht , „es ist eine Schande“ - dazu das Bild vom Koll. Fürweger, wahrscheinlich stimmt der Bezug - „menschenunwürdige Bedingungen im Altenheim am Tabor“. Man muß sich das einmal vorstellen, wenn man da drinnen wohnt, seinen Lebensabend dort beschließt, und dann muß man lesen, daß man menschenunwürdig wohnt, daß eigentlich alles schlecht

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

In 5-Bett-Zimmern, lieber Kollege.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ein 5-Bett-Zimmer.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Es genügt, wenn es nur eines ist. Das ist menschenunwürdig.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Das ist ja ganz klar. Hr. Dr. Pfeil, sie sind immer wieder auf der Suche nach dem idealen Menschen, nach der idealen Stadt, nach dem idealen Magistrat. Ich bitte sie, gründen sie doch eine autonome Republik irgendwo auf der Rederinsel

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ja, finden sie das klasse - ein 5-Bett-Zimmer?

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Nein, natürlich finde ich das nicht klasse. Aber zu schreiben, daß das menschenunwürdig ist, das finde ich einfach extrem ungustiös. Beenden wir endgültig einmal diese ungustiöse Diskussion und tun wir etwas. Und sagen wir nicht immer „in welchen Sumpf lebt ihr da oben“. Das ist ungustiös. Wenn ich unter Umständen einmal dort oben wohnen werde

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUFEN

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Da gibt es dann schon das APM Münchenholz.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

... und wenn ich dann lesen muß, wie menschenunwürdig ich dort wohne..... Ich weiß es nicht, vielleicht gibt es versperrbare Fenster. Das Anruf-Sammeltaxi denke ich mir, ist auch so eine Geschichte, wo es schon eine breite Zustimmung gibt, die wir eigentlich schon seit Jahren kolportieren, und die man einfach einmal versuchsweise probieren müßte in Steyr einzuführen - auch schrittweise, projektartig. Nicht einfach „jetzt klesch“ und dann haben wir es, sondern stufenweise und mit Hirn einführen. Auch nicht abkupfern, sondern schon schauen, wie es in anderen Gemeinden geht, aber auch ein Projekt speziell für Steyr entwickeln. Ich denke mir, das sind Sachen, die einfach wichtig sind, die auch weiterführend wichtig sind, speziell um jene Menschen und Bürger zu bedienen, die durch Buseinstellungen benachteiligt worden sind. Volksschule Resthof - das ist auch so eine Geschichte, die einfach notwendig ist, auch in die Zukunft dort zu planen, wo man bestimmte Bedarfsprüfungen erst abwarten muß. Aber die kommen muß, auch um die Identifikation mit einem bestimmten Stadtteil zu verbessern und zu fördern. Die F hat in ihrem Schreiben bzw. in ihrer Resolution einen Sozialplan beantragt. Dieser Gesundheits- und Sozialsprengel Steyr ist kein Sozialplan, ist aber die richtige Institution für einen Sozialplan, denke ich mir, weil dort sitzen nämlich die Spezialisten, die letztendlich untereinander vernetzt eine Ebene bilden und die den Blick freihaben für die Bedürfnisse, die wir vielleicht in 5, 6 oder 7 Jahren einfach haben. In punktuell wissen wir es schon. Es hat auch schon eine Studie gegeben - was ich weiß. Die Fr. Vizebürgermeister Mach war ja mit anderen Vertretern in Linz beim Hrn. Landesrat Ackerl und da gibt es schon Vorgabewerte, wie man sich, Aber der Weg ist natürlich wichtig. Und Sozialplan ist ja auch eine Geschichte, die wir schon seit Jahren fordern. Nett, daß das jetzt von der F noch einmal genauer beschrieben wird. Die Notschlafstelle ist ja etwas, was anscheinend so die Wellen etwas hochschlagen läßt. Es ist dankenswerter Weise auch von der ÖVP jetzt aufgegriffen worden. Speziell auch, wenn man sich die letzten Meldungen, die die Caritas zu diesem Thema gebracht hat, ansieht, wo die auch vehement so etwas fordern oder eine Anlaufstelle Die fordern sogar eine Ausspeisung, die sich die Notschlafstelle nicht leisten wird können, aber vielleicht in irgend einer anderen Form unterstützend. Da sind honorire Herren drinnen und Damen in diesem Verein der das führen wird. Es gibt natürlich Probleme in der Bevölkerung. Nicht unbegründet, muß ich sagen, weil bestimmte Ortsteile oder bestimmte Objekte mit ihrem Umfeld einfach nicht vorbereitet werden auf so etwas. Es hat für viele Leute noch einen unbekanntem Faktor. Dort wird man wahrscheinlich Aufklärungsarbeit leisten können. Ich kann mich erinnern, der Koll. Straßer und ich und auch die vom Verein Notschlafstelle, waren gemeinsam in Vöcklabruck, haben uns das angesehen, waren

eigentlich im großen und ganzen - ich will nicht mit der Zunge des Hrn. Straßer reden - aber ich glaube, daß irgendwo so spürbar war, daß die Leute dort sehr zufrieden waren. Das war auch mitten in einer Siedlung. Dort haben sie natürlich selbstverständlich Feuer gerufen, weil sie einfach nicht darauf vorbereitet waren. Also das ist eine Geschichte, die sollten wir im Jahre 1997 einfach angehen, vor allen Dingen, weil die Styria dankenswerter Weise schon mit dem Sparbuch bei Fuß steht und hier auch eine wesentliche Unterstützung leisten will. Wo sie letzten Endes hinkommt, denke ich mir, ist eine Frage von Verhandlungen, die wir nächstes Jahr sehr stark führen müssen. Ich hoffe, daß wir es bis Ende des Jahres einfach hinbringen. Vor allem für eine Bevölkerungsgruppe etwas zu tun, die man in Wahrheit eigentlich verdrängt hat. Wo man eher gesagt hat, „da schauen wir lieber weg“. Ich kann mich erinnern, im Bauausschuß war der Koll. Schloßgangl und eine Gruppe, und da sind wir zum Wieserfeldplatz hinaufgegangen und da sind uns auf der Zwischenbrücke 2 - 3 Leute aufgefallen. Da hat der Koll. Schloßgangl gesagt, eigentlich ist es eine Sauerei, daß die da sitzen, die sollen sich eigentlich ums Eck setzen. Also das ist eine Art von Verdrängung, die automatisch irgendwo herkommt. Nur wenn wir uns überhaupt nicht annehmen um diese Leute, dann ist das noch schlechter. Die Wasserrutsche ist ja auch recht interessant. Ich denke mir, das ist auch eine wichtige Geschichte, daß man auch signalisiert, daß man trotz Defiziten, die man unter Umständen im Hallenbad oder im Schwimmbadbereich haben, daß auch dort seitens der Stadt qualitative Veränderungen - nicht nur im baulichen Bereich - sondern auch im Unterhaltungsbereich kommen sollen. Das ist eine wichtige Geschichte und auch ein Signal. Es ist eben so, daß Das wichtigste habe ich fast vergessen - das Jugendkulturhaus ist natürlich eine Sache, wo es uns gelungen ist, die Zahlungen bzw. die Subventionen, die im vorigen Jahr nicht ausgeschöpft worden sind, ins nächste Jahr einfach hinüber zu nehmen und S 500.000,- waren für 1997 festgeschrieben und wir bekommen den Rest. Ob es genau S 600.000,- sind, das muß sich erst dann herausstellen. Aber wir kommen mit S 1,1 Mio. ins neue Jahr hinein und da kann subventioniert werden und wesentliche Arbeit mit dem Geld gemacht werden. Eines hat mich gestört. Bei dieser Diskussion um die Vaterschaft dieses Jugendkulturhauses war es ganz interessant zu bemerken, daß die ÖVP in ihrem letzten Blatt „Wir OÖ“ mit einem recht interessanten Artikel drinnen war. „Treffpunkt der Jugend - Nach langem Hin und Her konnte die ÖVP nun einen Erfolg verbuchen. In der Tischlerei Röder wird von der Stadt Steyr ein Jugendkulturzentrum eingerichtet. Endlich können die Jugendlichen an der inhaltlichen und kulturellen Verwirklichung ihres Hauses arbeiten, freut sich VP-Stadtparteiobmann Mayrhofer, ein großer Mentor des Zentrums.“ Und jetzt kommt es; „Die ÖVP setzt sich damit mit ihrer Idee durch“. Also das ist bei Gott sehr dick aufgetragen, meine Damen und Herren von der ÖVP.

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, von der Lage her!

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist ein populistischer Hochseilakt, der da stattgefunden hat. Und das ist eigentlich ein Wahnsinn. An und für sich müßte man sagen, irgendwo ist das auch wiederum bewundernswert, weil es eine ziemlich politische Waghalsigkeit darstellt, wenn eine Partei sozusagen die fremden Federn einer anderen Partei aufsteckt. Mein Gott, haben wir uns halt in den Koordinaten geirrt um 5 m, aber das ist ja nicht so tragisch. Aber ich finde es sehr mutig und fast preiswürdig, denke ich mir. Und ein unabhängiges Ehren- und Ordenskapitel hat festgestellt, daß das eigentlich so von der Konstitution her die „Ente des Monats“ sein könnte und hat sozusagen einen Preis gestiftet für die ÖVP, den ich ihnen vielleicht näher

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER ÜBERREICHT STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL DIE „ENTE DES MONATS“

Und zwar handelt es sich hier um die Presse-Ente des Monats, geschmückt mit fremden Federn. Ich darf sie ihnen, Hr. Obmann, überreichen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Hr. Dr. Pfeil, sie sind nicht im Bild gewesen.

UNVERSTÄNDLICHE ZWISCHENRUF

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Darf ich jetzt zum Ende kommen? Es ist natürlich nicht so einfach für eine Fraktion, die sozusagen nur zwei Mandatare hat, so im öffentlichen Bild als Königsmacher oder Mehrheitsbringer dazustehen, das mag schon sein. Aber mir war einfach wichtig, hier am Ball zu bleiben und auch glaube ich, hier nicht so schlechte Forderungen durchzusetzen. Zu allen Punkten kann ich sehr gut stehen. Ich denke mir, es ist nichts falsches dabei. Es ist sogar so viel dabei, daß ich sagen kann, das kann von anderen Fraktionen ohne weiteres auch unterstrichen werden. Unser Problem mag sein, daß wir vielleicht nicht so erfolgreiche Verkäufer sind, wie andere Fraktionen hier herinnen, aber wir sind, glaube ich, ganz gute Geschäftsleute. Und so denke ich mir, wie ich ganz am Anfang gesagt habe, das bisserl Glück und natürlich auch die Präsenz des Magistrates und auch ihrer Beamten, das uns im Jahr 1996 zu einem sehr guten Erfolg verholfen hat, das bisserl Glück wünsche ich mir für 1997 auch. Ich denke mir, es wird uns auch gelingen. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke sehr. Als nächster zu Wort gemeldet ist Hr. StR Bremm. Bitte sehr.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Nach doch einer etwas humorvolleren Einlage, die aber sicherlich Qualität dementsprechend widerspiegelt, möchte ich aus der Sicht meines Ressorts zum Budget ein paar Bemerkungen hier anbringen. Ich habe in den Jahren, in denen ich hier dabei sein darf bei Budgeterstellung, schon wesentlich tristere Situationen erlebt, wenn ich an das vergangener Jahre - 2 Jahre zurückdenke, wo hier die finanzielle Situation der Stadt wesentlich angespannter sich hier abgezeichnet hat, können wir heute doch sagen, daß wir aufgrund der Konsolidierung, die es hier ermöglicht hat, die finanziellen Grundlagen für wichtige Projekte aufzubereiten. Wenn ich aus dem Bereich Umwelt feststellen kann, dann haben wir gerade im abgelaufenen Jahr ein paar wichtige Weichenstellungen machen können. Es ist heute schon einmal angekommen, das Abfallsammelzentrum, das wir um S 6 Mio. im Herbst ihrer Bestimmung übergeben haben. Das ist

doch ein ganz wichtiger Bereich in der Umweltpolitik, auch in der Zukunft. Die Problemmüllentsorgung haben wir doch fest im Griff. Es ist auch eine Umweltqualität hier zu sehen. Wir haben auch im Bereich der Biotonnen eine fast flächendeckende Versorgung der Stadt erreichen können. Wir werden das auch im nächsten Jahr dementsprechend fortsetzen. Einen besonderen Bereich möchte ich herausstreichen, weil wir auch im nächsten Jahr im Budget hier dementsprechende finanzielle Ansätze haben. Es ist auch ein Bereich, der in den letzten Monaten heiß diskutiert wurde. Nämlich der „Bischofswald“ in Münichholz, der auch einen breiten Raum im Stadtentwicklungskonzept gefunden hat. Wir haben hier im vergangenen Jahr Mittel für eine Aufpflanzung bereitgestellt, aus der Sicht der Stadt, wo es nicht unbedingt unsere vorrangigste Aufgabe wäre, in fremden Wäldern - es ist ja der Besitzer das Bistum Linz Wir glauben hier als Stadt, und ich als zuständiger Referent meine hier, daß die Bevölkerung in diesem Stadtteil ein großes Interesse hat, damit die Qualität des Erholungsraumes in diesem Bereich erhalten bleibt bzw. verbessert wird. Wir werden auch im nächsten Jahr hier dementsprechende Aktivitäten setzen. Wir haben hier mit dem Bistum Linz auch Gespräche geführt, um im kommenden Jahr vielleicht rechtlich eine Situation darzustellen, damit die wirtschaftliche Nutzung des Waldes vielleicht nicht in dem Ausmaß betrieben wird und hier der Lebensraum, der Erholungsbereich einer besseren Qualität zugeführt wird. Und hier haben wir auch budgetäre Mittel vorgesehen. Im Sportbereich, meine sehr verehrten Damen und Herren, haben wir auch im vergangenen Jahr trotz diverser Einsparungen doch ein paar wesentliche Verbesserungen für unsere sporttreibende Jugend erreichen können. Wir haben auf der Ennsleite und im Resthof zwei Fußballplätze ihrer Bestimmung übergeben - so Kleinfeldplätze. Wir haben auch bei jedem Sportplatz in der Stadt eine Straße, die dort vorbeiführt. Und wenn wir uns an die Schillerstraße erinnern, es gibt dort sehr wenig Probleme. Wir haben auch bei anderen Sportstätten Straßen, und das ist leider nicht zu verhindern und zu vermeiden. Wir werden auch im kommenden Budget, meine sehr verehrten Damen und Herren, wieder eine Reihe von Projekten finanziell unterstützen. Es wird hier der Schiklub Steyr, der SK Vorwärts Steyr, der Reitklub, die ASV Bewegung, unterstützt werden. Und was ganz besonders ist - und die Dinge hängen eben vom Budget ab, welches wir heute zu beschließen haben und es zeigt sich heute hier, wer in diese Richtung auch aktiv und mitgestaltend wirkt - wir haben im Budget auch vorgesehen für die Rennbahn und den Eislaufplatz, daß wir hier die zweite Hälfte der Eisfläche mit einem Hartbelag auslegen können. Wir haben auch budgetäre Mittel für den Ankauf von sogenannten „Minihaftpips“, das sind so kleine Geräte für die Skater, damit sich in diesem Bereich auch eine qualitative Steigerung ergibt, vorgesehen. Zum sportlichen Bereich, natürlich freut es mich auch, daß es doch gelungen ist, einen beachtlichen Betrag für eine Wasserrutsche in unserem Freibad hineinzubringen und hier eine Verbesserung zu erreichen. Ein Anliegen, was aber auch für die Zukunft sein wird, war diesmal noch nicht möglich. Aber ich bin doch guter Dinge, daß wir in absehbarer Zeit hier etwas erreichen. Und zwar die Bezirkssporthalle, daß Steyr endlich auch zu einer Dreifachsporthalle kommt, die ja für viele Bereich, nicht nur für die Sportler, sondern auch für die Schulen und für den kulturellen Bereich, ein großer Wunsch ist. Und hier hoffe ich, daß es doch in der nächsten Zeit gelingt, im Budget auch finanzielle Mittel zu erreichen. Im Schulbereich, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist es nicht so, wie zum Teil dort und da behauptet wird, daß die Schulen hinuntergewirtschaftet sind. Es ist natürlich aufgrund der Sparmaßnahmen, die wir ja gemeinsam hier festgelegt haben, auch in diesem Bereich zu Einsparungen gekommen. Wir haben aber den Schulbetrieb überall in der Qualität aufrecht erhalten können und den Aufgaben des Schulerhalters sind wir im wesentlichen nachgekommen. Was hier doch immer wieder eine dementsprechende finanzielle Belastung ist, das ist die Entwicklung bei den Integrationsklassen. Hier sind immer wieder vermehrt finanzielle Mittel notwendig. Wir glauben aber und ich glaube auch, daß das doch eine wichtige gesellschaftspolitische, menschliche und pädagogische Menschlichkeit ist, hier Vorsorge zu treffen, daß auch Integration dementsprechend gemacht werden kann. Mich freut es ganz besonders als Referent für die Schulen, daß wir auch im diesjährigen Budget S 1 Mio. bereitstellen werden für Planungsansätze. Es ist mir schon klar, daß wir von einer Finanzierung doch noch etwas weg sind, aber es ist hier ein Ansatz vorhanden und es zeigt, daß die Schulen dementsprechende Prioritäten für uns haben. Zu den Bereichen, die hier im Budget auch festgeschrieben sind und auch finanzielle Mittel vorgesehen sind, ist auch persönlich erfreulich, daß die Stadt für das Lehrlingsthema im kommenden Jahr S 100.000,- zur Verfügung stellt, damit wir diese Thematik auch von Seiten der Stadt Steyr unterstützen können und zusätzliche Lehrplätze

mitfinanzieren können. Ich möchte aber jetzt abschließend ein paar Bemerkungen zu einigen Vorrednern machen, weil es mich berührt hat. Es wurde hier angeführt, Koll. Leithenmayr - unser Bürgermeister - wird einmal jener sein, der als Verwaltungsbürgermeister in die Geschichte eingehen wird. Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube kaum, daß es eine Periode gegeben hat in der Stadt Steyr, wo solche Projekte, wie wir schon heute diskutiert haben, auch realisiert und in die Realisierungsphase gekommen sind. Alleine die Nordspange, das Parkdeck, das Kommunalzentrum, Reithoffer, das Jugend- und Kulturhaus, Stadtentwicklungskonzept, was wir hoffentlich auch im Jänner beschließen werden, bei den Betriebsansiedelung sind wir auch hier erfolgreich gewesen. Und ich darf doch hier sagen, weil ich auch in einem internationalen Konzern hier tätig bin, die Meinung der Manager in der Stadt Steyr über unseren Bürgermeister ist äußerst positiv. Wenn diese hier über die Stadt ihre Meinung äußern, wird hier über unseren Bürgermeister äußerst positiv geredet, daß hier in Steyr etwas weiter geht. Nicht nur Steyr wird anders, sondern in Steyr geht etwas weiter. Zu den „Wahlzuckerln“, wie sie hier erwähnt wurden, möchte ich schon sagen, ich weiß nicht, ob das „Wahlzuckerl“ sind oder wichtige Projekte für uns, mit denen wir uns schon längere Zeit beschäftigen. Und wenn das „Wahlzuckerln“ sind, wie es gerade bei der letzten GR-Sitzung von Hrn. Dr. Pfeil, zB die Alten- und Pflegeheime, die wir beabsichtigen in der nächsten Zeit zu bauen, als Luxus hingestellt wurde, dann ist das schon sehr bedenklich. Ich glaube, ich kann mich hier nur den Worten des Koll. Apfelthaler anschließen. Ich glaube, daß wir hier jedem Menschen in der Stadt verpflichtet sind, daß wir, wenn er in ein bestimmtes Alter kommt, wir ihm ein dementsprechendes Zuhause geben. Zu den Vorschlägen vom Hrn. Dr. Pfeil bei den Einsparungen möchte ich hier ein ganz klares Wort sagen - zu den Einsparungen Personal; Ich glaube, hier ist es sicherlich notwendig, und dazu stehen auch wir und auch ich, daß wir das Rationalisierungspotential, das vorhanden ist, und das immer wieder vorhanden sein wird - auch in der Zukunft - ausschöpfen. Aber es hat auch hier Grenzen. Ihre Position - 20 % in den nächsten Jahren im Verwaltungsbereich einzusparen, ohne zu überlegen, welche Alternative es hier dazu gibt - dazu muß es meines Erachtens ein klares „Nein“ geben. Es muß auch eine klares „Nein“ geben zur Privatisierungsidee, die von ihnen aber auch von der ÖVP sehr stark kommt. Wir werden uns mit Privaten messen und es ist erfreulich, daß gerade im Rechnungshofbericht der Stadtwerke angeführt wird, daß es nicht sinnvoll, zweckmäßig und wirtschaftlich ist, daß wir unsere Autobusse und unseren Fuhrpark bei Privaten reparieren lassen, sondern wir sollen das im eigenen Bereich tun, weil wir kostengünstiger sind. Wir sind für Kosteneinsparungen, aber Privatisieren unter allen Umständen - ein klares „Nein“. Und ein Wort auch dazu, weil ich glaube, die Qualität der Diskussion schon auch davon abhängt, wie man etwas wiedergibt, wo nicht alle dabeigewesen sind. Es ist ganz unrichtig - ich drücke mich hier ganz vornehm aus, Hr. Dr. Pfeil - , wenn sie hier sagen, daß der Hr. Lubbers vom Bürgermeister und vom Finanzreferenten stärkeres Engagement verlangt hätte. Das ist einfach unrichtig, wenn sie hier diese Behauptung anstellen. Es hat natürlich heiße

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann muß ich bei einer anderen Sitzung gewesen sein, oder sie haben es nicht hören wollen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das ist schon richtig, das haben wir schon ein paar Mal festgestellt. Ich möchte mich nicht darüber äußern. Es hat Hr. Lubbers - wie es auch schon der Vorredner gesagt hat - festgestellt, daß eine Budgeteinigung sowieso nicht möglich sein wird, sondern daß nach konventionellen Lösungen gesucht werden muß, weil einfach der Wille, ein Budget gemeinsam hier zu beschließen, nicht vorhanden war. Das war eine klare Position, die hier ein Außenstehender und nicht ein Insider gesagt hat. Und es ist auch von der ÖVP sehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden, daß die Stadtsenatsmitglieder nicht autorisiert sind, hier in der Budgetklausur ihre Zustimmung zum Budget

zu geben, sondern hier gibt es auch die Parteigremien, die damit beschäftigt werden müssen. Und einen letzten Satz möchte ich dazu sagen, Hr. Dr. Pfeil. Ich würde schon ersuchen, daß wir die Wortwahl Wir stellen das ja fest, daß die nicht immer so gewählt wird, wie es vielleicht in so einem Rahmen notwendig wäre und wie sich das vielleicht gehören würde. Wenn sie hier reden über die „Gewerkschaftspartei“, dann sind das schon Ansätze, die mir große Sorgen bereiten. Wir haben heute schon über ein Wort hin- und herdiskutiert, ob es von der Seite her gebraucht werden darf oder von der anderen Seite. Wir wissen aber, wie in vergangenen Zeiten die Haltungen zu Interessensvertretungen gewesen sind. Wir kennen auch diese Zeit - zumindest ich nicht live, aber aus der Geschichte - aber so manche kennen diese Zeit vielleicht noch aus ihrer Jugendzeit, wie das hier war, wo man die Gewerkschaftspartei auch so hingestellt hat. Ich würde schon ersuchen, daß sie hier eine andere Wortwahl suchen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Hr. StR Bremm. Wir machen jetzt 10 Minuten Pause.

PAUSE VON 18.51 UHR BIS 19.10 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Der nächste auf der Rednerliste ist Hr. StR Spöck. Ich erteile ihm das Wort.

STADTRAT WILHELM SPÖCK:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Wie wir die Verhandlungen nach der Budgetklausur mit dem Hrn. Bürgermeister gehabt haben, war ich voller Zuversicht, daß der größte Teil unserer Wünsche erfüllt wird. Insbesondere wenn ich an die Dreiviertelmehrheit im Stadtsenat denke. Ich war der Meinung bei der Budgetklausur, daß der Hr. Bürgermeister mit Zähneknirschen zustimmen wird, zumindest auf ein Jahr. Dem war nicht so. Ich habe überhaupt das Gefühl gehabt bei der Besprechung mit dem Hrn. Bürgermeister, wo wir unsere Forderungen ihm gegeben haben, die Grünen haben wir, und das genügt uns. Du bist, sehr geehrter Hr. Bürgermeister, so habe ich das empfunden, auf unsere Forderungen überhaupt nicht eingegangen. Zu den GR-Beschlüssen, die überfällig sind, sie sind auch vom Koll. Schloßgangl schon angesprochen worden, die Dienstpostenbewertung - auch von Hrn. Dr. Pfeil angesprochen - die Beförderungsrichtlinien, die mehr als überfällig sind..... Ich glaube und bin mir fast sicher, daß sie überhaupt nicht kommen werden. Insbesondere wenn ich an das nächste Jahr denke, wenn ich an das Wahljahr denke, an die 1.000 Bediensteten, die Wähler sind, mit ihren Angehörigen. Hier will unter Umständen der Hr. Bürgermeister keine Verärgerung im Hause haben. Zum Alten- und Pflegeheim Münchenholz sei mir auch gestattet, ein paar Worte zu sagen. Mittels GR-Beschluß vor zwei Wochen wurde ja die Errichtung des Alten- und Pflegeheimes Münchenholz mit einer Kapazität von 120 Betten auf der Drachenwiese in Münchenholz beschlossen. Für mich als auch zuständiger Referent für Alten- und Pflegeheime ist es nun von Bedeutung, wie geht es weiter. Soweit ich informiert bin, haben mittlerweile Beamtengespräche stattgefunden. Sozialpolitische Zielstellung muß es sein, vorrangig aus altersbedingten Gründen hilfs- und betreuungsbedürftigen Menschen Hilfe die Sicherung des Lebensbedarfes durch Heimunterbringung zu gewähren. Die architektonische Gestaltung und die

sonstigen Überlegungen müssen auch dann diese Zielsetzungen verwirklichen. Ich hoffe, daß die Vorfragen unter Abklärung mit dem Land, wie die Bebauungsplanänderung, das Raumprogramm, der Architektenwettbewerb, die Baueinreichung, die Baubeschreibung usw., geklärt werden, damit dann die Baubewilligung und die Einreichung bei der Wohnbauförderung des Landes so rasch als möglich dann durchgeführt werden könnte. Der Koll. Apfelthaler hat auch bereits angesprochen einen Artikel der Freiheitlichen Partei mit der Überschrift: „Es ist eine Schande“ - es geht um menschenunwürdige Bedingungen im Alten- und Pflegeheim Tabor - „die FP schweigt, die SPÖ streikt, der zuständige schwarze Referent hat bisher zu dieser Vorgangsweise geschwiegen“. Ich finde auch, es ist eine Schande - aber dieser Artikel. Ich glaube auch, Hr. Koll. Fürweger müßte eine politische Verantwortung haben. Es geht hier um das schwächste Glied, es geht hier um den alten Menschen. Ich finde, solche Artikel sind eine Schande. Daß nichts passiert ist, dem ist sicherlich nicht so. Ich darf sie erinnern, Hr. Koll. Fürweger, an die letzte GR-Sitzung, wo wir ausführlich über das Alten- und Pflegeheim Münchenholz diskutiert haben, wo die Verordnung des Landes auch angesprochen worden ist - der § 7 mit den 90 % Einbettzimmern - , wo ich auch der Meinung war, daß das auch so nicht gehen wird. Ich habe auch gesprochen von Aufteilungen - die bestehenden Zweibettzimmer auf Einbettzimmer umzuwandeln. Ich habe dann genau die Abteilungen genannt usw. in Absprache mit der Beamtenschaft. Also, daß nichts passiert, ist sicherlich hier falsch. Ich habe aber darauf hingewiesen, ohne Alten- und Pflegeheim Münchenholz geht nichts. Ich kann nicht oben umbauen und die älteren Mitbürger irgendwo aussiedeln, ohne ein neues Heim zu bauen. Daher ist das Alten- und Pflegeheim Münchenholz sicherlich von größter Bedeutung und wird auch von uns unterstützt. Leider muß ich sagen, würde dieser Antrag extra als Abänderungsantrag abgestimmt werden, hätten sie von mir die Zustimmung. So aber, im Ganzen gesehen, zum Budget unter Berücksichtigung der Ausführungen von Koll. Schlossgangl, wird es leider keine Zustimmung geben. Ich stehe natürlich nicht an, trotzdem zu versuchen als Referent für Alten- und Pflegeheim zu schauen, daß die Arbeiten auf Beamtenebene gemeinsam auch mit Fr. Vizebürgermeister Mach dann tatsächlich vorangetrieben werden. Zum Koll. Apfelthaler möchte ich sagen: Ich empfinde diesen Pokal - das Plastikentchen - als Wanderpreis und würde ihn gerne an sie wieder weitergeben, wenn ich an das Anruf-Sammeltaxi denke. Leider haben wir keine schwarzen Federn, aber wir werden das sicherlich nachholen. Das Anruf-Sammeltaxi - eine sehr, sehr lange Forderung vom Koll. Holub, da waren sie noch nicht im GR - so habe ich das empfunden in den letzten Wochen, wo sie sich damit geschmückt haben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der nächste zu Wort gemeldet ist Hr. GR Philipps. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des GR, wertees Präsidium. Zunächst möchte ich einmal von dieser Stelle aus einen herzlichen Dank an die Kulturabteilung aussprechen, für die Zusammenarbeit im Jahr 1996. Ich habe heute wieder einmal etwas dazugelernt. Ich habe dem Kulturreferenten zugehört und habe gesehen, wie man mit Zahlen herumjonglieren kann und dabei die Sachen so negativ zeigen kann, daß sie fast nicht vorstellbar sind. Ich nehme an, daß das Herausgreifen dieser zwei Voranschlagsstellen darauf zurückzuführen ist, daß der Hr. Koll. ein bisserl zeitüberlastet ist. Ich habe mir die Mühe gemacht - natürlich so wie jedes Jahr und immer - die Zahlen zu vergleichen und es handelt sich insgesamt um 14 Voranschlagsstellen, die disponibel sind. Und diese 14 Voranschlagsstellen zeigen insgesamt überblicksmäßig 2 Voranschlagsstellen - sage und schreibe - die negativ sind, 7 die zugelegt haben und 10 % und 5 sind gleichgeblieben. Und wenn ich mich jetzt fairerweise auf die sachliche Ebene zurückziehe, und das ganze als Summe sehe und hier die Prozente ausrechne, so ist hier ein verkraftbares Minus von unter 1 % feststellbar. Rechne ich jetzt

das Jugendkulturhaus dazu, dann würde ich sagen, das Kulturbudget ist nicht geringer geworden, sondern sogar leicht angestiegen. Für mich war - wie gesagt - das Budget voriges Jahr in Ordnung, ist es auch jetzt wieder. Damit kann man feststellen, daß trotzdem, obwohl es voriges Jahr schon zu Einsparungen gekommen ist, doch eine gute Qualität geleistet wurde und nachdem auch jetzt das Budget im selben Rahmen sich bewegt, läßt das Jahr 1997 auf die selbe Qualität hoffen. 1996 - Jugendgemeinderat - vielleicht ein bisserl ein negatives Thema, weil hier die Aktivitäten von Seiten der Jugendlichen zurückgegangen sind. Ich habe versucht herauszufinden warum. Ich glaube zu wissen, daß der Handlungsbedarf nicht mehr dieser wesentliche Handlungsbedarf sein muß, wie er es ein Jahr vorher war, weil es doch zur Umsetzung der meisten - ich möchte fast sagen, aller - Forderungen der Jugendlichen gekommen ist. Ich denke hier an das Jugendkulturhaus - das brauche ich nicht noch einmal zu erwähnen. Die Jugendausstellungen im Schloß für 1997 wurden beschlossen. Keine Kürzungen des Jugendbudgets, und das kann man mit Fakten belegen. Ein ganz wichtiger Punkt ist für mich auch, daß diese Forderung nach Streetworkern umgesetzt wurde. Daß jetzt zwei solche Streetworker aktiv sind. Ich glaube, wir haben hier gezeigt, daß der Hilferuf der Jugend ernst genug genommen wurde. Und ich glaube, das Jahr 1997 muß auch wieder gekennzeichnet sein von dieser Bekämpfung dieser jugendlichen Gewaltbereitschaft auf Feindbilder die man künstlich schafft, ich glaube, mit allen Mitteln die uns zur Verfügung stehen. Das möchte ich hier von dieser Stelle sehr vehement fordern. War es 1995 das erste Mal ins Leben gerufen dieses Chorfestival, so kann man ohne Zweifel behaupten, kam es 1996 zu einer deutlichen Qualitätssteigerung zusätzlich Titel „Brucknerfestival“. Und ich glaube, 1997 das „Schubertjahr“ läßt auch einiges an Musikgenuß erwarten. „Schloßgalerie - ein Ausstellungsort, der mit Sicherheit - und hier übertreibe ich bestimmt nicht - weit über die Grenzen der Stadt hinaus bekannt ist, hat sich im Jahr 1996 als geistige Geburtsstätte einer Galerie der Stadt Steyr dargestellt. Es ist also hier bei einem Gespräch mit Prof. Schicka zu einer Initialzündung gekommen, daß man also hier diesen doch sehr bekannten Künstler aus Gmunden dazu gewinnen konnte, und er hatte das Angebot gemacht, mit einer Widmung eines seiner Werke, den Grundstein für diese Galerie zu legen. Daß diese Galerie - fairerweise doch vielleicht auch dieses Thema erwähnt - ein Gedanke der FPÖ ist, das wage ich zu bezweifeln. Und zwar deshalb, weil ich mit Dr. Lutz über dieses Thema sprechen konnte und er mir sagte, auch dieses Thema wurde schon vor 10 Jahren überlegt, nur leider Gottes noch nicht in die Praxis umgesetzt. Ich sehe hier einen Fingerzeig auf eine Ente. Es war keine Ente im Sinne eines Zeitungsartikels. Ich glaube, vor 10 Jahren haben kaum Leute gewußt, wie sehr aktiv die FPÖ vielleicht einmal werden könnte, zumindest es vorgibt. Frage: Wann Galerie, wo Galerie, Finanz? Klar und deutlich beantwortet. Finanz: Eine möglichst aus Widmungen bestehend, eine Voranschlagsstelle gibt es dafür, Dauerleihgaben und bereits vorhandener Fundus. Das wäre die erste Antwort. Es mag vielleicht manche Leute von der FPÖ verwundern, daß man auch Antworten geben kann auf Fragen. Wann: 1. 1. 1997 - es ist im Kulturausschuß so beschlossen worden und weitergeleitet worden. Ob jetzt der Standort - und dieses „Wo“ lasse ich jetzt noch mit einem Fragezeichen stehen - das Heimathaus ist oder ein noch zu diskutierender Standort sein wird, das sei dahingestellt, weil ich glaube, wir müssen uns in dieser Situation auch sehr genau überlegen, wo diese Galerie hinkommen soll. Ich bin hier auch in dieser Richtung gerne bereit eine sachliche Diskussion abzuführen. Auf alle Fälle wird es dazu kommen, daß im Heimathaus eine Wiederbelebung des Fundus möglich wird und pädagogisch aufbereitet mit Sicherheit - ich sehe hier den Koll. Lengauer nicken - für die Schulen ein sehr attraktives Angebot bieten wird. Und jetzt gebe ich - und sie werden es vielleicht nicht glauben - dem Koll. Pfeil recht. Die Stadtbücherei 1997 muß - und dafür möchte ich mich jetzt verbürgen - renoviert werden, sie muß mit den nötigen Installationen versehen werden und sie muß vor allem auf einen Stand gebracht werden, der nicht den mit diesem antiquierten Klassensystem eine Fülle von Büchern zu bewältigen, sondern diesen vorjährigen Jahrhundertstand muß man auf den letzten bringen, ganz egal wie teuer das jetzt sein möge. Man muß eine Lösung finden. Und eine Lösung wäre gleichzeitig dafür, und selbstverständlich auch eine Finanzierung im Sinne des Verkaufs des oberen Teils, damit die Möglichkeit besteht, hier eine Finanzspritze für die Bücherei zu finden. Ich möchte mich auch von dieser Stelle hier weg verbürgen dafür, daß 1996 genauso wie im Jahr 1997 die Kulturausschußbeschlüsse realitätsbezogen sein werden und diese Empfehlungen, die der Kulturausschuß hinausgeben wird, unter möglichst hoher Bedachtnahme auf die zur Verfügung stehenden Mittel, gefaßt werden. Ich darf eines noch anmerken, daß auch im Jahr 1996 alle - und ich

glaube, das Wort fast ist gar nicht mehr so richtig - Beschlüsse einstimmig gefaßt wurden. Unser gemeinsamer Auftrag für 1997 kann es daher nur sein, im Sinne der Bevölkerung Kultur zu unterstützen in Steyr und hier mein dringendes Ersuchen, den Auftrag auf keinen Fall durch die Wahlen beeinflussen zu lassen. Ich darf sie von dieser Stelle weg aufrufen, zu einer gedeihlichen Zusammenarbeit, die nicht durch irgend welche Machtbestrebungen eines einzelnen beeinträchtigt werden darf. Ein solches Verlassen der Sachlichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, käme meines Erachtens einer Entmündigung der gewählten Mandatare gleich. Und damit würden diese zu Marionetten degradiert. Nur kompromißbereit wird es uns möglich sein, im nächsten Jahr dieser Herausforderung entgegenzutreten und daher darf ich sie dringend ersuchen, dem Budget zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Der nächste zu Wort gemeldet ist Hr. StR Eichhübl. Ich erteile es ihm.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Herr Bürgermeister, Frau Vizebürgermeisterin, Herr Vizebürgermeister, meine Damen und Herren des GR, werte Gäste. Ich möchte meinen Beitrag zum Budgetvoranschlag 1997 ernsthaft beginnen, nachdem ja bei meinem Vorredner, Koll. Apfelthaler, die Mannschaft hier zu Lachstürmen bewegt wurde. Ich darf festhalten, daß ich mich ja bei meinen Ausführungen zum Rechnungshofbericht sehr kurz gehalten habe und daher jetzt die Möglichkeit habe, zum vorliegenden Budget 1997 etwas ausführlicher zu werden. Die Frau Vizebürgermeister hat gemeint, jetzt wird der Koll. StR Eichhübl wieder eine Lesung halten. Dazu kann ich eines bemerken Fr. Vizebürgermeister, meine Aufzeichnungen habe ich mir selbst gemacht, ich habe mir aber berichten lassen, da soll es einen Ausschuß geben, ich glaube Sozialausschuß heißt der, da schreibt der Vorsitzende des Ausschusses ihnen sehr oft auf, was sie dort zu berichten haben. Nur als Beibemerkung - so ist es mir erzählt worden. Meine Damen und Herren des GR, heute ist ja ein historischer Tag, denn soweit ich mich erinnern kann, ist es erstmals, daß in einem Jahr zwei Mal eine Beschlußfassung über ein Budget durchgeführt wird. Bekanntlich war ja die Beschlußfassung für das Budget d.J. erst im Jänner 1996. Und obwohl unser Fraktionsobmann Dr. Pfeil eine Grundsatzklärung zum Voranschlag 1997 namens der Fraktion abgegeben hat, möchte ich als Mitglied des Stadtsenates und als Referent der Stadtwerke einige grundsätzliche Bemerkungen und Anmerkungen zum Voranschlag 1997 machen. Und zwar deswegen, weil es ja für mich von besonderer Bedeutung ist, wie denn dieses Budget entstanden ist und welche Auswirkungen es hat, ohne daß ich jetzt näher auf das Zahlenwerk eingehe. Ich erlaube mir daher, daß ich so, wie einige Redner vor mir, einen kurzen Blick zurück mache und Vergleiche zu den Budgetverhandlungen für 1996 und 1997 anstelle. Erstmals wurde - wie gesagt - der Voranschlag 1996 nicht wie im Vorjahr beschlossen, obwohl es eine Reihe von Klausurtagungen und Besprechungen im Stadtsenat und in zuständigen Gremien, beginnend im August 1995, gegeben hat. Und danach - darf ich auch in Erinnerung rufen - wurde ohne weitere Diskussion am 7. 10. 1995 dem Stadtsenat ein gebundener Budgetentwurf vorgelegt, wobei damals die SPÖ bestritt, daß er von ihr stamme. Allerdings hat dann der Koll. StR Spanring als SP-Fraktionsvorsitzender am 11. 1. 1996 bei der Beschlußfassung in seiner Rede gemeint, daß nur sie so fleißig gewesen sind und entsprechende Vorarbeit geleistet haben. Und trotzdem haben damals in diesem Voranschlag einige wichtige Vorhaben gefehlt. Ich denke an die Hallenbadsanierung, ich denke an die Fachhochschule, um jetzt nur zwei sehr wichtige Bereiche anzusprechen und in Erinnerung zu rufen. Danach wurden in weiterer Folge abwechselnd einmal die Politiker, dann wieder die Beamten aufgefordert, den Ausgabenrahmen im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt entsprechend zu reihen bzw. auch Einsparungen vorzuschlagen. Aber natürlich selbstverständlich, meine Damen und Herren, ohne die übliche Fortschreibung der SPÖ-Budgets in

wesentlichen Bereichen zu verändern. Und an dieser Grundhaltung, meine Damen und Herren des GR, hat sich leider auch nichts geändert, trotzdem man damals einen fachkundigen Moderator beigezogen hat. Ich sage jetzt den Namen nicht, weil sonst verbessert mich der Koll. Bremm gleich wieder. Aber es ist allerdings dann im letzten Augenblick so gewesen, daß man darauf gekommen ist, daß zB für Amnestie International S 3.000,-- fehlen, daß man mehr braucht für den Notarztwagen oder für den Tourismusverband bereit ist, mehr Geld auszugeben. Und im außerordentlichen Haushalt ist man darauf gekommen, daß die Rate für ein Löschfahrzeug fällig ist und man eine Bausubvention für den Caritas Kindergarten in Munichholz braucht. Oder aber, daß man für die Errichtung eines Behinderten-WC S 150.000,-- bereit ist auszugeben. Und dann ist es so weiter und so fort gegangen - sie werden sich sicher noch daran erinnern. Interessant war aber dabei, daß die Umsetzung des Verkehrskonzeptes auf S 1 Mio. gekürzt wurde - der Hr. Bürgermeister schreibt es sich schon auf - obwohl bekannt war, daß noch eine offene Rechnung von Hrn. Stickler, der ja bekanntlich der Verfasser dieses Verkehrskonzeptes war, noch zu bezahlen gewesen ist, und zwar ebenso aus dieser Kontostelle aus. Man hat damals - und das habe ich heute bereits gesagt - offensichtlich die Umsetzung des Verkehrskonzeptes verhindert und behindert. Die geheime Abstimmung damals zu diesem Budget 1996 brachte ja bekanntlich 19 Pro und 15 Gegenstimmen. Wie sind heuer die Budgetverhandlungen verlaufen? Das Verfahren wurde wesentlich abgekürzt. Ohne Vorgespräche über die eingelangten Forderungen der einzelnen GR-Fraktionen wurde am 17. und 18. 10. eine Klausurtagung abgehalten, ebenso mit dem vorhin genannten selben Moderator. Und am 2. Tag gegen Mittag wurde diese Tagung, nachdem es den Stadtsenatsmitgliedern noch möglich war, einzelne Positionen anzumerken und Dinge aufzuzeigen, die nicht in diesem Voranschlag drinnen sind und zum Erstaunen mancher hat dann Hr. Bürgermeister Leithenmayr als Finanzreferent diese Verhandlungen abgebrochen. Es wurde lediglich festgestellt, daß zum vorliegenden außerordentlichen Haushalt, aufgrund weiterer Anforderung, die da gemacht wurden, eine Summe von S 56 Mio. zusätzlich notwendig wäre. Und auf meinen Vorschlag, doch den AOH auf mögliche Einsparungsvarianten oder Finanzierungsmöglichkeiten zu durchleuchten, ist man überhaupt nicht eingegangen. Daher blieben auch die von mir geforderten S 4 Mio. für die Sanierung Freibad, S 2,5 Mio. für die Errichtung einer WasserrutscheÜbrigens ist auch dieser Wunsch bzw. diese Forderung im Ausschuß für Kommunale Betriebe und Freizeiteinrichtungen einstimmig dort beschlossen worden, weil es einer entsprechende Verbesserung für diese Freizeiteinrichtungen bedarf. Ebenfalls haben die S 2 Mio. gefehlt für die Errichtung eines Anruf-Sammeltaxisystems und die sind dann einfach - wie ich bereits gesagt habe - im Raum stehen geblieben. Meine Damen und Herren, diese Vorgangsweise läßt ja nur den einen Schluß zu, daß der Hr. Finanzreferent bereits die Zusage zur Budgetzustimmung vermutlich von den Grünen Abgeordneten dieses Hauses in der Tasche hatte und daher gar keine Veranlassung mehr gesehen hat, weiter zu verhandeln. Der Koll. Apfelthaler hat ja das heute bestätigt, indem er gemeint hat, er hat ja schon die Arbeit von 17 Gemeindemandataren übernehmen müssen und auch die Arbeit einer Reihe von Stadtsenatsmitgliedern. Hr. Koll. Apfelthaler, vielleicht können wir noch einmal darüber reden, wie sie das schaffen. Mich würde das schon interessieren, wie sie die Arbeit von 17 Gemeindemandataren machen. Ich halte das gar nicht für so lächerlich, weil ich weiß - und so manch andere werden es wissen - , daß es der GR in seiner Tätigkeit nicht so leicht hat, weil er auch Ausschüsse zu absolvieren hat, daß es ein Stadtsenatsmitglied nebenrufflicher Art auch nicht besonders leicht hat. Daher finde ich diese Aussage, Hr. Koll. Apfelthaler, schon ein bisserl überzogen. Sie sind mir nicht ungehalten, wenn ich das hier in aller Deutlichkeit sage. Am 14. 11. d.J. wurde dann der unveränderte gedruckte Voranschlag für 1997 im Stadtsenat zur Weiterleitung an den GR behandelt. Zwischendurch erklärte allerdings Bürgermeister Leithenmayr als Finanzreferent, daß er doch noch mit den anderen Fraktionen über das Budget sprechen möchte. Daher erhebt sich wiederum die Frage, ob denn ebenfalls so zwischendurch die GAL-Vertreter etwas wankelmütig geworden sind mit der Budgetzustimmung, und erst der Vorstoß in der letzten GR-Sitzung, betreffend die Errichtung eines Alten- und Pflegeheimes in Munichholz, die Zustimmung zum SPÖ-Budget von seiten der Grünen wieder festigte. Sie haben noch eine größere Festigung gebraucht offensichtlich, wenn man heute diesen Zusatzantrag zum Budget 1997 betrachtet. Jedenfalls hat der Hr. Finanzreferent, Bürgermeister Leithenmayr, seine Ankündigung, weitere Gespräche auch mit uns zu führen, nicht eingehalten. Das stimmt doch etwas nachdenklich. Meine Damen und Herren des GR, mit Bedauern muß ich nochmals feststellen, daß im AOH der Einsatz

von Finanzmitteln für die Reparatur des Tauchgartens nach wie vor fehlt. Also dieses Anruf-Sammeltaxi-System ist ja inzwischen nachträglich aufgenommen worden und auch, wie der Hr. Sportreferent erfreut berichtet hat, sind Mittel jetzt drinnen in dieser abgeänderten Vorlage für die Errichtung einer Wasserrutsche. Meine Damen und Herren, ich anerkenne, das sage ich hier auch sehr deutlich, die Anregung der Investitionssumme im Verkehrsbetrieb durch den Ankauf von 2 Bussen, obwohl eine kontinuierliche Fuhrparkerneuerung bereits seit Jahren notwendig gewesen wäre. Das ist ja offensichtlich auch darauf zurückzuführen, daß der Rechnungshof entsprechende Anmerkungen gemacht hat. Der Hr. Bürgermeister hat heute in seinem Schlußwort gesagt, daß er doch meint, ich könnte nochmals Stellungnahme zum Rechnungshofbericht abgeben. Ich möchte das aber insofern einschränken, Hr. Bürgermeister, daß ich dir sagen möchte, daß ich es für wirklich sehr unfair halte, wenn du heute zum wiederholten Male hier in einer öffentlichen GR-Sitzung mir - ich sage es jetzt als nebenberuflicher StR sowie es auch anderen geht - vorwirfst, daß ich bei der Schlußbesprechung des Rechnungshofes nicht anwesend war. Und da darf ich auch sehr deutlich etwas sagen, Hr. Bürgermeister; es war die Situation so, daß diese Schlußbesprechung am 19. 4. 1996 - abgesehen davon, daß ich sehr wohl mit den Personen des Rechnungshofes mehrmals gesprochen habe im Verlaufe dieser Überprüfungen - stattgefunden hat, und daß ich am 17. - 2 Tage vorher - über den Umweg vom Magistrat Steyr eine Einladung zu dieser Schlußbesprechung erhalten habe. Das ist nachweisbar, Hr. Bürgermeister, da habe ich sogar das Briefkuvert in Händen mit dem Poststempel. Ich habe daher auch das zum Anlaß genommen, um einen Brief an den Rechnungshof zu schreiben, zH Hr. Ministerialrat Paul Haider, und habe diesen Umstand mitgeteilt und habe auch dargestellt, daß es mir als Berufstätigen nicht möglich ist, innerhalb von 2 Tagen, nachdem auch zwischendurch eine GR-Sitzung war, wo ich anwesend gewesen bin, vom Betrieb abkömmlich zu sein. Das möchte ich deswegen sagen, Hr. Bürgermeister, weil ich es niemals gemacht habe, daß ich auch nur im geringsten jemanden einen Vorwurf gemacht habe, sei es im GR, weil er einmal im Ausschuß gefehlt hat, sei es einem Stadtsenatsmitglied, weil er einmal bei einer Stadtsenatssitzung gefehlt hat. Das würde ich nicht machen. Und zwar deshalb nicht, weil ich weiß, wie es einem geht als nebenberuflich tätigen Mandatar. Ich glaube also, was die Anwesenheit im Stadtsenat meiner Person betrifft, so liege ich ganz gut, und ich brauche mich sicherlich mit meiner Präsenz nicht vor den anderen zu verstecken. Ebenfalls anerkenne ich die höheren Investitionsbereitschaften in anderen Bereichen der Stadtwerke sowie auch die Unterbringung von Stadtwerke-Betrieben, die ja zum Teil bereits in das neue Kommunalzentrum umgesiedelt sind. Das hat nicht nur erhebliche Kosten verursacht, das sei hier unterstrichen, es wurden aber im Gegenzug dafür endlich zeitgemäße Arbeitsplätze und Betriebsabläufe geschaffen. Dafür habe ich mich bekanntlich auch immer eingesetzt. Zudem gibt es auch eine Reihe von weiteren Ausgabepositionen in diesem Voranschlag für 1997, sei es im Sozialbereich, sei es im Umwelt-, im Verkehrs- und Bildungsbereich, beim Feuerwehr- und Rettungswesen usw., die wir Freiheitlichen selbstverständlich gut heißen. In einigen diesen von mir angeführten Bereichen wäre sogar eine Erhöhung notwendig. Die Zustimmung zu diesen Teilbereichen wird uns aber heute und heuer nach wie vor verwehrt, weil wir auch heute nicht die Möglichkeit haben, über Einzelpositionen dieses Voranschlages oder über Einzelbereiche abzustimmen, sondern daß wir nur die Möglichkeit haben, über diesen gesamten Voranschlag für 1997 unsere Stimme abzugeben. Seit Jahren ist ja das nicht nur eine Forderung von mir - erinnere ich mich, daß von seiten der ÖVP die Koll. Lohnecker darauf hingewiesen hat und andere Mandatare der ÖVP - , daß es doch so sein könnte wie in Linz, dort wird das ja praktiziert, daß man über Einzelbereiche, über Teilbereiche dieses Budgets abstimmen könnte. Aber das wurde von seiten der Mehrheit in diesem Hause immer wieder abgelehnt. Diesem Anliegen wurde kein Gehör geschenkt. Man möchte das einfach nicht praktizieren, man will eingefahrene Geleise offensichtlich nicht verlassen. So ähnlich, meine Damen und Herren, verhält es sich auch mit der Budgeterstellung für 1997. Man ist nicht bereit, echte strukturelle Veränderungen einzuleiten. Ein mittelfristiges Finanzkonzept wurde auch bereits erwähnt, fehlt nach wie vor. Ich darf nur in Erinnerung rufen, daß wir ebenfalls auch immer in unseren schriftlichen Anforderungen darauf hingewiesen haben und auch in unseren mündlichen Beiträgen, wo Einsparungspotentiale und budgetwirksame Maßnahmen zu setzen wären. Aber nach alten Gebräuchen schreibt man auch diesen Voranschlag in jenen Bereichen fort, wo man sich noch Wählerstimmen erarbeitet. Ihr eigener, damaliger Finanzreferent Zagler hat von dieser Stelle aus von Wahlkampfbudgets der SPÖ gesprochen. Sie werden sich noch daran erinnern. Dies trifft auch heute noch zu. Denn, wie sonst wäre es dann zu verstehen, daß man

auch heute wieder einen Abänderungsantrag einbringt, der im ordentlichen Haushalt um S 500.000,-- an Mehrausgaben vorsieht, die unter anderem eine höhere Vereinsförderung vorsieht - es soll der eine oder andere Verein um S 1.000,-- mehr bekommen, der andere um S 1.500,-- mehr, der andere um S 2.000,-- mehr. Ich habe bereits in der letzten GR-Sitzung verlangt, daß man endlich eine ordentliche Vereinsförderung machen soll. Ich hoffe, ich darf das Wort „ordentlich“ gebrauchen, nachdem es sich um den ordentlichen Haushalt handelt. Die Vereine werden es sicherlich brauchen diese S 1.000,-- oder S 2.000,--, da bin ich überzeugt davon. Ich vergönne es auch einem jeden. Aber ich bin auch der Meinung, daß es darunter Vereine gibt, die wesentlich mehr brauchen. Und daher meine Forderung über eine bessere Vereinsförderung, eine objektivere Vereinsförderung. Nicht immer nur nach den Gesichtspunkten der Parteilbrille. Trotzdem, meine Damen und Herren des GR, war man eben - wie ich vorhin erwähnt habe - nur bereit, aufgrund einer neuerlichen Vorlage eines Zusatzantrages auch im AOH zusätzliche Ausgaben in der Größe von S 12,5 Mio. zur Vorlage zu bringen. Auch die von mir geforderte Wasserrutsche habe ich bereits erwähnt, auch die Einführung eines Anruf-Sammeltaxis. Aber nur zur Information, meine Damen und Herren, aufgrund dieser Vorlage ist erkennbar, daß im Bereiche des Voranschlags AOH unter der VASt. (letzte Seite) S 9,7 Mio. drinnen stehen und eine Erhöhung auf S 11,2 Mio. hier platzgreifen soll. Zur Erklärung darf ich dazu sagen, die S 9,7 Mio., die ganz links stehen, beinhalten S 7,4 Mio. Kapitaleinlage und S 2,3 Mio. Grundleistung und daher sind S 1,5 Mio. für Anruf-Sammeltaxis vorgesehen. Nur um das einmal klarzustellen, weil in dieser Vorlage so eine großartige Summe drinnen steht. Aber ich darf auch eines jetzt sehr deutlich sagen; die Zuschüsse zu diesem Anruf-Sammeltaxisystem werden noch in wesentlich größerem Ausmaße von seiten der Stadt notwendig sein, denn bei Inbetriebnahme dieses Systems werden entsprechende Zuschüsse notwendig sein. Ich hoffe, daß dann auch die Stadt bereit sein wird, nicht diese Kosten den Stadtwerken aufzuerlegen und im Sinne des Rechnungshofberichtes, den wir heute hier erörtert haben, das als eine Bestelleistung betrachten werden. Ich hoffe, daß wir dann nicht mehr Geld verbrauchen, als wie bei den eingestellten Buslinien einzusparen gewesen ist. Nach wie vor, meine Damen und Herren, darf ich festhalten, fehlen die Mittel für die Sanierung des Tauchgartens im Freibad. Aber was auch sehr interessant ist, wie soll denn die Bedeckung dieser Mehrausgaben erfolgen. Hier gibt es eine Aufstellung und aus der Einnahmenaufstellung geht es ja hervor, durchwegs aus Rücklagenentnahmen. Aus Rücklagenentnahmen sollen diese angeführten Bereiche finanziell abgedeckt werden. Jetzt frage ich sie, meine Damen und Herren, Hr. Finanzreferent, warum hat man bei den Budgetverhandlungen nicht über die Bereitschaft gesprochen in Bereichen, denen wir durchaus positiv gegenüber stehen, weil wir auch Forderungen eingebracht haben, mehr Finanzmittel einzusetzen. Warum hat man das nicht gemacht? Warum wählt man auch heuer wieder den Weg eines überraschend eingebrachten Abänderungsantrages, unterzeichnet von der SPÖ und den beiden GAL-Mandataren? Daraus kann man folgendes schließen und ich erlaube mir, daraus folgendes Schluß zu ziehen: Offensichtlich möchte man gar nicht die Zustimmung von anderen Fraktionen, um dies dann im Wahljahr 1997 entsprechend ausschlichten zu können. Das ist die Tatsache, und das ist auch mit ein Grund dafür, was Hr. Dr. Pfeil auch angekündigt hat - , daß es der Freiheitlichen GR-Fraktion nicht möglich sein wird, diesem Voranschlag die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Hr. StR Tatzreiter. Ich erteile es ihm.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des GR. Wenn ich mir die Ausführungen aller meiner Vorredner, aber im besonderen von Hrn. Dr. Pfeil, zu Gemüte führe, dann habe ich das Gefühl, Hr. Dr. Pfeil, daß sie zu einem meiner Freunde einen Komplex besitzen, wenn sie immer von der Angst

reden beim Budget und den Finanzen dieser Stadt. Dann müßten sie eigentlich darauf gekommen sein, daß im Jahr 1996, so wie wir es im Jänner beschlossen haben, auch die Rechnung aufgegangen ist. Ich darf in diesem Zusammenhang vielleicht auch die Anmerkung anbringen, die auch heute schon gefallen ist, mit Glück vielleicht, das kann auch dazukommen, aber daß ein Finanzreferent vorsorglich, nämlich auch gleichzeitig als oberster Verantwortlicher für die Gemeinde, als Bürgermeister, sich darum umgesehen hat, daß die Finanzen einigermaßen in Ordnung gekommen sind. Die letzten 2 Jahre haben wir wirklich emsig gespart. Wir haben ein Budget im Jänner d.J. beschlossen, das sie auch nicht mitgetragen haben. Ich frage mich überhaupt nur, wenn man ein Budget nicht mitträgt und wenn sie den Lubbers zitieren, dann möchte ich nur darauf hinweisen, daß sie auch die Sprüche, die er bei jeder Einleitung immer wieder mit einbringt, auch beherzigen sollten, in dem nämlich die Grundregeln auch zitiert wurden. Nämlich die Konflikte sind sachlich nicht zu lösen. Aber übernehmen sie Verantwortung für sich selbst, für die Zusammenarbeit und für das Erreichen der Ziele. Das ist sehr wichtig in diesem Zusammenhang, auch mit zu überlegen und zu bedenken. Weil, wenn sie sagen, daß sie mit der Angst leben müssen, weil es nicht realisiert wurde und immer noch schuldig ist Das mag schon sein, wir würden uns alle miteinander mehr freuen, wenn die Situation noch besser wäre. Das ist aber nicht so. Aber daß wir einiges erreicht haben, und das wirklich in enger Zusammenarbeit, darf ich zumindest vom Jahr über, weil wir ein Budget gehabt haben, in den Beschlüssen feststellen. Hr. Dr. Pfeil, wenn ich darauf zurückkomme, was sie manchmal von sich geben, dann stelle ich fest, haben sie einen unbändigen Haß gegenüber Gewerkschaftsmitgliedern oder Funktionären, auch Kammerfunktionären. Ich frage mich nur, was sie mit ihren eigenen Funktionären machen in ihrer eigenen Fraktion. Ich stelle nur fest, daß sie unentwegt über irgendwelche solcher Funktionäre herziehen und es wäre vielleicht einmal gut, wenn sie den unbändigen Haß, den sie immer verlauten, daß sie den unter Umständen einmal ein bisserl bändigen. Es würde der Zusammenarbeit, der Demokratie besser dienlich sein. Ich meine dabei, daß wir in dem Zusammenhang, wo wir wirklich vieles gemeinsam erreicht haben, auch mit berücksichtigen, daß die Demokratie ihre Spielregeln hat, aber nicht immer unbedingt einseitig zu betrachten sei, nämlich von jenen, die gerade ein bisserl einen Höhenflug haben, wo es auch noch vorgegeben ist, das unbedingt zu vollziehen, was auf höchster Ebene so gepredigt wird. In diesem Zusammenhang täte ich sie einmal bitten. Ich darf in der Frage der Zusammenarbeit, weil wir das Budget brauchen für 1997 Wir haben nämlich große Projekte, die gedeckt sind mit den Einnahmen. Wir haben die großen Projekte zu realisieren. Auf was ich ganz besonders darauf hinweisen möchte ist, wir haben uns damals vorgenommen, die Reihenfolge uns einzurichten, nämlich Wohnen, Arbeit und vor allem die Schwierigkeiten mit dem Verkehr zu lösen. Ich darf sagen, beim Wohnen sind wir so weit, daß wir derzeit, weil wir vieles mit unterstützt haben als Gemeinde und natürlich die Förderungen dazu ausgereicht haben, daß viele Wohnbauträger auch dazu beigetragen haben, das Problem zu lösen. Mir ist es weit lieber, wenn einmal eine Wohnung freisteht und ich kann dafür sofort jemanden helfen, der in der Not ist, als wenn jedesmal 50 - 60 Leute vor der Türe stehen. Ich darf mich glücklich schätzen, daß wir dieses Problem nicht mehr haben. Wir haben das weitgehendst reduziert und wir werden in dieser Periode noch die 1.400 Wohnungen erreichen mit allen zusammen, die dazu beigetragen haben. Natürlich sind wir da nicht alleine, natürlich brauchen wir die Förderungen seitens des Landes. Ohne unserer Politik in der Gemeinde wäre es nicht möglich gewesen und ich verweise darauf, daß die Budgetbeschlüsse natürlich in diesem Zusammenhang dazu beitragen, weil es nicht möglich wäre, die Wohnbauten in dieser Form, und vor allem in dieser Preisklasse, herzustellen. Ich denke an die Styria, an die Erste, an die GWG der Stadtgemeinde. Wir haben diese Aufgaben zu lösen und wir haben sie weitgehendst gelöst.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Bis auf Wasseranschlüsse, die haben wir noch nicht.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

Ja ,mein Gott, sie sind der wichtigste in dieser Frage. Das habe ich schon festgestellt. Gehen sie einmal hin und sehen sie es sich an und sagen sie ihnen, daß sie dann mehr bezahlen müssen, Hr. Fürweger. Ich sage es ihnen nur. Wir haben eine Gruppe von Menschen, wenn wir denen das auferlegen, dann müssen wir es als Gemeinde bezahlen. Dann müssen sie auch zustimmen. Wissen`s Hr. Fürweger, ununterbrochen irgendwo hausieren zu gehen und Mißstimmung zu machen, das ist genau das, was ich von ihnen am allerschlechtesten einschätze. Wäre nur gut, wenn sie sich um die Sorgen wirklich annehmen täten, nämlich verantwortungsbewußt darauf bezug zu nehmen,

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

S 7 Mio. Mietenrückstände, Hr. Kollege.

STADTRAT LEOPOLD TATZREITER:

... daß wir über weite Strecken zumindest Einstimmigkeit haben, auch im Stadtsenat. Und da wäre es gut, wenn sie sich ein bisserl umsehen würden auch in ihren Funktionen. Meine Damen und Herren, daher würde ich bitten, auch das Budget für unsere Großprojekte, die wir im kommenden Jahr weiter realisieren müssen, vor allem aber unsere Aufgaben, die wir in diesem Zusammenhang erkennen müssen, nämlich auch die kleineren Probleme alle in Summe durchzuführen, daß wir dieses Budget heute beschließen und wir brauchen das in aller Deutlichkeit. Auch auf ein wichtiges Segment hinzuweisen; Es ist nämlich unfair, wenn man irgendwelche Menschen qualifiziert oder klassifiziert, und daß man dann dem Budget nicht zustimmt und dann hinterher sagt, „wenn wir das miteinander machen hätten können, wenn es sich realisieren hätte lassen, dann hätten wir das auch erreichen können“. Wieso haben denn die Sozialisten das nicht gemeint oder die Sozialdemokraten? Meine Herren, immer von dieser Art zu reden, ist für mich wirklich fast unerträglich. Das muß ich sagen und in diesem Zusammenhang meine ich auch bei den Projekten, wie auch das betreute Wohnen. Nämlich auch im Zusammenhang deren Projekte, die wir ganz bitter notwendig brauchen, für jene, die die Notschlafstelle auch meinen. Ich habe gerade in den letzten Tagen festgestellt, daß es eine ernsthafte Diskussion gibt, nämlich wieder neuerlich irgendwo das Feuer zu schüren, um dort das nicht errichten zu können. Ich meine nur, wir sollten uns wirklich hier um die Machbarkeiten bemühen und nicht unbedingt um den Willen, daß wir etwas nicht zusammenbringen oder nicht realisieren. In diesem Zusammenhang würde ich nur bitten und ich bin froh darüber, daß der Hr. Finanzreferent die Dinge ganz klar gesehen hat im vorigen Jahr, schon im vorvorigen Jahr, daß wir für heuer Möglichkeiten vorfinden, die uns in diesem Zusammenhang auch das Geschäftsjahr bzw. die Legislaturperiode zu Ende führen lassen, nämlich das wir im Jahr 1997 unsere Projekte fortsetzen können. In diesem Zusammenhang darf ich mich bei jenen herzlich bedanken, die uns ununterbrochen unterstützt haben, auch in solchen Fragen und weiterhin auch bitten für das Budget, vor allem aber den Beschlüssen, beizustehen. Ich darf wirklich noch eines anfügen, weil es auch gesagt worden ist - Koll. Schloßgangl, es stimmt nicht ganz, daß wir bei der Feuerwehr alles eingespart haben oder kein Geld mehr haben. Das Projekt - Löschzug Steyr III - Steiner Straße - das ist ein bisserl über das Ziel geraten, was die Kosten anbelangt. Ich sage das auch. Aber es ist der Zukunft entsprechend errichtet. Wir haben auch ein neues Fahrzeug wieder im Budget drinnen. Wir bemühen uns zumindest ausgeglichen, daß wir jedes Jahr zumindest ein Fahrzeug nachschaffen - das ist unser Wunsch und der der Feuerwehr - weil ja die Altersstruktur bei 24 - 25 Jahren irgendwo zu Ende ist bei unseren Fahrzeugen, weil sie nicht mehr der Technik entsprechen und es immer wieder Neuigkeiten gibt. In diesem Zusammenhang ist es notwendig, daß wir uns auch mit der Nachschaffung befassen. In diesem Zusammenhang darf ich auch bitten, das weiterhin so zu sehen. Natürlich gibt es Wünsche und auch die Feuerwehr hat klarerweise viele Wünsche. Und ich möchte

mich in diesem Zusammenhang wieder neuerlich bedanken, weil sie sich ununterbrochen auch der Allgemeinheit stellen - kostenlos und unentgeltlich - auch unter Lebensgefahr und unter den Bedingungen, die manchmal lebensbedrohlich sind. Das heißt, in diesem Zusammenhang darf man das nicht so sehen. Die Feuerwehr hat auch Verständnis hier für unsere Budgetsituation, und ich darf mich wirklich herzlich bedanken bei der Feuerwehr, daß sie das so sieht und auch mitmacht. In diesem Zusammenhang darf ich jene nur bitten, die dem Budget zustimmen, um das Jahr 1997 wirklich realisieren zu können in den Zügen, die wir uns vorgenommen haben, auch dem die Zustimmung zu geben. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Hr. GR Eisner. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT MARTIN EISENER:

Geschätzte Damen und Herren. Als Neuling im GR und nach 3 GR-Sitzungen und einigen Ausschüssen werde ich noch immer und habe auch in Zukunft vor, die Dinge, die so passieren und die man so hört, ohne Fraktionsbrille zu betrachten, sondern unvoreingenommen. Denn ich denke, daß es unser Ziel sein sollte, Sachpolitik zu betreiben und nicht in irgendeiner Form „wahlzukämpfen“. Ich habe ein bisserl etwas zu tun mit der ISO 9000 mit Qualitätsmanagement und da gibt es ein Wort, das ganz wichtig ist: „ZTF“. Das hat nichts mit dem Fernsehen zu tun, sondern mit Zahlen, Daten und Fakten. Und an die halte ich mich und werde da einmal eine ganz kurze Lesung machen. Die Stadt Steyr verfügt nach wie vor über keine vollständige mittelfristige Finanz- und Investitionsplanung - das ist Teil 1. Teil 2 lautet:- Es ist unzumutbar, mit einem jährlichen Grundsatzbeschluss auch solchen Vereinen eine Jahressubvention zu gewähren, welche überhaupt kein bzw. erst verspätet ein Ansuchen gestellt haben. Darunter steht dann jeweils: „Die Stadt will das durchführen, die Stadt sagte zu, den Empfehlungen des Rechnungshofes nachzukommen“. Das ist bitte aus dem Jahre 1991. Der Bürgermeister hat heute gesagt, das Budget beruht auf Beschlüssen und Ausschubarbeit. Was mir aber einfach als Neuling und in dem Sinn auch als Budgetfrischling komisch vorkommt ist, daß einfach sehr viele Sachen beschlossen werden und nicht durchgeführt werden. Eben wie dieses mittelfristige Finanzkonzept. Da gehe ich aber kurz weiter. Wir haben heute in diesem Zusatzantrag gehört, daß die Volksschule und das Alten- und Pflegeheim Münchenholz auch Geld bekommt und deswegen ist es gut, dem Budget zuzustimmen. Aber ich bin auch der Meinung, daß das bitte zu den Aufgaben einer Kommune gehört. Dh., das sehe ich einerseits als Vater einer 5-jährigen Tochter und andererseits als Enkel, man muß, wenn ich irgendwo Stadtteile dazubauere, Sorge tragen, daß ich meine Kinder irgendwie bilde - wobei irgendwie nicht negativ zu nehmen ist - und das ich die alten Leute auch unterbringe. Dh., da kann ich nicht sagen, das ist jetzt ein irrsinnig gutes Ding, was wir jetzt geschafft haben und am Abend der Budgetdebatte sagen, jetzt gibt es endlich ein Volksschulkonzept im Resthof und Geld für das Alten- und Pflegeheim haben wir auch. Weil ich denke, solche Dinge, die gehören eben zu den Hausaufgaben - ich wiederhole mich - und sind keine Zuckerl, die man so gibt und quasi auch in einem Wahljahr. Das ist ja mein Problem, daß ich in einem Wahljahr irgendwie neu dazugekommen bin, wo die Dinge ganz anders laufen. Aus diesem Grund denke ich, müssen in einem Budget Rahmenbedingungen geschaffen werden in irgendeiner Form. Was einige Vorredner gesagt haben, daß einiges erreicht worden ist, ist richtig. Und es würde auch ohne eine Budgetzustimmung weitergehen, etwas schwieriger, aber es würde weitergehen. Was ich erlebt habe in diesen Sitzungen ist, daß etwa ein Drittel der Zeit ein reines „Fraktionen-hick-hack“ ist. Da hat einmal - ich glaube - der Hr. Oppl gesagt, daß es egal ist, wie lange wir hier sind, weil wir ohnedies nicht mehr bezahlt bekommen. Das ist grundsätzlich richtig. Das einzige, was passiert ist, daß in der Sache nichts weitergeht, und daß unser Stundenlohn sinkt. Und ich denke, daß ich da nicht blauäugig bin, sondern

daß ich nach wie vor, trotz dieser vielen Sitzungen, die ich schon hinter mir habe, glaube oder überzeugt bin, daß Sachpolitik möglich sein muß, und daß wir im Budget Grundsätze im Prinzip in einer Form verwirklichen müssen und nicht Zuckerl uns gegenseitig zuschieben für die Stimmen, die wir dann dem Antrag geben. Und für das nächste Budget würde ich vorschlagen, nicht erst im Sommer zu beginnen, sondern vielleicht wirklich schon mit einer langfristigen Budgetplanung im Jänner zu beginnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDRIKE MACH:

Danke sehr. Wer wünscht noch das Wort? Herr GR Lengauer, bitte sehr.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrte Herren Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren. Volksschule Resthof, Altersheim Münchenholz, Anruf-Sammeltaxi - das sind so ganz wichtige Dinge - habe ich jetzt sehr oft und sehr häufig gehört. Wenn dann so ganz wichtige Dinge 3 Minuten vor der Budget-GR-Sitzung vorgelegt werden, dann frage ich mich, ob man denn diese Dinge ganz so wichtig genommen hat, wenn man sie herabwürdigt zu irgendeinem Fangspiel oder Köderspiel. Man hätte sehr wohl diese ganz wichtigen Dinge in den Voranschlag des Budgets hineinnehmen müssen. Ich denke, wenn sie uns wirklich so wichtig sind und wenn wir es ganz ehrlich meinen, dann sagen wir es auch und wissen wir es auch, daß sie so wichtig sind. Dann müßten sie aber dort drinnen stehen, wo sie hineingehören, nämlich wirklich in die erste Planung. Es wurde angezweifelt unsere Verantwortung, der Wille war nicht vorhanden. Man könnte das auch umdrehen. Ich möchte das jetzt nicht behaupten, aber einfach zu sagen, „von euch, weil ihr nicht zustimmt, war der Wille nicht vorhanden“. Ich könnte fragen, war dort, wo man nicht nachgeben wollte, oder wo man nicht mitverhandeln wollte, der Wille vorhanden? Ich möchte nichts behaupten. Ich möchte nur die Frage stellen. Was mir einfach fehlt, ist die Vergrößerung der frei verfügbaren Mittel. Damit bin ich dann schon dort, wovon ich eigentlich reden wollte, bei der Kultur. Ich glaube, dort fehlen uns einfach die frei verfügbaren Mittel. Wir setzen alles strukturell genau fest und wir können für wichtige Dinge, die sich ergeben, kein Geld mehr nehmen. Sicherlich ist es sehr positiv, daß manche Gruppen oder Vereine mehr Geld jetzt bekommen, aber letztlich ist es nicht ganz richtig. Ich habe es immer schon gemeint und gesagt, wir müßten Subventionstöpfe schaffen und sollten dann vielleicht ein oder zwei Termine festlegen, wo Ansuchen eingebracht werden können und dann könnten wir darüber urteilen, könnten wir überlegen und könnten echte Leistungs- und Projektsubvention starten und könnten, glaube ich, der Kultur mehr helfen und sinnvoller fördern. Vielleicht bin ich zu wenig Kaufmann. Ich meine, für das Kulturschaffen gibt es noch ein anderes Problem in unserer Stadt. Und das ist diese Konstruktion, da ein freiheitlicher Referent für Kultur und da ein sozialdemokratischer Vorsitzender des Kulturausschusses. Wir haben uns alle zusammengenommen im Kulturausschuß und haben versucht, vieles zu leisten. Die Bevölkerung meint, wir täten zu wenig. Vielleicht ist hier in dieser Konstruktion ein Grundübel, weil das eine oder andere einfach nicht sein darf, nicht gelingen darf, obwohl wir uns sehr zusammennemen, obwohl wir sehr vieles wirklich ehrlich miteinander im Kulturausschuß erarbeiten. Wir wollen nicht die Rosinen herausnehmen. Wir wollen nicht einfachhin auf Grund von Einzelpunkten einem Budget zustimmen. Wir möchten gerne ein Budget mit Strukturänderung, ein Budget, das in die weite Zukunft hineinarbeitet. Freilich - und ein Vorredner hat es schon gesagt - mir tut es diesmal leid, daß wir nicht Einzeldinge mitbeschließen können, denn es sind viele gute Sachen drinnen. Aber die weite Sicht und die weite Strukturplanung, die mittelfristige Planung, die fehlen uns. Daher können wir trotz einiger guter Ansätze der Gesamtheit nicht zustimmen. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich übergebe den Vorsitz Hrn. Dr. Pfeil und möchte mich selber einmal zu Wort melden.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich übernehme den Vorsitz. Hat sich sonst noch jemand zu Wort gemeldet? Das ist nicht der Fall. Ich erteile Frau Vizebürgermeister Mach das Wort.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrte Herren Bürgermeister, meine Damen und Herren des GR. Als ich vor etwas mehr als zwei Jahren mit der Funktion der 1. Vizebürgermeisterin betraut wurde, bin ich davon ausgegangen, daß speziell auch die Mitglieder im Stadtsenat ausschließlich sachorientiert arbeiten, kooperativ zusammenarbeiten und gemeinsam nach den für die Bewohner unserer Stadt besten Lösungen suchen. Heute, zwei Jahre nach meinem Amtsantritt, muß ich aber leider feststellen, daß diese Einstellung bei den Stadtsenatsmitgliedern von F und auch teilweise von der ÖVP immer seltener vorherrscht. Vielmehr habe ich in diesen 2 Jahren immer wieder den Eindruck gewonnen, daß die Vertreter dieser beiden Parteien die Zusammenarbeit eigentlich gar nicht wollen. Daß sie zwar immer von Kooperation reden, in der Praxis dann aber oft aus völlig nebulösen Gründen oder parteitaktischen Überlegungen Anträge ablehnen oder sich - und ich glaube, da ist Hr. Vizebürgermeister Pfeil Weltmeister - sich einfach der Stimme zu enthalten und somit gar keine Meinung kundtun.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Beispiele!

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich habe ein paar Beispiele. Gerade bei meinen sozialen Anträgen wirst du dich immer der Stimme enthalten. Ich muß diesen politischen Stil natürlich zur Kenntnis nehmen. Ich möchte aber festhalten, daß ich mir so die Zusammenarbeit innerhalb der Stadtregierung nicht vorgestellt habe, und daß ich wirklich im Grunde enttäuscht bin darüber. Der beste Beweis dafür war auch heuer wieder die Budgetklausur, die nach 1 ½ Tagen abgebrochen wurde, weil sie natürlich zu keinem Ergebnis geführt hätte. Denn sich gemeinsam hinzusetzen, mitzudiskutieren und zu beraten und dann aufzustehen und in der Öffentlichkeit zu verkünden, die Stadt ist pleite, das, meine sehr geehrten Damen und Herren, hat mit einer seriösen Politik nichts mehr zu tun. Das ist gelinde gesagt ein Armutszeugnis und der nachhaltige Beweis, daß sich die F und auch die ÖVP von einer konstruktiven Arbeit zum Wohle der Bürger unserer Stadt längst verabschiedet haben. Das ist der nachhaltige Beweis, daß Parteidenken eindeutig über die Interessen der Stadt Steyr und Opposition um jeden Preis gespielt wird. Das ist traurig aber wahr und ich muß sagen, ich habe dafür keinerlei Verständnis und ich bin überzeugt davon, daß auch die Bürger unserer Stadt dafür keinerlei Verständnis aufbringen. Was den Haushaltsvoranschlag selbst betrifft, so meine ich, daß es ein solides und ein gutes Budget ist. Es weist keine Nettoneuverschuldung auf und trotzdem sind speziell auch im Sozialbereich die entsprechenden Mittel vorgesehen. Es wird nicht bei den

Schwachen gespart, sondern gerade auch für diese Gruppe vorgesorgt. So bin ich wirklich sehr froh, daß sowohl für die alten Menschen als auch für unsere Kinder genügend Mittel im Budget vorgesehen sind. Es freut mich natürlich auch, daß der Hr. Vizebürgermeister einmal das Alten- und Pflegeheim Tabor besichtigt hat. Es wurde mir ja kurz nächsten Tag von den Schwestern mitgeteilt und sie waren überrascht, daß er sich für das Alten- und Pflegeheim Tabor interessiert hat und sie erzählten mir auch, daß er sich die Zimmer ansehen wollte, und daß er bekrittelt hat, daß ein 5-Bett-Zimmer oben ist. Ich muß sagen, ich war dann im 5-Bett-Zimmer drinnen - ich kenne ja die Personen, die drinnen liegen - und ein jeder hat mir gesagt, ich bin eigentlich in diesem Zimmer ganz glücklich. Und ich würde jedem einmal empfehlen - das 5-Bett-Zimmer ist meiner Meinung auch nicht standesgemäß und daß es aufgelassen gehört, das wissen wir alle - er soll sich Zeit nehmen, soll sich zu den alten Leuten hinsetzen und mit ihnen ein paar Worte reden. Da wird ein jeder sagen, ich bin so froh, daß ich da bin, und daß ich versorgt bin, weil heroben geht es mir gut und es geht mir nicht schlecht. Die einzigen, die Kritik üben, sind die Angehörigen zum Teil, das möchte ich auch jetzt sagen. Aber ich finde, daß das keine Kritik ist, weil wenn ich heute Kritik übe und kann meinen Angehörigen nicht selbst pflegen, dann muß ich eben das in Kauf nehmen, wie es geboten wird. Und die Schwestern bemühen sich wirklich. Und ich glaube, wenn man immer nur am Alten- und Pflegesektor Kritik übt, dann ist das nicht richtig. Und eines habe ich auch gesehen, Hr. Vizebürgermeister, von den Freiheitlichen ist überhaupt im Konzept keine einzige Forderung drinnen, was Soziales betrifft von den Budgetforderungen. Es betrifft die Forderungen nur die Ressorts der beiden Freiheitlichen Stadtsenatsmitglieder. Aber es steht nicht drinnen, wir brauchen etwas Soziales.

ZWISCHENRUF:

Das ist ja eine Grundausrüstung, sowie der Koll. Eisner gesagt hat.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Hr. StR, ich habe aber nichts gefunden und ich muß ein Allgemeindenken haben und nicht nur ein „Ich-denken“. Das möchte ich auch sagen. Und ich möchte jetzt einige Beispiele anführen, was für mich persönlich sehr wichtig ist, das sind nämlich die Planungskosten für das APM, ebenso für einen neuen Kindergarten, den wir ja dringendst in Münchenholz brauchen. Wir wissen alle, daß der in der Puschmann-Straße nicht mehr standesgemäß ist, weil wir brauchen mehr Kindergartenplätze und durch die Berufstätigkeit der Mütter brauchen wir auch immer mehr Tagesstätten. Die Erhöhung um 2 Personen bei der mobilen Altenbetreuung ist auch ganz positiv. Ich glaube, wir müssen das jetzt Jahre hindurch erneuern, weil es gehen uns hier wirklich ein paar Personen ab und es ist wichtig, daß wir für nächstes Jahr uns die Erhöhung vornehmen. Für den Verein Drehscheibe Kind die S 120.000,-, die finde ich sehr positiv, weil sie eine Vorkindergartengruppe eingerichtet haben. Die Tagesmütter sind auch erhöht worden und natürlich auch für den IGS die S 400.000,-, ebenso auch für eine Notschlafstelle. Was die Caritas Kindergärten betrifft und auch den Kindergarten der Kreuzschwestern wurden die Subventionen der Stadt auch jährlich S 100.000,- erhöht. Ich glaube, das ist auch wichtig. Jetzt haben wir eine geregelte Linie drinnen, jetzt bekommen alle das gleiche. Und gleichzeitig werden von der Stadt auch für die erforderlichen Umbauarbeiten im Caritas Kindergarten Münchenholz S 1 Mio. bereitgestellt. Ebenso auch ein Betrag für den Waldorfkindergarten, der ja übersiedeln muß. Ich glaube, daß wir damit seitens der Stadt wirklich ein beachtliches Signal setzen, das es der Caritas, wie auch dem Waldorfkindergarten erleichtert, diese Kindergärten weiter in so vorbildlicher Art und Weise zu führen. Was das ebenso häufig strapazierte Schlagwort vom Gießkannenprinzip im Sozialbereich betrifft, darf ich die Kolleginnen und Kollegen von F und ÖVP daran erinnern, daß die Subventionsvergabe exakt nach jener Subventionsliste erfolgt, die auch einstimmig beschlossen wurde. Und selbstverständlich müssen

auch die Sozialvereine die entsprechenden Leistungsnachweise erbringen und die Verwendung der Mittel natürlich beleben. Das Budget für 1997 ist daher aus Sicht der Sozialreferentin ein gutes Budget, weil es Mittel für jene vorsieht, die Hilfe und Unterstützung benötigen. Und weil wir damit auch ein sichtbares Zeichen setzen, daß wir uns seitens der Stadt nicht von unserer sozialen Verantwortung verabschieden. Ich will in Erinnerung rufen, daß ohne ein Budget nur gesetzliche und vertragliche Leistungen zur Auszahlung kommen. Dann würde es keine Subventionen geben, keine Erhöhung bei der Altenpflege und keinen neuen Kindergarten, gar nichts. Ich möchte daher eindringlich nochmals an sie appellieren, diesem Budget ihre Zustimmung zu geben und damit auch die Voraussetzung zu schaffen, daß die vorgesehenen Subventionen für Sozialvereine sowie auch für Sport- und Kulturvereine, die sie ja alle wirklich dringend benötigen, auch ausbezahlt werden können.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Als nächster zur Wort gemeldet hat sich Hr. Dr. Tilman Schwager. Ich erteile es ihm und gebe den Vorsitz wieder an Frau Vizebürgermeisterin Mach zurück.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Hohes Präsidium, meine Damen und Herren Kollegen vom GR. Die so kurzfristige Wortmeldung meinerseits hatte ursprünglich nur den Zweck, dem jüngsten GR-Kollegen zu seiner Einstandsrede zu gratulieren. Nicht nur im Aufbau, sondern auch vom Inhalt her und ich wünsche mir und ihnen, daß sie mit ihren Absichten, die sie uns erzählt haben, auch durchkommen, und daß sie sie durchstehen können. Wenn noch mehr dieser Auffassung wären hier im Hause, dann hätten wir nicht so enttäuscht und ich muß sagen ungewohnt im Tonfall, liebe Fr. Bürgermeister - du darfst mir nicht böse sein - Wortmeldungen, wie eben die letzte von dir. Die läßt für den Rest der Legislaturperiode nichts gutes hoffen, wenn wir uns wirklich nicht bemühen, irgendwo das Gemeinsame zu finden. Es ist auch demokratisches Recht, sich gegen ein Budget zu stellen, es ist genauso demokratische Pflicht, wenn man der Überzeugung ist, etwas nicht tragen zu können, diese Überzeugung auch zu äußern. Das ändert nichts daran, daß man deswegen durchwegs ins Persönliche ausfallen muß. Das ist etwas, was den heutigen Nachmittag leider all zu sehr gezeichnet hat. Ich stehe auch nicht an zu sagen, daß das Budget für 1997 wirklich auch sehr positive Seiten hat. Wir anerkennen, daß hier gegenüber den Vorjahren der Sparwille wiederum dokumentiert ist. Wir anerkennen auch, daß man sich bemüht hat, Kostensenkungen vorzunehmen. Wir werden auch nicht, wie jetzt befürchtet wurde, eine reine „Stur-Heil-Oppositionspolitik“ betreiben. Das ist nicht unsere Art. Aber wir haben schon lange gefordert, daß man sich Gedanken darüber macht, nicht nur über das mittelfristige Finanzkonzept - ich kann dieses Wort schon fast nicht mehr hören - , sondern auch darüber, daß man überhaupt manche Budgetgruppen vollkommen neu gestaltet. Es ist mir klar, daß wir natürlich bestimmte Budgetgruppen nicht einfach umkrempeln können, sondern daß man die zwangsläufig immer wieder fortschleppt. Aber vielleicht können wir uns doch einmal überlegen, wo wir Ansätze finden, hier zu einem besseren Ergebnis zu kommen. Liebe Fr. Vizebürgermeister, auch wenn du das jetzt meinen Fraktionskollegen und damit auch mir vorgeworfen hast, daß wir uns hin und wieder enthalten, ich kündige an, daß ich mich auch hier enthalte. Und zwar aus ganz einem kühlen Grund. Ich anerkenne einerseits, um das noch einmal zu wiederholen, den guten Willen aus eurer Fraktionssicht, aber ich halte mir halt vor, daß ich dieses Budget nicht mittrage. Und in diesem Wechselspiel gibt es für mich nur die Enthaltung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet hat sich Hr. GR Gollatsch. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Hohes Präsidium, werte Gemeinderätinnen und Gemeinderäte, Frau Vizebürgermeister. Ich wollte eigentlich zu dem nichts mehr sagen, aber in mir „wurlt“ es. Mangelndes Demokratieverständnis jemanden vorzuwerfen, der nach eigenem Gutdünken und nach bestem Wissen und Gewissen irgend etwas nicht zustimmt, ist meines Erachtens ein starkes Stück. Und ich fühle mich persönlich Mit der Aussage eines mangelnden Demokratieverständnis kann ich leben. Aber mangelndes Demokratieverständnis sehe ich anders. Wenn eine Fraktion, die Grünen und die Sozialdemokraten, ein Budget beschließt, wo sie GR-Beschlüsse negieren, meine Damen und Herren. Heuer im Mai oder April war es, kam ein GR-Antrag - Tilman, du kannst es nicht mehr hören, aber das gehört hier dazu - , vor Budgeterstellung soll ein mittelfristiges Finanzkonzept erstellt werden. Und von dieser Stelle habe ich hier gesagt, das hat nicht „soll“ zu heißen, sondern „ist zu erstellen“ oder „hat erstellt zu werden“. Hr. Bürgermeister, hast du dein Budget aufgrund eines mittelfristigen Finanzkonzeptes erstellt? Nein, du hast einen GR-Beschluß negiert.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Hr. Bürgermeister ich bitte um das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des GR. Es gibt natürlich viele Sichten und selbstverständlich ist es legitim, unterschiedliche Positionen zu haben, unterschiedliche programmatische Vorstellungen und andere Projekte zu wollen, als andere Fraktionen. Das ist ganz normal. Aber genau das habe ich eigentlich in dieser langen Debatte nicht gehört. Ich habe von keinem einzigen Debattenredner gehört, welche Position zB aus dem AOH herauskommen sollte. Wünsche, was noch alles drinnen sein soll, sind wohl geäußert worden. Aber das ist ja keine Wunschliste, die wir beschließen sollen, sondern ein seriöses Budget, das bedeckt werden soll. Wo wir seit 2 - 3 Jahren darüber reden, daß die Prämissen keine Neuverschuldung sind. Nicht einmal Rücklagenentnahmen. Auch diese Position ist natürlich unterschiedlich zu bewerten, ob man nämlich S 50 Mio. Rücklage hat oder S 106 Mio. Und einfach nicht zu akzeptieren, daß unsere bisherigen Bemühungen Früchte getragen haben, indem sie die Rücklagen mehr als verdoppelt haben und einen Teil dieser Rücklagen wieder zu nehmen, um wirklich Projekte zu realisieren im kommenden Budgetjahr, die von allen heute gelobt wurden, die gemacht werden sollen. Es ist doch interessant, daß man sich, wenn man sich einig ist über die Projekte, trotzdem einem Budget nicht zustimmen oder zu dieser Zustimmung erklären kann. Es wird natürlich darüber geredet, welchen Verlauf die Budgetverhandlungen genommen haben. Ich meine, viel demokratischer, wie wir das versucht haben, kann man das nicht tun. Ich kenne keine Stadt in Österreich, die versucht hat, das Budget mit der gesamten Stadtregierung gleichzeitig, ergänzt um den Fraktionsvorsitzenden einer Fraktion, die nicht im Stadtsenat vertreten wird, ein Budget zustande zu bringen. In offener Diskussion, wo der Bürgermeister und Finanzreferent hier seine Vorsitzposition zurückstellt um gleich unter gleichen zu sein mit dem Ergebnis, daß man dann bei einer Budgetberatung vorgehalten bekommt, daß man sich nicht viel stärker engagiert hätte. Daß man natürlich den Vorwurf eingebracht hätte, daß ich mich nicht an die Spielregeln, die uns der Profimoderator vorgegeben hat, halte. Ich glaube, daß wir uns schon vor Augen halten müssen, daß wir uns bemüht haben, ohne Neuverschuldung, ohne Rücklagenentnahme

- das war nämlich damals noch eine konkrete, von allen getragene Vorstellung, wir wußten ja nicht, wie hoch die Rücklagen sein werden und das sich die noch so positiv entwickeln können, weil der Nachtragsvoranschlag nicht so weit vorgelegen ist - und ohne daß man hier Schulden macht oder Rücklagen angreifen kann, sind halt nur bestimmte Summen möglich im AOH. Es ist oft davon geredet worden - heute auch mehrmals - , daß halt die weite Sicht fehlt, ich glaube, Lengauer, oder die Spielräume zu eng sind. Ich hätte auch gerne größere Spielräume. Aber lesen wir nicht alle Zeitungen, hören wir nicht jeden Tag in den Medien und lesen, daß die Spielräume überall enger sind, nicht nur in Steyr, nicht nur in den Gemeinden, auch in den übergeordneten Gebietskörperschaften, Bundesländern und im Bund selbst und auch natürlich in den anderen europäischen Ländern, von überseeischen möchte ich da gar nicht näher hier reden. Die Spielräume sind eng geworden, aufgrund einer weltweiten auch wirtschaftlichen Entwicklung und bei uns in Steyr sind diese Spielräume auch eng geworden - aus mehreren Gründen. Wir haben oft darüber geredet, der Input, der finanzielle der Gemeinde ist durch externe, von uns nicht zu beeinflussenden Entwicklungen heraus natürlich weniger geworden. Der Verlust von tausenden Industriearbeitsplätzen trifft die Einnahmensituation einer Gemeinde natürlich massiv - etwas phasenverschoben, aber trifft uns. Wir haben uns oft unterhalten über die Auswirkungen der Steuerveränderung im Jahr 1993 - Abschaffen der Gewerbesteuer nach Ertrag. Das hat uns weh getan. Wir haben uns noch nicht davon ganz erholt, obwohl sich die Kommunalsteuer gut entwickelt. Es war ein Geschenk an die österr. Unternehmungen, allerdings auch mit der Perspektive, daß das auch in Europa so ist, daß es diese Steuer nicht gibt, muß ich sagen und mit dem Vorteil, daß natürlich hier die Bemessung in Hinkunft nicht mehr sehr unterschiedliche Ertragssituationen in Unternehmen hier sein werden, sondern daß es die Beschäftigten dort sind. Selbst diese Meßgröße wird noch einmal zu ändern sein, wenn nämlich eines eintritt, noch stärker und länger eintritt, daß eben immer weniger Menschen mit immer moderneren Maschinen immer mehr erzeugen. Da werden die Köpfe auch nicht mehr die Meßgröße sein können. Und dann wird es halt so etwas wie eine Ertragssteuer geben. Eine Steuer von den Wertsteigerungen, die eben in den Unternehmungen erzielt werden. Es hat schon einmal ein Vordenker gesagt, es ist ihm nicht zum Vorzug gereicht in der politischen Diskussion. Also was ich eigentlich nicht gehört habe, das sind die intelligenten Methoden, wie man das nennt mit einem ganz netten Allgemeinplatz, der immer wieder verwendet wird. Die intelligenten Methoden des Sparens, von denen alle - nicht alle, manche - reden, die werden dann nicht weiter vertieft. Meine Fragen, was intelligent sei beim Sparen, da kommt dann irgendwo so ein kleiner „Privatisierungs-Touch“ dazu, und das reduziert sich dann sehr auf Bücherei und Gärtnerei. Intelligent würde ich das noch nicht bezeichnen. Es war viel intelligenter und eine viel größere Herausforderung, mit 50 Leuten weniger die selbe Leistung zustande zu bringen. Das hat uns nämlich wieder einen gewissen Spielraum - keinen sehr großen - eröffnet. Und jetzt möchte ich zu den Spielräumen noch einmal etwas sagen. Wir hätten doch genug Geld und hätten uns nicht solche Sorgen machen brauchen um die Engpaßsituation bei der Finanzierung unserer Verwaltung, weil Verwaltung gefallen ist. Also hätten wir nicht eine derartige Fülle von Projekten in Gang gesetzt, riesige Projekte in Gang gesetzt und müßten wir sie nicht finanzieren, dann hätten wir natürlich jede Menge Spielraum. Wenn ich um eine Viertel Milliarde Schilling Grundstücke kaufe, das haben wir in wenigen Jahren getan, dann ist das doch vollkommen klar, daß sich dann der Spielraum verändert, und daß er sich reduziert. Aber das ist ja bei jedem „Häuslbauer“ auch so. Ich kann mich nicht erinnern, daß einer zum Haus bauen anfängt, den Grund kauft und das Haus baut und gleichzeitig ein neues Auto kauft und eine Weltreise macht. Völlig klar, daß unser Spielraum künstlich eng geworden ist durch die großen Anforderungen, die wir selbst gestellt haben durch unsere Beschlüsse, für die Zukunft dieser Stadt Projekte zu machen. Eines freut mich da dabei schon, trotz aller Widersprüchlichkeit in der politischen Diskussion, die ja eher als vordergründig betrachtet werden muß. In Wahrheit sind fast alle diese großen Projekte einstimmig beschlossen worden. Und Hr. Dr. Pfeil, ich meine, sie haben ja sehr viele kleine Einzelfälle, Probleme Zum Teil gebe ich ihnen recht, kann man schon kritisieren und so sehen, ich bin ja auch nicht immer ganz zufrieden. Aber wo Menschen sind, werden auch Fehler gemacht. Wir müssen uns bemühen, sie zu verbessern. Aber als sie mich eigentlich dann zum Schluß zu einem Verwalter apostrophiert haben, als der ich in die Geschichte eingehen werde, und eigentlich einen „zusätzlichen Beamten“ hier in diesem Haus genannt haben, das hätte ich mir nie gedacht, daß ich als gelernter Arbeiter und Schlosser einmal solche hohen Weihen bekomme von ihnen. Ein Beamter zu sein - großartig. Ich erinnere mich, daß

das viele - auch aus der Beamtenschaft sehr viele - anders gesehen haben. Stimmt natürlich nicht, ich bin natürlich überhaupt kein Beamter, sondern genau das Gegenteil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber sie verwalten, wie Hr. Vranitzky den Bund, verwalten sie die Stadt. So ist es.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Glauben sie, daß wir durch Verwaltungstätigkeit das FAZAT geschaffen haben. Glauben sie, daß wir durch Verwaltungstätigkeit die geschützte Werkstatt geschaffen haben. Glauben sie, daß wir durch Verwaltungstätigkeit die Fachhochschule geschaffen haben oder VPTÖ, oder Bahnhofsüberbauung, die wir im April beginnen werden, oder das Rot-Kreuz-Zentrum - eines der modernsten, oder die Organisationsreform als Verwalter, die wir nur fortschreiben- und umgesetzt hätten. Daß wir das Stadtentwicklungskonzept betreiben, und daß es sich wirklich spießt, das ist natürlich keine Verwaltungsangelegenheit. Die Nordspange, die nach ihrer Meinung nach vor 3 Jahren schon hätte realisiert werden können. Da muß ich ihnen dazu sagen, da war diese Aussage durch Fachwissen um Beschäftigung wirklich mit der Materie nicht sehr getrübt. Jedenfalls durch Verwaltung werden sie keine neue Bundesstraße in Steyr bekommen. Oder Nahversorgungszentren, oder Reithofferhaus durch Verwaltung erworben. Oder Jugendkulturhaus, auch heute diskutiert worden, wo sich jeder ein „Federl“ jetzt hinsteckt, haben wir nicht uns „verwaltet“. Und vom Hallenbad rede ich gar nicht. Und ich frage mich auch, ob das überhaupt ausreichend schon einmal diskutiert wurde, daß der größte Teil dieser Objekte in ihrer Plausibilität und Begreifbarkeit auch höheren Orts, in der Landesregierung, bei der Bundesregierung bis Brüssel - wenn ich von VPTÖ spreche - so akzeptiert werden, daß von dort die Mittel fließen, und zwar eigentlich in vielen Fällen viel mehr, als wir als Stadt zahlen, obwohl das Ding bei uns steht. VPTÖ - S 172 Mio. in 5 Jahren, die Stadt zahlt wieviel? Was schätzen sie Hr. Dr. Pfeil?

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Wir sind ja kein Quiz hier.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Es ist ja kein Quiz, aber ein internationales Forschungsinstitut, wo jetzt schon 20 Leute beschäftigt sind, Spitzenwissenschaftler, Forscher, graduierte Akademiker, Leute ihres Ranges. Die sind dort bereits tätig - Grundlagenforschung, Lösung von Alltagsproblemen in Betrieben und es sollen noch Amerikaner dazukommen, oder sind schon dabei und Asiaten und es wird wichtige Impulse bringen dieses Institut. Es hat höchste Akzeptanz. Es bringt uns Vernetzung mit den Universitäten, mit den Forschungszentren über Internet in aller Welt, was wir uns auch einleiten haben lassen. Bitte sehr, und was bezahlen wir dafür? 16 % Hr. Dr. Pfeil von S 172 Mio.! Diese Projekte haben den Charme in einer wirtschaftlich schwierigen Zeit, wo wir nicht die Einnahmen erwirtschaften können, weil die Wirtschaft und die Umstrukturierung in der Industrie usw. eben das mit sich gebracht hat, weil wir viele Arbeitsplätze verloren haben, Projekte zu haben, bei denen die übergeordneten Gebietskörperschaften

verhältnismäßig viel, in vielen Fällen mehr als wir zahlen. Dh. Kaufkraft in die Region bringen und wenn die Projekte gut sind, werden sie nachhaltige Wirkung bei uns haben, und das ist in Wirklichkeit meiner Meinung nach das entscheidende. Und es ist das genaue Gegenteil von Verwalten. Und dadurch werden natürlich die Spielräume nicht weiter, wenn man solche großen Investitionen durchführt. Und dann ist natürlich darüber gesprochen worden, wie „bösaartig“ ich mich bei Verhandlungen verhalte und wie unzugänglich eigentlich. Und jetzt muß ich sagen, die ÖVP preist hier eine ganze Reihe von im Abänderungsantrag aufgenommenen Projekte - sie seien auch ihre Projekte zu recht, richtig - es sind unsere Projekte. Es gibt eigentlich nichts, wo wir dagegen sind. Aber wegen dieser Projekte, die jetzt da draufstehen, hat sich ja die Einigung nicht zerschlagen. Es waren ja in Wirklichkeit im wesentlichen nur 2 Vorstellungen der ÖVP, an denen sie allerdings unverbrüchlich festgehalten hat, die beiden Verhandler, was mich nicht wundert, weil natürlich hier mit einem einstimmigen Beschluß des ÖVP-Parteivorstandes vom 12. 11. 1996 die beiden Verhandler, Hr. StR Komm.Rat Ing. Schloßgangl und Hr. StR Willi Spöck, natürlich keine Spielräume gehabt haben zum Verhandeln. Und wenn halt hier eine Forderung von der ÖVP kommt - ÖVP fordert offensive Wirtschaftsförderung - wir haben heute schon gesprochen in meinen Ausführungen - S 12 Mio. sind da drinnen. Es wird geklagt, daß nur S 3 Mio. für Klein- und Mittelbetriebe hier zur Verfügung stehen. Dazu darf ich sagen, daß es sich dabei um eine Ansatzpost handelt, mit der wir in den laufenden Jahren, die hinter uns liegen, immer das Auslangen gefunden haben. Niemand, kein einziger Förderungswerber, ist von uns weggegangen und wäre nicht befriedigt worden, aufgrund des Umstandes, weil wir kein Geld mehr im Budget dafür hatten. Es sind manche natürlich nicht gefördert worden deswegen, weil sie unsere Förderungsrichtlinien nicht erfüllt haben. Das ist eine Voraussetzung. Aber bitte, da bin ich verpflichtet, die Förderungsrichtlinien einzuhalten, die hat der GR beschlossen für mein Geschäft nach Statut. Niemand ist weggegangen und hat nicht eine Förderung bekommen. Alle haben eine Förderung bekommen, die die Richtlinien erfüllt haben und wir haben auch Beweise auch in allerletzter Zeit gebracht. Wir beschließen zum Jahresende ohne jede Kreditüberschreitung oder Kreditübertragung die Förderungen, die im Ansuchenweg an uns herangetragen wurden. Also, auch die Wirtschaft verlangt das nicht von uns, das verlangt die ÖVP von uns. Wir sollen die Klein- und Mittelbetriebsförderung verdreifachen, S 7 Mio. extra pro Jahr und das 6 Jahre, lang, eine ganze Periode. Da bin ich ja rein rechtlich dazu nicht in der Lage, meine Damen und Herren, weil das nächste Jahr sind ja Wahlen - ihr redet ja alle davon. Und ich weiß es ja nicht, ob ich noch dabei bin. Und wir wissen ja nicht, wer aller dann im Stadtsenat sitzt. Das, was ihr da vorgeschlagen habt, das ist eine Koalitionsakt, über den müssen wir nach den Wahlen reden. Aber nicht ein Jahr und für das Budget die Zustimmung daran binden, daß man so etwas erfüllt. Nicht erfüllbar! Was aber natürlich dann noch besonders einiges erleichtert ist, daß diese sozialpartnerschaftlich besetzte Arbeitsgruppe in Wirklichkeit das ganze Wirtschaftsfördervolumen, das wir da haben, das wären S 10 Mio. pro Jahr, verteilt unter Vorsitz des Hrn. Wirtschaftskammerobmannes, der die Entwicklung des Modells koordiniert und den Einsatz der Mittel steuert. Lieber Freund Othmar Schloßgangl, das darfst du dir nicht erwarten, daß das so geht. Ich glaube, da würden auch andere dem nicht zustimmen, nicht nur der böse Bürgermeister. Man könnte ja eine Probe auf das Exempel machen, wenn ihr jemand in der ÖVP habt, mit dem ihr nicht mehr weiß Gott was im Sinn habt..... Seit's so lieb, schickt den einmal zum Hrn. Landesrat Leitl, fragt den einmal, ob er sich vorstellen könnte, daß er die Wirtschaftsförderungsmittel des Landes auf das dreifache erhöht und den Freischlag zum Obmann macht dann einer Gruppe, die das Geld verteilt. Ich möchte dir nicht empfehlen, lieber Freund, daß du selber fragen gehst Das ist einer dieser Punkte. Und der zweite Punkt, diese Dreiviertelmehrheit im Stadtsenat für Personalentscheidungen, nämlich bei Einstellungen, das habt ihr diesmal schriftlich vorgelegt. Aber in der Budgetklausur habt ihr ja auch nicht nur die Besetzung von B-Position verlangt, sondern auch die Einstellung jedes einzelnen Mitarbeiters mit Dreiviertelmehrheit. Wenn ich das also ein bisserl extrem ausformuliere, heißt das, die Aufnahme eines Straßenarbeiters bei uns bei den Bürgerdiensten hätte bedeutet Dreiviertelmehrheit im Stadtsenat. Da würde das Unternehmen Magistrat zum Stillstand kommen, nicht mehr die Betriebsbereitschaft aufrecht zu erhalten sein. Ich habe mit 3 Bürgermeistern von Umlandgemeinden geredet, ob sie sich so etwas in ihren Gemeinden vorstellen könnten. Alle 3 waren traditionsgemäß in diesen Gemeinden eurer Weltanschauung zugehörig. Kein einziger kann sich das vorstellen. Natürlich entscheidet dort der Bürgermeister, wer aufgenommen wird. Er kann auch das besser tun,

weil die Gemeindeordnung vorsieht, daß er für 3 Monate sowieso als Bürgermeister alleine jemanden einstellen kann. Ich habe das noch nie getan, ich habe gar keine Absichten. Es ist das Instrumentarium so detailminiert - es dauert natürlich endlos lang, weil zuerst Ausschreibung und dann Objektivierung und dann Personalbeirat und dann Stadtsenat kommen muß. Aber irgendwann muß es ja entschieden werden. Und bis ich mit euch eine Dreiviertelmehrheit auf die Welt bringe, daß kann ja normal kein Unternehmen aushalten. Das würde der Schloßgangl natürlich niemals in seinem Betrieb machen und andere auch nicht. Und daher - ich habe schon gesagt, wie ich es das erste Mal gehört habe - das Quorum Dreiviertelmehrheit, meine Damen und Herren, ist ausschließlich nach dem Statut für die Ernennung von Ehrenbürgern vorgesehen und nicht für das Aufnehmen von einem Straßenarbeiter. Seit's mir bitte nicht ungehalten, wenn ihr

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Das haben wir schon einmal gehabt 1995, da war ein einstimmiger Stadtsenatsbeschluß erforderlich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja natürlich, das war doch die Zeit, in der wir gemeinsam beschlossen haben und auch das Budget beschlossen haben, daß wir diese Sparmaßnahmen durchsetzen. Wenn ich 50 Leute weniger habe, dann kann ich das nicht endlos fortsetzen. Das kannst du in keinem Unternehmen machen, daß das Personal immer weniger wird und gleichzeitig muß aber alles an Leistungen geschehen. Das waren eigentlich die Gründe, liebe Freunde von der ÖVP, warum ich nicht zustimmen konnte. Sonst ist ja fast alles, was ihr an materiellen Forderungen an das Budget gehabt habt, realisiert worden und ihr werdet euch sowieso sehr schwer tun, dem nicht zuzustimmen. Das muß ich ehrlich sagen. Also ich täte mich an eurer Stelle schwer. Und natürlich, Hr. Dr. Pfeil, sie haben ja hier eine noch viel kritischere Vorstellung bei dieser Budgetklausur geäußert als Bedingung - *Conditio sine qua non* - wie sie sagen als Lateiner - an die Zustimmung ans Budget gebunden, daß 20 % - erreichbar in 3 % igen Jahresraten, also 6 Jahr - die Personalkosten gesenkt werden sollen. Die Personalkosten um 20 % senken. Dh., daß man in Wirklichkeit, wenn man das erreichen will und mit einberechnet, daß die Dienstnehmer des Magistrates so wie alle anderen im Durchschnitt 3 % pro Jahr dazubekommen aufgrund der Tarifverhandlungen, daß wir ja denen 40 % wegnehmen müßten. Oder aber die andere, noch viel brutalere Masche - die sie nicht wollen, denn sie sind ja für intelligente Lösungen - ist, daß man 20 % der Belegschaft freisetzt, damit sie frei sind. Und dann noch die Betriebsbereitschaft aufrecht erhalten, wie macht man das? In der Verwaltung, in dieser Tintenburg in der Bürokratie sind ja nur 25 % unserer Beschäftigten bitte. Das muß man ja sehen. Abgesehen davon, daß die Verwaltung auch nicht so etwas ganz Unnötiges ist. Wir haben ja das Beispiel schon mit Betriebsgenehmigungen und Baugenehmigungen heute einmal gehabt mit BMW, so ein Investitionsvolumen. Ja bitte, es ist ja eigentlich eine Verwaltungsaufgabe, die hier in meisterhafter Weise absolviert wurde. 800 Bauakten, Hr. Schloßgangl, stimmt das?

STADTRAT ING. OTHMAR SCHLOSSGANGL:

Ja, ja!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Also, die müssen ja erledigt werden. Ein jeder tut 3 Jahre debattieren in seiner Familie bis er sich entschließt, daß er baut. Aber wenn er baut, möchte er die Bauverhandlung am nächsten Tag haben, noch bevor er eingereicht hat. Selbst Wohnbaugenossenschaften sagen, wir bräuchten die Bauverhandlung gern, Hr. Bürgermeister. Dann sage ich: „Habt ihr schon eingereicht?“ Nein, aber nächste Woche machen wir das“. Baubewilligung pro futura, hat es einmal gegeben, bei uns gibt es das schon fast. Verwaltung ist auch notwendig. Ein jeder möchte seine Geburtsurkunde und seinen Todesschein haben. Das muß also geschehen. Und dann kommen 75 % unserer Beschäftigten, die wirklich im Dienstleistungsbereich, im Bereich, wo sie ihre Leistungen am Bürger vollbringen, auf der Straße beim Schneeräumen, beim Straßenherrichten, im Kanal, bei den Ampeln, die Elektriker, die Kindergärtnerinnen, die Altenbetreuerinnen, das Pflegepersonal - geregelt natürlich. Willi, mit Schlüsselzahlen vom Land, was wir genau einhalten, als eine der wenigen, die anderen haben alle noch weit weniger Personal in dem Bereich. Das ist nicht machbar, hier den Personalstand so zu reduzieren, wenn man die Leistungen einigermaßen aufrecht erhalten will. Und die Löhne können wir ihnen nicht kürzen, weil sie ja Verträge haben. Da wäre der Dr. Tilman Schwager hier. Der kann das genau erläutern, warum man denen nicht einfach bei einem Dienstvertrag einseitig die „Marie“ herabsetzen kann. Und daher ist diese Forderung so gestaltet, daß wir sie nicht erfüllen können, selbst beim besten Willen nicht. Und natürlich bin ich weit entfernt, böse zu sein. Aber warum stellt man - diese Frage wird ja erlaubt sein - solche unerfüllbaren Forderungen bei einem Budget. Sollte nicht auch in einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit man sich überlegen, was man Partnern zumuten kann. Das kann nicht funktionieren, wenn ich den Partnern und Freunden ununterbrochen Forderungen auf den Tisch knalle, die die Partner nicht erfüllen können. Da können wir nicht zusammenkommen. Aber das Budget ist ein gutes Budget. Diese Dinge haben mit dem Budget an sich und mit dem, was aufgrund dieses Budgets im nächsten Jahr geschehen soll, verhältnismäßig wenig zu tun. Und daher geht meine Bitte, trotz aller Unterschiedlichkeiten und Auseinandersetzungen und weil wir uns über das, was geschehen soll, eigentlich einig sind, doch noch einmal mehr dahin, daß vielleicht doch diesem Budget mit einer breiteren Mehrheit, als das vielleicht vorgesehen ist, zugestimmt werden kann. Es würde bei den Bürgern den Eindruck verstärken, wir nehmen es doch sehr ernst, was mit unserer Stadt geschieht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Ich danke dem Hrn. Bürgermeister.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Antrag zur Geschäftsordnung: Ich beantrage die Abstimmung auf geheime Abstimmung.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Also geheime Abstimmung, auf deutsch gesagt.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wir kommen jetzt zur Abstimmung vorher. Wer für die geheime Abstimmung ist, gebe bitte ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen die Antrag? Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag zur Geschäftsordnung ist mehrheitlich angenommen.

Wir unterbrechen die Sitzung für 10 Minuten.

SITZUNGSUNTERBRECHUNG VON 21 UHR BIS 21.10 UHR

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wir nehmen die unterbrochene Sitzung wieder auf. Zur Auszählung würde ich ersuchen, von der SPÖ die Frau GR Weixlberger und von den Freiheitlichen den Hrn. GR Fürweger, bitte sehr. Von der ÖVP ist der Hr. Eisner der jüngste und der Hr. Vanek von den Grünen. So, meine Damen und Herren, zur Abstimmung steht der Hauptantrag in der Form des gemeinsamen Abänderungsantrag der SPÖ und der GAL.

PRÄSIDIARDIREKTOR DR. GERHARD ALPHASAMER:

Wir haben Stimmzettel vorbereitet, wo die Frage lautet: „ Ich stimme dem vorliegenden Voranschlagsentwurf in der Form des Abänderungsantrages der SPÖ und GAL zu - ja/nein“. Auch die Möglichkeit der Stimmenthaltung ist vorgesehen.

DIE MANDATARE WERDEN ZUR STIMMABGABE AUFGERUFEN. DIE WAHLZEUGEN ERMITTELN DAS WAHLERGEBNIS UND TEILEN ES DER VORSITZENDEN, FRAU VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH, MIT.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

So, meine Damen und Herren, 19 Pro, 15 Contra und 2 Enthaltungen. Damit ist der Haushaltsplan für das Jahr 1997 beschlossen.

Ich übergebe den Vorsitz dem Hrn. Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz. Wir haben 2 Dringlichkeitsanträge der F-Fraktion zur Behandlung. Der Dringlichkeitsantrag Nr. 1 betrifft die Resolution betreffend den dritten Vizebürgermeister. Wer wünscht dazu das Wort? Lassen wir zuerst einmal den Begründer sprechen, das ist so üblich, in Vorbereitung Hr. Gollatsch. Hr. Dr. Pfeil ans Pult bitte.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Meine sehr verehrten Damen und Herren. Die Möglichkeit der Anzahl der Vizebürgermeister wurde

für die Statutarstadt Steyr das erste Mal mit 3 vorgeschrieben. Wir haben in der letzten GR-Sitzung gehört, daß die Vertreter von ÖVP und SPÖ hier gegen diesen Vorschlag gewesen wären. Ich habe anderes vernommen von den Verhandlungspartnern in Linz, daß hier keine großen Widerstände von Steyr hier entgegen gebracht worden sind. Es ist überhaupt besonders eigenartig, wenn sich eine ÖVP und SPÖ Koalition im Land einigt, ohne mit den betroffenen Politikern in den Städten, nicht nur die dieser Parteien angehören, sondern auch mit den anderen zu sprechen. Im ersten ursprünglichen Ausschuß für innere Angelegenheiten des Landes OÖ waren wir 2 x noch eingeladen. Und offensichtlich hat man dort unsere Wortmeldungen nicht geschätzt, weil wir genau das verlangt haben, daß eben eine Verkleinerung der Stadtsenatssitzung für alle 3 Statutarstädte vorgenommen werden muß und keinesfalls eine Erhöhung auf Gemeinderatsebene, als auch auf Stadtsenatsebene und auch auf Vizebürgermeisterebene. Ich habe bis heute keine einzige Begründung für die Erhöhung der Anzahl der Vizebürgermeister gehört. Vielleicht ist jemand so nett von der ÖVP oder SPÖ und begründet diesen Vorschlag bzw. die derzeitige Verordnung des Landes OÖ, daß das Statut unserer Stadt so geändert wird, daß wir 3 Vizebürgermeister verpflichtend wählen müssen. Vielleicht begründet das jemand, vielleicht kann man dann auch diskutieren. Ich sehe im Moment keinen, aber überhaupt keinen Bedarf, an einem dritten Vizebürgermeister. Und wie ich eingangs heute schon gesagt habe, wir hätten dann die Hälfte des Stadtsenates mit Bürgermeister und Vizebürgermeistern besetzt. Ich glaube, es wäre eine Inflation und es wäre dann nichts mehr wert. Da können wir wirklich schon - wie ich gesagt habe - alle Bürgermeister sein, alle Vizebürgermeister sein, dann sparen wir uns das Geld.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nennen wir den GR Bürgermeisterkonferenz. Danke. Koll. Gollatsch bitte.

GEMEINDERAT MAG. HARALD PHILIPPS VERLÄSST UM 21.30 UHR DIE SITZUNG

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren des GR, hohes Präsidium. Für's erste einmal erscheint mit beim Dringlichkeitsantrag die Dringlichkeit nicht notwendig. Aber bitte. Ja, das ist schon geklärt. Mir erscheint er nicht notwendig, weil wir hätten Zeit genug gehabt, daß, was am 5. 12. hier beschlossen worden ist, in schriftlicher Form anzusehen - hast du es, ich habe es nicht. Wir reden über etwas, was wir gar nicht haben. Die F, soweit ich informiert bin, war zuerst einmal eingebunden und dann zu den letzten Verhandlungen eingeladen und ist nicht hingekommen. So, wie sie es hin und wieder macht. Sie sagt dann, keiner hat mit uns geredet. Aber sie kommen nicht hin und daher kann man auch nicht wissen, worum es geht.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Das ist eine Vermutung, die nicht stimmt.

GEMEINDERAT RICHARD GOLLATSCH:

Ja bitte, mir wurde gesagt, die F war eingeladen und sie ist nicht hingekommen. Aber ich frage mich dazu, wir sollen jetzt eine Resolution beschließen - von mir aus, ich beschließe diese Resolution mit, weil ich kann damit leben - , aber wird das Stadtstatut in welcher Art geändert. Bitte, wir haben ein Stadtstatut, da steht im § 28 Seite 23: „Die Anzahl der Vizebürgermeister, der Stadträte und Stadträtinnen, Vizebürgermeisterinnen hat der GR jeweils nach den Bedürfnissen der Gemeindeverwaltung festzusetzen. Diese darf mit Einrechnung des Bürgermeisters/Bürgermeisterin die Zahl 9 nicht unterschreiten. Aus - Schluß. Wissen wir, über was wir jetzt reden? Ich weiß es nicht. Ich habe nur gehört, daß etwas sein soll. Wie schaut unser Statut aus? Wird unser Statut geändert? In welcher Form? Wo? Wo haben wir das? Ich unterschreibe die Resolution ungesehen, weil es ist ja sinnvoll. Aber wir reden von etwas, was wir schriftlich in der Form nicht haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer wünscht weiters das Wort? Als nächster zur Wort gemeldet ist Hr. Dr. Tilman Schwager.

GEMEINDERAT DR. TILMAN SCHWAGER:

Ich werde mich kurz halten, nachdem ich der Überzeugung bin, daß wir eigentlich alle das gleiche wollen. Eines dürfen wir nicht übersehen, das Statut wird ja nicht von uns erlassen, sondern vom Land. Und daher ist, wenn es wirklich nur in dem Stadion sein sollte, daß die Presse mehr weiß als in Linz schon geschehen ist, dennoch dringlicher Handlungsbedarf bei uns gegeben. Das war auch mit Ursache dafür, daß wir das in Form eines Dringlichkeitsantrages eingebracht haben. Und wenn, sei es, daß jetzt schon das Statut geändert ist, sei es, daß es erst in Ausarbeitung ist in der Richtung, dann haben wir unseren Willen dazu erklärt, und das ist Sinn und Zweck dieses ganzen Antrages.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Koll. Vanek bitte.

GEMEINDERAT MARCO VANEK:

Wir haben an und für sich das letzte Mal schon über diesen Fall diskutiert. Von uns gibt es auch heute ein Okay für diese Resolution. Ich möchte das vor allem aus demokratiepolitischen Gründen auch sehen, die Reduzierung der Stadtsenatsmitglieder, weil dadurch die Leute, die hier mit diesen Ämtern beauftragt wären, überlastet wären mit der Zeit, wenn sie das nebenberuflich machen. Je weniger Mitglieder es gibt, um so mehr Arbeit wird es geben. Und aus diesem Grund bin ich eigentlich nicht für diese Reduzierung und auch nicht für diese Vizebürgermeisterregelung, weil die Begründung habe ich das letzte Mal schon gesagt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für diese Resolution stimmt, bitte ich ein Zeichen zu geben. Danke sehr. Wer ist

gegen die Resolution? Niemand. Stimmenthaltung wird nicht angezeigt. Die Resolution ist einstimmig angenommen.

Dringlichkeitsantrag Nr. 2 - betreffend Sozialplan. Bitte sehr, Hr. Dr. Pfeil.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Ich nehme meine Unterlagen mit, falls eine etwas genauere Information noch gewünscht wird über den Sozialplan. Aber ich kann es auch kurz machen, wenn es gewünscht ist, daß wir dann in einer anderen Tagesordnungssitzung das diskutieren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben uns deshalb zu einem Dringlichkeitsantrag für die Errichtung und Erstellung eines Sozialplanes entschlossen, weil gerade in der letzten GR-Sitzung es ganz klar herausgekommen ist, daß wir Soziales aus dem Bauch heraus machen. Wir haben es heute gesehen mit den Kindergärten, wir haben es letztes Mal gesehen mit dem Altenheim. Ich muß auch den Koll. Spöck vehement widersprechen. Beim Alten- und Pflegeheim hat man erstens einmal vom Land her überhaupt nicht diskutiert mit den Betroffenen, daß diese Verordnung herausgekommen ist. Und in der Stadt Steyr haben weder sie, noch ihr Vorgänger, oder der Hr. Bürgermeister, oder die Sozialreferentin irgendwann einmal etwas gesagt, wie gehen wir mit dieser Verordnung um. Erst nachdem wir das aktualisiert haben und es ist nicht mein Ressort, erst dann sind sie auf den Plan gekommen. Ich bin auch der Meinung, daß diese Verordnung des Landes OÖ weit überzogen ist, und daß auch hier Änderungen notwendig sind. Genau wie die Fr. Vizebürgermeister heute gesagt hat, sie scheint damit einverstanden zu sein, daß man heutzutage, Ende 1996, noch mit einem 5-Bett-Zimmer im Alten- und Pflegeheim auskommt. Das sagt sie, das geht.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das habe ich nicht gesagt. Ich habe gesagt, das ist überholt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Dann steht in der Verordnung, jetzt haben wir nur mehr zu 90 % Einzelzimmer. Ich glaube, und ich bin der festen Überzeugung, die Wahrheit liegt irgendwo in der Mitte. Ich denke, daß das hier ausdiskutiert werden kann. Und vielleicht bereiten wir auch aus dem Sozialplan für die Stadt Steyr eine Resolution für die Änderung dieses Landesgesetzblattes vor, daß es eine brauchbare Grundlage ist, insbesondere für die Alten- und Pflegeheime. Aber wir brauchen auch einen Sozialplan für das andere Ende unserer Bevölkerung, für die Kindergärten. Auch hier ist diesbezüglich das Stadtentwicklungskonzept von Prof. Breitling eine echte Enttäuschung. Wir haben ja gesagt, es soll ein umfassendes Stadtentwicklungskonzept sein. Da gehört das Soziale genau so mitbetrachtet. Es fehlen hier die Begründungen für alle. Das zieht sich auch beim Stadtentwicklungskonzept dazu. Es werden einige Maßnahmen, wie dieses neue Altenheim, vorgeschlagen, aber es fehlen die sachlichen und inhaltlichen Begründungen. Ich ersuche sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, weil es dringend Zeit ist, daß wir einen Sozialplan erstellen, daß diesem Dringlichkeitsantrag zugestimmt wird. Ich bin gerne bereit, Hr. Koll. Spöck, daß wir das ausdiskutieren, wer es wann gesagt hat. Ich kann es hier nachvollziehen. Ich bin auch gerne bereit, daß wir jetzt noch in eine Inhaltsdiskussion eintreten, falls es gewünscht wird. Ich bedanke mich.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Frau Koll. Mach bitte.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich werde wahrscheinlich auch jetzt sehr kurz sein. Es freut mich, ich habe es heute schon einmal gesagt, daß der Hr. Vizebürgermeister jetzt die soziale Ader entdeckt hat. Ich möchte sagen zur Verordnung; 17 Jahre ist daran gearbeitet worden bis sie fertig war. Und es steht genau im Gesetz, wie man ein Alten- und Pflegeheim bauen muß. Aber eines hat er vergessen, was der Hr. Landesrat Ackerl erklärt hat, es gibt Sonderregelungen, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und für die ganzen bestehenden Altenheime gibt es Sondergenehmigungen. Wie wir hier in Linz die Präsentation gehabt haben, hat man gesagt, man kann das Heim nicht auf 120 Betten kürzen. Und da war der allgemeine Tenor, wir machen eben 2 x 140 Betten. Ich glaube, der Hr. StR Spöck kann mir Recht geben. Dann haben wir 280 Betten. Und in die Zimmer braucht auch nicht überall eine Naßraumzelle hinein. Da brauchen wir dann nur beim Landesrat ansuchen um eine Sondergenehmigung. Ich habe mich erkundigt und habe mit ihm über dieses Thema auch gesprochen. Was natürlich noch wichtiger ist, wenn wir heute ein neues bauen, dann muß es dem Gesetz entsprechen. Aber ein vorhandenes muß nicht dem Gesetz entsprechen, weil das könnte sich keine Gemeinde leisten, weil in meinem Altenkonzept habe ich natürlich auch eine Berechnung drinnen, was so ein Umbau kosten würde. Und der würde auch, man rechnet pro Einheit S 800.000,-- für ein altes Heim kosten Das wären über S 280 Mio., wenn wir das umbauen würden. Wir haben ja damals Gespräche geführt und der Hr. Landesrat sagt selbst, er hat sich auch über das geärgert, weil er hat gesagt, es gibt Sondergenehmigungen. Und darum hat er sich eigentlich über die Meldung vom Hrn. Vizebürgermeister Pfeil geärgert, das hat er mir persönlich gesagt. Ich glaube, ich habe kein Problem, denn das Altenkonzept, sowohl für mobile als auch stationäre Betreuung, ist ja fertig von mir. Wir haben auch die Maßnahmen, wie man die Umbauarbeiten dann gestalten können. Das 5-Bett-Zimmer möchten wir als Kurzzeitpflege machen. Das haben wir auch inzwischen schon gelöst und ist auch mit Hrn. StR Holub damals noch besprochen worden und auch mit Hrn. Eiblwimmer. Wir haben hier kein Problem, wenn ich in Kürze so einen Sozialplan erstellen soll. Eines möchte ich natürlich noch sagen. Wir arbeiten ja mit beim Gesundheits- und Sozialservice für Steyr und daraus möchte ich einen Absatz vorlesen: „Erhöhung der Arbeitsqualität durch die Bereitstellung struktureller Hilfen, wie Sozialplan, Dokumentations- und Auswertungskriterien sowie Coaching im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Finanz und Projektmanagement.“ Das ist alles in diesem IGSS drinnen und wir haben ja das Budget beschlossen, wo wir für nächstes Jahr wieder einen Ansatz drinnen haben mit S 400.000,--. Das Land im Gesetz schreibt ja auch eine Clearingstelle vor, d.h., das ist eine Anlaufstelle für alle Fragen im Sozialbereich. Ich habe bereits diese Unterlagen Hrn. Landesrat Ackerl überreicht mit Hrn. Dr. Schodermayr und er hat uns zugesagt, er wird sich das ansehen. Wir haben im Jänner einen Termin, daß sich auch das Land bei den Kosten beteiligt. Ich habe kein Problem mit diesem Sozialplan, weil wir haben ja bereits alle Dreivierteljahre im Sozialbereich an so einem Plan gearbeitet für das Altenkonzept. Es ist ja fast alles vor der Fertigstellung. Ich bin jederzeit bereit, das dem Sozialausschuß zu präsentieren. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Als nächster Hr. Koll. Spanring, Koll. Spöck in Vorbereitung.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Zur Geschäftsordnung in dieser vorgerückten Stunde und jeder ist damit einverstanden, daß wir diesen Antrag logischerweise behandeln. Es steht zwar nicht drinnen, wer ihn behandeln soll. Es ist vorgegeben, daß dieser Plan dem GR bis 1. 4. vorgelegt werden soll und ich möchte entsprechend § 8 Abs. 2 lit h den Antrag stellen, diesen Dringlichkeitsantrag dem Ausschuß für Soziales zuzuweisen, daß dieser dann dieses behandelt und bis 1. 4. dann entsprechend einbringt.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Was bis 1. 4. einbringt?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ja das, was hier steht. Es steht ja nicht da, wer soll was bringen.

VIZEBÜRGERBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Natürlich - Sozialausschuß. Aber bis 1. 4. müssen wir hier eine diskussionsfähige Grundlage haben. Wenn wir am 1. 4. eine diskussionsfähige Grundlage haben, dann ist das klar.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Gibt es weitere Wortmeldungen. Ich sehe keine mehr. Das heißt, es steht jetzt dieser Antrag
Noch eine Wortmeldung?

GEMEINDERAT WALTER OPPL:

Nein. Ich mache nur aufmerksam, daß es dann wieder heißt, die Fr. Vizebürgermeister hat das nicht eingehalten. Wir können diesen Sozialplan im GR erst am 24. April behandeln.

VIZEBÜRGERMEISTER DR. LEOPOLD PFEIL:

Aber vorgelegt muß er werden bis 1. April.

VIZEBÜRGERMEISTER FRIEDERIKE MACH:

Dann öffne ich mein Altenkonzept und dann hat es jeder in Händen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Die Koll. Sozialreferentin arbeitet ja mit einem Kreis von Fachleuten schon lange Zeit daran. Es soll im Sozialausschuß das behandelt und vorgelegt werden und dann können wir im GR darüber beraten. Also der Sozialausschuß wird damit beauftragt, d.h., heißt das, diesen Sozialplan so zu entwickeln, daß er dem GR vorgelegt werden kann bis zum 24. 4. Gut! Wer mit dieser Vorgangsweise einverstanden ist, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Ist jemand gegen diesen Antrag? Das ist nicht der Fall. Stimmenthaltung wird auch nicht angezeigt. Damit ist der Dringlichkeitsantrag Nr. 2 einstimmig beschlossen.

In der heutigen Sitzung haben wir S 6.085.300,-- beschlossen und zur Ausgabe freigegeben. Die Tagesordnung ist erschöpft.

Aktuelle Stunde:

SPÖ? Kein Bedarf.

FPÖ? Kein Thema.

ÖVP? Kein Thema.

GAL? Kein Thema.

Meine Damen und Herren, ich bedanke mich für das lange Ausharren. Ich bin sehr froh darüber und glücklich, daß es ein Budget gibt für diese Stadt. Ich glaube, daß fast alle damit zufrieden sind, daß es eines gibt, wenn sie ihm auch nicht beigetreten sind. Aber das ist immer so, es müssen einige arbeiten und andere leben auch mit bei der Arbeit - so habe ich das gemeint. Aber vielleicht ist es das nächste Mal wieder besser, da ist das vielleicht schon in einer anderen, oder entspannteren, oder in einer anderen Konstellation befindlichen Weise. Ich habe mir erlaubt, den neuen Kalender hier über alte Ansichten der Stadt vorzulegen. Eine kleine Freude vielleicht, irgendwo findet er vielleicht ein Platzerl, es sind sehr schöne Ansichten drinnen. Ich wünsche, weil es ja die letzte Sitzung ist, ein friedvolles Weihnachtsfest, einige erholsame Tage, um gerüstet zu sein für die Arbeit im nächsten Jahr, zu der ich gute Gesundheit wünsche. Die Sitzung ist geschlossen.

ENDE DER SITZUNG: 21.50 UHR

VORSITZENDER:

Bgm. Hermann Leithenmayr eh.

PROTOKOLLPRÜFER:

GR Helmut Oberreiter eh.

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist eh.

PROTOKOLLPRÜFER:

GR Hans Payrleithnerl eh.

PROTOKOLLFÜHRER:

Heidi Wagner eh.